SÜDAFRIKA

Geschichte
Kultur
Widerstand

Preis: 3 DM

blätter des iz3w

AKAFRIK



Liebe Leserinnen und Leser,

Südafrika - oder Azania, wie das Land von Teilen seiner schwarzen Bevölkerung genannt wird - erlebt heute die dritte und größte Revolte seit Gründung der Union 1910. Mit grausamen Massakern - 1960 in Sharpeville, 1976 in Soweto - Verbot der politischen Organisationen der Schwarzen, Verhaftung ihrer Mitglieder etc. brachte das weiße Regime den organisierten Widerstand gegen die Apartheid zum Schweigen und trieb Tausende ins Exil.

Seit über einem Jahr nun reißen die Berichte von gewaltsamen Zusammenstößen, Streiks, Boykott- und Sabotageaktionen nicht mehr ab und lassen uns aufhorchen: ist die Befreiung in Sicht?

Doch die weiße Regierung steht entschlossen zur Fortführung der Apartheidpolitik, ist sie doch allein der Garant für die lukrative Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes, der einzigartigen Bodenschätze und der billigen schwarzen Arbeitskraft.

Nicht ganz so entschlossen können inzwischen die Führungen der westlichen Industrienationen zur Apartheid stehen. Aber das Interesse am »fetten Kuchen« Südafrikas ist nicht zu übersehen. Nach dem teilweisen Rückzug der US-Banken aus dem Südafrikageschäft (9/85) aufgrund des öffentlichen Drucks springen nun bundesdeutsche und schweizer Banken als größte Kreditvermittler ein. Nur durch den Handel mit dem »Westen« - der durch diese Kredite abgesichert wird - und dem Ausverkauf der südafrikanischen Ressourcen läßt sich der Polizeiapparat finanzieren, ohne den die weiße Minderheit die südafrikanische Bevölkerung schon lange nicht mehr in Schach halten könnte.

Trotz UNO-Embargo und jahrelanger Aufklärungsarbeit über die Unmenschlichkeit der Apartheid ist das Verhältnis der offiziellen BRD zur »Republik Südafrika« ungebrochen gut. Nahrungsmittel-, Chemie-, Elektonik-, Waffen-, Fahrzeug- und Nuklearindustrie - es gibt keinen Bereich in der südafrikanischen Wirtschaft, in dem bundesdeutsches Kapital nicht kräftig mitverdienen würde. Auch sonst verstehen sich »unsere« Führungskräfte in Wirtschaft und Politik prima mit den Buren. Gerade jetzt, wo die Apartheidpolitik international unter Druck gerät, wird die Lobby für die weiße Minderheitsregierung bei uns immer stärker und frecher.

Neben offener Befürwortung der Rassentrennung werden die Stimmen für eine »scheindemokratische Lösung« lauter. Bannt sie doch nicht nur die Gefahr des gewaltsamen Umsturzes, sondern gibt auch der Apartheid ein freundlicheres Gesicht, die in ihrer Anlehnung an die nationalsozialistische Ideologie doch allzu große Widersprüche heraufbeschwört.

So vielseitig wie die Interessenvertreter des westdeutschen Kapitals auftreten ist die westdeutsche Solidaritätsbewegung leider nicht. Die Spaltung des südafrikanischen Widerstands in zwei Bewegungen unterschiedlicher politischer Ideologie und der Alleinvertretungsanspruch einer der Organisationen hat einen Teil der Solidaritätsbewegung veranlaßt, die Frage der Solidarität auf die Frage nach der richtigen Form der Befreiung zu minimieren.

Die aktuelle Entwicklung zeigt uns aber, daß der Widerstand nicht immer organisiert ist und sich schon gar nicht unter einer einzigen politischen Ideologie oder Organisation zusammenfassen läßt. Deshalb besteht für uns die Notwendigkeit der Solidarisierung mit dem gesamten Befreiungsprozeß.

Darüber hinaus sind wir der Ansicht, daß es nicht unsere Aufgabe ist, anderen Leuten vorzuschreiben, wie sie sich befreien sollen, sondern die Mobilisierung für eine breite Solidarität weiter voranzutreiben.

Mit dieser Broschüre richten wir uns an Dich, liebe Leserin, lieber Leser, nicht nur, daß Du Dich befriedigt in Deinen Sessel zurücklehnen kannst: »Aha, jetzt blick' ich also durch in Südafrika«, sondern vor allem um Dich anzuregen, Dich an Deinem Wohnort mit Leuten zusammenzusetzen und sinnvolle Aktionen zu richten gegen die, die von der Ausbeutung profitieren und an die, die vielleicht immer noch unbewußt an diesem Profit teilhaben.

Eure Genossinnen und Genossen von akafrik, azania-koordination und iz3w



Inhalt

Impressum:
Herausgeber: Arbeitskreis Afrika - AKAFRIK - Münster, An den Mühlen 25, 44 Münster; Azania - Koordination für Projekte, Kultur und Bildung e.V. (AZAKO), An den Mühlen 25, 44 Münster; Informationszentrum 3. Welt (iz3w), Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), 7800 Freiburg i.Brsg.

Redaktion: W. Hättig, L. v. Heynitz, H.M. Holub, W. Rosenke, Th. Siepelmeyer
Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht
Satz: Rund um, Münster; Druck: Caro-Druck, Frankfurt; Vertrieb: die Herausgeber
Dezember 1985

Das Titelbild ist von Peter Magubane, aus: Peter Magubane, Magubanes Südafrika, Fischer Verlag 1979. Peter Magubane schreibt zu diesem Foto: »Die Polizisten sahen eine Gruppe junger Männer auf den Schauplatz zugehen, wo die Schüsse gefallen waren, und liefen hinter ihnen her. Die jungen Männer setzten sich zur Wehr, indem sie mit Steinen und Flaschen warfen. Die Polizei eröffnete das Feuer, der Mann (auf dem Titelbild, die Verf.) ...wurde getötet.« (Aufgenommen Juni 1976, im Alexandra-Township bei Johannesburg)

Die Zeit der Landnahme

Frühe Besiedlung

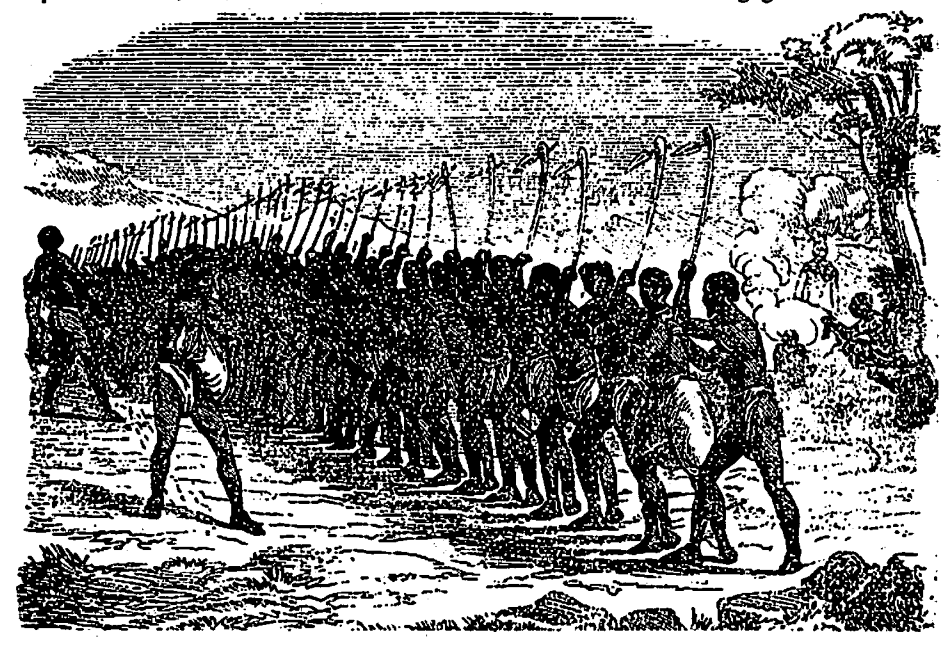
In den Darstellungen der Geschichte Südafrikas begegnet man immer wieder der Behauptung, daß die Holländer 1652 bei ihrem Eindringen ins Landesinnere von der Südspitze Afrikas aus nur vereinzelt auf »Buschmänner« und »Hottentotten« trafen, die ihrerseits auch gerade erst in das Land von Norden her eingewandert seien.

Dabei weisen historische Funde darauf hin, daß bereits vor 3000 Jahren im ganzen südlichen Afrika das Volk der SAN gesiedelt hat, deren Steinruinen von befestigten Dörfern und Burgen über das ganze Minengebiet des Transvaal gefunden wurden. Die San lebten vom Jagen und Sammeln von Wildfrüchten, während die Gebiete der Kap-Provinz und Namibias von den Qoyi, nomadisierenden Viehzüchtern, besiedelt wurden. Außerdem gab es noch die in festen Siedlungen lebenden, Ackerbau und Viehzucht betreibenden, bantu-sprechenden Völker, die den Osten des Landes besiedelten, und zu denen die ZULU und XHOSA gerechnet werden. Privateigentum an Land kannte man nicht, die Völker trieben untereinander Tauschhandel. Bei den ackerbaubetreibenden Stämmen wurde, um den Boden zu schonen, Kulturland für eine Weile unbearbeitet gelassen. Metallverarbeitung war seit langem bekannt, Gebrauchsgegenstände wurden aus Eisen, Kupfer, Zinn und Gold hergestellt.

Ankunft der Europäer

Bereits 1487, bei der ersten Kap-Umsegelung der Portugiesen stießen diese auf die Qoyi, deren großer Viehreichtum sie beeindruckte. Ein Chronist Vasco da Gamas schreibt von der Umsegelung der Südspitze Afrikas, daß ihnen 1497 bei Befahren des Fischflusses »Neger von mächtiger Gestalt und in großer Anzahl mit Speeren und Zinkmessern« begegnet seien, nämlich die Bantu, die zu dieser Zeit dort bereits siedelten.[1] 1510 versuchten die Portugiesen gegen den erbitterten Widerstand der Qoyi, am Kap einen Flottenstützpunkt und eine Versorgungsstation zu errichten. Aber erst 1652 gelang es den Holländern dann, sich am Kap festzusetzen, um einen Stützpunkt auf ihrer Route nach Batavia auf Java, der damaligen Hauptstadt ihres Handelsreiches, zu errichten. So gründete Jan van Riebeek am Kap mit drei Schiffen und 80 Soldaten eine holländische Siedlung.

Weitere ins Land geholte holländische Kolonisten ließen sich als Bauern (Buren) nieder, die schwarze Bevölkerung wurde von nun an nach und nach ihres Landes beraubt. Die schwarzen Bauern wurden gezwungen, auf ihrem eigenen Land als Sklaven zu arbeiten. Um die entstehenden Farmen gewinnbringend betreiben zu können, wurden als Arbeitskräfte Sklaven aus Angola, Guinea (seit 1658) und später auch aus Madagaskar und Malaya eingeführt, da die Qoyi und San aufgrund ihres heftigen Widerstandes nur sehr schwer zur Sklaverei gezwungen werden konnten. Viehdiebstahl gehörte von Anfang an zu den Praktiken der Buren, die im Interesse der Holländisch-Ostindischen Kompanie immer weiter ins Hinterland der Küste vordrangen, um weitere Landstriche für die Versorgung der Flotten nutzbar zu machen und dabei überall auf den entschlossenen Widerstand der Bevölkerung stießen. Während 1652 die Qoyi-Bevölkerung noch nach Schätzungen etwa 200 000 Menschen zählte, wurde ihre Zahl 1805 nur noch mit 20 000 angegeben. Denn inzwischen hatten Kriege mit den Buren um ihr Vieh und ihr Weideland und zwei von den Kolonialisten eingeschleppte Pest-Epidemien die Bevölkerung dezimiert.



England gewinnt Einfluß im südlichen Afrika

Nachdem England zur führenden Kolonialmacht aufgestiegen war, gelang es ihm auch, während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Seeherrschaft der holländischen Handelsbourgeoisie zu beenden und ihr den größten Teil ihrer Stützpunkte in Afrika und Amerika abzunehmen. Im Jahr 1797 wurde das »Kap der Guten Hoffnung« zur britischen Kronkolonie erklärt, und Holland mußte das Kapland neben Ceylon, Indien und Malaya an England abtreten.

Durch Neuverteilung des Farmlandes nach der englischen Machtübernahme am Kap und die Aufhebung der Sklaverei hatten die Engländer die Lebensbedingungen für die burischen Siedler so verschärft, daß diese versuchten, sich durch weiteres Vordringen ins Landesinnere neue Gebiete anzueignen. Auf diese Weise zogen sie bis zum Ende des 19. Jahrhundets bis in das heutige Zimbabwe. In dieser Zeit wurde als Verteidigungsform gegen die um ihr Land kämpfenden Zulus die berühmte »Wagenburg« aufgebaut, eine aus ringförmig aufgestellten Planwagen bestehende Schutzanlage, aus der heraus die Buren auf die angreifenden Afrikaner schießen konnten. Dieser Begriff wird heute noch im übertragenen Sinne gebraucht, um das burische Selbstverständnis und Zusammengehörigkeitsgefühl in Zeiten der Bedrohung von außen wachzuhalten, in Zeiten der massiven Kritik am »auserwählten Volk«, als das sie sich auch damals empfanden. Erbitterte Kämpfe zwischen den Zulus und den Buren zogen sich über das ganze Jahr 1838 hin, die mit der Niederlage der Zulus endeten und somit auch mit dem Verlust ihres Landes, das der Zulu-König Dingane per »Vertrag« den Buren überantwortet hatte.[2] Dingane konnte sich - im Sinne der Europäer - über die Bedeutung des Papiers, unter das er sein Kreuz setzte, keineswegs bewußt sein. Für ihn erklärten sich die Buren damit zu seinen Untertanen, als Gegenleistung für das vertraglich gewährte Nutzungsrecht seines Landes.

Nach jeder Eroberung, die die Buren machten, folgten die Engländer, um die neuen Gebiete zu annektieren. So auch 1843 Natal, das die Buren bis 1842 unter sich aufgeteilt hatten. Unter dem Druck der Engländer zog die Hälfte der etwa 6000 Buren weiter, um einen anderen Teil des Landes für die Errichtung einer »freien Burenrepublik« zu erobern und ließen in Natal 3000 Buren zwischen 100 000 Afrikanern zurück. Unter dem britischen Kommissar Theophilus Shepstone wurden von den 5 Millionen Hektar des Landes 800 000 Hektar als Reservate entlang der Drakensberge für die Afrikaner eingerichtet, also nur ein Sechstel des ganzen Natal.[3]

Ebenso wie die Buren bereicherten sich auch die Engländer in großem Ausmaß am

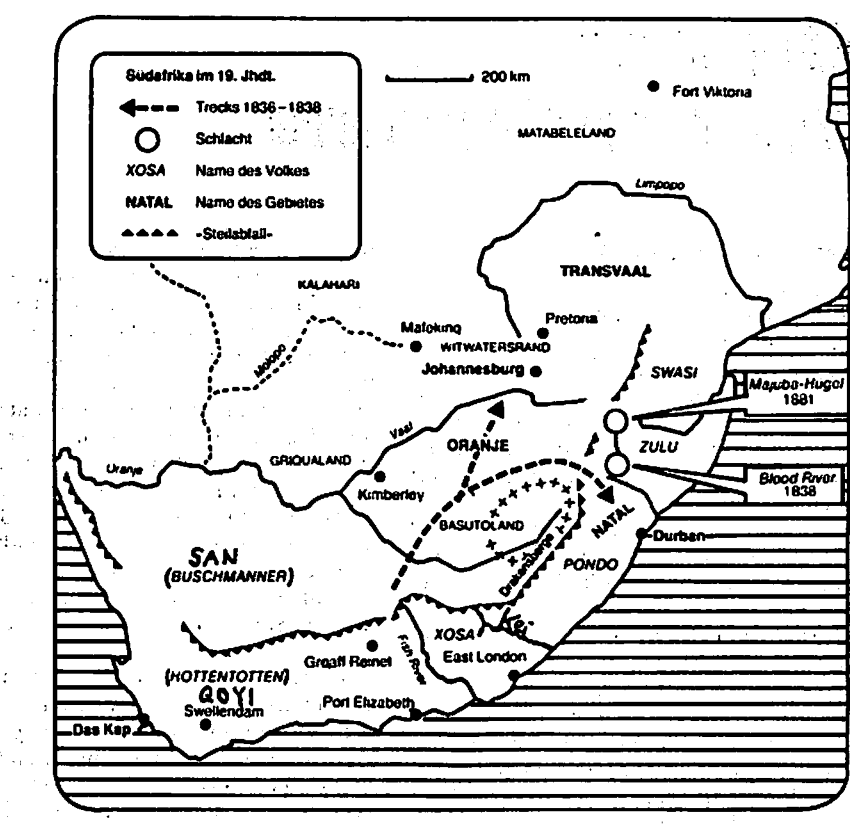
Vieh der afrikanischen Bevölkerung. Sie führten etliche Kriege gegen die Xhosa, als sie über den Fischfluß vordrangen. Um ihre Gebietsgrenze gegen die immer wieder um ihr Land kämpfenden Xhosa zu verteidigen, wurde nach 1853 sogar eine im Krimkrieg überflüssig gewordene deutsche Söldnerlegion als Wehrbauern entlang der Keigrenze (entsprechend der Linie East-London-Queenstown)[4] angesiedelt. Ihnen folgten nach wenigen Jahren 2000 deutsche Bauern.

Die Afrikaner kämpfen um ihr Land

Bis zur Jahrhundertwende wurden in zahllosen Kriegen gegen die Xhosa diese von einer ursprünglich mit 105 000 angegebenen Bevölkerungsanzahl auf 37 000 reduziert. Das Land, das den Xhosa nun noch zur Verfügung stand, reichte für die Ernährung des Volkes nicht mehr aus, daher waren sie nun gezwungen, sich als Lohnarbeiter zu verdingen.

Während der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts war das Königreich Sotho unter König Moshweshwe, der es verstand, verschiedene Stämme im Kampf gegen die Kolonialisten zu einigen, das Zentrum des Widerstands gegen die koloniale Expansion. Moshweshwe erkannte die Notwendigkeit der modernen militärischen Ausrüstung und verstand es, Pferde und Waffen zu besorgen. Außerdem ließ er von Missionaren für die Alphabetisierung seines Volkes sorgen. Sein von 1859 an geltendes Niederlassungsverbot für Europäer auf Basutoland konnte allerdings nicht mehr verhindern, daß die Kolonisten, die sich in seinem Land zunächst als »Untertanen« niedergelassen hatten, nun begannen, die Basuto von den fruchtbarsten Landstrichen zu verjagen, um sie in ihren privaten Besitz zu nehmen. Bei den daraufhin ausbrechenden Kämpfen um das Land, die von den Basuto als Guerillakrieg begonnen wurden, gelang es ihnen, ihr ursprüngliches Gebiet wieder zu befreien und den Briten eine schwere Niederlage zuzufügen. Auch ein Feldzug der zuhilfegerufenen Buren, denen 1852 dafür der Transvaal von den Briten zuerkannt wurde, konnte die Basuto nicht unterwerfen. Eine weitere Schlacht, die ebenfalls mit einem Sieg Moshweshwes endete, veranlaßte nun die Briten, um einer Signalwirkung für andere, gegen die Kolonisten kämpfende Afrikaner zu begegnen, jeglichen Waffenhandel mit Afrikanern zu verbieten und auf diese Weise den Nachschub für die gefürchteten Basuto abzuschneiden.

Der Erfolg dieser Taktik zeigte sich in einem Sieg der Briten (1886) gegen Moshweshwe, der daraufhin gezwungen werden konnte, große fruchtbare Getreideanbaugebiete abzutreten. Nun nutzte den Basuto selbst ihre Guerilla-Taktik nichts mehr. Nach ihrer letzten Erhebung 1867 blieb Moshweshwe nichts weiter übrig, als sich dem »Schutz der Krone als selbständige Kronkolonie« zu unterstellen, um damit der Vernichtung durch die Burenkommandos zu entgehen. Auch dem Interesse der Briten war mit der 1868 erfolgten Anerkennung als Kronkolonie gedient, da eine Ausdehnung des Burengebiets bis an die Küste auf diese Weise verhindert werden konnte, und so auch ein damit einhergehender Machtzuwachs der Buren. Nun existierten in Südafrika als selbständige afrikanische Staaten nur noch das halbierte Zulu-Königreich und das Swazi-Königreich. Dafür lebten aber bereits 120 000 Kolonisten in der Kapkolonie, 6 500 in Natal, 13 000 im Oranje-Freistaat und 18 000 im Transvaal.



aus: Ki-Zerbo, Geschichte Schwarzafrikas

Die Ausbeutung der Rohstoffe im südlichen Afrika

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann zwischen den kapitalkräftig gewordenen europäischen Ländern das Rennen um neue Märkte und um den Zugriff auf die Rohstoffquellen der Erde. Im Mittelpunkt der imperialistischen Konkurrenz stand die vollständige Aufteilung Afrikas, dessen Territorium um 1900 bereits zu 90% unter der Herrschaft der Kolonialmächte stand.

Nachdem 1866 durch den Fund der ersten Diamanten und 1886 die Entdeckung bedeutenderer, ausgedehnter Goldvorkommen das Interesse an Südafrika geweckt worden war, setzte eine sprunghafte Einwanderung von Europäern ein, zwischen 1890 und 1913 jährlich 24 000.

1875 wurde die erste Dampfmaschine im Bergbau eingesetzt. Das bedeutete, daß die Goldproduktion nun durch den erforderlichen hohen Kapitaleinsatz aus privaten Händen kleiner Schürfer in die Hände der Monopole überging. Den Afrikanern wurden ab 1876 per Gesetz die Schürfrechte vorenthalten.

Cecil Rhodes konnte 1888 im Auftrag der Finanzmagnaten Rothschild & Co die Kontrolle über die Kimberly- und über die De Beers-Minen, kurz darauf auch über die Minen Dutolspan und Bultfontein erlangen. (Die Minen wurden nach den Besitzern der Farmen benannt, auf deren Gelände die Vorkommen lagen)[5]. Die Entwicklung und Ausbeutung der Diamanten- und Goldproduktion hatte den Ausbau der Verbindungswege zu den wichtigsten Häfen des Landes zur Folge. Nun wurde auch der Kohlebergbau vorangetrieben, da man die Kohle als Energiequelle zum Abbau des Goldes benötigte. Bis 1931 wuchs das Schienennetz der Eisenbahn bis zu 21 000 Kilometern.

Die Briten annektierten 1876 alle burischen Gebiete, 1877 auch den Transvaal. Sie mußten allerdings in jahrelangen Kämpfen alle Kräfte aufbieten, um wiedererstarkten Stämmen der afrikanischen Völker endgültige Niederlagen zuzufügen. 1880 gelang es den Buren noch einmal, im Oranje-Freistaat und Transvaal die Unabhängigkeit auszurufen.

Um den festen Zugriff auf die Gold- und Diamantenvorkommen nicht anderen Mächten überlassen zu müssen, übernahm das britische Finanzkapital selbst die Geschäfte der Kolonialregierung am Kap und setzte 1890 Cecil Rhodes als Ministerpräsidenten der Kolonie ein. Er sollte die Unterwerfung der Buren-Republiken und die Errichtung eines britischen Kolonialstaates auf dem ganzen Territorium einleiten, was zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Buren führen mußte.

Deutsche Interessen am südlichen Afrika werden spürbar

Die Deutschen versuchten, über ihre be-

reits seit Mitte des 19. Jahrhunderts bestehenden guten Handelsbeziehungen mit den Buren ihren Einfluß in Südafrika auszubauen. 1854 gründete eine Hamburger Firma eine Niederlassung für den Direktimport von Wolle in Port Elisabeth, hanseatische Schiffahrtslinien und deutsche Banken wurden eingerichtet, und auch im Goldbergbau wurde der Einfluß von deutschem Finanzkapital spürbar. Die Deutschen Werner, Beit und Eckstein waren die Gründer der Central Mining and Mines Group, die Familie Albu schuf die General Mining & Finance Corp., Goertz & Co entwickelten sich zur Union Corp. und Sir Ernest Oppenheimer gründete die Anglo-American Corp., eine der größten Finanz- und Bergbaugesellschaften der Welt.

Während es England gelang, die heutigen Territorien Botswanas, Zimbabwes und Sambias an sich zu bringen, nutzten die deutschen Kolonialisten diese Zeit zur Festigung ihrer Position in den Burenrepubliken. 1899 begann England den Krieg, der ihm die Unterwerfung der Buren gänzlich sichern sollte. 1902 hatte England sein Ziel erreicht und nach dreijährigem regelrechtem Ausrottungskrieg gegen die Buren die Goldminen und Diamantenfelder in seinen Besitz gebracht. Burenpräsident Paul Krüger, der 1884 in Berlin von Kaiser Wilhelm I. und Bismarck empfangen worden war und als rabiater Burenführer die deutschen Sympathien genoß, verließ gedemütigt das Land.

Einführung von Gesetzen, die die Schwarzen in die Abhängigkeit zwingen

Um nun genug billige Arbeitskräfte zum Abbau der begehrten Bodenschätze zu erhalten, mußte man die sich widersetzenden Afrikaner dazu zwingen, in den Bergwerken zu arbeiten, indem man ihnen das restliche Land entriß, das ihnen noch die Möglichkeit zu ausreichender landwirtschaftlicher Produktion gelassen hätte. Mit der Abschaffung der Sklaverei wurden gleichzeitig andere Gesetzte erlassen, die den Schwarzen keine andere Wahl ließen, als sich als Lohnarbeiter zu verkaufen.

Ein Gesetz gegen Landstreicherei, das damals schon das Paßsystem einführte, diente dazu, daß die Schwarzen, die in der Kapkolonie keine Arbeit nachweisen konnten, diese verlassen mußten oder zu Zwangsarbeit verurteilt wurden. Es wurden unzählige Steuern erfunden, die die Schwarzen dazu zwangen, sich Bargeld zu beschaffen, z.B. die »Hüttensteuer« oder die »Hosensteuer«. Die »Lokationen«, Landstücke an denen die Europäer kein Interesse hatten und auf denen die Afrikaner leben sollten, gaben nicht genügend Überschüsse ab, aus denen die Afrikaner die sich ständig erhöhenden Steuern erwirtschaften konnten.

Da den Kolonialisten die Rekrutierung von Arbeitskräften jedoch nicht schnell genug ging, wurden zwischen 1860 und 1910 Zehntausende von indischen »Kulis« nach Südafrika gebracht. Die Verschleppung von chinesischen Arbeitern in die Minen scheiterte nach ein paar Jahren an deren zahlreichen Aufständen, mit denen sie 1910 ihre Rückführung erzwangen. Die Chamber of Mines (Bergwerkskammer) hatte bereits begonnen, eine Arbeitskräfte-Rekrutierungsgesellschaft zu gründen, die aus dem heutigen Mozambique, Zimbabwe, Botswana, Sambia, Lesotho und Swaziland Arbeiter importierte.

Im Oranje-Freistaat wurde 1895 ein Gesetz erlassen, das jedem Kolonisten die Haltung von nur fünf Familien auf seinem Grundbesitz als Arbeitskräfte erlaubte. Für »überflüssige« Afrikaner mußte Strafe gezahlt werden, da eine »Zusammenballung« von Afrikanern logischerweise als politische Gefahr gesehen wurde.

Dieses Problem traf natürlich auch auf die Minen zu, aus denen während der Burenkriege viele Arbeiter wieder geflohen waren. Also errichtete man dort regelrechte Konzentrationslager, um die Afrikaner am Weglaufen zu hindern und sie gleichzeitig unter Kontrolle zu halten. Diese sogenannten Compounds boten jeweils 1000 bis 5000 Arbeitern spärlichsten Platz. Die Sterblichkeitsrate in den Minen war ungeheuerlich hoch. Die Ernährung der Arbeiter, die inzwischen die Minengesellschaften in die Hände genommen hatten, war so mangelhaft, daß sie für eine rasche Zunahme an Krankheiten verantwortlich war. Arbeitsverträge wurden nur für ein Jahr abgeschlossen, um so immer wieder auf frische, unverbrauchte und gesunde junge Männer zurückgreifen zu können.

Durch dieses Zwangsarbeits- und Wanderarbeitssystem wurden die Dörfer zerstört, die Sippenverbände auseinandergerissen. Viele enteignete afrikanische Bauern hatten keine andere Möglichkeit mehr, als sich »illegal« an den Rändern der Städte niederzulassen.

Bei der Gründung der Südafrikanischen Union 1910 wurde das Paßgesetz zur Kontrolle der Wanderarbeiter übernommen, das den Schwarzen nur erlaubte, zur Arbeitssuche drei Tage lang in einem Gebiet

Die koloniale Gewalt hat nicht nur den Zweck, diesen unterdrückten Menschen Respekt einzujagen, sie versucht sie zu entmenschlichen. Mit nichts wird gespart, um ihre Traditionen zu vernichten, um ihre Sprachen durch unsere zu ersetzen, um ihre Kultur zu zerstören, ohne ihnen die unsere zu geben; sie werden durch Erschöpfung abgestumpft. Wenn sie, krank und unterernährt, immer noch Widerstand leisten, wird die Angst ihnen den Rest geben: erst setzt man dem Bauern das Gewehr auf die Brust, dann kommen die Zivilisten, die sich auf seinem Boden niederlassen und ihn mit der Reitpeitsche zwingen, für sie zu arbeiten. Wenn er Widerstand leistet, schießen die Soldaten, und ein Mensch ist tot; wenn er nachgibt, verkümmert er und ist kein Mensch mehr; die Schande und die Furcht werden seinen Charakter brüchig machen, seine Person auflösen. Die Operation wird rücksichtslos durchgeführt, von Experten: die »psychologische Behandlung« ist keine moderne Erfindung, ebensowenig wie die Gehirnwäsche. Und dennoch, trotz so vielen Anstrengungen, ist das Ziel nirgends erreicht: weder im Kongo, wo man den Negern die Hände abhackte, noch in Angola, wo man, erst kürzlich, die Lippen der Unzufriedenen durchlöcherte, um sie mit Schlössern zu verriegeln. Und ich behaupte nicht, daß es unmöglich sei, einen Menschen in ein Tier zu verwandeln: ich sage nur, daß man es nicht erreicht, ohne ihn ganz erheblich zu zermürben. Schläge genügen niemals, man muß ihn im Zustand der Unterernährung halten. Das ist der Ärger mit der Versklavung: wenn man ein Mitglied unserer Art zähmt, vermindert man seinen Ertrag und so wenig man ihm auch gibt, ein Mensch als Arbeitstier wird immer mehr kosten, als er einbringt. Aus diesem Grunde sind die Kolonialherren gezwungen, die Abrichtung auf halbem Wege abzubrechen. Das Ergebnis: weder Mensch noch Tier, sondern ein Eingeborener. Geschlagen, unterernährt, krank, verängstigt, aber nur bis zu einem gewissen Grad, hat er, ob gelb, schwarz oder weiß, immer die gleichen Wesenszüge: er ist faul, hinterhältig und stiehlt, lebt von nichts und kennt nur Gewalt.

Armer Kolonialherr: da liegt sein ganzer Widerspruch. Er müßte, wie es (so sagt man) das Genie tut, jene, die er ausplündert, töten. Aber gerade das ist nicht möglich, denn er muß sie ja auch ausbeuten. Weil er das Massaker nicht bis zum Völkermord treibt und die Versklavung nicht bis zur Vertierung, verliert er die Zügel, und die Operation kehrt sich in ihr Gegenteil um; eine unbestechliche Logik wird sie bis zur Dekolonisation führen.

(Sartre)

zu sein. Der Paß mußte dem Arbeitgeber abgegeben werden bis zum Ende des Arbeitsvertrages, vorher durfte auch der Distrikt nicht wieder verlassen werden. Bis 1910 waren etwa 300 Landstücke zu Reservaten gemacht worden, wohin die besiegten Afrikaner vertrieben wurden. Mit dem Native Land Act von 1913 wurde nun den Afrikanern verboten, außerhalb der Reservate Lande zu besitzen. Diese wurden ihnen als »Heimatländer« zugewiesen, lagen in den wirtschaftlich nur schlecht nutzbaren Gebieten und nahmen nur noch ganze 7,3% der Fläche Südafrikas ein.

Liese von Heynitz

Quellen:
1 W.H.C. Lichtenstein, Foundation of the Cape, Manuskripte von 1811, Kapstadt 1973
2 G.E. Cory, The Rise of South Africa, London 1919
3 M. Wilson, Leonard Thompson, ed. The Oxford History of South Africa, BdI, South Africa to 1870, London 1973
4 Das Deutschtum in Südafrika, Afrika-Post, Pretoria, o.J.
5 S.H. Frankel, Capital Investment in Africa, London 1967

Azania - Land der Schwarzen

Azania ist der Name, der heute von einem breiten Spektrum afrikanischer fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte benutzt wird, die auf den Sturz des rassistischen Südafrika hinarbeiten. - Azania heißt »das Land der Schwarzen«. Es ist der historische Name, den schon frühe griechisch-arabische Quellen dem von schwarzen Völkern bewohnten ostafrikanischen Küstenland gaben. Es umfaßte den geografischen Raum des heutigen Somalia, Kenya, Tanzania und Mosambik bis nach Südafrika. Zum ersten mal taucht dieser Name im »periplus« auf, einem auf Tatsachenmaterial beruhenden Küstenhandbuch für Handelsleute, das aus dem Jahre 60 nach Chr. stammt und einem in Ägypten lebenden Griechen zugeschrieben wird. Die azanische Kultur war im wesentlichen die der Bantuvölker, die im Laufe der Jahrhunderte aus dem Gebiet am oberen Nil bis ins südliche Afrika wanderten. Linguistisch leitet sich der Name von dem persisch-arabischen Wort »zanj« (= schwarz) ab.

Diese historische Ableitung des Begriffs Azania ist allerdings heute von verschwindender Bedeutung gegenüber seiner politischen Implikation. Azania wurde zum Symbol der revolutionären Kräfte, deren politische Leitlinien die Selbstbestimmung der schwarzen Bevölkerung und eine schwarze Mehrheitsregierung sind. Die ideologischen Auseinandersetzungen gehen zurück bis in die 40er und 50er Jahre, als die ANC Youth League (aus der später der PAC hervorging) 1949 in ihrem Aktionsprogramm ihr politisches Prinzip der schwarzen Führung, des schwarzen Bewußtseins manifestierte, während der ANC 1955 mit der Freiheitscharta u.a. multi-rassische Positionen propagierte. Diese unterschiedlichen politischen Strömungen manifestieren sich auch in der Benutzung der Begriffe »Azania« und »Südafrika«.

Die Befürworter des Black Consciousness lehnen den Namen »Südafrika« ab, weil er ein Symbol des - immer noch bestehenden - weißen Kolonialismus ist. Dieser rein geografisch orientierte Begriff bezog sich außerdem nie auf die schwarze Bevölkerung; ein »Südafrikaner« war und ist immer noch ein Weißer, während die Afrikaner Staatsbürger der homelands sind. Sowohl die Proklamation der Südafrikanischen Union (1910) als auch die der Republik Südafrika (1961) waren nicht das Werk der Afrikaner, sondern eine Allianz der weißen Minderheit zur Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Mehrheit. Nur selbstbestimmt unter afrikanischer Führung kann Südafrika politisch Azania, d.h. das Land der Schwarzen sein. Das Ziel der revolutionären Kräfte ist die Republik Azania, eine nicht-rassische, panafrikanische, sozialistische Demokratie.

(nach D. Dube: The Rise of Azania - The Fall of South Africa)



Johannes Maselva Malatji, »Wir sind der Elefant, wir gehen den Weg ohne Umkehr«. Zum Gedicht von Lefifi Tladi »Unsere Speere sind in Blut getaucht«, 1979.

Unsere Speere sind in Blut getaucht / Wir sind auf dem Kriegspfad / des Blood River / Der Weg ist lang / Der Weg ist hart / Aber unser Mut verdreifacht... / Wir sind der Elefant / Wir sind der Krieger / Verwandelt in Guerillas / Der Geist von Sharpeville / Ersteht aus der Vergangenheit / Und bannt die Gegenwart / In einer neuen Maske: / Soweto, Soweto, Soweto / Geschichte wiederholt sich / Wir sind der Elefant / Wir gehn den Weg ohne Umkehr.

Rassismus mit System

Zur Entwicklung der Apartheid - Gesetzgebung

Eines der Hauptziele des südafrikanischen Regimes bestand immer in der Versorgung der weißen Industrie mit billigen schwarzen Arbeitskräften. In diesem Zusammenhang kommt der Reservatspolitik eine besondere Bedeutung zu.
Nachdem der afrikanische Widerstand Ende des letzten Jahrhunderts militärisch besiegt worden war, blieben doch einige Gebiete gemeinsames Eigentum der dort lebenden Afrikaner. Die Kolonialherren betrieben - nach dem Vorbild der indirekten Herrschaft in anderen Kolonien - keine vollkommene Enteignung der Bevölkerung. Man hatte nämlich frühzeitig erkannt, daß, wenn nur das bebaubare Land knapp genug bemessen war, die Reservate zu einem Reservoir für billige Arbeitskräfte werden konnten. Und diese billige Arbeitskraft wurde dringend auf weißen Farmen und Plantagen benötigt.

Darüberhinaus dienten die Reservate auch vorzüglich dem Ziel der Kolonisatoren, eine tribalistische Struktur aufrecht zu erhalten.

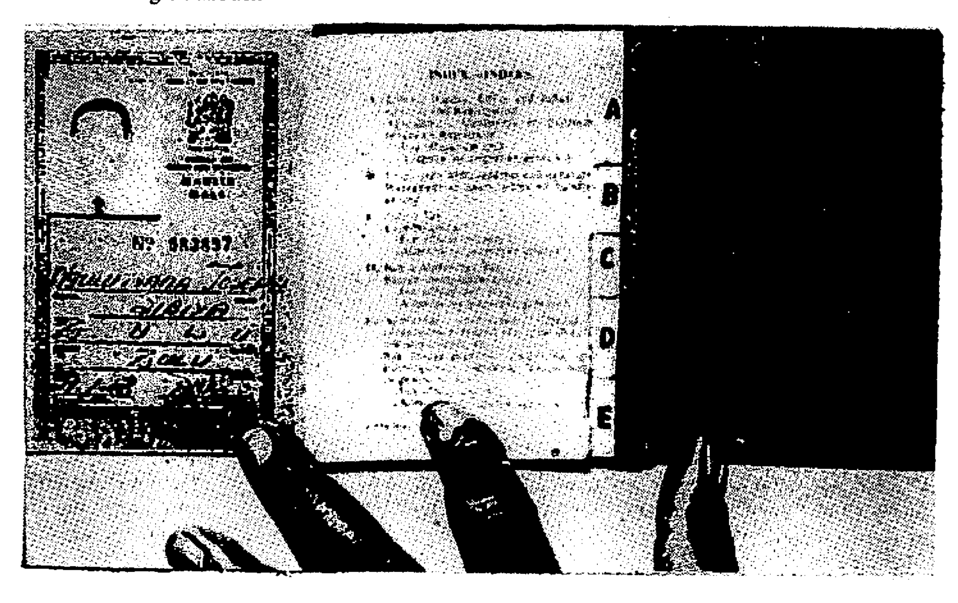
Nach Entdeckung reicher Gold- und Diamantenvorkommen Ende des letzten Jahrhunderts entstand ein riesiger Bedarf an billigen Arbeitskräften. In dieser Situation wurden die »Eingeborenen«-Reservate zu einer der wichtigsten Stützen der kapitalistischen Entwicklung in Südafrika. Es zeigte sich die unauflösbare Verbindung des südafrikanischen Kapitalismus mit dem Rassismus.

Durch den 'Native Land Act' von 1913 wiesen die Weißen den Afrikanern 7,3% des Landes zu. Außerhalb der Reservate war es den Afrikanern nicht mehr erlaubt, Land zu erwerben. Ausgenommen von dieser Regelung blieb die Kapprovinz, bis sie in einer Neuauflage und gleichzeitigen Verschärfung dieses Gesetzes im Jahre 1936 auch einbezogen wurde. Nun billigte man den Afrikanern insgesamt 13,7% des südafrikanischen Landes zu.

Dieses Reservatsland war landwirtschaftlich und industriell nur schwer nutzbar. Bei der Zusammenstellung der Reservate hatte man genau darauf geachtet, daß das fruchtbare Land uneingeschränkt den weißen Farmern zur Verfügung stand, daß die reichen Bodenschätze in den Händen der weißen Minenbesitzer blieben. Das Land reichte also zum Lebensunterhalt der afrikanischen Familien nicht aus, doch hatte der schwarze Arbeiter, bei gleichzeitiger Beschäftigung in der weißen Industrie immer noch einen Zugriff auf das gemeinsame Land. Die schwarzen Arbeiter waren also nicht vollkommen aller Produktionsmittel beraubt, mußten aber einen Teil ihrer Arbeitskraft verkaufen, um existieren zu können. Das brachte für die weißen Kapitalisten den ungeheuren Vorteil, die schwarzen Arbeiter mit extra niedrigen Löhnen abspeisen zu können, denn der Lohn mußte nicht die gesamten Reproduktionskosten abdecken. Besonders die südafrikanische Minenindustrie und die Plantagenwirtschaft profitierten von diesem System.

Daneben erfüllten die Reservate auch noch andere Funktionen. Sie unterstützten die Aufrechterhaltung von sog. Stammestraditionen in Bezug auf Ernährungsgewohnheiten, Kleidung und Wohnung. Aus europäischer Sicht waren diese Traditionen weit unter jeglichem europäischen Standart, von daher hochwillkommen, da ein weiteres Mittel, die Löhne niedrig zu halten. »Der Eingeborene hat nunmal andere Bedürfnisse als der Weiße«.

Das berüchtigte Paßbuch



Eine weitere wichtige Funktion der Reservate bestand in der Versorgung der Arbeitslosen. In Südafrika konnte die Last der Versorgung dieser industriellen Reservearmee den Menschen in den Reservaten überlassen werden, ebenso die Versorgung der »Überflüssigen«, der Alten, Kranken und der Frauen, die für die Aufzucht der Kinder zu sorgen hatten.

Auch waren Sicherheitsinteressen für die herrschende Klasse ein trifftiges Argument für den Ausbau des Reservatssystems. Wenn nur ein recht geringer Teil der afrikanischen Bevölkerung in den Städten lebte, nur die, die aktuell gebraucht wurden, gleichzeitig der andere große Teil in nach Stämmen getrennten Gebieten untergebracht war, mußte dies natürlich die Kontrolle des Systems über die schwarze Bevölkerungsmehrheit erheblich erleichtern.

Daß sich die Politik der Rassentrennung im Laufe der letzten Jahrzehnte stets verschärfte, ist nicht nur auf ein ökonomisches Kalkül zurückzuführen, sondern auch auf die rassistische Ideologie der Weißen in Südafrika.

So hatten beispielsweise die Industrien des sekundären Sektors durchaus ein Interesse an einer fest angesiedelten städtischen Arbeiterschaft. Da die verarbeitende Industrie zumindest angelernte Arbeitskräfte benötigte, war das Wanderarbeitssystem eigentlich zu aufwendig.

Für den Rassismus als bestimmender Faktor ist auch die »Rand Revolte« ein bezeichnendes Beispiel.

Anfang der 20er Jahre, im Zuge der fortschreitenden Konzentration des Landes in den Händen einer kleinen Schicht von weißen Großfarmern, waren auch Weiße - landlos gewordene Farmer, die sog. »poor whites« - gezwungen, in den Industriezentren Lohnarbeit anzunehmen. Diese »poor whites« sahen sich in direkter Konkurrenz zu den so billigen schwarzen Arbeitskräften, zumal die Arbeitgeber, besonders die Chamber of Mines, nicht gewillt waren, ihnen grundsätzlich höhere Löhne zu zahlen. Daraufhin kam es 1922 zur »Rand Revolte«, zum bewaffneten

Aufstand der weißen Arbeiter, die sich unter dem Slogan: »Proletarier vereinigt euch im Kampf für ein weißes Südafrika« sammelten. Sie kämpften für die Einführung der »colour bar«, der Rassenschranke in Bezug auf Lohn, Arbeits- und Wohnbedingungen. Der Aufstand der weißen Arbeiter wurde zwar unter Ausrufung des Kriegsrechts von der Regierung Smuts niedergeschlagen, doch erreichten sie ihr Ziel: 1923 Erlaß des 'Native (Urban Areas) Act', in dem die Trennung der Wohngebiete nach Rassenzugehörigkeit gesetzlich verankert wurde. Vor allem aber konnten die weißen Arbeiter Erfolge nach dem Wahlsieg der Koalition von National Party und Labour Party (1924) verbuchen. Der 'Industrial Conciliation Act' von 1924, der 'Wages Act' von 1925 und der 'Unions and Work Amendments Act' von 1926 sicherten ihnen grundsätzlich bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Landraub und politische Rechtlosigkeit

Die Landraubgesetze gingen einher mit einer weiteren Einschränkung der politischen Rechte.

Zugleich mit dem 'Native Trust and Land Bill' (1936) wurden die Schwarzen für die Aberkennung des allgemeinen Wahlrechts in der Kap-Provinz mit der Einrichtung des 'Native Representative Council' (NRC) »entschädigt«. Die Regierung verkaufte den NRC als parlamentarische Vertretung der Schwarzen. Der NRC hatte nur beratende Funktion, keine Entscheidungsbefugnisse. Er war besetzt mit 5 Weißen, 4 ernannten und 12 gewählten Schwarzen. Vorsitzender war der (weiße) Sekretär für Eingeborenenangelegenheiten.

1945 wurde der 'Native Urban Areas Consolidation Act' erlassen, der den arbeitslosen Afrikanern den Aufenthalt in den Stadtgebieten untersagte.

Das System der Apartheid nach 1948

Die Reservatspolitik fand nach 1948, nach dem Sieg der National Party ihre Fortführung in der Politik der 'Apartheid' und letztlich in der Politik der 'multi-nationalen' Entwicklung.

Das Regime entwickelte Methoden, um die unbegrenzte Zufuhr von billiger schwarzer Arbeitskraft auch in einer Situation sicherzustellen, in der dieser Zufuhr die Basis entzogen war. Die wirtschaftliche Basis der Reservate, und damit die Grundlage des Systems der Wanderarbeit war zusammengebrochen.

Dazu geführt hatte beispielsweise die relative Überbevölkerung und die Tatsache, daß die Reservate sowieso in den unfruchtbarsten Regionen gelegen waren.

Neue Möglichkeiten mußten gefunden werden. Dieses »Problem« ist die Erklärung für die Einführung der Apartheid oder, wie es auch heißt, der Politik der »getrennten Entwicklung«.

Generell ist die Apartheid - Politik gekennzeichnet von einem eng gefaßten System von Gesetzen und Verordnungen, die den Schwarzen nicht nur jegliches Recht absprechen, sondern auch die Bewegungsfreiheit einschränken, und dem Bemühen, die Reservate unter der euphemistischen Bezeichnung 'Homelands', nach und nach als natürliche Heimstatt der verschiedenen schwarzen »Nationen« aufzuwerten.

Nach 1948 unterschieden die Rassisten nicht nur zwischen 'weiß' und 'schwarz', sondern sie gingen daran, die Schwarzen in mehrere Nationen aufzuteilen. Zu diesem Zweck sollten auch längst ausgehöhlte Stammesstrukturen wiederbelebt werden. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war der 'Bantu Authorities Act' (1951). In den Reservaten entstand eine hierarchische Struktur, auf allen Ebenen mit Pretoriagetreuen Chiefs besetzt. Der nächste Schritt auf dem Weg in die »Unabhängigkeit« der Bantustans und somit in die legitimierte völlige Rechtlosigkeit war der 'Promotion of Bantu Self Governement Act' (1959). Darin wurde eindeutig festgehalten, daß die Afrikaner kein einheitliches Volk seien, sondern unterschiedliche nationale Einheiten, getrennt nach Sprache und Kultur. Dieses Gesetz schuf grundlegende Voraussetzungen für spätere »Selbstverwaltungsstrukturen.« 1963 wurde beispielsweise die Transkei durch den 'Transkei Self Government Act' zum »Selbstverwaltungsterritorium«.

1950 Erlaß des 'Group Areas Act', wonach für jede Rassengruppe eigene Wohngebiete und für die Afrikaner große Umsiedlungsprogramme vorgesehen sind. Mit dem 'Native Laws Amendment Act' (1952) erklärte die Regierung alle städtischen Gebiete außerhalb der Reservate zu »proclaimed areas«, die somit unter die strikten Zuzugsbestimmungen fielen, denen auch erstmals die Frauen unterworfen waren.

Eines der wichtigsten Kontrollinstrumente ist der Paß, der von jedem Afrikaner/in über 16 Jahren mitgeführt werden muß. Nach dem Gesetz von 1952 ist es den Afrikanern nur erlaubt, sich 72 Stunden ohne Paß in städtischen Gebieten aufzuhalten. Da durch den Paß eine fast unumschränkte Kontrolle über die schwarze Mehrheit erreicht werden kann, stehen die Paßbestimmungen immer im Mittelpunkt des schwarzen Widerstandes.

Im Zuge des weiteren Ausbaus des Apartheidsstaates entstanden weiße Industrieansiedlungen in den sog. border-regions. Das sind Industrieansiedlungen in der Nähe der »Homelands«, so daß die Arbeiter in den »Homelands« wohnen und in den weißen Städten ihre Arbeitskraft verkaufen können. Für die Industrie liegt der unschätzbare Vorteil der sog. Grenzindustrien im Fehlen jeglicher Mindestlohn- oder Arbeitsrechtsbestimmungen.

Der »multi-nationale« Ansatz der Rassentrennungspolitik ordnet jeden Afrikaner einem bestimmten »Stamm« und damit einem bestimmten »Homeland« zu, unabhängig davon, ob die Betroffenen schon seit Generationen woanders ansässig sind. Schwarze, deren Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird oder die in den sog. »black spots« (schwarze Siedlungsgebiete in ansonsten »weißen« Gebieten) gelebt haben, werden zwangsweise umgesiedelt.

Durch die Aufspaltung der Afrikaner in unterschiedliche Nationen wird die weiße Minderheit plötzlich zur stärksten »Nation«. Das Konzept der »Homeland«-Politik enthält außerdem alle »positiven« Elemente der indirekten Herrschaft. Der Unwille der Schwarzen richtet sich zuerst gegen die aufgezwungenen Selbstverwaltungsstrukturen, sei es im »Homeland« oder in den schwarzen Townships.

Den Bewohnern der »Homelands« wird ein »freies« Wahlrecht zugestanden, was der ganzen Konstruktion den Anschein von Demokratie verleihen soll. Mit der »Unabhängigkeitserklärung« dieser »Homelands« ist dann das letzte Stadium der Ausbürgerung erreicht: die Schwarzen betreten »Weiß«-Südafrika nur noch als »Gastarbeiter«.

Werena Rosenke

Quellen:

Evangelisches Missionswerk im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West e.V. (EMV) (Hrsg.): Südafrika heute. Zahlen, Daten, Argumente. Hamburg 1982.

IKWEZI. Eine schwarze Befreiungszeitschrift für politische Analysen Südafrikas und des Südlichen Afrikas. Sonderausgabe. Köln 1982.

Ki-Zerbo, Joseph: Die Geschichte Schwarz-Afrikas. 1981. (Paris 1978).

No Sizwe: One Azania, One Nation. The National Question in South Africa. London 1979.

Informationsstelle Südliches Afrika (issa) (Hrsg.): Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung. issa - Wissenschaftliche Reihe 6. Bonn 1977.

issa (Hrsg.): informationsdienst südliches afrika. Nr. 3/83; 2; 3/84; 2; 5/85.

No Sizwe: One Azania, One Nation. The National Question in South Africa. London 1979.

Robert Mangfaliso Sobukwe: Hört die Stimme Afrikas! Reden 1949-1959. Köln 1978.

Schulz-Rubach, Marianne/Orbon, Helmut (Hrsg.): Steve Biko - Ich schreibe was mir paßt. Berlin 1979. (London 1978).

Sowetan 12.9.85

Ripken, Peter/Wellmer, Gottfried (Hrsg.): Wanderarbeit im Südlichen Afrika. Ein Reader. issa - Wissenschaftliche Reihe 5. Bonn 1976.

Repression und Widerstand

Auch wenn es nicht im Interesse des weißen Regimes war, beförderten die zunehmende Industrialisierung und damit verbunden der Landraub die Herausbildung eines nationalen Bewußtseins unter den Schwarzen. In den Compounds der Industriezentren, auf den Plantagen kamen Arbeiter aus allen Teilen des Landes und von verschiedenen afrikanischen Stämmen zusammen. Dieses sich entwickelnde Nationalbewußtsein hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Entstehung einer nationalen Bewegung gegen die koloniale Eroberung und die kapitalistische Ausbeutung. Schon vor Bildung des ANC gab es stammesübergreifende Organisationen. 1884 entstand die erste politische Organisation der Schwarzen, die »Imbumba Yama Afrika«, eine Organisation, die vorwiegend aus schwarzen Intellektuellen bestand, die an Missionsschulen ausgebildet worden waren, und z.T. in England, dem »Mutterland« studiert hatten. Sie waren an bürgerlich-demokratischen Ideen orientiert und forderten eine »multi-rassische« Gesellschaft nach dem Vorbild des »zivilisierten« Mutterlandes. Ihre Forderungen richteten sich an beide Seite: an die Afrikaner, sich nach europäischem Vorbild zu zivilisieren, an die Weißen, ihnen die gleichen bürgerlichen Rechte zu gewähren.

Gleichzeitig gab es allerdings auch noch eine andere Tendenz, die die Integration in eine gemischtrassische Gesellschaft ablehnte. Sie zeigte sich in eher religiös gefärbten Bewegungen wie beispielsweise in der »Äthiopischen Kirche«, einer unabhängigen afrikanischen Kirche. Diese Zweigleisigkeit läßt sich schon an den Aktionen des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts ablesen. Während eine Delegation des multi-rassischen Flügels nach London fuhr (1909), um am Vorabend der Gründung der Südafrikanischen Union politische Rechte für die Schwarzen zu erbitten - sie wurden übrigens schnöde abgewiesen -, gab es 1906 noch Aufstände gegen die Erhebung der Kopfsteuer in Natal.

Aus dem Kreis der intellektuellen Schwarzen ging 1912 die Gründung des ANC hervor. John L. Dube wurde der erste Präsident. In der 1919 verabschiedeten Verfassung des ANC wurden die Ziele formuliert: die Förderung der Gemeinschaft und Einigkeit unter den Schwarzen und die Beeinflussung der Weißen, ihrer Organisationen und Institutionen zu Gunsten der Schwarzen. Die Rassentrennung sollte in allen Bereichen mit verfassungsmäßigen Mitteln bekämpft werden. Man hoffte, diese Ziele durch Petitionen und die Entsendung von Delegationen zu erreichen.

Der Begriff der Nation war nicht nur an die Einheit der Schwarzen gebunden, sondern an alle Südafrikaner, dies beeinflußte die Reaktionen des ANC auf die Verabschiedung des 'Native Land Act' von 1913: man sandte Petitionen an den südafrikanischen Premierminister und eine Delegation nach London an den britischen Hof.

Der weiße Herrschaftsanspruch wird nicht angezweifelt. Sympthomatisch dafür ist auch die Tatsache, daß der ANC bei Beginn des I. Weltkriegs beschloß, jegliche Kritik an der Regierung auszusetzen und ihr 5000 schwarze Soldaten für den Feldzug gegen die Deutschen im damaligen Deutsch-Südwest anzubieten. Dieses Angebot wurde von Smuts dankend abgelehnt, »da dieser Krieg eine Angelegenheit der Weißen ist.« Gleichzeitig existierten aber auch andere, von den Prinzipien der ANC-Führung abweichende Vorstellungen, die sich in den Streiks und Demonstrationen der Jahre 1917 bis 1920 äußerten und die u.a. zur Bildung der Bantu-Union führten. 1920 wurden 163 Schwarze in der Kap-Provinz erschossen, die sich weigerten, ihr Land zu verlassen.

Die durch die Streiks zum Ausdruck gekommene Radikalisierung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die ANC-Basis, die 1919 im Transvaal erste gewaltfreie Demonstrationen gegen die Paßgesetze organisierte. Obwohl auch bei diesen gewaltfreien Aktionen viele verhaftet und einige getötet wurden, änderte sich nichts an der gemäßigten Haltung der ANC-Führung, ebensowenig wie die Ereignisse der 20er Jahre: Rand Revolte und 'civilized labour policy'. Es schälten sich zwei Hauptlinien in der Diskussion um die weitere Vorgehensweise heraus:

- Versuche, durch Petitionen u.ä. und durch Verhandlungen in den von den weißen geschaffenen Gremien Überzeugungsarbeit zu leisten.
- durch die Mobilisierung der schwarzen Mehrheit und deren Kampf für ihre Interessen eine gleichberechtigte Gesellschaft aufzubauen.

Parallel zu den immer umstrittenen Gesprächen auch mit den sog. fortschrittlichen Weißen gab es verschiedene Initiativen zur Einigung aller Nicht-Weißen. So Konferenzen im Rahmen der »«African People's Organisation« (1927-1934). Diese Zusammenarbeit zwischen Indern, Farbigen und Schwarzen war nicht unproblematisch, da sich die Aversionen der Afrikaner besonders gegen die indischen Kauf-

leute richteten, mit deren rüden und ausbeuterischen Geschäftspraktiken sie direkt konfrontiert waren. Auch gab es gerade unter den Indern viele, die versuchten, sich vor allem nach »unten« hin abzusetzen.

War die Politik des ANC bis in die erste Hälfte der zwanziger Jahre bestimmt von der Anerkennung des weißen Führungsanspruchs, auch in der Landfrage und der Frage der politischen Rechte, so stellte sich mit der Wahl Gumedes zum Präsidenten des ANC (1927) eine Radikalisierung ein. Hauptzielsetzungen Gumedes waren die nationale Einheit der Schwarzen und die Einbeziehung der schwarzen Massen in den Kampf. Er sprach sich auch eindeutig für eine Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei aus, da er sich dadurch eine Stützung seiner radikaleren Position erhoffte. Doch seine Position blieb umstritten. Die Fronten in der Auseinandersetzung um die KP waren keine homogenen. Ablehnend standen der Zusammenarbeit nicht nur die alten traditionellen Führer gegenüber, sondern auch die afrikanischen Nationalisten, weil sie die von der KP propagierte Einheit der schwarzen und weißen Arbeiterklasse für unrealistisch hielten, besonders vor dem Hintergrund der Ereignisse von 1922 und 1924-27[1]. Darüberhinaus betrachteten sie die KP als eine von Weißen dominierte Organisation, wodurch sie ihre Linie: Mobilisierung der schwarzen Massen und Vertrauen auf die eigene Kraft, bedroht sahen.

Für eine Zusammenarbeit sprachen sich nicht nur die Kreise um Gumede aus, die sich davon eine Stärkung ihrer radikaleren Positionen erhofften, sondern auch diejenigen, für die die weiße Führung der KP grundsätzlich die Hoffnung auf eine engere Zusammenarbeit mit den Weißen bedeutete. Die Auseinandersetzungen im ANC über das weitere Vorgehen und die Frage der KP vertieften sich und führten 1930 zur Absetzung Gumedes. Stattdessen hatten die alten gemäßigten Führer unter Seme wieder das Sagen im ANC.

Diese Querelen trugen dazu bei, daß der ANC im Verlauf der 20er Jahre bis in die 30er Jahre hinein eine relativ unbedeutende Kraft war.

Eine bedeutendere Rolle spielten stattdessen die »Industrial and Commercial Workers' Union of Africa« unter Clemens Kadalie, deren »Economic and Political Program for 1928« die ausdrückliche Forderung nach Massenkampagnen enthielt.

Verschärfung der Repression und Widerstand

Im Laufe der vierziger Jahre gelang es Xuma, seit 1940 Präsident des ANC, den ANC zu reorganisieren, doch waren seine politischen Positionen, - niedergelegt vor allem in der 'Atlantic-Charta' und der 'Bill of Rights' von 1943 - noch ganz von dem Glauben an eine friedliche Einigung mit dem weißen Regime geprägt. Dies ist umso erstaunlicher, da mit den Hertzog-Gesetzen von 1936 und dann 1945 mit dem 'Native (Urban Areas Consolidation) Act', Landraub und Rassentrennung weiter vorangetrieben und erste Schritte hin zu einer Ausbürgerung der Afrikaner aus »Weiß«-Südafrika unternommen worden sind. Beide ANC-Dokumente von 1943 richten sich als Appelle an die Regierung:

»Aber wir haben das Dokument auf unsere eigene Situation zugeschnitten, da es uns so die wirkungsvollste Möglichkeit bietet, die Aufmerksamkeit der Regierung und der europäischen Bevölkerung auf Stellung und Status der Afrikaner in Südafrika, dem Land, in dem wir geboren sind, zu lenken, denn allein die Regierung und die Europäer verfügen über die absolute legislative und administrative Gewalt über die nicht-europäische Bevölkerung. Wir wissen, daß der Präsident und seine Delegation der Südafrikanischen Union bei der Friedenskonferenz die Interessen der Bevölkerung unseres Landes vertreten wird. Wir wollen, daß die Regierung und die weißen Südafrikaner alle Bestrebungen der Afrikaner anerkennen, damit auch ihr Standpunkt auf der Friedenskonferenz repräsentiert wird.«

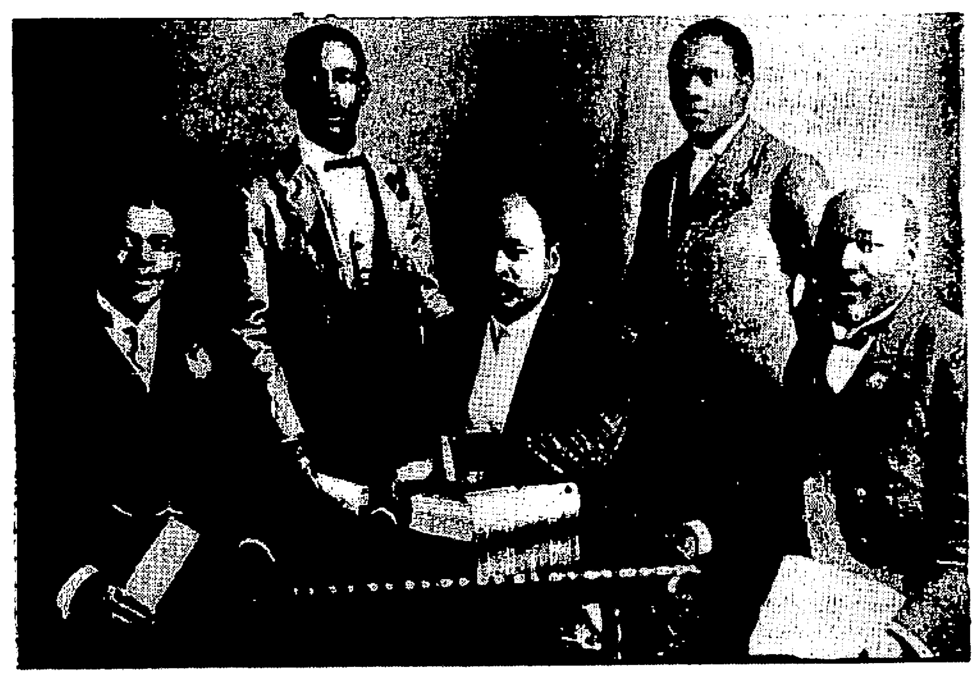
Entscheidend bei diesen 1943er Dokumenten ist, daß das weiße Regime nicht als Kolonialregime betrachtet wird, was Auswirkungen auf die ANC-Forderungen zur Landfrage und der Forderung nach politischen Rechten hat.

»In bestimmten Teilen Afrikas sollte es möglich sein, den Afrikanern ihre Selbständigkeit zu geben und Regierungen ihrer Wahl einzusetzen. In anderen Teilen Afrikas, in denen eine europäische Minderheit, die alle Macht fest in den Händen hält, eine Mehrheit von Nicht-Europäern regiert, sollte den Forderungen der Afrikaner auf volle Bürgerrechte und direkte Beteiligung an allen staatlichen Gremien entsprochen werden. Das ist in Südafrika besonders dringend.«

»Wir anerkennen die Notwendigkeit, Gewalt innerhalb eines Landes als Teil des polizeilichen Machtapparates einzusetzen. Aber wir müssen es ablehnen, daß besonders in Südafrika regelmäßig auf Gewalt zurückgegriffen wird, um die rechtmäßigen Unzufriedenheitsbekundungen durch die unterdrückten und unbewaffneten Teile der Bevölkerung zu verhindern.«

»Wir fordern einen gerechten Anteil an allen Rohstoffen des Landes und ... eine gerechte Neuverteilung des Landes als eine Voraussetzung für eine gerechte Lösung des Landproblems.«

Zur gleichen Zeit, als dieses reformistische Dokument verfaßt wurde, fanden in den Jahren 1940 - 44 Massenaktionen, vor allem Busboykotte, die sich gegen Fahrpreiserhöhungen richteten, statt - Ausdruck der weitreichenden Verarmung und Unzufriedenheit der schwarzen Arbeiter -, die ihren Höhepunkt in dem Bergarbeiterstreik von 1946 erreichten. An diesem bis dato größten Streik afrikanischer Arbeiter nahmen mehr als 70 000 schwarze Minenarbeiter unter Führung der 'African Mine Workers' Union' (AMWU) teil. Vorsitzender der AMWU war John B. Marks, führendes Mitglied der KP und des ANC. Die in den Aktionen zu Beginn der vierziger Jahre hervorgetretene Militanz der Schwarzen konnte nicht ohne Auswirkungen auf den ANC bleiben. 1943 gründete sich die ANC Jugendliga. Mitglieder waren Tambo, Mandela, Sobukwe, Sisulu, Lembede u.a.



Die ANC Delegation in England 1914: W.B. Rubusana, T. Mapikela, J.L. Dube, Sol Plaatje, S. Msane. (von links nach rechts)

Die ANC Jugendliga

Die Jugendliga bekannte sich eindeutig zum Prinzip des Afrikanismus und des afrikanischen Nationalismus. Der Hauptunterschied zu der bisherigen Mehrheit im ANC lag in der Definition der Unterdrükkung als eine koloniale. Betont wurde die Notwendigkeit militanter Massenaktionen

Die Freiheits-Charta

Wir, das Volk von Südafrika, erklären, unserem ganzen Land und der Welt zur Kenntnis:

Südafrika gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen; keine Regierung kann gerechterweise einen Machtanspruch erheben, es sein denn, daß er auf dem Willen des Volkes gegründet ist;

unser Volk ist seines Geburtsrechtes auf Land, Freiheit und Frieden durch eine Regierung beraubt worden, die auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruht;

unser Land wird so lange weder aufblühen noch frei sein, bis wir nicht alle brüderlich zusammenleben und gleiche Rechte und Möglichkeiten genießen;

nur ein demokratischer Staat, der auf dem Willen des Volkes gegründet ist, kann allen ihr Geburtsrecht ohne Unterscheidung der Farbe, Rasse, des Geschlechts oder des Glaubens sichern;

und deshalb nehmen wir, das Volk von Südafrika, Schwarze und Weiße gemeinsam - als Gleichberechtigte, Landsleute und Brüder - diese Freiheitsurkunde an. Und wir verpflichten uns, zusammen zu kämpfen und es weder an Kraft noch an Mut fehlen zu lassen, bis die hier genannten demokratischen Veränderungen erreicht worden sind.

Jeder Mann und jede Frau sollen das Recht haben zu wählen und als Kandidat für alle gesetzgebenden Körperschaften aufgestellt zu werden;

alle sollen das Recht haben, an der Verwaltung des Landes teilzunehmen;

alle sollen gleichberechtigt sein, ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe oder Geschlecht...

Alle nationalen Gruppen und Rassen sollen den gleichen Status in staatlichen Körperschaften, in den Gerichten und in den Schulen haben;

alle sollen das gleiche Recht haben, ihre eigene Sprache zu sprechen und ihre eigene Kultur und Sitte zu pflegen;

es soll als Verbrechen bestraft werden, Diskriminierung und Verachtung von Nationalitäten, Rasse oder Farbe zu verbreiten und auszuüben;

alle Apartheidgesetze und -praktiken sollen abgeschafft werden.

Der nationale Reichtum des Landes, das Erbe aller Südafrikaner, soll dem Volk wiedergegeben werden;

die Bodenschätze, die Banken und monopolisierten Industrien sollen nationalisiert werden;

alle weiteren Industrien und der Handel sollen gesteuert werden, um dem Wohlergehen des Volkes zu dienen;

Beschränkung des Landbesitzes auf Rassenbasis soll enden und alles Land wieder unter die verteilt werden, die es bebauen, um Hungersnot und Landhunger zu verbannen;

alle die arbeiten, sollen die Freiheit haben, Gewerkschaften zu gründen, ihre Funktionäre zu wählen und mit ihren Arbeitgebern Lohnverträge abzuschließen;

Männer und Frauen aller Rassen sollen gleiche Löhne für gleiche Arbeit erhalten;

Südafrika soll ein vollständig unabhängiger Staat werden, der die Rechte und Souveränität jeder Nation anerkennt;

Südafrika soll danach streben, den Weltfrieden durch die Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf dem Verhandlungsweg - nicht durch Krieg - zu erhalten;

das Recht aller Völker Afrikas auf Unabhängigkeit und Selbstregierung soll anerkannt werden und die Basis enger Zusammenarbeit sein.

Für diese Freiheitsrechte wollen wir Seite an Seite unser ganzes Leben lang kämpfen, bis wir unsere Unabhängigkeit gewonnen haben!

(Auszüge)

und die Ablehnung jeder Mitarbeit in weißen Institutionen. Darüberhinaus eignet sich die Youth League, vor allem unter dem Einfluß Anton Lembedes, eine panafrikanische Betrachtungsweise des zu führenden Kampfes an.

Zur bis dahin auch immer strittigen Frage des Verhältnisses zu den anderen Rassen bezieht die Jugendliga eindeutig Stellung.

»Die nationalen Organisationen der Afrikaner, Inder und Farbigen können in gemeinsamen Fragen zusammenarbeiten.«[2]

Zur Frage der Weißen wird konstatiert, daß die allermeisten von ihnen von der Unterdrückung der schwarzen Mehrheit profitiert haben, es gebe in ihren Reihen zwar auch einige fortschrittliche, aber *»zur Zeit sind es nur so wenige, daß man ihren Einfluß auf die nationale Politik kaum merkt.«*[3] Die Positionen der Jugendliga, die weit über bisherige Positionen des ANC hinausgingen, besonders was die Frage des nationalen Charakters des Kampfes betrifft, fanden ihren Niederschlag in dem ANC 'Programme of Action' von 1949. Dieses Aktionsprogramm des ANC entstand vor dem Hintergrund der Massenaktionen der 40er Jahre, besonders der radikalen Streikbewegung und der Machtübernahme der Regierung Malan 1948, die fortan den systematischen Ausbau der nun 'Apartheid' genannten Rassentrennungspolitik betreiben sollte. In der Präambel des Aktionsprogramms heißt es:

»Die grundlegenden Prinzipien des Aktionsprogramms des African National Congress werden von dem Wunsch nach nationaler Freiheit genährt. Unter nationaler Freiheit verstehen wir die Freiheit von weißer Vorherrschaft und die Erlangung politischer Unabhängigkeit. Das bedeutet gleichzeitig die Ablehnung der Konzepte von Rassentrennung, Apartheid, Treuhänderschaft oder weißer Führung - hinter denen jedesmal in der einen oder anderen Form die Idee weißer Herrschaft oder Beherrschung der Schwarzen durch die Weißen steht. Wie alle anderen Völker beansprucht das afrikanische Volk das Recht auf Selbstbestimmung.«

1949 übernehmen die Mitglieder der Jugendliga die Führung im ANC, Walter Sisulu wird Generalsekretär.

Die Situation in Südafrika Anfang der 50er Jahre

Die Situation Anfang der 50er Jahre war gekennzeichnet von einer weiteren Verschärfung der bereits erwähnten Landraub- und Paßgesetze, die jetzt auch auf die Frauen ausgeweitet wurden. 1950 erließ Malan den 'Suppression of Communism Act' - Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus -, was zur Selbstauflösung der Kommunistischen Partei führte. Als Reaktion auf die härtere Gangart der Regierung kam es Anfang der 50er Jahre zu mehreren Massenaktionen:

1951 zu gemeinsamen Aktionen von ANC, South African Indian Congress (SAIC) und Franchise Action Council (Organisation der Farbigen) als Protest gegen den Ausschluß der Farbigen vom allgemeinen Wahlrecht in der Kapprovinz. Auch die 'Defiance Campaign' von 1952, die gemeinsam von ANC, SAIC und Franchise Action Committee getragen wurde, zeigte, daß unter dem Druck der Regierung Malan die Organisationen von Afrikanern, Indern und Farbigen näher zusammenrückten. Die 'Defiance Campaign' war insofern ein großer Erfolg, als sich im Laufe des Jahres 1952 immer mehr Afrikaner, Inder und Farbige an den Aktionen zur Nichtbeachtung der Rassengesetze, an Demonstrationen und Veranstaltungen beteiligten. Die Gesetze selbst konnten durch die Kampagne allerdings nicht außer Kraft gesetzt werden. Im Zuge der Kampagne erhöhte der ANC seine Mitgliederschaft von ca. 20 000 auf 100 000.

Die Kongreßallianz - Freiheitscharta

1954 schlossen sich der ANC, SAIC, der (weiße) Congress of Democrats (COD), die South African Coloured People's Organisation (SACPO) zur Kongreßallianz zusammen. Der Volkskongress wurde vorbereitet von einem Aktionsrat, bestehend aus acht Mitgliedern, zwei von jeder Organisation, unabhängig von der Größe und Bedeutung. Die von dem Nationalen Aktionsrat ausgearbeitete 'Freedom Charta'' wurde 1955 vom Volkskongreß, an dem über 2900 Delegierte verschiedenster Organisationen teilnahmen, verabschiedet und unverändert 1956 auf einer Konferenz des ANC als programmatische Grundlage angenommen.

Die Annahme der Freedom Charta als programmatisches Dokument des ANC verschärfte die Auseinandersetzungen zwischen den Afrikanisten und der Mehrheit im ANC, die sich für die Kongreß-Allianz und die Freedom-Charta ausgesprochen hatte. Die Gründe für die breite Zustimmung waren u.a. die seit Beginn der fünfziger Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem SAIC; auch die Repression gegen die Kommunisten - Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus (1950) - führte zu einem näheren Zusammenschluß mit dem COD, in dem sich viele ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei organisiert hatten. Die Afrikanisten waren Anfang der fünfziger Jahre, als das weiße Minderheitsregime eine Reihe von Gesetzen erließ, die zu einer weiteren Aufspaltung aller »Nicht-Weißen« führen sollten, (z.B. 'Group Areas Act') in die Minderheit geraten, weil sie vom Standpunkt des schwarzen Exklusivismus auf diese Situation nicht reagieren konnten. Der Begriff der »Nation« des »unterdrückten Volkes« war in den fünfziger Jahren von den Afrikanisten noch nicht angemessen definiert worden; dies sollte erst im Zuge des Black Consciousness Movements geschehen.

Die Kritik der Afrikanisten an der Freiheitscharta, die schließlich zum Bruch mit dem ANC und zur Gründung des Panafricanist Congress of Azania (PAC) 1959 führte, richtete sich vor allem gegen die Positionen zur Landfrage, zur politischen Macht und zur Strategie des Kampfes.

Die Landfrage

Die Landfrage ist sowohl für die Schwarzen als auch für die Weißen in Südafrika eine vitale Frage.

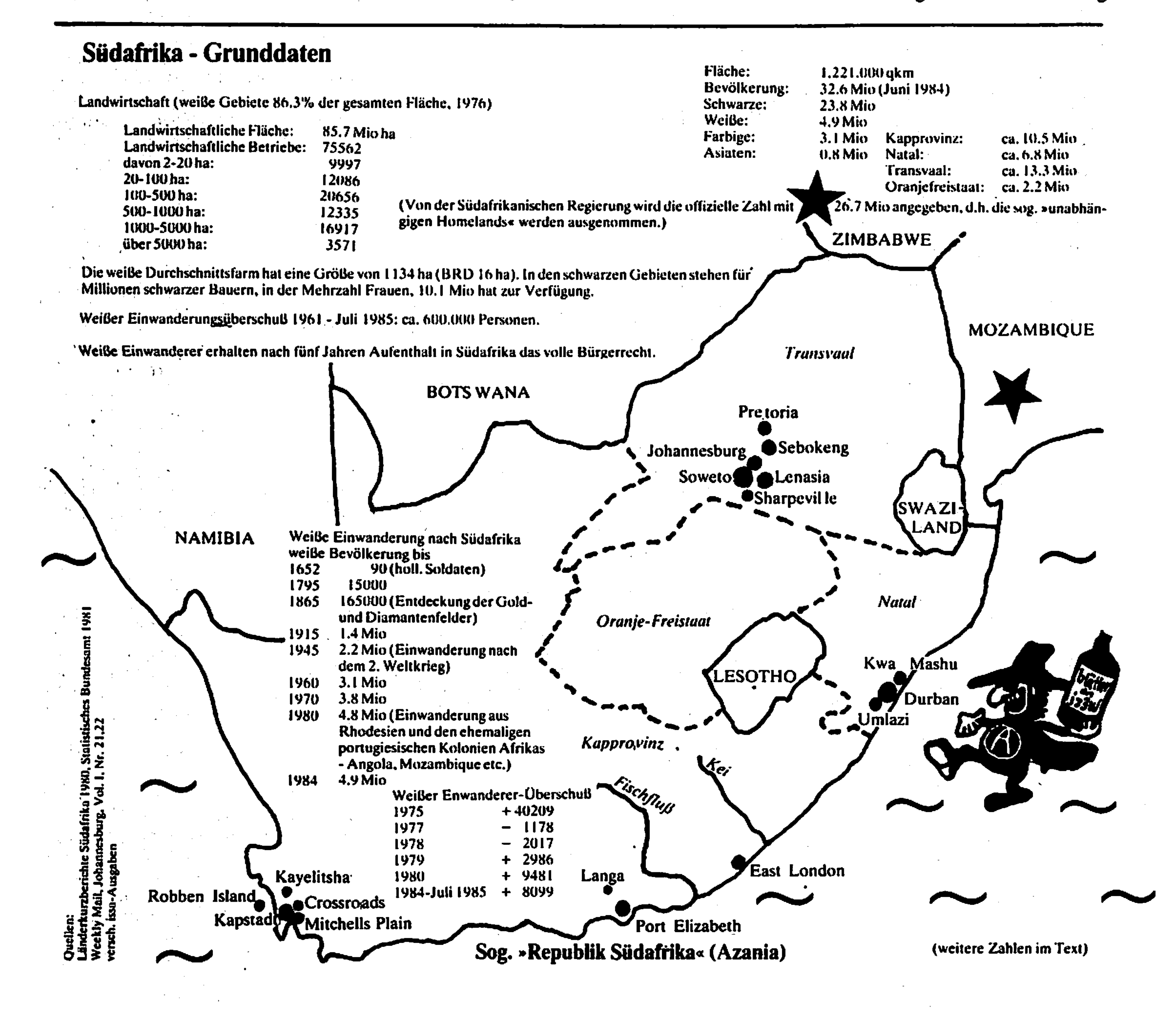
Dies äußert sich auch darin, daß sie als erster Punkt der Freiheitscharta behandelt wird. Diese Position wurde von den Afrikanisten am heftigsten bestritten. Sie gingen davon aus, daß die weiße Herrschaft eine koloniale sei. Die ungleiche Landverteilung sei folglich ein Resultat der kolonialen Eroberung, der Enteignung der rechtmäßigen Besitzer, der Afrikaner und nicht, wie in der Freiheitscharta formuliert, das Ergebnis einer ungerechten Regierung.[4]

Die Afrikanisten im ANC sahen in dieser Auffassung einen Verrat an den Positionen der Jugendliga und des Aktionsprogrammes von 1949.

Eine ebenso entscheidende Differenz lag in den Konzepten zur Strategie des Kampfes, d.h. wie und mit wem das beiden Positionen - dem multi-rassischen Flügel und den afrikanischen Nationalisten oder Afrikanisten - gemeinsame Ziel, die Abschaffung der Rassenherrschaft, zu erreichen sei.

Die nationale Frage

Gehören für die Kongreß-Allianz alle, die sich gegen die Rassendiskriminierung aussprechen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, zur südafrikanischen Nation, so ist es von der Position der Afrikanisten her unannehmbar, die weißen Eroberer und die schwarzen Eroberten als ein Volk zu begreifen. Aus diesen unterschiedlichen Analysen ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Strategien zur Durchführung



PAC: Das Panafrikanische Manifest von 1959

J. Eine Rasse: die menschliche Rasse
Die Afrikaner sind sehr stolz auf ihre Rasse - die menschliche Rasse. Sie kennen keine unvermeidbaren, grundlegenden Unterschiede selbst zwischen den drei Hauptzweigen dieser Rasse: den europiden, mongoliden und negriden Rassenkreisen.

Sie hängen nicht der Theorie an, daß es angeborene geistige, Gefühls- und psychologische Unterschiede zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Zweige der menschlichen Gattung gibt. Sie meinen, daß die Gewährung von »Rechten« auf der Grundlage ethnischer Herkunft nichts anderes ist als die Verfestigung der Überheblichkeit eines Teils dieser Gattung, die weiter aufrechterhaltene Verachtung des Wertes des Menschen und die Mißachtung der Menschenwürde.

Sie halten dafür, daß die Unterschiede, die zwischen den verschiedenen Gruppen oder Untergruppen der Menschen bestehen, vornehmlich durch die individuellen Faktoren zustandekommen, die zur Herausbildung der verschiedenen Charaktere der Gruppen führen.

Die Überheblichkeit einer Rasse und fortwährende Verachtung des Wertes der menschlichen Persönlichkeit und Mißachtung der Menschenwürde dulden und fördern sie nicht, noch werden sie dies jemals tun. Das afrikanische Volk ist sich dessen voll bewußt, daß Vorschläge wie Apartheid, ob insgesamt oder teilweise, wie »getrennte Entwicklung« - sozial oder politisch -, wie christliche Treuhänderschaft, weiße Führung mit Gerechtigkeit, Partnerschaft usw. nur als ein Mantel für ihre weitere Unterdrückung, Ausbeutung und Erniedrigung dienen sollen.

Sie sprechen den Fremden jedes Recht ab, ihr Land zu balkanisieren oder zu pakistanisieren (aufzuteilen, Anmerkung des Übersetzers). Das afrikanische Volk kann an keinem solcher Pläne, Programme oder solcher Politik teilnehmen. Die Afrikaner sind weder Rassisten noch Rassentheoretiker und sie verurteilen vorbehaltlos alle Formen von Rassenbewußtsein, das Vielrassenbewußtsein eingeschlossen. Sie nähren keinerlei rohen Haß gegen die Europäer, aber sie hegen eine tiefe Abscheu gegen das »Herrenvolk«-System.

M. Unsere historischen Aufgaben
Die historischen Aufgaben der afrikanischen Befreiungsbewegung sind gänzlich das Produkt von Afrikas Geschichte, das Produkt der Kräfte und Faktoren, die sie zu dem gemacht haben, was sie ist. Um die völlige Befreiung Afrikas zu erlangen, sind dies die historischen Aufgaben der Bewegung:
- Die Bande der afrikanischen nationalen Einheit auf kontinentaler Grundlage zu schmieden, voranzutreiben und zu festigen.
- Das fundamentale Prinzip zu verfechten, daß die Herrschaft oder Souveränität und die Herrschaft oder der Besitz über das gesamte Territorium des Kontinents ausschließlich und unveräußerlich bei dem eingeborenen Volk ruht.
- Die Schaffung einer kontinentalen Union afrikanischer Staaten als eine konkrete Form der afrikanischen Nation anzustreben;
- und die Schaffung einer afrikanischen sozialistischen und demokratischen Gesellschaftsordnung anzustreben, die den Vorrang der lebensnotwendigen Bedürfnisse, die geistigen und seelischen Interessen der Einzelnen anerkennt.

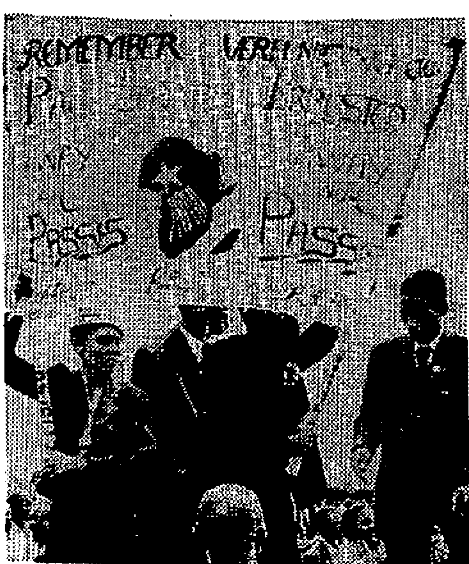
Eine Befreiungsbewegung muß konkreten Ausdruck finden in organisatorischer Form und im Charakter, um ihre historischen Aufgaben erfüllen zu können. Die höchste organisatorische Form und der Charakter, in der die afrikanische Befreiungsbewegung in Südafrika ihren Ausdruck gefunden hat, ist der Pan Africanist Congress. (Auszüge)

---

des Kampfes. Für die Kongreß-Allianz folgt daraus, daß alle, auch die Weißen, wenn sie sich nur dem Kampf um eine antirassistische Gesellschaft verschreiben, an dem Kampf beteiligt werden sollen. Über die Beteiligung der Weißen erhofft man sich auch einen Einfluß auf diejenigen Weißen, die bisher noch auf seiten der Regierungspolitik standen. So formulierte Nelson Mandela im Zusammenhang mit der 'Defiance Campaign':

»Ich stelle mir vor, daß, wenn die Defiance Campaign das Stadium der massenhaften Gesetzesmißachtung erreicht hat, entweder die Regierung zum ANC sagt,... wir werden diese Gesetze widerrufen, wir werden die Diskriminierung abschaffen, und ab sofort ist jeder im Lande ... berechtigt, die Mitglieder des Parlaments zu wählen, ... oder, wenn die Regierung sich weigert, diese Haltung einzunehmen, dann erwarten wir von den Wählern, daß sie aufgrund dieser Situation sagen, wir können mit einer solchen Regierung nicht weitermachen; wir sind der Meinung, daß diese Regierung einer Regierung Platz machen sollte, die sensibler und verantwortungsbewußter ist.«[5]

Demgegenüber gingen die Afrikanisten, geprägt auch von den geschichtlichen Erfahrungen, davon aus, daß eine Befreiung einzig und allein durch die Unterdrückten selbst passieren kann. Wobei die Zukunft eine nicht-rassische Gesellschaft sein soll, in der die Hautfarbe der Menschen vollkommen irrelevant ist. Dieses Ziel kann



Sharpeville 1960 - Anti-Paßdemonstration

aber nur durch die Mobilisierung der schwarzen Massen erreicht werden. Der Kampf um die Befreiung ist ein Kampf der Schwarzen, die Zukunft ist ein nicht-rassischer Staat, in der die Afrikaner - aufgrund ihrer Mehrheit - die Regierung stellen.

Diese unterschiedlichen Auffassungen in entscheidenden Fragen führten schließlich 1959 zum Rückzug der Afrikanisten aus dem ANC und zur Gründung des Panafricanist Congress of Azania (PAC). Robert Sobukwe wurde der erste Präsident des PAC.

Sharpeville 1960 - die erste große Revolte

Wichtige Voraussetzungen der landesweiten Protestaktionen von 1960 waren:
- die dauernde Verschärfung der Bantustan oder Homelandpolitik und damit verbunden die Verschärfung der Paßgesetze und der Zuzugskontrolle (Anwendung auch auf die Frauen) seit Amtsantritt der Regierung Malan;
- in den Reservaten die Einführung der »Selbstverwaltungsstrukturen«;
- die sich allgemein weiter verschlechternde materielle Lage der Schwarzen in den städtischen Gebieten und in den Reservaten.
- der Hochverratsprozeß gegen 156 führende Mitglieder der Kongreß-Allianz. Der Prozeß endete 1961 mit Freisprüchen.

Auf seiner ersten Konferenz 1959 beschloß der PAC eine nationale Kampagne gegen die Paßgesetze. Alle Schwarzen waren zu friedlichen Protesten am 21. März 1960 aufgerufen. Der ANC hatte eine Teilnahme an diesen Aktionen abgelehnt. In allen großen schwarzen Städten des Landes fanden sich Tausende zusammen, die sich in Demonstrationszügen zu den örtlichen Polizeistationen bewegten und dort demonstrativ ihre Pässe verbrannten. Zur größten Demonstration und gleichzeitig zum rücksichtslosesten Vorgehen kam es in Sharpeville, wo über 20 000 Menschen gegen die Paßgesetze demonstrier-

ten. Um die Menge zu zerstreuen, schoß die Polizei wahllos in die Menschenansammlung: 69 Menschen wurden erschossen, weit über Hundert verletzt. Am 28 März riefen dann PAC und ANC gemeinsam zu einem eintägigen Generalstreik auf, zum Gedenken an die Toten von Sharpeville. Am gleichen Tag wurde das »Unlawful Organisations Bill« vom Parlament verabschiedet, aufgrund dessen ANC und PAC gebannt wurden. Noch im März ist fast die gesamte Führungsspitze des PAC verhaftet worden, darunter auch Robert Sobukwe. Von Ende März bis Ende August wurde der Notstand ausgerufen.

In dieser Zeit fand eine der größten Verhaftungswellen statt, da das Regime durch massive Einschüchterung und durch das Verbot von ANC und PAC hoffte, die Revolte einzudämmen. Doch vorerst konnte nicht verhindert werden, daß sich die Aufstände auch auf die Reservate, besonders auf die Transkei ausweiteten. Dort richtete sich der Kampf der Schwarzen in erster Linie gegen die von der Regierung eingesetzten und korrumpierten Chiefs und vor allem gegen das »Selbstverwaltungskonzept«, verbunden mit weiteren Landraubmaßnahmen. In allen Aktionen des Jahres 1960 zeigte sich eine zunehmende Militanz der unterdrückten Mehrheit. Besonders wichtig an der Revolte von Sharpeville war aber die Tatsache, daß sie sich an einem der entscheidenden Punkte der Apartheidsideologie entzündete: an der Frage der Bantustans. Sowohl in den Städten, wo sich die schwarzen Arbeiter und vor allem auch die Frauen zunehmend von den schärferen Paß- und Zuzugskontrollgesetzen betroffen sahen, als auch in den Reservaten, wo mit den Gesetzen und Verordnungen der späten 50er Jahre entscheidende Schritte hin zur Strategie der »getrennten Entwicklung« eingeleitet wurden. Außerdem führte die brutale Vorgehensweise des Staates bei vielen zu der Einsicht, daß die Zeit des gewaltlosen Protestes vorbei sei. ANC und PAC gingen daran, militärische Organisationen aufzubauen. Es entstanden der Umkhonto We Sizwe, der bewaffnete Arm des ANC, als kleine, gut ausgebildete Organisation, die Sabotageaktionen ausführen sollte, und Poqo, der bewaffnete Arm des PAC, eher an der Volkskrieg-Strategie orientiert. Das unterdrückte Volk Azanias sollte in den bewaffneten Kampf einbezogen werden.

Entscheidend geschwächt wurden beide Organisationen, Umkhonto und Poqo, wie auch ANC und PAC selbst, als 1963 fast die gesamte Führung beider Organisationen verhaftet wurde. Im April des Jahres wurden 13 PACler im heutigen Lesotho gefangen genommen. Bei Razzien in den Büros fielen der Polizei Mitgliederlisten in die Hände, was in den folgenden Monaten zu über 10 000 Verhaftungen von PAC Mitgliedern führte. Im Juli 1963 fielen Mandela, der erste Befehlshaber von Umkhonto, Walter Sisulu, u.a. führende ANC Mitglieder der Polizei in die Hände. Neben Nelson Mandela sind auch eine Reihe von PAC Mitgliedern 1963 zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden.

Sie sind bis heute gefangen.

Black Consciousness Movement (BCM)

Ende der 60er Jahre entwickelte sich die BC-Bewegung. Es wurden Positionen der ANC-Jugendliga und des PAC aufgenommen, doch z.T. entscheidend modifiziert und weiter entwickelt.

Die Black Consciousness Bewegung bezeichnet das südafrikanische Regime eindeutig als ein koloniales. Dieser Kolonialismus hat die Schwarzen aber nicht nur ihres Landes und ihres Reichtums beraubt, sondern auch zur totalen Entfremdung von der eigenen Geschichte und Kultur geführt. Darum muß der Kampf des unterdrückten schwarzen Volkes nicht nur auf die Wiedererlangung des Landes gerichtet sein, sondern auch auf die Wiederbelebung der afrikanischen Kultur, als eine unbedingte Voraussetzung des Kampfes, und auf eine Neuaneignung der eigenen Geschichte als eine Geschichte des Widerstandes gegen die weißen Invasoren und für die Bildung einer Nation.

»Wir müssen unsere Geschichte neu schreiben und sie anhand der Helden darstellen, die den Kern des Widerstandes gegen die weißen Eindringlinge gebildet haben. Es muß noch mehr an den Tag gebracht werden; es muß mit Nachdruck auf die erfolgreichen Versuche nationalen Aufbaus hingewiesen werden, die von Männern wie Shaka, Moshoeshoe und Hintsa unternommen worden sind.

Unsere Kultur muß in konkreten Begriffen deutlich gemacht werden. Wir müssen die Vergangenheit zur Gegenwart in Verbindung bringen und die historische Entwicklung des heutigen Afrikaners aufzeigen. Wir müssen uns gegen die Versuche der Machthaber wenden, ein verkürztes Bild unserer Kultur zu entwerfen. Das ist nicht die Gesamtsumme unserer Kultur. Sie haben bewußt unsere Kultur bei der Stammesphase abgeschnitten, um den Mythos zu verewigen, daß die Afrikaner halbe Kannibalen sind, keine wirklichen Ziele im Leben haben und sich vornehmlich mit Sex und Trinken beschäftigen.« (Steve Biko: Weißer Rassismus und Black Consciousness)

So war auch eine der ersten BC-Organisationen die 1967 gegründete »Association for the Educational and Cultural Advancement of African People of South Africa« (ASSECA). Darüberhinaus entstanden unzählige kulturelle Initiativen, Musik- und Theatergruppen. Sie verstehen sich als fester Bestandteil des Widerstandes.[6]

Von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung des Befreiungskampfes waren die Positionen des BC zur Definition der »Schwarzen« und zum Verhältnis von Kapitalismus und Rassismus, damit auch zur Frage der rassenübergreifenden Arbeiterklasse.

Die Einschätzung, daß es sich in Südafrika um eine koloniale Unterdrückung handelt und die Schlußfolgerung, daß die Befreiung nur durch das unterdrückte, sprich schwarze Volk erreicht werden kann, hatte schon der PAC vertreten.



Während die Haltung des PAC zu den anderen unterdrückten Gruppen, den indischstämmigen und farbigen Bevölkerungsteilen zumindest unklar definiert worden war, entwickelte die BC-Bewegung diese Position entscheidend weiter, indem die indischstämmigen, die Farbigen und die Afrikaner als das 'Schwarze Volk' bezeichnet werden. So heißt es in einem Grundlagenpapier Steve Bikos von 1971:

»Wir haben in unserem Politischen Manifest Schwarze als Menschen definiert, die durch Gesetz oder Tradition politisch, wirtschaftlich und sozial als Gruppe der südafrikanischen Gesellschaft diskriminiert werden und die sich als eine Einheit im Kampf um die Verwirklichung ihrer Hoffnungen identifizieren. Diese Definition veranschaulicht uns einige Dinge:

1. *Schwarzsein ist keine Frage der Hautfarbe - Schwarzsein spiegelt eine geistige Haltung wider.*
2. *Durch die einfache Tatsache, daß ihr euch als schwarz bezeichnet, habt ihr euch auf den Weg zur Emanzipation gemacht, habt ihr euch dazu verpflichtet, gegen alle Kräfte zu kämpfen, die versuchen, eure Hautfarbe als einen Stempel zu benutzen, der euch als untergeordnete Wesen kennzeichnet.« (Steve Biko: Die Definition von Black Consciousness)*

Deutlich wird auch, daß diese Definition nicht automatisch alle einschließt, die eine nicht-weiße Hautfarbe haben.

»Es gibt »Nicht-Weiße«, es wird sie geben, es wird sie eine lange Zeit geben. Wenn jemand sich wünscht, weiß zu sein, seine Hautfarbe das aber unmöglich macht, dann ist dies ein »Nicht-Weißer«. Jeder, der einen Weißen »Baas« nennt, jeder, der bei der Polizei oder Geheimpolizei ist, ist schon dadurch ein »Nicht-Weißer«. (Biko: Die Definition von BC)

In der Analyse der Black Consciousness Bewegung fallen im südafrikanischen Kontext Klassen- und Rassenausbeutung zusammen. Grundsätzlich sind die Weißen die Besitzenden und die Schwarzen die Besitzlosen. Dies bedeutet, es gibt auch nur eine wirkliche Arbeiterklasse: die schwarze Arbeiterklasse. Es kann keine Vereinigung der schwarzen mit den weißen Arbeitern geben, da diese zu den reaktionärsten Unterstützern des Systems gehören. Der weiße Arbeiter ist durch eine Vielzahl von Gesetzen gegen den Wettbewerb mit dem schwarzen Arbeiter geschützt. Das Wahl-

recht hat er benutzt, um der Nationalen Partei zur Macht zu verhelfen, damit diese ihn weiterhin durch rassistische Gesetze von dem schwarzen Arbeiter abtrennt.

Von diesen Analysen ausgehend, kann die Befreiung nur erreicht werden, indem dem weißen Rassismus eine solide schwarze Einheit gegenübergestellt wird. Aus diesen Prämissen ergibt sich auch eine eindeutige Haltung in bezug auf die Rolle der Weißen im Befreiungsprozeß.

»In Begriffen der Black Consciousness Bewegung erkennen wir die Existenz einer entscheidenden Kraft in Südafrika. Das ist der Rassismus der Weißen. Es ist die Kraft, gegen die wir uns alle formieren. Sie wirkt in ihrer Totalität zermürbend, indem sie sowohl in unserer Offensive als auch in unserer Verteidigung erscheint. Bis heute war ihr stärkster Verbündeter unsere Weigerung, uns als Schwarze zusammenzuschließen, weil man uns gesagt hat, dies wäre rassistisch. Auf diese Art können die Weißen Wohlbefinden und Sicherheit erlangen, indem sie sich hinter ihrem weißen Rassismus verbarrikadieren und darüberhinaus Geist und Körper der arglosen schwarzen Masse ausbeuten, während wir uns beständig in einer Welt amorpher allgemeiner Menschlichkeit verlieren, in der die Hautfarbe keine Rolle spielt. Ihre Agenten sind stets unter uns. Sie sagen uns, es sei unmoralisch, sich in einen Kokon zurückzuziehen. Sie sagen, daß der Dialog die Antwort auf unsere Probleme sei und daß es ein Unglück sei, daß es hier und da weißen Rassismus gäbe, daß man aber verstehen müsse, daß die Dinge sich ändern. Dies sind in der Tat die größten Rassisten, denn sie weigern sich, uns die Intelligenz zuzusprechen, zu wissen, was wir wollen. Ihre Absicht ist offenkundig; sie wollen das Barometer sein, an dem der Rest der weißen Gesellschaft die Gefühle der schwarzen Welt abliest. Dadurch glauben wir, daß die weiße Herrschaft sich in ihrem Wesen als Totalität darstellt, die uns nicht nur provoziert, sondern gleichzeitig unsere Antwort auf diese Provokation kontrolliert. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, den man festhalten muß, weil er oft von denen vergessen wird, die glauben, daß es ein paar gute Weiße gibt. Natürlich gibt es ein paar gute Weiße, genauso wie es ein paar schlechte Schwarze gibt.

Womit wir es hier jedoch zu tun haben, ist das Verhalten einer Gruppe und die Politik einer Gruppe. Die Ausnahme wirft die Regel nicht um - sie bestätigt sie nur.« (Biko: Die Definition von BC)

Daraus wird gefolgert:

»Weil die Thesis der weiße Rassismus ist, kann es nur eine gültige Antithesis geben, nämlich die feste Einheit der Schwarzen. ... Wir können niemals einen Kampf führen, ohne den Weißen, die unsere Gesellschaft so wirkungsvoll durchdringen, einen starken Kontrapunkt zu bieten.« (Biko: Die Definition von BC)

Aus der Sicht des BC macht die grundsätzlich privilegierte wirtschaftliche und politische Position der Weißen es unmöglich, daß sie sich voll und ganz mit den Schwarzen identifizieren, auch die sog. liberalen Weißen seien dazu nicht in der Lage. So setzt man sich auch gerade mit ihnen kritisch auseinander:



»Niemand vertritt die Ansicht, daß es nicht die Aufgabe liberaler Weißer ist, dem, was falsch ist, entgegenzutreten. Für uns ist es kein Zufall, daß die - verschwindend wenigen - Liberalen nicht nur die Strategie jener Schwarzen bestimmen wollen, die das System bekämpfen, sondern auch noch die Führung übernehmen wollen, obwohl sie selbst Teil des Systems sind. Uns scheint, daß ihre Rolle die Totalität der weißen Machtstruktur deutlich zum Ausdruck bringt: die Tatsache, daß - obwohl die Weißen unser Problem sind - es wiederum Weiße sind, die uns sagen möchten, wie wir das Problem bewältigen sollen. Sie tun dies, indem sie uns auf alle möglichen falschen Fährten locken. Sie sagen uns, es handele sich eher um einen Klassen- als einen Rassenkampf.« (Biko: Schwarzes Bewußtsein und die Suche nach einer wahren Humanität.)

Black Consciousness und das Verhältnis zu den Exilorganisationen

Die BC-Positionen entwickeln nicht nur den Afrikanismus des PAC weiter, sie unterscheiden sich in wesentlichen Punkten auch von den ANC-Positionen, wie sie in den Morogoro-Dokumenten von 1969 niedergelegt sind. In diesen Dokumenten wird nochmals ausdrücklich betont, daß in Südafrika kein koloniales Regime herrscht. Es wird weiterhin unterschieden zwischen »den afrikanischen Massen als dem am stärksten unterdrückten Volk« und denjenigen, »die anderen unterdrückten Gruppen angehören« und den »wenigen weißen Revolutionären«. Diese verschiedenen Gruppen sollen »auf der Basis der Gleichheit aller Individuen voll integriert werden.« Der ANC bekennt sich damit nochmals audrücklich zu einem multirassischen Konzept. Auch in der Frage der weißen Arbeiter gibt es gravierende Unterschiede zum BC-Standpunkt.

»Es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß in einer veränderten Lage die weiße Arbeiterklasse oder ein großer Teil davon zu der Einsicht kommt, daß ihre wirklichen langfristigen Interessen die gleichen sind wie die der nicht-weißen Arbeiter. Wir dürfen keine Gelegenheit verpassen - weder jetzt noch in der Zukunft - zu versuchen, ihnen diese Wahrheit bewußt zu machen und diejenigen auf unsere Seite zu ziehen, die bereit sind, mit der Politik der Rassendiskriminierung zu brechen.« (Strategie und Taktik des ANC Morogoro 1969)

Ein weiterer Unterschied besonders zwischen ANC und BCM bestand in der Organisationsstruktur. Während in Morogoro der Exilflügel zur Führung der Gesamtorganisation bestimmt wurde, rekrutierte sich das BC-Movement gerade aus einer Vielzahl von Basisinitiativen und Organisationen, die sich alle der BC-Ideologie zugehörig fühlten, aber in ganz unterschiedlichen Bereichen tätig waren. So gründeten sich Studentenorganisationen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Boykottkomitees, die schon oben erwähnten kulturellen Gruppen, Selbsthilfeprojekte etc. Diese dezentrale Struktur des BCM erschwerte zwar die optimale Koordination der verschiedenen gemeinsamen Aktionen, doch hatte sie u.a. den wesentlichen Vorteil, daß die Strukturen nicht so ohne weiteres vom System zerschlagen werden konnten.

Die Organisationen des BCM und die Aufstände von Soweto 1976

Eine der frühesten und wichtigsten Black Consciousness Organisationen war die 1969 gegründete South Africa Students' Organisation (SASO). Aus Unzufriedenheit über die Bevormundung durch die weißen Studenten in der NUSAS (National Union of South African Students) lösten sich die schwarzen Studenten von dieser Organisation. Zu Anfang führte die SASO Alphabetisierungskampagnen durch, 1972 initiierte sie erste Protestaktionen gegen die diskriminierende »Bantu-Erziehung«. Es kam im Verlauf dieser Kampagnen zu landesweiten Vorlesungsboykotten und zu ersten vorläufigen Verhaftungen führender SASO-Leute.

Anfang 1972 wird die »Black People's Convention« (BPC) gegründet. Sie gehörte neben dem Gewerkschaftsverband BAWU (Black Allied Workers Union) (1972) und der SASO zu den wichtigsten Organisationen der Bewegung.

Die siebziger Jahre waren bestimmt von den verschiedensten Massenaktionen: Busboykotte, Streiks, Vorlesungsboykotte, Veranstaltungen zur Unterstützung der Befreiungsbewegung Mozambiques, Frelimo. Sie waren aber auch bestimmt von der permanenten Verfolgung durch die sog. Sicherheitsorgane, in deren Verlauf Dutzende von Leuten gebannt und/oder verhaftet wurden. Ihren Höhepunkt fanden die Auseinandersetzungen in den Aufstän-

Z.L. Mothopeng - Portrait eines Patrioten

Am 22.6.1979 begann im Kreisgericht Bethal der Prozeß gegen Zephania L. Mothopeng, damals 69 Jahre alt, und 17 weitere Personen. Ihnen wurde Unterstützung des seit 1960 verbotenen PAC vorgeworfen. Mothopeng selbst wurde vorgeworfen, er sei der Führer des PAC in Südafrika und habe Anhänger zur militärischen Ausbildung ins Ausland geschickt, mit dem Ziel, die Regierung mit Gewalt zu stürzen. Er habe die Saat der Anarchie und der Revolution gesät und so den Ausbruch der Unruhen in Soweto und Kagiso im Juni 1976 herbeigeführt.

Den Angeklagten wurde u.a. vorgeworfen:

- im ganzen Land Zellen gegründet zu haben zur Reorganisation des PAC und Anhänger für eine militärische Ausbildung rekrutiert zu haben. Mindestens 5 solcher Gruppen hätten sich unabhängig voneinander in verschiedenen Landesteilen gebildet, wovon eine - die Kagiso Gruppe - zwei PAC Frontorganisationen geschaffen habe.
- einen zentralen Koordinationsausschuß gebildet zu haben, der Gelder erhielt, Propagandamaterial verteilte und Rekruten ins Ausland brachte.
- ein Kuriersystem entwickelt zu haben, mit dem der Kontakt zwischen Koordinationsausschuß und den PAC Gruppen im Ausland hergestellt wurde.
- Methoden der Gewaltanwendung geprobt und gewalttätige Praktiken 1976 angewandt zu haben.
- im Sicherheitsgefängnis auf Robben Island Zelleneinheiten gegründet und diese im Sinne des PAC geschult zu haben.

1960 wurde Mothopeng zum ersten Mal zu 2 Jahren Haft verurteilt wegen der Teilnahme an der Anti-Pass-Kampagne des PAC. Kurz nach seiner Freilassung wurde er erneut verhaftet, der Unterstützung einer gebannten Organisation angeklagt und für weitere 3 Jahre inhaftiert. Nach seiner Freilassung 1967 wurde er mit einem 2jährigen Bann belegt. Sofort nach Ablauf dieser Frist nahm er wieder seine politische Arbeit auf. Er reiste kreuz und quer durchs Land und sprach vor SASO und BPC Versammlungen und wurde so zum Bindeglied zwischen PAC und den wichtigen patriotischen Bewegungen in Südafrika. Onkel Zeph, wie er liebevoll genannt wurde, entwickelte sein politisches Bewußtsein als Schüler der St. Peters Secondary School, der Hochburg der Studentenbewegung in Johannesburg. Er machte sein Lehrerdiplom und den BA der Universität von Südafrika. In den frühen 50er Jahren wurde er in den Vorstand der Transvaal Congress Youth League gewählt und dann auch zum Präsidenten der Transvaal African Teachers Association.

Mothopeng war Gründungsmitglied des PAC 1959 und wurde als Verantwortlicher für Rechtsfragen in das National Executive Commitee gewählt. Er war maßgeblich an der Formulierung des PAC Aktionsprogrammes beteiligt. Er hielt dies für den Ausgangspunkt des nationalen Kampfes der unterdrückten schwarzen Volksmassen für ihre Befreiung.

Er ist auch ein entschiedener Befürworter des bewaffneten Kampfes: »Eine Nation ist keine Nation ohne Waffen«.

den von Soweto 1976, die sich in den folgenden zwei Jahren auf fast alle Landesteile ausbreiteten. Wesentliche Faktoren, die die Aufstände auslösten, waren neben der versuchten Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache auch eine grundsätzliche Verschärfung und Verschlechterung der Situation der Schwarzen Mitte der 70er Jahre. So die bevorstehende »Unabhängigkeit« einiger Homelands und verbunden damit, in einer Situation steigender Arbeitslosigkeit, die verstärkte und brutale Kontrolle der Zuzugsbedingungen und die rücksichtslose Ausweisung und Zwangsumsiedlung in die »selbständigen« Reservate. Der 'Bantu Laws Amendment Act' von 1978 legt fest, daß jedes Kind sein Wohn- und Lebensrecht in den städtischen Gebieten an dem Tag verliert, an dem sein »Heimatland« sich »unabhängig« erklärt. Außerdem machte der 'Bantu Labour Regulation Act' von 1968 es den Schwarzen fast unmöglich, legal mit ihren Familien in den städtischen Gebieten zu leben. War es vor der Einführung dieses Gesetzes möglich gewesen, durch den Nachweis einer mindestens 10jährigen Beschäftigung bei einer Firma das städtische Wohnrecht zu erlangen, so wurden durch dieses Gesetz Arbeitsverträge nur noch für ein Jahr geschlossen.

Am 16. Juni 1976 demonstrierten mindestens 20 000 schwarze Schüler in Soweto gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache. Ebenso brutal wie 1960 in Sharpeville ging die Polizei jetzt gegen die Demonstranten vor. Allein in der ersten Woche des Aufstandes waren fast 200 Jugendliche getötet worden. Die Kämpfe von Soweto dehnten sich innerhalb kürzester Zeit auf andere schwarze Townships, auf die Kapprovinz und die Transkei aus. Im August wird die Marionetten-Verwaltung Sowetos, der 'Urban Bantu Council' maßgeblich vom SSCR (Soweto Students' Representative Council) verjagt. Am 23. August riefen die Schüler ihre Eltern zu einem 3-tägigen Streik auf, der von mindestens 75% der Arbeiter und Arbeiterinnen befolgt wurde.

Schon in den ersten Monaten der Soweto-Kämpfe war fast die gesamte Führung des BCM verhaftet worden, doch ihren schwersten Rückschlag erhielt die Bewegung im September und Oktober 1977. Am 12. September ermordete die Polizei Steve Biko, eine der Symbolfiguren des Widerstandes. Am 19. Oktober wurden nach den Bestimmungen des 'Internal Security Act' 18 BC-Organisationen gebannt, zwei schwarze Tageszeitungen verboten, das 'Christian Institute' geschlossen und sein Leiter, Beyers-Naudé, neben vielen anderen gebannt. Infolge dieser Ereignisse waren viele der BC-Anhänger gezwungen, wollten sie nicht der Polizei in die Hände fallen, das Land zu verlassen. In Ermangelung eigener Exilstrukturen schlossen sich viele der noch jungen Flüchtlinge den beiden traditionellen Befreiungsbewegungen ANC und PAC an. Die Verhaftung fast der gesamten Führung und die Flucht vieler Mitglieder bedeutete zwar einen erheblichen Rückschlag für die Bewegung, doch gelang eine Reorganisation. Schon 1978 gründete sich die Azanian Peoples' Organisation (AZAPO), die sich ausdrücklich als BC-Organisation betrachtet und sich in der Nachfolge der gebannten Organisationen sieht. Auch entstanden seit Ende der 70er Jahre zahlreiche neue Basisorganisationen, die ähnlich wie zu Beginn des BC-Movements in allen Bereichen aktiv sind. Darüberhinaus gewannen die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften eine zunehmende Bedeutung.

Obwohl die Kämpfe der 70er Jahre hauptsächlich von den Organisationen des BCM, allen voran der BPC und der SASO getragen wurden, wird man nicht bezweifeln können, daß Unterstützer und Mitglieder der beiden traditionellen Befreiungsbewegungen ANC und PAC daran beteiligt und sie nachdrücklich unterstützt haben. So wurden in dem »Bethal Prozeß« gegen 18 PAC Mitglieder, unter ihnen Zeph Mothopeng, der schon führender Aktivist der PAC Anti-Paß-Kampagne 1960 war, langjährige Freiheitsstrafen verhängt. Sie waren schuldig befunden worden, die Ziele einer gebannten Organisation verfolgt zu haben und an den Aufständen in Soweto beteiligt gewesen zu sein. 1978 wurden 12 ANC-Mitglieder nach den Bestimmungen des Terrorismus-Gesetzes nach einem fast einjährigen Prozeß zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Man beschuldigte sie, mehrere Sabotageanschläge verübt zu haben.

Nach Soweto: Einheit des Widerstandes?

Die Einheit, die durch die BC Bewegung in den Kämpfen in Südafrika selbst entstanden war, konnte einen Einigungsprozeß zwischen den Exilorganisationen ANC und PAC nicht fördern. In den 60er und 70er Jahren verschärften sich die Widersprüche zwischen den Anhängern des multi-rassischen Flügels und den afrikanischen Nationalisten. Dies waren im wesentlichen Widersprüche zwischen ANC und PAC, aber auch im ANC selbst führten die Auseinandersetzungen um diese Frage zum Ausschluß auch führender ANC-Mitglieder, die sich dann im ANC-AN (African Nationalists) zusammenfanden. Auch der PAC blieb im Exil von internen Auseinandersetzungen und Flügelkämpfen, die die Organisation zeitweilig politisch nahezu lahm legten, nicht verschont.

Die Auseinandersetzungen zwischen ANC und PAC sind sicher nicht nur durch die oben dargestellten unterschiedlichen

Die Antwort Nelson Mandelas auf Bothas »Freiheits-Angebot«, vorgelesen auf einer Beerdigung in Jabulani, von seiner Tochter Zinzi in seinem Namen am 10.2.85



Ich bin ein Mitglied des African National Congress. Ich bin das immer gewesen und ich werde ein Mitglied des ANC bleiben bis zu meinem Tod. Oliver Tambo ist für mich sehr viel mehr als ein Bruder. Er ist seit fast 50 Jahren mein bester Freund und Kamerad. Oliver Tambo schätzt meine Freiheit mehr als irgendjemand unter euch, der meine Freiheit schätzen würde, und ich weiß, daß er sein Leben dafür geben würde, mich frei zu sehen. Zwischen seiner Betrachtungsweise und meiner gibt es keinen Unterschied. Ich bin überrascht über die Bedingungen, die die Regierung mir aufzuzwingen versucht. Ich bin kein gewalttätiger Mann. Meine Kollegen und ich schrieben 1952 an Malan, um eine Konferenz am runden Tisch vorzuschlagen, damit wir gemeinsam nach einer Lösung der Probleme unseres Landes suchen könnten, aber das wurde ignoriert. Als Strijdom an der Macht war, machten wir das gleiche Angebot. Es wurde wieder ignoriert. Als Verwoerd an der Macht war, haben wir eine National Convention gefordert, um alle Menschen Südafrikas über ihre Zukunft entscheiden zu lassen. Auch das war vergebens.

Erst dann, als alle anderen Widerstandsformen uns nicht länger offen standen, haben wir uns dem bewaffneten Kampf zugewandt. Laßt Botha zeigen, daß er sich von Malan, Strijdom und Verwoerd unterscheidet, laßt ihn auf Gewalt verzichten. Laßt ihn sagen, daß er die Apartheid abschaffen wird. Laßt ihn die Organisation des Volkes, den ANC, von ihrem Bann befreien. Laßt ihn alle befreien, die gebannt, gefangen oder exiliert waren für ihren Widerstand gegen die Apartheid. Laßt ihn für freie politische Betätigung Garantien geben, damit das Volk entscheiden kann, wer es regieren soll. Ich schätze meine eigene Freiheit kostbar ein, aber ich sorge mich sogar noch mehr um eure Freiheit. Zu viele sind gestorben, seit ich ins Gefängnis gegangen bin. Zu viele haben für die Freiheitsliebe gelitten. Ich schulde das ihren Witwen, ihren Waisen, ihren Müttern und Vätern, die um sie geweint und gelitten haben. Nicht nur ich habe gelitten, während dieser langen, einsamen, verlorenen Jahre. Ich liebe das Leben nicht weniger als ihr. Aber ich kann weder mein Geburtsrecht verkaufen, noch bin ich bereit, das Geburtsrecht des Volkes zu verkaufen, frei zu sein. Ich bin als Repräsentant des Volkes und dessen Organistion im Gefängnis, als Repräsentant des gebannten ANC. Welche Freiheit wird mir angeboten, während die Organisation des Volkes gebannt bleibt? Welche Freiheit wird mir angeboten, wenn ich aufgrund eines Paßvergehens eingesperrt werden kann? Welche Freiheit wird mir angeboten, ein Familienleben zu führen mit meiner lieben Frau, die in Brandfort gebannt bleibt? Welche Freiheit wird mir angeboten, wenn ich um die Erlaubnis bitten muß, in einem Stadtgebiet zu wohnen? Welche Freiheit wird mir angeboten, wenn ich einen Stempel in meinem Paß brauche, um Arbeit zu finden? Welche Freiheit wird mir angeboten, wenn meine südafrikanische Staatsbürgerschaft nicht respektiert wird?

Nur freie Menschen können verhandeln. Gefangene können keine Verträge abschließen. Herman Toivo ja Toivo ist keinerlei Verpflichtungen eingegangen bei seiner Freilassung, und niemand hat sie von ihm verlangt. Ich kann und will keine Verpflichtungen eingehen, zu einer Zeit, da ich und ihr, das Volk, nicht frei sind.

Eure Freiheit und meine können nicht voneinander getrennt werden. Ich werde wiederkommen.

Standpunkte zu den wichtigen Fragen des Befreiungskampfes begründet, sondern gehen auch zum Teil auf das Konto der spezifischen Exilsituation, in der die Befreiungsbewegungen besonders auf die Unterstützung von sympathisierenden Staaten/Organisationen etc. und/oder der sie beherbergenden Länder angewiesen sind.

So wurde der ANC hauptsächlich von der UdSSR unterstützt und erkannte die SU und die Staaten des Ostblocks als die wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus an[7]. Der PAC hingegen sah seinen Hauptverbündeten in der VR China. Diese Affinitäten führten im Zuge der sich verhärtenden Fronten zwischen der UdSSR und VR China auch zur weiteren Entfremdung zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen. Dies mag ein Grund mit sein, weswegen die bisherigen, auch von der OAU initiierten Versuche zur Bildung einer Einheitsfront zwischen ANC und PAC immer scheiterten. Auch bleiben die Interessen der Frontstaaten nicht ohne Einfluß auf die Politik der Befreiungsbewegungen.

Trotz der viel beschworenen Solidarität der Frontstaaten haben deren nationale Interessen letzlich doch erste Priorität. So unterzeichnete Mozambique, zwar unter größtem wirtschaftlichen und militärischen Druck seitens Südafrikas, im April 1984 den Vertrag von Nkomati. Nicht nur mußte der ANC seine Basen dort räumen, Mozambique bezeichnete den Befreiungskampf in Südafrika auch als eine interne Angelegenheit Südafrikas.

Es ist mit Sicherheit nicht genau festzustellen, wie weit der Einfluß der Frontstaaten auf die Politik der nationalen Befreiungsorganisationen wirklich geht, doch ist es zum Beispiel sicher kein Zufall, daß Sambias Präsident Kaunda, der schon von einer möglichen Mitgliedschaft Südafrikas in der OAU und SADCC (Southern African Development Coordination Conference) sprach, an der Vermittlung von Gesprächen zwischen ANC und Vertretern der südafrikanischen Wirtschaft im September 85 in Lusuka beteiligt war.

Trotz der Erfahrungen der 70er Jahre konnte keine dauerhafte Einheit des Kampfes erreicht werden. So wird in einem Kommentar zum Gedenken an Steve Bikos Todestag festgestellt, daß zu Lebzeiten Steve Bikos Black Consciousness alle Strömungen des politischen Lebens, mit Ausnahme der weißen Liberalen vereinigte. Es sei deutlich geworden, daß diese Weißen lediglich eine Unterstützerrolle einnehmen könnten, aber nicht mehr. Jedoch nach den Aufständen von 1976 und 77 seien die alten Trennungslinien wieder aufgerissen. ANC und PAC kämpften um die Mitgliedschaft der Jugendlichen, die damals außer Landes geflüchtet seien. Die Einheit, die BC einmal geschaffen habe, sei zerbrochen. Man sei wieder auf dem Stand von 1955, dem Jahr der Freiheitscharta: jetzt existierten die United Democratic Front (UDF) auf der einen und das National Forum (NFC) auf der anderen Seite.

Die Bewegung des Schwarzen Bewußtseins mit ihrem Slogan: »Schwarzer, verlaß dich auf deine eigene Kraft«, verdeutlichte den mobilisierenden Charakter der Prinzipien des afrikanischen Nationalismus. Dieser Charakter ist bis heute erhalten geblieben, die Reorganisation der Black Consciousness Bewegung nach 1977 macht dies deutlich. Die Popularität des ANC und die Existenz der an der Freiheitscharta orientierten UDF zeigt allerdings auch den weiterhin ungebrochenen Einfluß der ANC Positionen auf den Befreiungsprozeß. Eine Einheit der Bewegung ist nicht in Sicht.

Werena Rosenke

1 vgl. Artikel: Schwarze Arbeiter: im Kampf gegen Kapital und Rassismus in diesem Heft
2 Manifest der Jugendliga des ANC (1944)
3 ebenda
4 In der Freiheitscharta dagegen heißt es: »Unser Volk ist seines Geburtsrechtes auf Land, Freiheit und Frieden durch seine Regierung beraubt worden, die auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruht.«
5 zitiert nach Orbon, S. 498
6 vgl. Artikel »Krieg der Worte« in diesem Heft
7 vgl. Sechaba, Jan. 1984

Quellen:
ANC: SECHABA. official organ of the african national congress south africa. Jan.; Nov. 1983; Jan. 1984.
PAC: AZANIA News. Vol. 20. No. 4. April 1984.
Azapo: FRANK TALK. Vol. 1. No. 1. Feb./March 1984.
National Forum Committee: Peace at Nkomati - at what price? July 1984.
Bernstein, Hilda: no. 46 - Steve Biko. IDAF. London 1978.
CIS (Counter Information Services): Buying Time in South Africa. Anti-Report No. 21. London (o.J.)
Dube, David: The Rise of Azania - the Fall of South Africa. Lusaka 1983.
Frank, Thomas: Südafrikanische Schachzüge. In: Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. 7/84. S. 21-26.
Orbon, Helmut: Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania und ihr politischer Widerstand im 20. Jahrhundert. Berlin 1980.

Freiheitscharta contra Black Consciousness?

Die Befreiungsbewegung Südafrikas wird seit jeher von verschiedenen ideologischen Strömungen unterschiedlicher Stärke und Programmatik getragen. Die Versuche, den Widerstand zu vereinen, sind so alt wie die Opposition der Schwarzen gegen die weiße Herrschaft. Zumeist scheiterten sie jedoch an grundlegenden strategischen Differenzen, die durchaus praktische Implikationen besaßen. Die Fragmentierung im politischen Widerstand der Schwarzen findet ihre gegenwärtige Fortsetzung in zwei nationalen Allianzen, der United Democratic Front (UDF) und dem National Forum (NF), deren Perspektiven sich mit Etiketten wie „Charteristen" (UDF) oder „Black Consciousness-Bündniss" (NF)[1] nur unzureichend charakterisieren lassen.

Die Freiheitscharta ist noch immer populär

Umfragen in den letzten Jahren haben immer wieder bestätigt, welch bedeutende Rolle der „African National Congress" (ANC) im politischen Bewußtsein der Schwarzen spielt. Der ANC verfügt mit der 1955 vom Volkskongreß in Klipton verabschiedeten Freiheitscharta über ein „nationaldemokratisches" Programm, das mit seiner Forderung nach bürgerlichen Grundrechten sowie der darin enthaltenen Absage an den Rassismus auf ein klassenübergreifendes Bündnis abzielt.[1a] Im Oktober 1981 haben 109 Organisationen die Freiheitscharta in der sogenannten „Durban-Resolution" bekräftigt und damit ihre aktuelle Bedeutung unterstrichen. Die in der Freiheitscharta ebenfalls enthaltenen Forderungen nach Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien, die — bei aller Vorsicht — auch eine sozialistische Interpretation der Charta zuließen, wurden indessen nicht mehr bekräftigt.

Der Historiker Tom Lodge glaubt, daß „der gegenwärtige Enthusiasmus für die Freiheitscharta und der offensichtlich niedrigere Stellenwert des radikaleren ‚Strategie und Taktik'-Programmes" des ANC von Morogoro 1969 ein Anzeichen „für eine realistische Einschätzung der Gefahr einer Entfremdung der ständig wachsenden schwarzen Mittelklasse ist."[2]

Noch in diesem Jahr soll die erste Konferenz des ANC nach Morogoro stattfinden. Es mag sein, daß dort starke Kräfte innerhalb des ANC, unter dem Eindruck der sich immer mehr politisierenden unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, die führende Rolle der Arbeiterklasse im Befreiungskampf, wieder mehr hervorgehoben sehen wollen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Freiheitscharta — schon wegen ihrer symbolischen Bedeutung und weiten Verbreitung — nicht erneut als Grundlage des Programms des ANC und der Befreiungsbewegung bestätigt wird.

Saths Cooper, bis Ende letzten Jahres Vize-Präsident von AZAPO (Azanian Peoples Organisation), nannte die Freiheitscharta einmal „das am meisten trennende Dokument" in der Geschichte Südafrikas, weil sie all jenen „altmodischen" Leuten als Vorwand diene, auf die politische Bühne zurückzukehren, „die sich als Interpreten der historischen Fakten für die neue Generation ausgeben". Und, etwas zurückhaltender, als eine Art Blankoscheck, sei die Freiheitscharta gut. „Aber wenn man von einer gänzlich neuen Gesellschaftsform redet, dann verlangt das nach einem anderen Bündel von Minimalforderungen."[3] Es sind nun allerdings gerade die Studenten- und Schülerverbände AZASO (Azanien Students Organisation) und COSAS (Congress of South African Students), die als Balck Consciousness-Organisationen gegründet wurden, die BC-Ideologie indes heute für überholt halten, sich am vehementesten hinter die Freiheitscharta stellen. Auf dem Campus der Universitäten haben sich die Diskussionen um die Charta in jüngster Zeit derart emotionalisiert, daß es zu einer Reihe von handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Charta gekommen ist.[4] Daß Universitäten zu Orten werden, an denen unterschiedliche Auffassungen unangemessen hochgespielt werden, ist sicherlich kein südafrikanisches Phänomen; die theoretischen Differenzen sind jedoch zu fundamental in ihrem Charakter, als daß sich die von Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu so oft beschworene Einheit in Widerstand in absehbarer Zukunft herstellen ließe.

Die Gründung neuer Oppositionsbündnisse

Trotz solcher Differenzen hat es 1983 einen qualitativen Sprung im organisierten Widerstand der Schwarzen in Südafrika gegeben: Mit der Gründung des NF und der UDF haben die schwarzen Oppositionsgruppen zum ersten Mal seit langer Zeit wieder einen Versuch unternommen, die verschiedenen Widerstandseinrichtungen unter einem gemeinsamen Dachverband zu koordinieren. Die Voraussetzungen waren günstig: Zum einen sind seit Ende der 70er Jahre im ganzen Lande zahlreiche Grassroots- und Bürgerrechtsorganisationen entstanden, die den täglichen Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen mit der Militanz der Black Consciousness-Dekade verknüpfen konnten. Zum anderen hatte die Regierung 1982 nicht nur neue Gesetze zur weiteren Reglementierung der Schwarzen, die sog. „Koornhof Bills", angekündigt und z. T. in Kraft treten lassen, sondern auch ihre Pläne zu einer Verfassungsänderung bekanntgegeben, die mit der geplanten Einbindung der „farbigen" und „indischen" Bevölkerungsgruppen und dem permanenten Ausschluß der schwarzen (afrikanischen) Mehrheit die Apartheidstrukturen nur zementieren würden. Die sog. Verfassungsreform erwies sich als das geeignete Generalthema für die Gründung eines Dachverbandes. Als dritter Faktor kam hinzu, daß zahlreiche Organisationen schon Erfahrungen in gemeinsamen Kampagnen gesammelt hatten, z. B. die Kampagne gegen den „Tag der Republik", die alljährlichen Soweto-Gedenkfeierlichkeiten oder der Boykott der Wahlen zum Südafrikanischen Inderrat SAIC Ende 1981.

Es war auf dem Jahreskongreß des Transvaal Anti-SAIC-Komitees im Januar 1983, als der Präsident des Reformierten Weltbundes, Allan Boesak, zu einer gemeinsamen Front aller studentischen, kirchlichen, Frauen-, Gewerkschafts- und Gemeindeverbände des Landes aufrief.

Zu dieser Zeit hatten schon verschiedene Gespräche zwischen Kapstädter Aktivisten aus dem sog. „Disorderly Bill Action Commitee" (DBAC), einem der ersten lokalen Zusammenschlüsse von ca. 60 Organisationen gegen die neue Verfassung, und der AZAPO-Führung stattgefunden, um die Einberufung einer nationalen Konferenz von Schwarzen zu diskutieren. Um ein möglichst breites Bündnis zu erreichen, wurde das NATIONAL FORUM COMMITEE gegründet. Für die Mitgliedschaft in diesem Komitee wurden prominente Persönlichkeiten gewonnen, u. a. die Kirchenführer Desmond Tutu und Manas Buthelezi, Gewerkschaftsführer Phiroshaw Camay (Council of Unions of SA), Frank van der Horst, Präsident des Südafrikanischen Sportrats SACOS, und Neville Alexander (SA Council for Higher Education). Für den 11./12. Juni 1983 berief das Komitee eine Konferenz in Haamanskraal ein. Die Konferenz sollte einem breiten Spektrum von Gruppen, die alle gegen die Apartheid kämpfen, ein Forum für gemeinsame Strategiediskussionen bieten. Mehr als 200 Organisationen schickten 800 Delegierte, die schließlich ein „Manifest des azanischen Volkes" verabschiedeten, das die Resolution der vier auf der Konferenz eingesetzten Kommissionen zusammenfaßte. In dem Manifest, daß auf der NF-Konferenz Ostern 1984 in Pietermaritzburg leicht überarbeitet wurde, wird ein sozialistisches Programm umrissen, daß die „Kontrolle der schwarzen Arbeiter über die Produktionsmittel" vorsieht, „anti-rassistische, antiimperialistische, anti-sexistische und anti-

kollaborationistische" Prinzipien festlegt und unabhängige Arbeiterklassenorganisierung fordert, die frei von „bürgerlichen Einflüssen" ist.[5]

Das NF hat sich mit dem Manifest ein Programm zu eigen gemacht, daß der „neuen schwarzen Mittelklasse" eine klare Absage erteilt. Die schwarze Kleinbourgeoisie bedient sich zwar z. T. auch der Rhetorik der BC-Philosopie — wie etwa die schwarze Handelskammer NAFCOC (National African Federated Chambers of Cemmerce) —, ist jedoch fester Bestandteil der Kooptionsstrategie der Regierung.

Für die Mehrheit dieser Klasse und die kleine, aber wachsende Gruppe weißer Liberaler bot das Forum somit keine Gelegenheit, ihre Anti-Apartheid-Ambitionen mit anderen Grupen in einer gemeinsamen Front zu teilen. Ein solcher Dachverband sollte nach ihren Vorstellungen Platz bieten für alle „demokratischen, friedliebenden Menschen" Südafrikas — ungeachtet ihrer Klassen- und Rassenzugehörigkeit — und mehr sein als bloß ein Diskussionsforum. Deshalb nahm man Boesaks Rede auf dem Anti-SAIC-Kongreß im Januar, auf dem die Wiedergründung des „Transvaal Indian Congress" (TIC) beschlossen wurde, zum Anlaß, ein Arbeitskomitee einzurichten, daß die Gründung einer VEREINTEN DEMOKRATISCHEN FRONT (UDF) vorbereiten sollte. Nach monatelangen Diskussionen und Vorbereitungen und dem Aufbau zunächst regionaler Strukturen beschlossen schließlich 1000 Delegierte von 575 Organisationen die nationale Grüdung der UDF auf einer Massenveranstaltung mit 12000 Besuchern am 20./21. August 1983 in Kapstadt.

Führende Symbolfiguren des Befreiungskampfes wie Nelson Mandela, Walter Sisulu oder Helen Joseph gehören der Schirmherrschaft der UDF an; Archie Gumede, Vorsitzender des „Release Mandela Comitee", der Gewerkschafter Oscar Mpetha und Albertina Sisulu, alles Veteranen der Kämpfe der 50er Jahre, wurden in das dreiköpfige Präsidium gewählt.



Die UDF: Nicht nur „Charteristen"

Die wichtigsten Mitgliedsorganisationen der UDF, AZASO und COSAS die Inderparteien aus Transvaal und Natal oder die Allgemeingewerkschaften GAWU und SAAWU (General and SA Allied Workers Union), bekennen sich zur Freiheitscharta. Ähnlich wie die Kongreß-Allianz[5a] der 50er Jahre, so verstehen sie auch die UDF als eine Art „Regenbogenkoalition", in der alle „Rassen" und Glaubensbekenntnisse gleichen Status haben sollen. Führende UDF-Vertreter betonen daher auch stets den „national-demokratischen" Charakter der südafrikanischen Revolution. Damit wird zwar die führende Rolle der Arbeiterklasse verbal anerkannt, gleichzeitig wird aber eingeschränkt, daß sie nur erfolgreich sein könne, wenn sie sich mit den fortschrittlichen Elementen der Mittelklasse verbündet. Wenn es sein muß, werden selbst Bündnisse mit der Kapitalistenklasse nicht ausgeschlossen.[6]

Die UDF allein als ein Sammelbecken von „Charteristen" zu sehen, greift allerdings zu kurz. Die Charta wurde ausdrücklich nicht zur Grundlage ihrer Einheit gemacht. Die UDF sollte vielmehr eine vereinte Front sämtlicher Anti-Apartheid-Organisationen des Landes sein, deren gemeinsamer Nenner allein das „Nein" zur Apartheid und deren Abschaffung das Endziel ist. Zwar ist die UDF-Erklärung im Geiste der Freiheitscharta abgefaßt, aber durch ihre viel allgemeineren Formulierungen können sich auch Organisationen oder Persönlichkeiten aus der schwarzen Mitteklasse zu ihr bekennen, denen die Forderungen der Freiheitscharta entweder schon zu weit gingen oder die sie zusehr mit einer bestimmten politischen Richtung verbunden sehen.

Auf dieser allgemeinen Grundlage haben sich der UDF bis heute immerhin ca. 700 Gruppen angeschlossen, die etwa 2 Mio Mitglieder vertreten. Was die UDF im wesentlichen von der Kongreß-Allianz unterscheidet, ist ihre Organisationsstruktur. Ihre Basis — und damit ihre Stärke — liegt in den zahlreichen lokalen Gemeindeorganisationen des Landes, von deren Basisarbeit auch die nationalen Aktivitäten abhängen. Deshalb legte man bei der Gründung der Front fest, daß die Mitgliedsgruppen ihre eigene Organisationsstruktur beibehalten und gleiches Stimmrecht ungeachtet ihrer Mitgliederstärke haben.

NF: Nicht nur Black Consciousness

Die Gründer des National Forum hatten mehr als nur eine Anti-Apartheid-Front vor Augen. Denn, so Neville Alexander: „Ein nicht-rassischer Kapitalismus in Südafrika ist unmöglich."[7] Die Kritik des NF an der UDF macht sich vorwiegend an drei Punkten fest:

1. **Arbeiterklassenführung:** Im NF hält man die objektiven Bedingungen für gegeben für den Aufbau einer Bewegung unter Arbeiterklassenführung, die frei ist von liberalen Einflüssen, die im Namen der Arbeiter sprechen oder die Bewegung diktieren. Deshalb lehnt man eine Zusammenarbeit mit schwarzen Händlerverbänden oder liberalen weißen Organisationen (Black Sash, NUSAS [National Union of South African Students]) ab, nicht freilich mit individuellen Vertretern solcher Gruppen.

2. **Ethnizismus:** Die Organisierung auf ethnischer Basis wird heute als unangemessen empfunden, denn seit der Ära des Black Consciousness umfaßt der Begriff „Schwarze" auch die „indische" und „farbige" Bevölkerung. Deshalb hält man besonders die Reaktivierung der Inderparteien für einen Mißbrauch historischer Tradtitionen. Mit der Betonung des „anti-rassistischen" Charakters des Kampfes grenzt sich das NF bewußt von dem Begriff „nicht-rassisch" ab, der allzu oft im „multi-rassischen" Sinne verwendet werde.

3. **„Anti-Collaboration":** Die Forderung nach einer Nationalen Konvention lehnt man ab, weil sie keine fundamentalen Änderungen bringen kann. Verhandlungen mit der herrschenden Klasse könnten bestenfalls zur Übertragung der politischen Macht — etwa nach dem Beispiel des Lancaster House-Abkommens für Zimbabwe —, nicht aber der ökonomischen führen. Stattdesen fordert man eine verfassungsgebende Versammlung, gewählt auf der Basis „one person, one vote".

Die beiden wichtigsten Mitgliedsorganisationen des NF, die AZAPO und die „Cape Action League", spiegeln am besten wider, daß das Forum nicht einfach nur ein Bündnis von Black Consciousness-Organisationen ist. Vielmehr haben sich hier Teile der BC-Bewegung, die zumindest rhetorisch stark nach links gerückt sind, mit sozialistischen Aktivisten vorwiegend aus dem Kapstädter Raum, die z. T. aus der Tradition der Unity Movement[7a] kommen, zusammengefunden.

Das „National Forum" hat mit der Hervorhebung der bedeutenden Rolle der schwarzen Arbeiterklasse zum ersten Mal die BC-Orthodoxie durchbrochen. Die vereinfachende Formel „alle Schwarzen sind Arbeiter und alle Weißen Kapitalisten" der frühen AZAPO scheint überwunden und auch in Bezug auf die Teilnahme weißer Intellektueller am Befreiungskampf bahnt sich eine flexiblere Haltung an. Auf der anderen Seite ist nicht ausgeschlossen, daß einige BC-Anhänger die sozialistische Rhetorik des NF ablehnen und die Bewegung sich spalten wird. Wohl deshalb hat man die an und für sich scharfsinnige, aber viele verwirrende Formulierung „rassischer Kapitalismus" aus dem Manifest des NF zurückgenommen. Ihre Ersetzung durch die allgemeinere Formulierung „Rassismus und Kapitalismus" auf dem NF-Seminar Ostern 84 scheint eine Konzession an „afrikanistische" Tendenzen innerhalb des NF zu sein, für die die Rassenfrage noch Vorrang hat vor der Klassenfrage.

Die Anti-Wahlkampagne: Höhepunkt UDF

1984 hat der Kampf der Schwarzen gegen das Apartheid-Regime gegenüber den Vorjahren an Intensität zugenommen. Eine Entwicklung, die durch den hohen Grad an Spontanität in den massenhaften Aufständen der Townshipbewohner, die sich gegen die drastischen Folgen steigender sozialer Kosten wehren, an die Aufstände von 1976/77 erinnert, die sich aber durch ein größeres Maß an Organisierung und Ausdauer in den Widerstandsaktionen auszeichnet. Einen maßgeblichen Anteil an der wachsenden Militanz haben die Schüler, die seit Beginn des Jahres 84 immer wieder den Unterricht boykottieren, um ihre Forderung nach einem demokratischen Erziehungssystem durchzusetzen. Da die Behörden mit der zeitweisen Schließung mancher Schulen reagierten, konnten die Schüler die Zeit nutzen und sich an den landesweiten Kampagnen gegen die Wahlen zur „farbigen" und „indischen" Kammer des neuen Parlaments im August letzten Jahres beteiligen.

Für die UDF bedeutete die erfolgreiche Anti-Wahlkampagne (unter 20 % Wahlbeteiligung), für die sie ihre ganze Mobilisierungskraft aufgewandt hat, den bisherigen Höhepunkt ihrer jungen Geschichte. Auf Grund ihrer Basisstruktur konnte sie zahlreiche Freiwillige mobilisieren, die potentiellen Wählern in aufreibender Kleinarbeit durch Haus-zu-Haus-Besuche ihre Argumente für einen Wahlbyokott darlegten. Um der politischen Rückständigkeit in den ländlichen Gebieten der Kapregionen zu begegnen, konnte sich die UDF auf den Einfluß der Reformierten Kirche der „Farbigen" und die islamische Wählergemeinschaft stützen. Im Verlauf der Kampagne konnte sie zahlreiche neue lokale und teilweise ländliche Gruppen an sich binden. Die große Popularität, die sich die UDF durch die Anti-Wahl-Kampagne erworben hat, ist eng verknüpft mit ihrer starken Verankerung in der schwarzen Mittelklasse, ist es doch gerade diese Gruppe, die als Juniorpartner in das weiße Herrschaftssystem eingebunden werden soll. In dieser Hinsicht scheint die Existenz einer „ethnischen" Organisation wie im Falle des TIC, der eine vorwiegend nicht-proletarische indische Basis hat, durch eine äußerst niedrige Wahlbeteiligung im Johannesburger Inder-Township Lenasia nachträglich gerechtfertigt, wenn man einmal von den langfristig eher negativen Implikationen für einen „Nation-building"-Prozeß absieht, der den Ethnizismus des Apartheidstaates überwinden will.

Die UDF hat unumstritten eine zentrale Rolle bei den Mobilisierungen gegen die rassistischen Wahlen gespielt. Im Gebiet von Kapstadt mußte sie sich diese Rolle allerdings mit der „Cape Action League" teilen. Gerade die Vielfältigkeit der politischen Scenerie von Kapstadt dürfte mit ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß die Wahlbeteiligung von kaum 5 % in der politisch wichtigen westlichen Kapprovinz weit unter dem Landesdurchschnitt lag. In einem als „historisch" bezeichneten Schritt konnten sich dort im Wahlmonat August neun Gewerkschaften mit der UDF, der CAL/NF und der „Federation of Cape Civic Associations" zu einer Aktionseinheit zusammenfinden und gemeinsam zu einer von 4—5000 Personen besuchten Veranstaltung aufrufen. Eine Aktionseinheit, die indes noch zu labil war, um über die Anti-Wahl-Kampagne hinauszureichen.

Gewerkschaften als Bündnispartner

Langfristig können sich UDF wie NF nur durchsetzen, wenn sie die unabhängigen Gewerkschaften für ihre Ziele gewinnen können: die UDF, um den entscheidenden Bündnispartner ür die Erreichung eines nationalen Klimas zu haben, das die Regierung schließlich zur Abhaltung einer Nationalen Konvention zwingt; das NF, um seiner Forderung nach unabhängiger Arbeiterklassenorganisierung nicht als leere Formel erscheinen zu lassen.

Der größte Teil der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung steht den beiden Allianzen bisher noch eher skeptisch gegenüber. Ein Beitritt in eine der Fronten verbietet sich zumindest für die großen Dachverbände FOSATU oder CUSA oder die Kapstädter GWU[10] schon deshalb, weil sich ihre Mitgliederschaft aus Anhängern verschiedener politischer Lager zusammensetzt. Das Beispiel der Mediengewerkschaft MWASA (Media Workers Association of South Africa) hat gezeigt, wie leicht sich eine Gewerkschaft an der Frage der UDF-Mitgliedschaft spalten kann.

Viele glaubten schon, daß der weithin befolgte 2tägige Generalstreik im November letzten Jahres in Transvaal nach der erfolgreich zustandegekommenen Aktionseinheit zwischen UDF-Organisationen und Gewerkschaften ein Durchbruch für die UDF bedeutete. Zwar haben sich der Front bislang 18, vorwiegend „bürgerrechtsorientierte" Gewerkschaften angeschlossen. Die unabhängigen Gewerkschaften aber, für die der Aufbau einer starken und einheitlichen Gewerkschaftsföderation Vorrang hat, lehnen weiterhin eine Angliederung an eine unvermeidlich kleinbürgerlich geführten „Multi-Klassen-Volksfront" ab. Der Streik hat gezeigt, daß UDF-Mitgliedschaft keine zwingende Vorraussetzung für Gewerkschaften ist, sich politischen Fragen zuzuwenden. Für sie geht es längst nicht mehr darum, **ob** man sich den Problemen der Gemeinde zuwendet, sondern um das **Wie**. Während Sprecher von Gemeindeorganisationen im „Stayaway" von Transvaal nur den Beginn weiterer Aktionen sahen, die das Land schließlich „unregierbar" machen sollten, blieben die Gewerkschaftsvertreter in der Bewertung des Streiks nüchterner — vor allem nach der Entlassung von 6500 Wanderarbeitern bei den staatlichen SASOL-Werken (South African Coal, Oil and Gas Corporation). Die Gewerkschaften sind „Mandat"-Organisationen, die ihre politischen Entscheidungen auf der Grundlage eines ausgedehnten Netzes von Vertrauensleuten in den Betrieben treffen. Sie können nicht einfach, wie die Aktivisten von Gemeindeorganisationen, die oftmals über keine große organisatorische Stärke und kein spezifisches Mandat der Basis verfügen, „zu Aktionen **aufrufen** und auf gute Antwort **hoffen**; sie würden eine disziplinierte Aktion nur **durchführen**, wenn sie auf breiter Zustimmung zu den entsprechenden Vorschlägen beruhen, und **erwarten**, daß alle Sektionen der Organisation ihr volles Gewicht in die Aktion legen."[11]

Welche Formen der Widerstand in Südafrika in nächster Zeit annehmen wird, hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab: zum einen vom Ausgang und Charakter der Diskussionen um das Verhältnis Gewerkschaften/Bürgerrechtsorganisationen innerhalb der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Diese haben durch Spekulationen um die Reaktivierung des SACTU (South African Congress of Trade Union) anläßlich des 30jährigen Jubiläums des zu damaligen Kongreß-Allianz gehörenden Gewerkschaftsdachverbandes, neue Nahrung erhalten. Zum anderen davon, welche Kräfte sich innerhalb der UDF durchsetzen werden.

Wahrscheinlich ist, daß die UDF-Führung nach der erfolgreichen Wahlboykottkampange im letzten Jahr weiterhin auf „populistische" Widerstandsformen setzt und Kampagnen — wie etwa die Wehrdienstverweigerungskampagne — unterstützt, die ein verstärktes Bündnis mit liberalen Organisationen voraussetzen. Das von der UDF immer wieder betonte Bekenntnis zu gewaltfreien Kampfmethoden läßt ja gerade in liberalen Kreisen die Hoffnung aufkommen, daß es vielleicht doch noch einen friedlichen Weg aus der Apartheidkrise gibt.

Denkbar, wenngleich weniger wahrscheinlich, wäre freilich auch, daß man aufgrund der Unzufriedenheit über die mangelnde Unterstützung durch die Gewerkschaften, wie sie UDF-Sprecher Lekota noch kürzlich äusserte, den Arbeiterorganisationen mehr Gewicht innerhalb der UDF-Strukturen einräumt. Das würde zwar eine Annäherung zwischen UDF und NF bedeuten, verschließt der UDF aber langfristig den Weg zu einer Zusammenarbeit auch mit „aufgeklärten" Wirt-

schaftskreisen, die nichts mehr fürchten als eine wirklich antikapitalistische Stoßrichtung des Befreiungskampfes.

Der Staat sorgt sich indes zunächst eher darum, daß sich die gegen die Apartheidstrukturen gerichtete Stimmung unter einem nicht unerheblichen Teil der Weißen nicht noch mehr ausbreitet. Deshalb richtet er seine Propaganda in erster Linie gegen die UDF und diffamiert sie als Frontorganisation des ANC. Mit den gegenwärtigen, wahrscheinlich langandauernden und zermürbenden Schauprozessen gegen 16 des Hochverrats angeklagte UDF-Führer, versucht er die Front zu zerstören, die gleichwohl erst kürzlich eine neue Exekutive gewählt hat. Im Verlauf der Prozesse, an deren Ende das Verbot der UDF stehen kann, könnten zahlreiche Aktivisten inhaftiert und zu Zeugenaussagen gezwungen werden... 156 ANC-Mitglieder 1956 erinnert.

Auf Grund der weitgestreuten, wenn auch sehr heterogenen, Basisstruktur wird die UDF den staatlichen Angriff voraussichtlich besser überstehen als die Organisationen der Kongreß-Bewegung. Zunehmende Repression und Versammlungsverbote machen jedoch öffentliche Debatten um zukünftige Strategien extrem schwierig und es wird sich zeigen müssen, ob der die UDF zusammenhaltende Nenner sich nicht bald als zu klein erweist.

Welches Gewicht die Organisationen des NF für die Entwicklung des Widerstandes haben werden, hängt davon ab, ob sie aus dem Scheitern der Unity Movement und den Erfahrung der Anfangsjahre der Black Consciousness-Bewegung politische Lehren gezogen haben und ihre theoretischen Analysen auch in Massenaktionen umsetzen können, die über spektakuläre, aber doch relativ isolierte Protestdemonstrationen, wie sie die AZAPO gegen den Kennedybesuch in Südafrika initiiert hat, hinausgehen. Auf dem vierten Forum im Dezember 84 hat sich gezeigt, daß unter den fast 1000 Teilnehmern noch zu große ideologische und strategische Unterschiede bestehen, als daß, wie es einige vorschlugen, schon eine vollentwickelte Organisationsstruktur aufgebaut werden könnte.

Den eigenständigen Beitrag der BC-Bewegung zur Neuorientierung und Radikalisierung der Jugend und damit zum Befreiungskampf würdigend, sagte Allan Boesak, heute einer der Wortführer der UDF, einmal: „Der ANC kann es sich leisten, einzugestehen, daß auch andere Bewegungen neue Elemente und Schwerpunkte in den Kampf mit einbringen."[12] Man kann nur hoffen, daß diese Einschätzung, die von der Realität eines vielschichtigen und von verschiedenen Tendenzen getragenen Befreiungskampfes ausgeht und deren Anerkennung erst eine wirklich einheitliche Bewegung realisierbar erscheinen läßt, weite Verbreitung nicht nur in Südafrika, sondern auch in der Solidaritätsbewegung findet.

Lothar Berger

aus: iz3w, Nr. 126, Juni 1985

Anmerkungen:

1 Black Consciousness Movement (Bewegung des Schwarzen Bewußtseins). Diese Ende der 60er Jahre entstandene Bewegung unterschiedlichster Gruppen hatte wesentlichen Einfluß auf den Widerstand in den 70er Jahren. Die verschiedenen Organisationen wurden 1978 verboten. Gemeinsam war den verschiedenen Gruppen die radikale Absage an eine Zusammenarbeit mit Weißen. (Anmerkung der Red.)
1a vgl. Peter Ripken, Südafrika: Befreiungskampf und Revolution, in: Vereinte Nationen; 1/82
2 Tom Lodge, Black Politics in South Africa since 1945, Johannesburg 1983, S. 343
3 zit. nach Beatrice Hollyer, Targets of Contrast, in: Frontline, April 1985
4 Rand Daily Mail 22.10.84: zu den Differenzen innerhalb der BCM vgl. L. Berger, AZAPO und AZASO, in: infodienst südl. afrika, 3/83
5 National Forum Committee, July 1984
5a Kongreß-Allianz: Zu Beginn der 50er Jahre gebildete Allianz verschiedener politischer Organisationen gegen die Apartheid unter der Führung des ANC (Anmerkung der Red.)
6 vgl. Interview mit UDF-Sprecher Lekota in: informationsdienst südl. afrika, 2/85
7 zit. Nach B. Hollyer, a. a. O.
7a Unity Movement (eigentlich: Non-European Unity Movement): 1943 gegründeter Versuch einer Einigungsbewegung des Widerstandes gegen die weiße Vorherrschaft (Anmerkung der Red.)
8 Gesetze zur Einschränkung des qualifizierten Wahlrechts für Schwarze in der Kap-Provinz und Festschreibung der Homelands
9
10 FOSATU: Federation of SA Trade Unions
CUSA: Council of Unions of SA
GWU: General Workers Union
11 Mike Murphy, The Stay Away: Trade Unions and Community Resistence, in: International Labour Reports, 1,2/85
12 A. Boesak in: Winnie Mandela, Ein Stück meiner Seele ging mit ihm, Hamburg 1984, S. 184

Manifest des Volkes von Azania

Unser nationaler Befreiungskampf richtet sich gegen das historisch gewachsene System von Rassismus und Kapitalismus, welches das Volk von Azania knechtet, zum Wohle der kleinen Minderheit der Bevölkerung; das sind die Kapitalisten und ihre Verbündeten, die weißen Arbeiter und der reaktionäre Teil der Mittelklassen. Der Kampf gegen Apartheid ist nicht mehr als der Ausgangspunkt unserer Anstrengungen zur vollständigen Befreiung.

Die schwarze Arbeiterklasse, erfüllt von revolutionärem Bewußtsein, ist die treibende Kraft unseres Kampfes für nationale Selbstbestimmung in einem vereinigten Azania. Die Arbeiter allein können das System, wie es heute besteht, beseitigen, weil sie allein überhaupt nichts zu verlieren haben. Sie haben eine Welt zu gewinnen in einem demokratischen, antirassistischen und sozialistischen Azania, wo die Interessen der Arbeiter an oberster Stelle stehen, durch die Arbeiterkontrolle der Mittel für Produktion, Verteilung und Austausch. In einem sozialistischen Azania wird das azanische Volk das Land und alles, was dazu gehört, insgesamt besitzen und kontrollieren. Die Nutzung des Landes und alles, was daraus erwächst, wird der Beendigung aller Ausbeutung dienen.

Es ist die historische Aufgabe der schwarzen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, das unterdrückte und ausgebeutete Volk zu mobilisieren, um das System von Unterdrückung und Ausbeutung durch die weiße herrschende Klasse zu beenden.

Unsere Prinzipien:
Die erfolgreiche Führung des nationalen Befreiungskampfes hängt ab von einer festen Basis von Prinzipien, durch die wir sicherstellen, daß der Befreiungskampf nicht durch verräterische und opportunistische »Führer« und durch liberale Einflüsse gegen unser Volk gerichtet werden kann. Die wichtigsten dieser Prinzipien sind:
- Antirassismus, Antiimperialismus, Antisexismus
- Keine Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse und ihren Verbündeten und politischen Instrumenten.
- Unabhängige Organisationen der Arbeiterklasse, frei von bourgeoisen Einflüssen.

Unsere Rechte:
Gemäß dieser Prinzipien sollen die folgenden Rechte in Azania verwirklicht werden:
- das Recht auf Arbeit.
- Staatliche Mittel für eine freie und obligatorische Erziehung für Alle. Erziehung soll darauf ausgerichtet sein, das azanische Volk von allen Formen der Unterdrückung, Ausbeutung und Unwissenheit zu befreien.
- Staatliche Mittel für angemessene und anständige Wohnungen für Alle.
- Staatliche Mittel für freie Gesundheitsversorgung, Rechtsberatung, Erholungsmöglichkeiten und andere öffentliche Dienste, die den Bedürfnisses des Volkes entsprechen.

Unser Gelöbnis:
Um diese Rechte des azanischen Volkes zu verwirklichen, geloben wir, unermüdlich zu kämpfen für:
- Die Abschaffung aller Gesetze, Institutionen und Verhaltensweisen, die unser Volk aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Sprache oder Klasse diskriminieren.
- Die Wiedereingliederung der als Abfallhalde für Menschen dienenden Bantustans in ein vereinigtes Azania.
- Die Gründung von Gewerkschaften, die das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter fördern.
- Die Entwicklung einer nationalen Kultur, geformt durch sozialistische Werte.

(verabschiedet auf dem Kongress des National Forum, Juni 1984, Lenasia)

Ist das Apartheid - Regime am Ende?

Die Entwicklung der Revolte seit September '84

Seit Ende Juli herrscht in Südafrika in den wichtigsten städtischen Ballungsgebieten der Ausnahmezustand. Zuletzt hatte die weiße Minderheitsregierung vor 25 Jahren zu diesem Mittel gegriffen, um Unruhen in den schwarzen Townships unter Kontrolle zu bekommen. Die Bestimmungen des Ausnahmerechts sind vor allem gegen die verschiedenen Organisationen des schwarzen Widerstandes gerichtet. Sie sollen zerschlagen werden, um die Revolte der Schwarzen im Keime zu ersticken.

Der Ausnahmezustand betrifft vor allem die Gebiete um Johannesburg, Port Elizabeth und seit Oktober auch die Gebiete um Kapstadt. Die Ausweitung des Ausnahmezustandes zeigt, daß die Rechnung der südafrikanischen Regierung bisher nicht aufgegangen ist. Obwohl der Widerstand der Schwarzen in sich gespalten ist, ist heute daraus eine Massenbewegung geworden, die kaum noch zu unterdrücken ist.

Der Ausnahmezustand

Die Bestimmungen des Ausnahmerechts räumen den Sicherheitskräften weitgehende Sondervollmachten ein, sie geben ihnen faktisch freie Hand.

Die wichtigsten Bestimmungen:

- Jeder Polizist, Soldat, Bahnpolizist oder Gefängnisaufseher kann zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ohne Haftbefehl Verhaftungen vornehmen.
- Verdächtige können ohne Angabe von Gründen bis zu zwei Wochen (inzwischen unbegrenzt) festgehalten werden.
- Darüberhinaus dürfen die Sicherheitskräfte Gebäude schließen, bestimmte Gebiete sperren, Ausgangssperren anordnen, sowie die Presse zensieren.
- Kein Angehöriger der Sicherheitskräfte kann für Handlungen im Rahmen seines Dienstes vor einem Gericht zur Rechenschaft gezogen werden, sofern er in gutem Glauben gehandelt hat.

Diese Regelung wurde Anfang November auch auf die Gebiete ausgeweitet, in denen das Ausnahmerecht nicht gilt.

In den ersten Tagen des Ausnahmezustandes wurden die führenden Aktivisten der verschiedenen Organisationen des Widerstandes (UDF, AZAPO, COSAS und viele andere) systematisch an Hand vorbereiteter Listen verhaftet. Inzwischen wurden mehr als 5876 Personen verhaftet, von denen allerdings 4724 wieder entlassen wurden. (Stand: 31.10.85, Angaben der Polizei). Nach Angaben einer Gefangenenhilfsorganisation (Detainees Parents Support Committee DPSC) sind aber wegen der »Unruhen« seit September 1984 mindestens 25.000 Personen verhaftet worden, von denen noch mindestens 1500 im Gefängnis sind. Auch Beerdigungsfeierlichkeiten, die in den Monaten vor Verhängung des Ausnahmezustandes zu ständigen Manifestationen des schwarzen Widerstandes geworden waren, sind nun streng reglementiert:

- bei Grabreden darf nicht über Politik geredet werden;
- der Leichnam darf nur mit einem Leichenwagen zum Friedhof gebracht werden;
- alle Trauergäste müssen ausschließlich mit Fahrzeugen befördert werden;
- während der Begräbnisfeier dürfen keine Plakate oder Flugblätter mitgeführt oder verteilt werden.

Insgesamt hat sich für die Ausnahmegebiete jedoch nur wenig geändert, da die Sicherheitskräfte auch ohne Ausnahmerecht weitgehende Vollmachten haben. Viele Bestimmungen des Ausnahmerechts von 1960 sind in der Zwischenzeit Bestandteil des normalen Rechts geworden.

Die Revolte der Schwarzen

Der Verhängung des Ausnahmezustandes waren Monate der Unruhen in den schwarzen Townships vorangegangen. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei, aber auch bei Konflikten unter den Schwarzen selbst, waren bis dahin über 600 Menschen umgekommen (heute über 860). Richtig begonnen hatten die Unruhen im September 1984 im Vaal-Dreieck, als die schwarzen Stadträte die Mieten um durchschnittlich R 5,9 (1 R =ca. DM 1,1) anheben wollten. In der ohnehin schon gespannten Atmosphäre nach den Wahlen zum Drei-Kammer-Parlament im August - zusätzlich verschärft durch die zunehmende Verelendung in den Townships - brachte die Ankündigung der Mieterhöhung das Faß zum Überlaufen. Obwohl die Stadtverwaltungen die Mieterhöhungen verschoben, war es zu spät. Bürgerinitiativen, die zuvor mit den Stadtverwaltungen noch verhandelt hatten, organisierten die ersten Protestdemonstrationen. Hunderttausende gingen auf die Straße, es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. In Sharpeville, Evaton und Sebokeng gingen die Häuser der Stadträte in Flammen auf. Schon der erste Tag der Auseinandersetzungen kostete zehn Menschen das Leben, darunter das mehrerer Stadträte.

Der Staatsapparat griff zu scharfen, repressiven Maßnahmen, um der Situation Herr zu werden. Übergriffe der Polizei, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren gehörten von da an zur 'Normalität' des Lebens in den Townships.

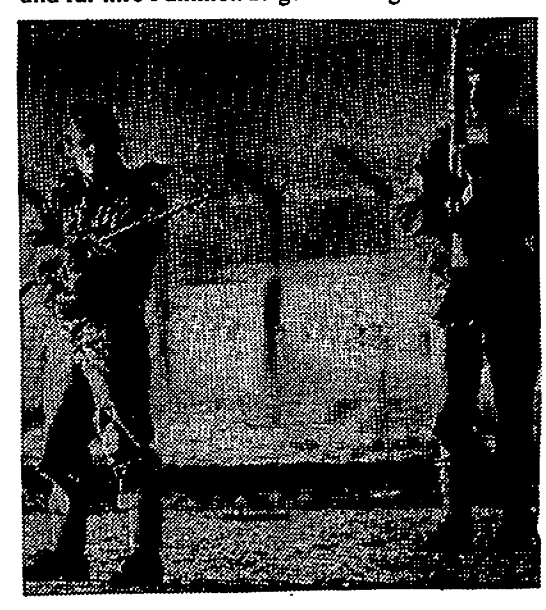
Der plötzliche und gewaltsame Ausbruch jahrelang aufgestauter Frustrationen, die Entladung der Wut und des Hasses gegen das 'System' konnte jedoch durch den Einsatz der Polizei nicht mehr eingedämmt werden.

Die Unruhen verbreiteten sich schnell auf alle Teile Südafrikas, bis sie schließlich auch Soweto erreichten, wo es bis dahin bemerkenswert ruhig geblieben war. Kurz darauf verhängte Botha den Ausnahmezustand.

Daß die Unruhen weiter eskalierten, lag zu einem nicht geringen Teil an der Polizei selbst. Sie geht mit äußerster Härte und Brutalität gegen die Schwarzen vor. Wahllos schießt sie mit Gummigeschossen, Tränengas, aber auch mit scharfer Munition in die Demonstrationszüge hinein. Der Polizei und den anderen Sicherheitskräften ist es offensichtlich völlig gleichgültig, daß dabei Frauen, Kinder und Jugendliche erschossen werden.

Nach Trauerfeierlichkeiten für die Opfer der Polizei kommt es immer wieder zu erneuten Zusammenstößen, die den Prozeß der Radikalisierung in den Townships weiter vorantreiben. Die Wohngebiete der Weißen blieben bisher, mit Ausnahme von Kapstadt und East London, von den Unruhen verschont, da sie von den Townships gut abgeschirmt sind. Der Protest der Schwarzen mußte sich daher zwangsläufig gegen jene Institutionen des Apartheidssystems richten, mit denen sie unmittelbar zu tun haben: die schwarzen Stadtverwaltungen. Diese wurden vor zwei Jahren von der weißen Minderheitsregierung eingerichtet. Von den Schwarzen selbst wurden die Stadträte jedoch von Anfang an abgelehnt. An den Wahlen beteiligte sich meist nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung in den Townships, denn für sie sind die Stadträte Teil des Apartheidsystems. Die Stadtverwaltungen büßten zusätzlich an Glaubwürdigkeit ein, weil viele der 'gewählten' Stadträte ihr Amt benutzten, um sich hemmungslos zu bereichern.

Inzwischen haben die meisten Stadtverwaltungen aufgehört zu funktionieren. Von 38 Verwaltungen, die in den letzten zwei Jahren aufgebaut wurden, arbeiten nur noch fünf. In acht verschiedenen Gebieten haben die Stadträte geschlossen ihren Rücktritt erklärt, da es für sie selbst und für ihre Familien zu gefährlich gewor-



den ist, weiter im Amt zu verbleiben. Andere wie der Bürgermeister von Lekoa sowie 11 seiner Stadträte leben heute in einem mit Stacheldraht umzäunten Lager.

»Die schwarzen Townships«, so die Zeitung 'Sunday Star', »versinken im Chaos.« Den Haß der Township-Bewohner, vor allem der Jugendlichen, haben sich auch andere Kollaborateure mit dem System zugezogen: Polizisten, Spitzel, Informanten. Schwarze, als solche identifiziert, wurden meist an Ort und Stelle auf grausame Weise umgebracht.

Die Ursachen der Revolte

Entzündet hat sich die Revolte vor allem an den miserablen Lebensbedingungen in den Townships. Überall fehlt es an grundlegenden infrastrukturellen Einrichtungen wie Abwasserkanalisation oder fließendem Wasser. Die meisten Straßen sind ungeteert, es gibt nicht genug Wohnungen, die wenigen Wohnungen, die es gibt, sind klein und teuer, die Elektrizitätsversorgung fehlt oder ist unerschwinglich.

Diese Lebensverhältnisse sind jedoch nur bei oberflächlicher Betrachtung die Ursache der Revolte. Die Gründe, warum sich gerade jetzt der lang schwelende Konflikt entzündet hat, liegen tiefer. Sie sind das Ergebnis tiefgreifender Veränderungen in der südafrikanischen Gesellschaft:

Schwarze Gewerkschaften haben seit Beginn der 80er Jahre einen enormen Aufschwung erlebt. 1980 hatten die registrierten Gewerkschaften 800 000 Mitglieder organisiert, 1984 schon 1,4 Millionen. Unter diesen Gewerkschaften sind freilich auch sogenannte Parallelgewerkschaften, die meist dem Dachverband TUCSA angeschlossen sind. Da sie von einer weißen oder farbigen Gewerkschaft geführt werden, zählen sie nicht zu den unabhängigen Gewerkschaften. Die bedeutendsten unabhängigen, aber registrierten Gewerkschaftsverbände sind FOSATU und CUSA. 10 Parallelgewerkschaften mit ca. 150 000 Mitgliedern haben sich allerdings in den letzten zwei Jahren von TUCSA gelöst und gehören jetzt ebenfalls zu den unabhängigen Gewerkschaften. Neben den registrierten unabhängigen Gewerkschaften gibt es auch solche, die sich nicht registrieren lassen. 1983 organisierten sie 150 000 Arbeiter, 1984 schon 230 000.

Die Bergarbeitergewerkschaft NUM, die erst 1981 gegründet wurde, ist heute eine der wichtigsten Gewerkschaften überhaupt. Sie hat mit ca. 160 000 Mitgliedern schon mehr als ein Viertel der Bergarbeiter organisiert. Die NUM ist neben FOSATU auch eine der treibenden Kräfte hinter dem Versuch, die vielfach zersplitterte Gewerkschaftsbewegung zu vereinen. Die geplante Gründung des Dachverbandes mußte jedoch mehrfach verschoben werden, da eine ganze Reihe von Fragen noch strittig ist. Ungeklärt ist, welche Rolle weiße Gewerkschaftsmitglieder im neuen Dachverband der unabhängigen Gewerkschaften spielen sollen. Von AZACTU (Azanian Confederation of Trade Unions), die der AZAPO nahesteht, und von CUSA wird die Besetzung von Führungspositionen durch Weiße abgelehnt. AZACTU wurde daher zeitweise von den Vorbereitungsgesprächen ausgeschlossen, während CUSA sich freiwillig zurückgezogen hat. Obwohl der Ausschluss der AZACTU wieder rückgängig gemacht wurde, hat AZACTU nicht wieder teilgenommen. Ungeklärt ist nach wie vor die Haltung des zukünftigen Dachverbandes zum politischen Widerstand. Während einige der kleineren, an den Vorbereitungsgesprächen beteiligten Gewerkschaften sich in dieser Frage durch ihre Mitgliedschaft in der UDF entschieden haben, halten sich vor allem NUM und FOSATU zurück und versuchen sich weitgehend neutral zu verhalten. Sollte der Dachverband tatsächlich gegründet werden, wäre diese Gewerkschaftsföderation mit über 400 000 Mitgliedern ein mächtiger Faktor nicht nur in der südafrikanischen Wirtschaft, sondern auch in der Politik.

Die eigentliche Stärke der unabhängigen Gewerkschaften liegt darin, daß sie auf der betrieblichen Ebene demokratische Vertretungsstrukturen aufgebaut haben. Dadurch ist in den Betrieben eine breite gewerkschaftliche Führungsschicht entstanden, die in vielen Streiks Selbstbewußtsein gewonnen hat und zugleich unschätzbare Erfahrungen sammeln konnte.

Diese Erfahrungen sind auch in die zahlreichen Bürgerinitiativen und Bürgerrechtsgruppen eingeflossen.

Viele Gewerkschaften haben sich aus den konkreten politischen Auseinandersetzungen herausgehalten, um vor allem den Aufbau der Gewerkschaftsorganisation voranzutreiben. Gewerkschaftsmitglieder, die sich politisch engagieren wollten, haben sich daher den Bürgerrechtsgruppen angeschlossen. Unter dem Druck der Radikalisierung ihrer Mitglieder geben die Gewerkschaften jedoch ihre vorsichtige Haltung auf und beziehen auch in politischen Fragen eindeutigere Positionen.

Den Bürgerrechtsgruppen, sie sind vor allem in den letzten Jahren entstanden, ist es gelungen, den bis dahin unorganisierten, eher individuell artikulierten Protest gegen die unhaltbaren Verhältnisse in den Townships zu vereinheitlichen und ihm damit zum erstenmal ein Sprachrohr zu verleihen. Da viele der konkreten Mißstände in den Townships direkte Folgen des Apartheidsystems sind, mußte sich die Arbeit der Bürgerrechtsgruppen zwangsläufig auch gegen das Apartheidsystem selbst richten. Die Bürgerrechtsgruppen wurden so zur eigentlichen Basis des Widerstandes der Schwarzen.

Die von der Regierung initiierte Verfassungsreform hat ebenfalls wesentlich zu den gegenwärtigen Unruhen beigetragen. Sie war nicht nur Anlaß zur Gründung vieler Bürgerrechtsgruppen sowie der Bildung von UDF und NF, sondern hat der schwarzen Mehrheit zugleich demonstriert, daß die Weißen nicht einmal bereit sind, die Schwarzen symbolisch an der Macht zu beteiligen.

Hoffnungen, daß sich das Apartheidsystem auf friedlichem Weg überwinden ließe, erwiesen sich für viele Schwarze spätestens jetzt als Trugschluß. Ein großer Teil der Townshipbewohner ist heute der Meinung, das Apartheidsystem lasse sich nur noch mit Gewalt beseitigen. Anders als 1976 in Soweto ist der Widerstand gegen das Apartheidsystem eine Massenbewegung geworden, die nicht nur von Jugendlichen getragen wird. Wesentlich ist schließlich auch, daß sich Südafrika seit



Beginn der 80er Jahre in der schwersten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren befindet. Vor allem die schwarze Bevölkerung ist davon betroffen. Die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen stieg von Juli 84 bis Juli 85 um 68%; ungefähr die Hälfte der ökonomisch aktiven Bevölkerung ist arbeitslos.

Der Lebensstandard der Schwarzen ist massiv gesunken. Von etwa 2 Millionen Schwarzen, die in Soweto wohnen, leben 58% unter der Armutsgrenze. Im Mai 1985 lag das Existenzminimum bei R 400 monatlich für eine Familie mit fünf Personen. Der Durchschnittsverdienst liegt jedoch bei nur R 300, davon müssen allein R 100 für Wasser, Strom und Miete aufgebracht werden.

Die wirtschaftliche Lage ist inzwischen so prekär geworden, daß die Regierung Südafrikas beschlossen hat, bis Ende des Jahres keine Auslandschulden zurückzuzahlen. Gegenwärtig belaufen sich die Auslandsschulden auf rd. 22 Mrd. US-Dollar, davon werden bis zum 31.8.86 rd. 14 Mrd. Dollar fällig. Ausgelöst wurde die Zahlungskrise durch die Weigerung amerikanischer Banken, fällige Kredite umzuschulden. Die schwierige Lage ist aber auch deswegen entstanden, weil seit Beginn des Jahres der Kapitalabfluß drastisch angestiegen ist. Allein im ersten Viertel-jahr wurden R 2,9 Mrd. abgezogen, soviel wie im ganzen Jahr zuvor.

Hohe Arbeitslosigkeit, Inflation und soziale Verelendung haben in den Townships eine explosive Stimmung geschaffen, die nur noch eines Funkens bedurfte.

Formen des Widerstandes

Während die eher spontanen und gewaltpreiserhöhungen zu verhindern. In den letzten Monaten hat der von COSAS (Congress of South African Students) lancierte Schulboykott im Widerstand der Schwarzen eine große Rolle gespielt. Er begann im Januar 84 in Atterigdeville bei Pretoria. Die Schüler forderten:

- demokratische Schülerräte,
- die Abschaffung der körperlichen Züchtigung,
- die Entlassung unqualifizierter Lehrer,
- Schulpflicht und kostenlose Bildung.

Die Boykottaktionen in den Schulen haben bis heute nicht abgerissen.

Anfang September ließ die südafrikanische Regierung im Raum Kapstadt 454 von 904 Schulen für Farbige schließen. Etwa 360 000 Schüler wurden damit ausgesperrt. Auch in Soweto sowie in den Townships von East London, Port Elizabeth und Pretoria dauern die Boykottaktionen an. In Soweto blieben nach Ende der Schulferien am 20. September 1985 etwa 50% der 230 000 Schüler dem Unterricht fern. Um die Boykottaktionen zu unterbinden, hat die Regierung 'Verhaltensregeln' erlassen, die den Aufenthalt außerhalb der Schule während der Unterrichtszeit verbieten. Mehrere hundert Schüler wurden verhaftet, vor allem Mitglieder von COSAS.

Eine andere Form des Boykotts hat inzwischen weite Verbreitung gefunden. Seit Monaten kaufen viele Schwarze nicht mehr in den Supermärkten weißer Geschäftsleute ein, obwohl die Preise dort günstiger sind als in den Townships. Die Boykottkampagne hatte am Eastern Cape begonnen und hat in der Zwischenzeit auch Kapstadt erreicht. Besonders in den krete Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erzwingen. Außerdem verlangen die Organisatoren des Boykotts den Abzug der Polizei aus den Townships sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

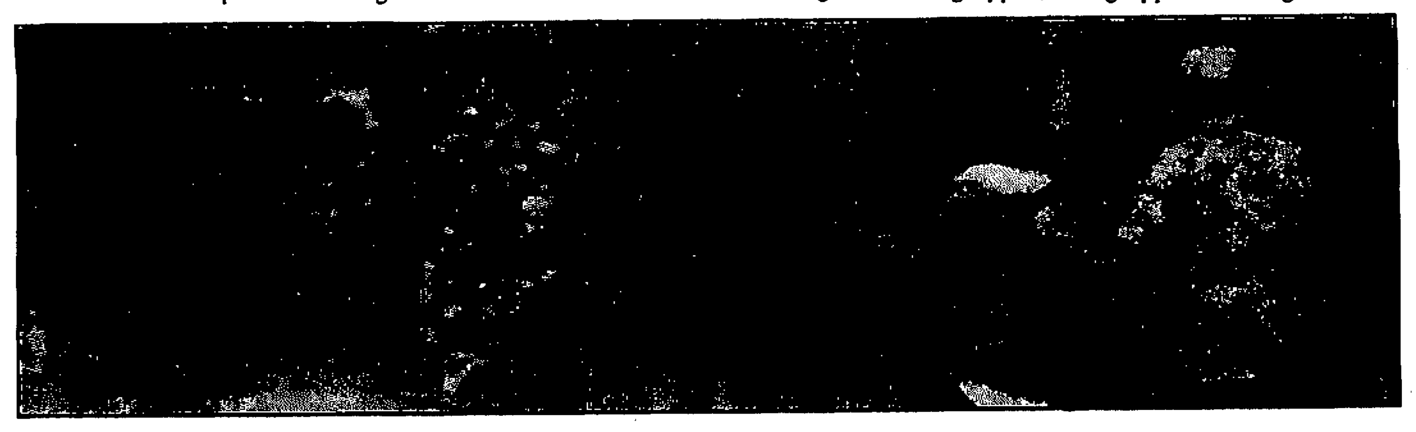
Gleichzeitig wollen sie auch erreichen, daß die Handelskammern der weißen Geschäftsleute ihren Einfluß auf die Regierung geltend machen, damit diese konkrete Schritte zur Abschaffung der Apartheid einleitet.

In einzelnen Gebieten ist der Boykott so erfolgreich, daß die Umsätze einiger Supermärkte bis zu 100% zurückgegangen sind. Viele der Geschäftsleute, deren Eigenkapitaldecke nur gering ist, stehen kurz vor dem Bankrott. Zwischen Vertretern der weißen Geschäftsleute und der Schwarzen ist es vor Verhängung des Ausnahmezustandes daher auch schon zu Verhandlungen gekommen. In einigen Fällen konnten dabei für lokale Probleme Lösungen gefunden werden.

Die Regierung versucht den Konsumentenboykott mit allen Mitteln zu brechen. Schwarze Geschäfte werden geschlossen, Warenlieferungen in die Townships unterbunden, schwarze Geschäftsleute sowie Organisatoren der Boykottaktionen n verhaftet. Trotzdem werden die Aktionen fortgesetzt.

Die Organisationen des Widerstandes in den Townships

Der Widerstand der Schwarzen ist in sich zersplittert und gespalten. Diese Schwäche der Widerstandsbewegung ist aber zugleich ihre Stärke. Anders als einheitlich und zentral geleitete Organisationen sind die vielen hundert kleinen Bürgerrechtsgruppen, Basisgruppen und Bürgerinitiati-



samen Formen des schwarzen Widerstandes meist die ganze Aufmerksamkeit auf sich ziehen, bleiben die friedlichen, daher aber auch wenig spektakulären Formen des Widerstandes oft unbemerkt. Dabei sind es gerade diese Widerstandsformen, die in der schwarzen Bevölkerung große Unterstützung finden und dem Widerstand damit seine eigentliche neue Qualität geben. Im wesentlichen sind diese Widerstandsformen Streiks, Boykottaktionen sowie Begräbnisfeierlichkeiten.

Die Kampfform des Boykotts hat eine lange Tradition in der Geschichte des schwarzen Widerstandes. Schon in den vierziger Jahren haben die Schwarzen die öffentlichen Busse boykottiert, um Fahr-

Gebieten des Ausnahmerechts ist der Konsumentenboykott zur wichtigsten Form des friedlichen Protestes geworden, da die einzelne Person wegen des Boykotts nicht verfolgt werden kann.

Von Bürgerrechtsgruppen sind die Kampagnen meist gut und lange vorbereitet. Die schwarzen Händler in den Townships werden informiert, wann sie mehr Konsumgüter auf Lager nehmen müssen, um die erhöhte Nachfrage decken zu können. Außerdem werden mit ihnen Vereinbarungen getroffen, damit sie die günstige Situation nicht nutzen, um die Preise zu erhöhen.

Mit den Boykottaktionen wollen Bürgerrechtsgruppen auf lokaler Ebene kon-

ven kaum zu zerschlagen. Dort, wo führende Aktivisten verhaftet oder ermordet werden, übernehmen schnell andere die Führungspositionen.

Der organisierte Widerstand der Schwarzen spaltet sich hauptsächlich in zwei Lager auf: auf der einen Seite die 'Vereinigte Demokratische Front' (UDF) und auf der anderen Seite das 'Nationale Forum' (NF).

Die UDF, die 1983 gegründet wurde, hat sich seither zu einer dominierenden politischen Kraft in Südafrika entwickeln können. Etwa 700 verschiedene Gruppen haben sich diesem Bündnis angeschlossen. Ziel des politisch sehr heterogenen Bündnisses ist in erster Linie die Beseitigung des

Apartheidsystems. Erreicht werden soll dieses Ziel in einem breiten klassenübergreifenden Bündnis und mit gewaltfreiem Widerstand. Gemeinsame politische Grundlage ist eine verwässerte Fassung der »Freiheitscharta«. Der UDF wird daher auch eine gewisse Nähe zum ANC bescheinigt, was nicht völlig unbegründet ist. Die 1955 auf dem Volkskongress der 'Congress Alliance' beschlossene Charta ist bis heute Grundlage des ANC-Programms. Die UDF hat im letzten Jahr entscheidend dazu beigetragen, daß die Wahlen zum Drei-Kammer-Parlament für die Regierung zu einem Fiasko wurden.

Die Radikalisierung der Schwarzen in den letzten Monaten hat sich auch auf die UDF ausgewirkt. Vertreter einzelner Mitgliedsorganisationen haben schon darauf hingewiesen, daß die Zeit des Verhandelns vorbei sei, denn der Versuch, das System mit friedlichen Mitteln zu verändern, sei endgültig gescheitert.

Das 'Nationale Forum', das zur gleichen Zeit wie die UDF gegründet wurde, ist politisch homogener. Es bekennt sich explizit zu sozialistischen Positionen, es versteht sich als anti-imperialistisch, anti-rassistisch, anti-sexistisch und anti-kollaborationistisch. Ziel dieses Bündnisses ist daher nicht nur die Abschaffung der Apartheid unter der Führung der schwarzen Arbeiterklasse, sondern der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft.

Anders als die UDF akzeptiert das Forum keine Organisationen als Mitglied, die hauptsächlich aus Weißen bestehen; Weiße als Individuen sind jedoch zugelassen.

Aufgrund ihres spezifischen Charakters als Diskussionsforum tritt das National Forum bei konkreten Aktionen weniger in den Vordergrund als UDF. Diese Rolle übernehmen die einzelnen Mitgliedsorganisationen wie die 'Cape Action League' oder die AZAPO (Azanian Peoples' Organisation).

Zwischen Anhängern von UDF und der in der Tradition des schwarzen Bewußtseins stehenden AZAPO ist es in den vergangenen Monaten immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Die

Vereinte Demokratische Front (UDF)

Erklärung

Wir, das freiheitsliebende Volk von Südafrika, bekunden der ganzen Welt mit einer Stimme: wir werden an der Vision eines vereinten demokratischen Südafrika auf der Grundlage des Volkswillens festhalten und durch vereinte Aktionen gegen das Übel der Apartheid und ökonomische und alle anderen Formen von Ausbeutung für die Einheit unseres ganzen Volkes eintreten und uns auf unserem Weg zu einem freien und gerechten Südafrika von diesen ehrenhaften Idealen leiten lassen:

Wir treten ein für die Schaffung einer wirklichen Demokratie, in der alle Südafrikaner an der Regierung unseres Landes teilnehmen werden.

Wir treten ein für ein einziges, nicht-rassisches, nicht zerstückeltes Südafrika, ein Südafrika frei von Bantustans und Group Areas.

Wir sagen: alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung müssen enden.

In Übereinstimmung mit diesen ehrenhaften Idealen schließen wir Community-, Frauen-, Studenten-, Religions-, Sport- und andere Organisationen und Gewerkschaften uns zusammen, um nein zur Apartheid zu sagen.

Wir sagen nein zu dem Verfassungsgesetz der Republik Südafrika - ein Gesetz, das nur noch eine weitere undemokratische Verfassung im Land unserer Geburt schaffen wird.

Wir sagen nein zu den Koornhofgesetzen, die mehr und mehr afrikanische Menschen ihres Geburtsrechts berauben werden.

Wir sagen an diesem historischen Tag ja zur Geburt der Vereinten Demokratischen Front.

Wir wissen, daß diese Regierung entschlossen ist, die Einheit unseres Volkes zu brechen, daß unser Volk sich größter Not gegenüber sehen wird, daß unser in rassisch getrennten und abgelegenen Gebieten lebendes Volk von dem Reichtum, den es in den Städten produziert, abgeschnitten wird, daß Mieten und andere Grundkosten steigen werden und unser Lebensstandard sinken wird, daß die arbeitende Bevölkerung getrennt wird nach Rasse, Städtische von Ländlichen, Angestellte von Arbeitslosen, Männer von Frauen.

Niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Angriffe gegen unsere Gewerkschaften werden andauern, Studenten werden weiterhin unter ungleicher Erziehung leiden, die dafür geschaffen wurde, ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu liefern.

Ethnische Kontrolle und ungleiche Möglichkeiten werden bleiben, Apartheid wird immer noch in unseren Klassenräumen zu spüren sein.

Das religiöse und kulturelle Leben unseres Volkes wird in Mitleidenschaft gezogen.

Die Sünden der Apartheid werden weiterhin die Kultur und die Religionen unseres Volkes prägen. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen wird weitergehen.

Frauen werden unter den neuen Paßgesetzen größere Not leiden, sie werden von ihren Kindern und Familien getrennt werden.

Armut und Unterernährung werden weiterhin das Familienleben zerrütten.

Die Hauptlast der Apartheid wird immer noch von unseren Familien getragen werden, nicht-rassischer Sport wird unter ihr leiden, es wird weniger Geld für den Bau von Sporteinrichtungen geben und Zwangstrennung wird nicht-rassischem Sport einen weiteren Schlag versetzen.

Wir wissen, daß Apartheid fortbestehen wird, daß weiße Herrschaft und Ausbeutung fortbestehen werden, daß Zwangsumsiedlungen, Group Areas und Bantustans bleiben werden.

Wir wissen, daß die ungleiche Verteilung von Land, Reichtum und Ressourcen des Landes nicht beendet sein wird, daß das Wanderarbeitersystem weiterexistieren wird, um Familienleben zu zerstören.

Wir wissen, daß die Regierung immer wieder falsche Führer benutzen wird, damit sie ihre Juniorpartner werden und uns kontrollieren.

Unser Leben wird immer noch voll sein von Furcht vor Verfolgung, Bannungen, Festnahmen und Tod.

Eingedenk der Tatsache, daß die neuen Verfassungsvorschläge und Koornhof-Maßnahmen Apartheid und weiße Herrschaft weiter festigen werden, verpflichten wir uns, unser ganzes Volk zu vereinen, wo auch immer es sein mag, in den Städten und auf dem Land, in den Fabriken und Bergwerken, Schulen, Hochschulen und Universitäten, Häusern und Sportplätzen, Kirchen, Moscheen und Tempeln, um für unsere Freiheit zu kämpfen.

Wir beschließen daher, in unserem gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter zu stehen und verpflichten uns zusammenzuarbeiten, um alle Community-, Arbeiter-, Studenten-, Frauen-, Religions- und andere Organistionen unter dem Banner der Vereinten Demokratischen Front zu organisieren und zu mobilisieren, unser Volk regelmäßig und gewissenhaft zu konsultieren und unerschrocken uns dafür einzusetzen, seine Ansichten und Wünsche zu vertreten, alle über kommende Gefahren und die Notwendigkeit zur Einheit zu unterrichten, alle Organisationen des Volkes aufzubauen und zu festigen und in der Aktion gegen diese Gesetze und andere tagtäglich unser Volk betreffende Probleme gemeinsam zu handeln.

Und deshalb geloben wir, uns in dieser Vereinten Demokratischen Front zusammenzuschließen und Seite an Seite gegen die Verfassungsvorschläge und die Koornhofgesetze der Regierung zu kämpfen.

Verabschiedet von den Delegierten zur Gründungsversammlung der Vereinten Demokratischen Front in Kapstadt am Wochenende des 20./21. August 1983.

aus: informationsdienst südliches afrika 9'83

Ursachen dieser Konflikte liegen in den politisch-ideologischen Differenzen sowie in der Rivalität um den politischen Einfluß in den Townships. Die Führungsspitzen beider Organisationen haben die gewaltsamen Auseinandersetzungen jedoch immer verurteilt. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, daß mit gefälschten Flugblättern sowie mit Provokateuren die Anhänger der beiden Organisationen gegeneinander aufgehetzt wurden. Der Staat versucht offensichtlich, die Differenzen zwischen beiden Organisationen mit diesen Methoden auszunutzen, um den Widerstand der Schwarzen zu paralysieren.

Die künftige Rolle von UDF und NF im politischen Widerstand der Schwarzen läßt sich nur schwer beurteilen. Daß die südafrikanische Regierung nahezu alle gemässigten Führer der UDF verhaftet hat, könnte den Prozeß der Radikalisierung in der UDF weiter vorantreiben. Wie und ob die UDF diese politische Zerreißprobe meistern wird, läßt sich noch nicht absehen. Es ist ohnehin schon fraglich, ob die beiden Dachverbände die politische Entwicklung in den Townships noch kontrollieren. Vieles deutet draufhin, daß sich die politische Basis des Widerstandes, vor allem die militanten Jugendlichen, kaum noch an die Vorgaben der Organsisationen hält. Die südafrikanische Zeitschrift 'Work in Progress' berichtet von ersten Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und einigen Gewerkschaften. Hier scheint sich eine Entwicklung anzubahnen, die politisch folgenreicher sein könnte als die Spaltung des Widerstandes zwischen UDF und NF.

Aber diese ständig wiederholten Aggressionen bringen sie gerade nicht dazu, sich zu unterwerfen, sondern reißen sie vielmehr in einen unerträglichen Widerspruch, der sich früher oder später gegen den Europäer kehren wird. Wenn man sie dann ihrerseits abrichtet, wenn man sie die Schande, den Schmerz und den Hunger erfahren läßt, so wird man in ihren Körpern nur eine vulkanische Wut erzeugen, deren Gewalt der des Druckes gleich ist, der auf sie ausgeübt wird. Die kennen nur die Gewalt, sagen Sie? Natürlich. Zunächst ist es nur die des Kolonialherrn und bald nur die ihre, das heißt, die gleiche, die wie ein Spiegelbild auf uns zurückgeworfen wird. Täuschen wir uns nicht! Gerade durch diese blinde Wut, durch diesen Groll und diese Verbitterung, durch ihr permanentes Verlangen, uns zu töten, gerade durch die ständige Anspannung gewaltiger Muskeln, die Angst haben, sich zu entspannen, sind sie Menschen: *durch* den Kolonialherrn, der sie zu Menschen der Qual gemacht hat, und *gegen* ihn. Wenn auch noch blind und abstrakt, ist doch der Haß ihr einziges Gut. Der Herr ruft ihn hervor, weil er versucht, sie zu vertieren, und es gelingt ihm nicht, ihn zu brechen, weil seine Interessen ihn auf halbem Wege anhalten lassen. So bleiben die falschen Eingeborenen noch Menschen durch die Macht und die Ohnmacht des Unterdrückers, die sich bei ihnen in die hartnäckige Ablehnung einer Vertierung verwandeln. Das übrige ist dann klar. Natürlich sind sie faul: das ist Sabotage. Hinterlistig und diebisch: bei Gott! Ihre kleinen Diebstähle sind der Beginn eines noch unorganisierten Widerstandes. Das genügt noch nicht: es gibt einige, die sich selbst bestätigen, indem sie mit bloßen Händen gegen Gewehre vorgehen. Das sind ihre Helden. Und andere machen sich zu Menschen, indem sie Europäer ermorden. Man erschlägt sie: aber als Banditen und Märtyrer begeistern sie durch ihren Opfertod die terrorisierten Massen.

Terrorisiert, ja: in diesem neuen Moment wird die koloniale Aggression bei den Kolonisierten als Terror verinnerlicht. Darunter verstehe ich nicht nur die Furcht, die sie vor unseren unerschöpflichen Unterdrückungsmethoden haben, sondern auch die, die ihnen ihre eigene Wut einflößt. Sie sind eingekeilt zwischen unseren Waffen, die auf sie gerichtet sind, und jenen entsetzlichen Gelüsten, jenen Mordgelüsten, die in ihnen aufsteigen und die sie nicht immer erkennen. Denn es ist zunächst nicht *ihre* Gewalt, sondern unsere, die in ihnen anwächst und sie zerreißt. Und im ersten Moment verdrängen diese Unterdrückten jene uneingestandene Wut, die von ihrer und unserer Moral mißbilligt wird, aber andererseits gerade das letzte Residuum ihrer Menschlichkeit ist. (Sartre)

Zwischen Reform und Revolution

Welchen Einfluß der ANC auf die gegenwärtige Phase des schwarzen Widerstandes in Südafrika hat, ist schwer zu beurteilen. Bei Demonstrationen werden ANC-Fahnen mitgetragen, Redner bei Demonstrationen und Trauerfeierlichkeiten beziehen sich immer wieder auf den Vorsitzenden des ANC, O. Tambo, oder auf den noch immer inhaftierten N. Mandela. Umfrageergebnisse zeigen, daß eine große Mehrheit der Schwarzen die bedingungslose Freilassung Mandelas will.

Das Ansehen des ANC ist in den letzten Jahren unter den Schwarzen zweifellos wieder gestiegen. Aber es wäre sicher übertrieben zu behaupten, der ANC habe die Mehrheit der Schwarzen hinter sich oder sei die hegemoniale politische Kraft in den Townships. Viele Umfrageergebnisse - so zweifelhaft sie im einzelnen auch sein mögen - bestätigen dies. Das ist dem ANC bewußt, zumindest legen dies die Beschlüsse der im Juni in Kabwe/Zambia durchgeführten Konsultativkonferenz (der ersten sei 1969) nahe. Obwohl bisher kaum Einzelheiten der Diskussionen an die Öffentlichkeit gelangt sind, ist deutlich geworden, daß dem Auf- bzw. Ausbau der Untergrundzellen in der nächsten Zeit absolute Priorität eingeräumt werden soll.

Auch die militärischen Aktionen sollen weiter intensiviert werden, wobei künftig keine Rücksicht mehr darauf genommen werden soll, ob dabei auch weiße Zivilisten zu Schaden kommen.

N. Mandela, der bisher immer die Einberufung einer Nationalversammlung (National Convention) gefordert hat, erklärt nun, daß die Waffengewalt der einzige Weg sei für die Schwarzen; die Zeit des Verhandelns sei nun vorbei. Jetzt ginge es nur noch um die Modalitäten der Machtübergabe. Der ANC hat sich dieser Haltung angeschlossen. Es ist offensichtlich, daß nicht der ANC die Entwicklung in Südafrika radikalisiert hat, sondern umgekehrt der ANC radikalisiert wurde durch die Zuspitzung der Lage in Südafrika.

Dennoch hält sich der ANC noch alle Türen offen. Obwohl O.Tambo zum gegenwärtigen Zeitpunkt Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung ausschließt, scheut sich der ANC nicht, mit den verschiedensten Vertretern der Weißen Südafrikas Gespräche zu führen. Diese Gespräche haben den ANC in der Weltöffentlichkeit deutlich politisch aufgewertet, zugleich gehören sie auch zur Strategie des ANC, potentielle Bündnispartner zu gewinnen, politische Gegner zu isolieren oder zu neutralisieren.

Eröffnet wurde die Gesprächsserie durch ein monatelang vorbereitetes Treffen mit einflußreichen südafrikanischen Geschäftsleuten Mitte September in Zambia. Obwohl die südafrikanische Delegation nicht mit einem offiziellen Mandat der Industrie ausgestattet war, fuhr sie doch mit deren Unterstützung nach Zambia. Gavin Relly, Vorsitzender der Anglo American, bewertete die Gespräche positiv: in Wirtschaftsfragen habe Tambo gemäßigte Standpunkte vertreten, die keinesfalls mit der Darstellung der südafrikanischen Regierung übereinstimmten, wonach der ANC eine kommunistische Orga-

nisation sei. Der ANC unterstrich, daß zwar beabsichtigt sei, Teile der Schlüsselindustrie zu verstaatlichen, nicht aber, die Privatwirtschaft völlig einzuschränken. Für das südafrikanische Kapital klingt das kaum bedrohlich, schon jetzt übt der Staat in der südafrikanischen Wirtschaft einen beträchtlichen Einfluß aus.

Tambo knüpfte an das Treffen die Hoffnung, daß die Geschäftsleute ihren Einfluß geltend machen, damit es in Südafrika zu einer »schnellen Lösung« komme. Die Strategie des ANC, die neben der militärischen auch die politische Option noch offenhält, entbehrt nicht der Rationalität. Risikolos ist sie nicht, denn vor dem Hintergrund der dramatischen Radikalisierung der städtischen Schwarzen kann sich jede Organisation schnell ins politische Abseits manövrieren, die auch nur den Verdacht weckt, mit der Regierung Verhandlungen anzustreben. Daß der ANC bereit ist, dieses Risiko - mit aller Vorsicht - einzugeben, zeigt auch, wie realistisch in der Organisation die Lage eingeschätzt wird. Die militärischen Aktionen des ANC erfüllen kaum mehr als einen propagandistischen Zweck, auf jeden Fall werden sie allein das weiße Minderheitsregime nicht in die Knie zwingen. Auch auf die politische Entwicklung des Widerstandes hat der ANC zumindest nicht den Einfluß, den ihm Bothas Regierung in der Öffentlichkeit gerne unterstellt.

Der ANC kann sich seines dominierenden politischen Einflusses in der Nach-Apartheid-Gesellschaft nur dann sicher sein, wenn es in absehbarer Zeit zu einer politischen Lösung kommt. Dauert der Konflikt weiter an, könnte sich die politisch-organisatorische Struktur des schwarzen Widerstandes völlig neu formieren und die alten Organisationen des Widerstandes überflüssig machen.

Ist das Apartheidregime am Ende?

Das Lager der Weißen ist tief geprägt von Widersprüchen zwischen den verschiedenen sozialen Fraktionen. Der 1948 mit der Machtübernahme der 'Nationalen Partei' gefundene nationale Konsens zerbrach nach dem Ende des sog. Apartheid-Booms Anfang der 70er Jahre immer mehr. Die unterschiedlichen sozio-ökonomischen Interessen entwickelten sich weiter auseinander und führten schließlich zu einer Polarisierung der weißen Gesellschaft in der Frage des Apartheidsystems.

Die liberale weiße parlamentarische Oppositionspartei PFP (Progressive Federal Party) befürwortet einen gemäßigten Wandel des Apartheid-Systems. Gemeinsam mit Buthelezi, dem Vorsitzenden der Inkatha-Bewegung und Premierminister des Homelands KwaZulu, hat die PFP eine politische Allianz ins Leben gerufen, an der sich auch Vertreter der südafrikanischen Wirtschaft, der Kirchen und der Homelands beteiligen. Aufgabe der Allianz soll es sein, Vorschläge für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung auszuarbeiten.

Mitte Oktober trafen sich in Lusaka Vertreter der PFP mit dem ANC, um dessen Haltung zu einer solchen Versammlung zu sondieren. Der ANC konnte jedoch nicht für die Allianz gewonnen werden, schon deswegen nicht, weil Buthelezi mit von der Partie ist.

Der ANC habe jedoch, so die PFP, Verhandlungen nicht prinzipiell ausgeschlossen. Auch die Wirtschaftsverbände Südafrikas drängen auf grundlegende Reformen. Ende September haben 91 leitende Manager großer südafrikanischer Unternehmen in ganzseitigen Anzeigen in den Sonntagszeitungen dies erneut bekräftigt. Schon im Frühjahr hatten sie anläßlich des Kennedy-Besuches ein Reformdokument mit ähnlichen Forderungen vorgelegt. Erstaunlich war, daß das Dokument nicht nur von den englischsprachigen Handelskammern unterzeichnet wurde, sondern auch von dem burischen 'Afrikaanse Handelsinstituut' (AHI). Dies zeigt, daß auch das Lager der Buren, die bis heute zu den radikalsten Befürwortern der Apartheid gehören, von der Polarisierung nicht verschont geblieben ist. Der Begriff 'Bure', der früher einmal politischen Standort und ethnische Zugehörigkeit zugleich beschrieb, hat daher heute seine ethnische Substanz verloren und wird meist nur noch in seiner politischen Bedeutung verwendet.

Weder die Motive der PFP noch die der Wirtschaft sind uneigennütziger Natur. Beiden ist bewußt, daß das Apartheidsystem zu einer Fessel der kapitalistischen Entwicklung in Südafrika geworden ist, denn die Strukturmängel der südafrikanischen Wirtschaft sind im wesentlichen eine Folge des Apartheidsystems. Darüberhinaus steigen die Kosten, die für die Aufrechterhaltung des Systems aufgewandt werden müssen, immer weiter an, wodurch indirekt auch die Gewinne der Unternehmen geschmälert werden.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Gespräche mit dem ANC gesehen werden. Die Wirtschaft und die PFP sind realistisch genug, um zu wissen, daß der ANC, zumindest gilt dies für den gegenwärtigen Zeitpunkt, in der schwarzen Bevölkerung so viel Rückhalt hat, daß die Gestaltung eines künftigen Südafrika ohne den ANC undenkbar ist. Beiden Seiten dürfte an einem friedlichen Wandel des Systems gelegen sein. Eine revolutionäre Zuspitzung der Verhältnisse in Südafrika hätte mit Sicherheit einen Zusammenbruch der Wirtschaft zur Folge mit weitreichenden Folgen auch für die Nachbarstaaten. Daß Zambias Staatschef Kaunda eine wesentliche Rolle gespielt hat bei der Vermittlung der Gespräche mit dem ANC, ist daher kein Zufall.

Die ultrarechten Parteien, die Konservativen sowie die HNP (Wiederhergestellte Nationale Partei) - sie hat sich von der 'Nationalen Partei' abgespalten - lehnen jede noch so geringfügige Reform des Apartheidsystems völlig ab. Treurnicht, der Führer der 'Konservativen', hat Botha gar gedroht, er werde zwischen den radikalen Forderungen der Schwarzen und dem Widerstand der Weißen zermalmt, denn die Weißen lehnten es ab, sich von Schwarzen regieren zu lassen. Das sind nicht nur leere Drohungen. Es gibt genügend Hinweise, daß die Einschüchterungskampagnen gegen liberale Weiße oder die Todesschwadrone in den Townships von Anhängern dieser beiden Parteien gelenkt, wenn nicht sogar selbst getragen werden. Der südafrikanischen Polizei, die für ihre Brutalität berüchtigt ist, wird eine ideologische Nähe zu diesen Parteien nachgesagt.

Ihre soziale Basis haben diese Parteien in den unteren sozialen Schichten der Weißen. Unter jenen also, die bei einer Veränderung des Apartheidsystems die bisher genossenen Privilegien in jedem Fall preisgeben müssen. Ihr Widerstand entspringt daher einer tiefen und begründeten existenziellen Angst. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat auch diese Schicht der Weißen getroffen. Steigende Arbeitslosigkeit, steigende Steuern, hohe Zinsen für Konsumentenkredite und die hohe Inflationsrate haben den Lebensstandard dieser Weißen eingeschränkt. Schon in der Vergangenheit reagierten sie auf eine solche Entwicklung immer mit einem Rechtsruck.

Das ist auch jetzt nicht anders. Bei den Parlamentsnachwahlen Ende Oktober ist es der HNP zum ersten Mal gelungen, einen Sitz im Parlament zu gewinnen - auf Kosten der 'Nationalen Partei' Bothas. Die NP, die seit 1948 ununterbrochen die Regierung stellt, ist zwischen beiden politischen Lagern eingeklemmt. Die Widersprüche der weißen Gesellschaft sind so auch die Widersprüche der NP. Botha ver-

Kommuniqué der 2. Konsultativkonferenz des ANC, vorgelegt vom Präsidenten O.R. Tambo auf der Pressekonferenz in Lusaka/Sambia am 25.6.1985 (Auszug)

Auf der Konferenz bestand Übereinstimmnung darüber, daß das Botha-Regime entschlossen ist, das Apartheidsystem mit der weißen Minderheitsherrschaft mit Waffengewalt zu verteidigen. Deshalb gab es für uns keinen Grund, unsere allgemeine Strategie einer Kombination von politischer Massenaktion und bewaffnetem Kampf zu ändern, deren Ziel die Machtübernahme durch das Volk ist.

Weiter bestand darin Übereinstimmung, daß die Möglichkeit für einen Sieg heute größer ist als zu jedem anderen Zeitpunkt in unserer Geschichte. Das bedeutet: Wir müssen unsere umfassende politische und militärische Offensive energisch und unverzüglich vorantreiben. Unser Volk war und ist in einen Kampf von historischer Tragweite verwickelt, der darauf gerichtet ist, die Apartheid undurchführbar und das Land unregierbar zu machen. Es ist dabei, die Bedingungen für eine Ausweitung unseres Angriffs zu schaffen, der zu einer Situation führt, in der wir das Apartheidsystem niederreißen können.

Die Delegierten waren einhellig der Meinung, daß alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen sind, den ANC und Umkhonto we Sizwe in unserem Land zu stärken, um den Forderungen unseres Volkes und unserer Situation nach verstärkter und koordinierter politischer und militärischer Offensive in exakter Weise Rechnung zu tragen.

Die Konferenz hat weiter beschlossen, daß Verhandlungen über die südafrikanische Frage nicht in Betracht kommen können, solange unsere führenden Persönlichkeiten in den Gefängnissen sitzen. Sie stimmt darin überein, daß unsere Kampagne zur unverzüglichen und bedingungslosen Freilassung dieser Personen fortgesetzt werden muß.

Angesichts der Situation in unserem Land, wo sich die Krise des Apartheidsystems aus seiner eigenen Struktur heraus offenbart, bekräftigt die Konferenz, daß die Freiheitscharta die Grundlage bildet für die Erfüllung aller Hoffnungen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes. Unter diesem Gesichtspunkt waren die Teilnehmer der Ansicht, daß so viele Weiße wie möglich für unsere Seite gewonnen werden sollten. Unverändert ist unser Widerstand und unser Kampf gegen die Bantustanpolitik und das Dreikammer-Parlament und dessen Institutionen. Wir werden weiter die Alternative eines geeinten, demokratischen und nicht-rassischen Südafrika darstellen.

Die Konferenz hat die Wichtigkeit der Einheit unterstrichen, wie sie im Grußwort unserer inhaftierten Führer zum Ausdruck kam. In einem Aufruf an das Volk in unserem Lande führten die Delegierten aus: »Alle, die an einer wirklichen Befreiung arbeiten, dürfen nicht einander bekämpfen. Geben wir unserem Feind mit seinem Ressort für üble Tricks keine Gelegenheit, uns gegeneinander zu hetzen.«

Die Konferenz hat mit Befriedigung den Beitrag der United Democratic Front zur Kenntnis genommen, die Einheit aller demokratischen Kräfte unseres Landes voranzutreiben; sie verurteilt die Verhaftung und Verfolgung ihrer führenden Leute und Aktivisten.

Die Teilnehmer waren ebenso einhellig der Meinung, daß diese Einheit ihren Ausdruck finden muß in den Massenaktionen unseres gesamten Volkes gegen das Apartheidregime. Folglich muß unser ganzes Volk organisiert und mobilisiert werden, in den Städten und auf dem Lande einschließlich der Bantustans. Den schwarzen Arbeitern kommt in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zu; sie sind - wie wir schon früher ausgeführt haben - Rückgrat und führende Kraft in unserem Kampf um nationale Befreiung.

Die Konferenz war auch mit der internationalen Situation befaßt. Sie kam überein, unsere internationalen Beziehungen zu erweitern gerade in die Regionen, Länder und zu solchen Regierungen, mit denen wir bisher noch keinen Kontakt hatten. Mit Nachdruck fordert sie die internationale Gemeinschaft auf, »die Apartheid mit ihrem weißen Minderheitsregime für illegitim zu erklären«...

sucht daher, einen Mittelweg einzuschlagen. Seine halbherzigen 'Reformen' finden jedoch nicht die von ihm erhoffte Zustimmung, weder bei der weißen Opposition noch im westlichen Ausland und schon gar nicht bei den Schwarzen. In Reden vor vier Regionalkongressen der 'Nationalen Partei' haben Botha und seine Minister deutlich gemacht, daß die grundlegenden Strukturen der Apartheid nicht beseitigt werden; die Apartheid soll nur modernisiert werden.

- Das Prinzip der Rassentrennung wird beibehalten: die Bantustanpolitik wird fortgesetzt, der 'Group Areas Act' wird nicht aufgehoben, lediglich die Zuzugskontrollen sollen modifiziert werden, da sie in der jetzigen Form zu hohe Kosten verursachen.
- Das allgemeine und gleiche Wahlrecht in einem einheitlichen Südafrika wird strikt abgelehnt, da dies zur Vorherrschaft einer Gruppe führe und damit ins Chaos. Dagegen sollen die Schwarzen das Wahlrecht erhalten in Gebieten, die ihnen zugewiesen wurden. Unklar ist, in welcher Form die städtischen Schwarzen an Wahlen beteiligt werden sollen, immerhin scheint die Regierung jetzt die permanente Anwesenheit der Schwarzen in den Städten akzeptiert zu haben. Ausgeschlossen wurde bisher die Einrichtung einer zusätzlichen Parlamentskammer, neben den schon bestehenden Kammern für die Weißen, Inder und Farbigen. Botha hat allerdings angedeutet, daß er Vertreter der Schwarzen in den Präsidentschaftsrat aufnehmen will.
- Die Regierung erwägt außerdem, den in die Homelands ausgebürgerten Schwarzen die Staatsbürgerschaft zurückzugeben. Dies gilt jedoch nicht für die inzwischen 'unabhängig' gewordenen Homelands.

Ob mit diesen geringfügigen Veränderungen der Apartheid die Revolte der Schwarzen aufgefangen werden kann, ist mehr als fraglich.

Aber Botha dürfte seinen Handlungsspielraum ausgeschöpft haben. Er muß befürchten, daß die soziale Basis der NP, hauptsächlich Farmer, Arbeiter, Staatsangestellte, weiter abbröckelt. In der Regierung selbst soll es zu tiefen Zerwürfnissen gekommen sein, weil einigen Ministern (Le Grange, Schoeman, de Klerk) der Reformkurs schon zu weit geht.

Die Lage in Südafrika wird sich daher kaum entspannen, vor allem dann nicht, wenn es der Regierung nicht gelingt, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Der Einsatz nackter Gewalt dürfte ebenfalls nicht das Problem lösen. Am wahrscheinlichsten ist daher noch immer die Auflösung der parlamentarischen Strukturen durch eine Diktatur. Sie könnte ohne Rücksicht auf eine Parteibasis die notwendigen Reformen durchführen, um den 'rassischen Kapitalismus' in einen Kapitalismus westlicher Prägung zu verwandeln, ohne die Schwarzen an der politischen und wirtschaftlichen Macht zu beteiligen. Aber das wäre dann ohnehin überflüssig in einem Staat, in dem auch die Mehrheit der Weißen von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen wären.

Walter Hättig

Verwendete Literatur

Update No. 3/South Africa in the 8os; Hrsg.: Catholic Institute for International Relations, Juni 85, London

G. Braun, Schwarze Opposition in Südafrika; in: aus politik und zeitgeschichte, B 12/85

L. Berger, Freiheitscharta contra Black Consciousness?; in: blätter des iz3w Nr. 126/85

P. Ripken, Trittbrettfahrer Buthelezi; in: issa 1/84

K. Jochelson, Evaluation and Expectations, Work in Progress Nr. 35/Feb. 85

D. Pillay, Community Organisaiions and Unions in Conflict; in: Work in Progress Nr. 37, June 85.

W. Puschra, Schwarze Gewerkschaften in Südafrika, Bonn o. J. (Hrsg.: Friedrich Ebert Stiftung)

Quellen:

City Press: 30.6.

Financial Mail: 19.7./15.8.

Sowetan: 25/21/26/29.7; 14/16/30/13/2/26/27.8.; 12/17.9.; 28.6.

Star: 19.6; 12/29/26/29/21/11/9/22.7.; 7/8/2/18/28/29/28/16/22/23/14/1/5/17.8; 5/9/12.9.;

Sunday Star: 9/30.6; 7.7.; 4.8.; 15.9.;

Weekly Mail: 14.6.; 16.8l; 26.8.;

FAZ: 26.6.; 16/19/20/23/29/30/24/31.8.; 2/1/13/4/9.9.;

FR: 26/27/30/31.7.; 12/29.8.; 6/11/12/4/30.9.;

Financial Times: 26.6.; 15/16.8.;

NZZ: 8/24/26/31.7.;

SZ: 30.7.; 17/13.8.; 26.6.;

TAZ: 24/30.7.; 2/6/3/13/23/12/29/31.8.; 2/3/10/13/23/14.9.; 1/2.10.;

Zeit: 26.7; 9.8.; 16.8.; 13:9.;

Spiegel: 32, 33, 35, 36;

Guardian: 22.7.;

AZAPO-Programm

Die historischen Organisationen ANC, PAC und BCM(A) müssen Parteien in den Verhandlungsgesprächen sein. Die Gefangenen müssen freigelassen werden, die Exilanten müssen zurückkehren dürfen, Gebannte müssen vom Bann befreit werden.

Südafrika muß aufhören, das südliche Afrika zu destabilisieren, indem es seine Nachbarländer überfällt.

Die Gespräche müssen zum Gegenstand haben, wie die Reichtümer, die Macht und das Land seinen rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden.

Es kann keine Verhandlungen zwischen ungleichen Parteien geben.

Die Geschichte Südafrikas war eine Geschichte des Kampfes zwischen den weißen Unterdrückern und den schwarzen unterdrückten Massen. Es war eine Geschichte des Schutzes weißer Interessen auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung Die Regierung war und ist charakterisiert durch Gewalt. Die fundamentalen Rechte des schwarzen Volkes sind durch verschiedene vom Parlament verabschiedete Gesetze im Hinblick auf Land, Arbeit und die Beteiligung an den sozio-politischen Strukturen des Landes verletzt worden. Diese »Zivilisation« erlaubt die Gewalttätigkeit des Staates. Sowohl die Präsenz der Polizei als auch die des Militärs sind als Drohung gegenüber denen zu verstehen, die von der Apartheidpolitik abweichen. Der Begriff »Friedliche Verhandlungen« ist ungebräuchlich geworden. Verhandlungen sind nur innerhalb der von der Regierung gesteckten Grenzen möglich.

Jeder bedeutsame Kampf gegen die weiße Übermacht muß absolut kompromißlos sein. Es ist klar, daß es keine friedliche Übergabe der politischen Macht von Seiten der weißen Regierung an die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung geben soll, es sei denn, sie wird von den Schwarzen selbst vorangetrieben.

Die industrielle Zivilisation, die sich jetzt in Südafrika durchsetzt, verlangt nach einer Neuformulierung des ideologischen Standpunkts der Schwarzen. Die »Überlebens-Wirtschaft« der bäuerlichen Bevölkerung hat sich verwandelt in die Überlebens-Wirtschaft der industriellen Zivilisation. Das hervorstechende Merkmal dieser sogenannten »Industriellen Zivilisation« ist die Anhäufung von Kapital. Im Kontext Südafrikas ist Kapitalbildung durch die kollektive Arbeitsleistung der schwarzen Arbeiter möglich geworden. Die billige schwarze Arbeitskraft hält das kapitalistische Monster am Leben.

Das Parlament hat Gesetze in Kraft gesetzt, die den Status Quo erhalten sollen. Auf diese Weise sind unter der Herrschaft der südafrikanischen Kapitalisten die Schwarzen unerbittlich in eine Überlebens-Wirtschaft gestoßen worden. Das Ergebnis ist eine unbarmherzige Dialektik zwischen dem Bedarf an billiger schwarzer Arbeitskraft, um das kapitalistische System zu erhalten, und auf der anderen Seite die leidenschaftliche Ablehnung schwarzer Teilnahme an den sozio-politischen Strukturen.

Die wirtschaftliche Ausbeutung und die rassische Diskriminierung ergeben zusammen die grundlegende Entfremdung der Schwarzen.

AZAPO teilt den azanischen Kampf in die Vor-Befreiungsphase und die Nach-Befreiungsphase. In der Vor-Befreiungsphase müssen sich die Weißen, (die südafrikanische Bürger sind), an ihre eigenen Kreise wenden, um deren Bewußtsein zu wecken für die unausweichliche Übernahme der Macht durch die Schwarzen. In der Nachbefreiungsphase spricht AZAPO von »EINEM Volk in EINER Nation, in EINEM Azania«. Wir werden von »dem azanischen Volk« in einem Einheitsstaat sprechen.

AZAPO lehnt Rassismus total ab. Unsere Definition von Schwarz ist keine Frage von Hautfarbe, Haarstruktur, Augenfarbe usw. Schwarze sind alle unterdrückten und ausgebeuteten Menschen, die bereit sind, sich zu erheben, um gegen das kapitalistische, rassistische System zu kämpfen. Nach unserer Definition sind Marionetten und Ausverkäufer wie Rajbanski, Hendrickse, Mantanzima, Sebe, Buthelezi, Informanten, Polizei usw. klassifiziert als »Nicht-Weiße« und sind damit automatisch von der Mitgliedschaft in der AZAPO ausgeschlossen.

AZAPO ist anti-rassistisch. In einem befreiten Azania werden die Menschen nicht mehr als »Afrikaner«, »Farbige«, »Inder«, »Weiße« oder »vier nationale Gruppen« eingeordnet, alle Bürger werden von jeder Form von Vorurteilen, Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung befreit sein.

(Aus: Interview der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) mit AZAPO)



ANC: Einheit ist unsere wichtigste Waffe

»Der Feind fürchtet die Einheit der Unterdrückten. Deshalb benutzt er seine mächtigen Medien, seine Marionetten, seine Armee und Polizei, um unserer wachsenden Einheit zu begegnen. Die sorgfältige Bewahrung unserer Einheit ist zu einer unserer wichtigsten Prioritäten geworden. Laßt sie uns mit allen Mitteln verteidigen, denn unsere Freiheit und soziale Gerechtigkeit hängen von ihr ab. Laßt uns den Feind daran hindern, die vorübergehenden Probleme zwischen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) auszunutzen.

Diese Probleme müssen in der ruhigen Atmosphäre eines politischen Dialogs gelöst werden, sie sind keine antagonistischen Widersprüche. Wir sollten uns nicht ablenken lassen von der richtigen politischen Marschroute. Machen wir es einem Regime nicht leicht, das immer hektischer und ängstlicher reagiert. Wir sollten hart arbeiten, um unsere Menschen davor zu bewahren, ahnungslose Werkzeuge der Botha-Malan-Le-Grange-Clique zu werden.

Die Perspektiven unseres revolutionären Kampfes dürfen nicht verwischt werden. Wir sind entschlossen, das verbrecherische Apartheidsystem mit Stumpf und Stiel zu zerstören und auf seinen Trümmern eine wahre nichtrassische Demokratie aufzubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in den Kampf alle demokratischen Kräfte aus allen rassischen Gruppen und Klassen unserer Bevölkerung einbeziehen. Über dieses Prinzip kann es keinen Kompromiß geben.

Es mag indessen einige unter uns geben, die aufgrund ihres begrenzten politischen Weitblicks den demokratischen Zielen unseres revolutionären Kampfes entgegenstehen. Es ist unsere Aufgabe sie von der Richtigkeit unserer Sache zu überzeugen. Patriotische Elemente unter ihnen werden und müssen ihren Weg nach vorne sehen - und sich daher der demokratischen Mehrheit auf der Straße zur Freiheit anschließen.

Der Afrikanische Nationalkongreß richtet an alle unterdrückten schwarzen Menschen unseres Landes und an alle ihre demokratischen Verbündeten einen dringenden Appell, alle Abteilungen der demokratischen Bewegung für die nationale Befreiung zu stärken, die sich zur Zeit überall in unserem Lande ausbreitet.

Alfred Nzo,
Generalsekretär für das Nationale Exekutivkomitee des ANC, 9.6.1985



Gedanken zu einem gesellschaftlichen Anachronismus

Die Weißen ziehen durch in Südafrika

Der Bure: verbohrt, verstockt, unvernünftig; er verharrt wider bessere Einsicht auf Überholtem, seine Chancen verpassend. Er ist aus dem Schritt geraten mit dem Rest der Welt, der westlichen Welt, zu der er sich und sie ihn zählt. Er will nicht von der Mission lassen, die ihm sein calvinistischer Gott übertrug: die Bodenschätze zu heben, das Land aufzubauen, die Wilden zu zivilisieren. Verbissen hält er an der Mission fest, trotzig gegen die in den USA und Europa, die bisher davon profitierten und die nun einige Einwände vorbringen, haßerfüllt gegen jene, die sich eigentlich zivilisieren lassen müßten.

So richtig dieses Portrait, das die liberale Öffentlichkeit vom Buren zeichnet, als Momentaufnahme ist, so scheinheilig wird es, wenn darüber vergessen wird, warum er plötzlich öffentlich so dasteht, obwohl er nur das tut, was er immer tat und womit er zum geschätzten Partner der westlichen Welt wurde.

Dieses rassistische Ungeheuer ist kein Betriebsunfall europäischer Missionierung, es ist eine praktikable und zweckmäßige Methode der Entwicklung des Kapitals und des Weltmarktes gewesen.

Beide, der Bure und der unternehmungslustige englische Kapitalist, brachten den Rassismus als Interesse mit. Sie führten ein Gewaltunternehmen von Anfang an: Arbeitspersonal mußte als Sklaven beschafft werden, afrikanische Bauern und Viehzüchter mußten von ihrem Boden vertrieben und zur Zwangsarbeit auf Farmen und Minen getrieben werden. Rassismus war nötig, wollten sie unter den Bedingungen Süd Afrika, ihr Leben mit ihrer jeweiligen Wirtschaftsweise fristen. Zu den großen Gewaltkampagnen brauchte es den praktischem Haß auf die Afrikaner die anders waren.

Wurden die Buren auch von den Engländern unterworfen, so blieb der Rassismus doch ihre Interesse: Als Bauern wirtschafteten sie auf gestohlenem Boden, brauchten sie billige Arbeiter und Dienstpersonal. Als Verlumpte und Verarmte konnten sie am schnellsten wieder auf die Beine kommen, wenn sie ihr ganzes „Laager" zu einem einzigen Polizeistand gegen die Schwarzen machten. Als Proletarier machten sie sich zu einem privilegierten Stand von Aufsehern und Antreibern und verteidigten diese Privilegien gegen jede schwarze Konkurrenz. Es stimmt nicht, daß nach der militärischen Niederlage gegen die „fortschrittlichen" Engländer die Apartheid der nachträgliche gesellschaftliche Sieg der Buren gewesen sei, wie es die liberale Ideologie darstellt.

Tatsächlich gingen die so verschieden gelagerten Interessen der englischen Kapitalisten und der Buren eine unheilvolle Koalition ein. In den Massakern und in den täglichen Gewaltakten, die zu ihren Praktiken gehörten und gehören, schwingt bei allen die Ahnung mit, daß sie damit bei den vielen Menschen, die davon betroffen werden, ein abstraktes Klasseninteresse schaffen, nämlich sie, die Gewaltanwender, loszuwerden. Es ist dieser Konflikt, der sie zwang, sich in ihrem „Laager" zusammenzuschließen, in einem weißen Klasseninteresse sich zu vereinigen.

Wie zweckmäßig diese Koalition war, ist heute leicht abzusehen an den Autos, Betrieben, Häusern, an dem ganzen sachlichen Reichtum, der in Südafrika angehäuft wurde, an dem Profit, der aus Investitionen in Südafrika in alle Welt geht.

In der liberalen Kritik übersetzt sich heute auch nicht einfach abstrakter Humanismus in konkrete Menschlichkeit. Es sind die Forderungen der mit der erbarmunglosen Schinderei unter der Apartheid geschaffenen modernen Industrie, die durch den Mund der liberalen Kritiker kommen: es wird darauf verwiesen, daß heute die Apartheid unökonomisch geworden sei. Der Aufwand für den Überwachungsstaat wäre zu hoch, die permanente Unruhe zu chaotisch, die moderne Industrie brauche mehr gebildete Fachkräfte, auch genügend Aufseher und Manager ließen sich nicht mehr aus der kleinen weißen Minderheit ziehen, die fehlende Freizügigkeit mit der Parzellierung des Landes verhindere eine richtige Entwicklung der Marktwirtschaft.

Diese Spannung zwischen den Erfordernissen der modernen Industrie mit dem quasi-Sklaven-System der Apartheid existiert auch im weißen „Laager" in Südafrika selbst. Es sind die großen Kapitalisten, die eine mäßige, die Ordnung nicht erschütternde Reform befürworten. Es ist der Rest des weißen „Laagers", dessen Interesse die Dynamik der kapitalistischen Industrie nicht anerkennt, das zu der Angenehmheit von billigen Handlangern, Dienstboten und aus der Angst vor den Folgen der eigenen Verbrechen die Klasse der Untermenschen behalten will. Und dieses „Nicht Schritt halten", dieses Verbleiben im gleichen unbeweglichen Interesse läßt den Buren in der liberalen Kritik heute als den menschlichen Krüppel erscheinen, der er ist und immer war.

THOMAS FRANK

aus: Kommune, 9/1985, gekürzt

Die Bewegung wird von den Ghettos auf die Fabriken übergehen...

Aufgrund der derzeitigen Situation in Südafrika muß der Name unseres Interviewpartners leider anonym bleiben. Es handelt sich um einen schwarzen Intellektuellen und politischen Aktivisten, der seit vielen Jahren die Politik der linken Opposition mitgestaltet. Die taz sprach mit ihm über den Aufstand in Südafrika und seine Perspektiven, über Wirtschaftsboykott und Querelen innerhalb der Linken, über die Entwicklung seit Soweto und das Dilemma der weißen Regierung.

Wodurch wurden die Aufstände in den Schwarzenstädten ausgelöst?

Das ist regional unterschiedlich. Einige Faktoren gelten jedoch für das ganze Land. Zum einen der Widerstand gegen die neue Verfassung, mit der besonders den Jugendlichen ganz klar gesagt wurde, daß sie in die »homelands«gehören und im »weißen« Südafrika bestenfalls als Ausländer geduldet werden. Das hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Bei den meisten Versammlungen zur Vorbereitung des Wahlboykotts im letzten Herbst war die Mehrheit der Aktivisten Afrikaner; Schwarze, die mit dem eigentlichen Wahlkampf überhaupt nichts zu tun hatten.

Der zweite Faktor ist die Wirtschaftskrise. Die gegenwärtige Rezession ist die schwerste, die Südafrika seit den 30er Jahren durchmacht und die Schwarzen werden viel härter davon getroffen als die Weißen. Die schwarzen Jugendlichen haben keinerlei Perspektiven. Jugendarbeitslosigkeit gibt es zwar auch in Europa, aber in Südafrika nimmt das Elend unvergleichlich schlimmere Ausmaße an. Für uns ist der Hunger ein alltägliches Problem.

Der dritte Faktor ist das gewachsene politische Bewußtsein, der Grad der politischen Organisation, die beide aus dem Feldzug gegen die neue Verfassung entstanden sind. Sowohl das gemischtrassige Oppositionsbündnis UDF (United Democratic Front) als auch das »National Forum« haben Ende letzten Jahres zum Kampf gegen die von der Regierung eingesetzten schwarzen Stadträte aufgerufen. Am 8. Januar hat der Präsident des verbotenen »African National Congress«, Oliver Tambo, gesagt: »Macht das Land unregierbar«. Damit war die Richtung klar. Da man nicht an die weißen Drahtzieher, die weißen Polizisten herankam, richtete sich die ganze Wut gegen die schwarzen Kollaborateure in der Nachbarschaft. Die Jugendlichen rächen sich mit Gewalt an den schwarzen Kollaborateuren für Gewalt, die sie selbst von der Polizei erlitten haben.

Wieso kommt es in einer solchen Situation auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen schwarzen Oppositionsgruppen?

Zwischen der AZAPO (Azanian Peoples' Organisation) und der UDF gibt es seit etwa 1980 eine ideologische Auseinandersetzung. Die Black Consciousness-Ideologie steht gegen den multirassischen Charakter der südafrikanischen Gesellschaft... Bei den Auseinandersetzungen Anfang dieses Jahres ging es jedoch um andere Dinge. Im März hat die UDF in Port Elizabeth zu einem »stay away«, einem Fernbleiben vom Arbeitsplatz aufgerufen. Sowohl die AZAPO als auch der größte Gewerkschaftsdachverband, FOSATU, waren dagegen, weil sie meinten, die hohe Arbeitslosigkeit habe die Arbeiter verwundbar gemacht. Diese Einschätzung erwies sich als falsch, der »stay away« war erfolgreich. Von da ab wurden unterschiedliche Einschätzungen der aktuellen Lage von UDF-nahen Kreisen zu prinzipiellen Fragen hochstilisiert. Plötzlich wurden Leute von AZAPO als »Volksfeinde« abgestempelt, der Kampf gegen die Kollaborateure schlug streckenweise eher in einen Kampf gegen die anderen Organisationen um. Es wird sogar berichtet, daß UDF-Aktivisten von AZAPO-Anhängern umgebracht wurden und umgekehrt. Möglicherweise glaubte man, die AZAPO ausschalten zu können, doch dies erwies sich als Irrtum. AZAPO ist heute stärker als vor dieser Auseinandersetzung.

Die einzige Lösung des Konflikts ist meines Erachtens die Bildung einer breiten Front, in der verschiedene Organisationen und Gruppen mit unterschiedlichen Ansätzen und Programmen zusammenfinden. Ein Bündnis, wie es beispielsweise 1979 in Nicaragua zum Sieg geführt hat, oder die frühere »Patriotic Front« in Zimbabwe. Die Opposition gegen die Apartheid und der Versuch, einen antikapitalistischen Weg zu gehen, sollten eine tragfähige Grundlage darstellen. Zumindest unter den Linken in den verschiedenen Organisationen gibt es genügend Gemeinsamkeiten. Ich hoffe, daß wir uns in den nächsten Wochen zumindest darauf einigen können, innerhalb der schwarzen Oppositionsbewegung auf Gewalt gegeneinander zu verzichten.

Wer trägt die Aktionen in den schwarzen Townships?

Die Bürgerorganisationen spielen eine sehr wichtige Rolle. Sie haben sich zum Teil schon vor Jahren als Selbsthilfeinitiativen gegründet, um die verheerende Situation in den schwarzen Ghettos erträglicher zu machen. Es gibt dort Mieterinitiativen, Jugendgruppen usw. Die meisten Mitglieder dieser Basisorganisationen sind Arbeiter. Das ist im südafrikanischen Kontext sehr wichtig, da die gewerkschaftlichen Rechte stark eingeschränkt sind. Es bleiben also häufig nur diese Initiativen, um politisch zu agieren oder wirtschaftliche Forderungen zu erheben. Dort trifft der Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen, also dem Klassenkampf, mit dem Kampf gegen Rassendiskriminierung zusammen. Die Bedeutung der Bürgerorganisationen in den derzeitigen Aufständen läßt sich vielleicht am besten am Beispiel der PEBVCO, der »Port Elizabeth Black Civic Organisation« beschreiben. PEBCO ist eine Dachorganisation aus acht Komitees, die auf dem Papier schon seit Jahren besteht. Als die Situation in Port Elizabeth sich zuspitzte, hat man plötzlich auf diese Strukturen zurückgegriffen. Im Vaal-Dreieck war es ähnlich. Dort haben Organistionen wie die »Vaal Civic Association« und die »Kwa Thema Residents Association« die Aufstände getragen. Natürlich



spielen auch die Gewerkschaften und Studentenorganisationen eine wichtige Rolle, aber die wirklichen Träger der Bewegung sind die »Civic Associations«.

Seit 25 Jahren hat die südafrikanische Regierung jetzt erstmals den Ausnahmezustand ausgerufen. Selbst beim Aufstand in Soweto vor neun Jahren erschien das nicht nötig. Was ist der Unterschied zwischen der jetzigen Rebellion und der von 1976?

Der jetzige Aufstand ist viel wichtiger als der von Soweto. Insbesondere die Jugend lehnt heute nicht mehr nur die Apartheid ab, sondern auch das kapitalistische System. Sie haben von den Erfahrungen an ihrem Arbeitsplatz und auch aus der Arbeitslosigkeit gelernt. Dies steht im Gegensatz zu den sogenannten «Gemäßigten« wie Bischof Tutu oder Alan Boesak, die das bürgerlich-demokratische Modell einer sozialistischen Lösung nach sowjetischem Muster gegenüberstellen. Aber das sind ja nicht die Alternativen. Es passiert jetzt bei Demonstrationen oder Beerdigungen immer häufiger, daß Jugendliche die sowjetische Fahne oder Spruchbänder der südafrikanischen KP entrollen. Das heißt aber nicht, daß sie einer kommunistischen Partei angehören. Sie haben auch keine konkrete Vorstellung vom Sowjetsystem. Die Fahnen sind einfach ein Symbol für Antikapitalismus. Ich glaube, daß wir allmählich in eine Art »irische Situation« eintreten: es finden sporadisch Aufstände statt, die von der Regierung im Grunde in Kauf genommen werden. Ein militärischer Sieg der Befreiungsbewegung in naher Zukunft ist nicht in Sicht. Diese Situation kann Jahrzehnte lang dauern, wie wir es in Irland oder auch in Palästina beobachten.

Das heißt für die Bewegung, daß sie langfristige Perspektiven erarbeiten muß, die neben dem politischen auch den ökonomischen Bereich umfassen - etwa den Aufbau von Kooperativen. Basisbezogene kulturrevolutionäre Arbeit ist wichtig. Das ist bisher vernachlässigt worden, oder es wurde als Tarnung für die »eigentliche« politische Arbeit betrachtet. In dieser Analyse sind alle kurzfristigen Perspektiven, etwa in Form einer »National Convention«, einer Verhandlungslösung, völlig falsch.

Der Soweto-Aufstand brachte die psychologische Befreiung von der Apartheid, heute dagegen geht es um die Grundstrukturen der Gesellschaft. Ich bin sicher, daß die Bewegung von den Ghettos auf die Fabriken übergehen wird, daß immer mehr Aktionen in den Städten selbst stattfinden.

1960 waren wir völlig unvorbereitet. Untergrundarbeit hatte keine Tradition. Heute ist der Aufstand endemisch geworden, die Untergrundarbeit weit fortgeschritten.

Welche Tendenzen zeichnen sich innerhalb des herrschenden weißen Lagers ab?

Solange es in Südfrika ein parlamentarisches System gibt, ist die herrschende »National Partei« von Pieter Willem Botha die einzige, die ein Reformprogrammn tragen kann, weil sie die Mehrheit der Buren hinter sich hat. Botha muß aber auf die weiße Wählerschaft , allen voran die weißen Arbeiter, Rücksicht nehmen. Wenn er sie überfordert, riskiert er eine Konterrevolution.

Mit Unterstützung des Auslands - seien es die westlichen Staaten oder auch die Sowjetunion - wäre eine Koalition der sogenannten »gemäßigten Weißen« und der sogenannten gemäßigten Schwarzen aus der gesamten Befreiungsbewegung denkbar. Ich bin mir aber sicher, daß keine westliche Macht zur Zeit ein Interesse an einer solchen »Zimbabwe-Lösung« hat. Die Befreiungsbewegungen sind zu unkalkulierbar. Niemand weiß, wie stark die Linke ist, ob sie nicht die Führung übernimmt...

Trotzdem ist die hohe Präsenz an Amerikanern im Land auffallend. Man sieht jede Menge Akademiker, Militärs und Geschäftsleute. Ich denke, die bereiten sich auf eine neue Lage vor und wollen rechtzeitig wissen, mit wem sie kooperieren können.

Aus der Sicht der Weißen bleibt eigentlich nur die Errichtung einer mehr oder weniger offenen Militärdiktatur.

Die Weichen dazu sind ja bereits gestellt. Der Ausnahmezustand ist eine willkommene Gelegenheit für die Regierung, mit der Linken abzurechnen. Die Repression steht der in Lateinamerika in nichts nach.

Seit der Verhängung des Ausnahmezustands wird in Europa wieder vertärkt über Wirtschaftsboykott diskutiert. Ist ein internationaler Boykott der Schlüssel für die Abschaffung des Apartheidsystems?

Ich denke: nein. Ein wirkungsvoller Wirtschaftsboykott müßte von allen Industriestaaten gemeinsam durchgeführt werden und das ist wenig realistisch. Mir erscheint die Boykottbewegung wichtiger für euch in den Industriestaaten. Und dort vor allem für die Arbeiter.

Die Gewerkschaften müssen sich fragen lassen, warum sie mit der Leitung der transnationalen Konzerne solidarisch sind und nicht mit uns südafrikanischen Arbeitern. Darüberhinaus ist es natürlich wichtig, daß über solche Kampagnen Wissen über Südafrika verbreitet wird. Jede Aktion, die uns moralisch stützt und den Druck auf die rassistische Regierung verstärkt, hilft uns. In Krisenzeiten könnte es auch ausschlaggebend sein, wenn europäische Arbeiter sich weigern würden, südafrikanische Schiffe und Flugzeuge zu entladen oder diese Waren weiterzuverarbeiten und zu verkaufen. Deshalb sollte man auf jeden Fall die derzeitige Empörung nutzen, um einen möglichst weitgehenden Boykott zu erreichen.

Interview: Liesl Bohnenstroh

(aus: taz, 5.8.85)

Der niedrigste Lohn ist noch zu hoch

Zur Situation schwarzer Frauen in Azania/Südafrika



Schwarze Frauen in Azania sind derjenige Teil der schwarzen Gesellschaft, der am härtesten von den Auswirkungen der rassistischen Politik der weißen Minderheitsregierung betroffen ist. Als Schwarze, als Arbeiterinnen und als Frauen, d.h. aufgrund ihrer Rassen-, Klassen- und Geschlechtszugehörigkeit, sind sie der Unterdrückung und Ausbeutung eines Systems ausgesetzt, dessen Politik darauf abzielt, die Macht einer weißen Minderheit zu erhalten und auszubauen.

Die Situation der schwarzen Frauen in den »Homelands« ist bestimmt durch die Wanderarbeit. Sie beinhaltet, daß die Männer der in den »Homelands« lebenden Familien durch ein Vertragssystem (vermittelt und kontrolliert durch staatliche Arbeitsbüros) Jahresverträge für die Arbeit in Minen und Industriebetrieben abschließen müssen.

Frauen in den Homelands

Die Frauen und Kinder sollen in den »Homelands« zurückbleiben, bar jeglicher Existenzgrundlage - abhängig von den mageren Überweisungen dessen, was die Männer von ihrem Hungerlohn erübrigen können. Dies hat zur Folge, daß die Frauen selbst eine Arbeit aufnehmen müssen, um das nackte Überleben ihrer Familie zu sichern. In Bezug auf die Familie bedeutet dies, daß die Kinder, die quasi vaterlos aufwachsen müssen, auch die Mutter häufig nicht zu Gesicht bekommen. Ihre Betreuung muß oft von den älteren Geschwistern, besonders den Mädchen, übernommen werden, was wiederum auf Kosten von Schulbildung und somit zukünftiger Chancen geht.

Die Frauen selbst sind mehrfachen Belastungen materieller als auch psychischer Art ausgesetzt: die nahezu ständige Abwesenheit des Mannes, die Verantwortung für die Familie - Nahrungsmittelbeschaffung, Wohnsituation, Schulbesuch der Kinder - der Widerspruch zwischen dem gesetzlich festgelegten Status als juristisch »Minderjährige« und die faktischen verantwortungsvollen Aufgaben, die sie bewältigen müssen, bewirken enorme Probleme.

Die meisten Frauen führen ein Witwendasein - egal, ob sie noch verheiratet sind. Die Überweisungen des Geldes der Männer sind oft unregelmäßig oder bleiben sogar aus. Hinzu kommt die Sorge, daß sich der Mann in der Stadt mit einer anderen Frau zusammengetan hat, was öfter passiert.

Der folgende Bericht einer Frau aus den »Homelands« steht stellvertretend für viele:

»Die Ehe hat für uns schwarze Frauen keinen Wert. Wir sind in der Falle. Männer in den Städten haben ihre Freundinnen und Geld, während wir es zu Hause mit leeren Taschen und leeren Versprechungen aushalten müssen. Wir fühlen uns verlassen. Wir fühlen uns einsam an diesem trostlosen Ort, wo so viele unserer Männer weggehen müssen, um Arbeit zu finden, und das ganze Jahr, manchmal viele Jahre weg sind. Unsere Männer tun uns leid. Wir wissen, warum sie sich Stadtmädchen nehmen müssen - Männer sind Männer..., und wir wissen auch, warum sie wollen, daß wir hier bleiben: um das Haus für sie zu hüten und einen Platz für die Kinder zu haben, denn wir haben kein Recht, in den Städten zu wohnen. Unsre Männer müssen so lange sie können in Kapstadt schuften, aber es gibt dort keine Sicherheit für sie...«

Landarbeiterinnen

Obwohl die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften infolge zunehmender Mechanisierung der Landwirtschaft gesunken ist, machen - nach einer Studie der UNO aus dem Jahre 1980 - Landarbeiterinnen ca. 44% der gesamten weiblichen schwarzen Arbeitskräfte aus.

Ebenso wie bei den »Hausangestellten« gibt es für sie keine rechtliche Absicherung bezüglich Mindestlohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Sozialversicherung. Ihre Löhne sind sehr niedrig: 1973 bspw. betrug der monatliche Lohn 11,5 Rand[1]. Oft erhalten sie kein oder kaum Bargeld, stattdessen Naturalien, wie Gemüse, Mais, die in der Regel von zweit- und drittklassiger Qualität sind.

Hinzu kommt, daß die Frauen in vielen Fällen nur als Saisonarbeiterinnen oder sogar nur als Tagelöhnerinnen beschäftigt werden, was noch niedrigere Löhne und härtere Arbeitsbedingungen bedeutet.

Die Kinder der Landarbeiterinnen bilden eine weitere Ausbeutungsquelle für die weißen Farmer. Da es für die Frauen schwierig ist, ihre Kinder anderweitig unterzubringen, müssen diese die Mutter begleiten und letztendlich unentgeltlich mitarbeiten.

Industriearbeiterinnen

Schwarze Frauen in der Industrie machen ca. 12% der gesamten schwarzen weiblichen Arbeitskräfte aus[2]. Sie sind vorwiegend in der Textil-, Kleidungs- und Nahrungsmittelindustrie und - in geringerem Maße - in der Getränke-, Tabak- und Schuhindustrie beschäftigt - Tätigkeiten, die der typischen Rollenkonzeption für Frauen entsprechen.

Diese Betriebe sind sehr arbeitsintensiv, und so fördert die Regierung ihre Ansiedlung in den Grenzgebieten der »Homelands«, wo die Zahl arbeitsloser Frauen sehr hoch ist, mit Anreizen wie kostenloser Umzug, finanzielle Unterstützung und Steuerermäßigung. Indem Arbeitsplätze in den Grenzgebieten geschaffen werden, soll erreicht werden, daß sich die Zahl der Schwarzen in den sog. weißen Gebieten verringert.

Für die Unternehmer ist jedoch ausschlaggebend, daß sie in diesen »border industries« die schwarze Arbeitskraft, vor allem die der Frauen, besonders extrem ausbeuten können. Es gibt weder arbeitsrechtliche Bestimmungen, noch Regelungen über einen Mindestlohn. Eine Studie der UNO zu dieser Problematik berichtet von einem Betrieb in dem »Homeland« Bophuthatswana (Kool Look Wigs in Babelegi). Dort erhielten die schwarzen Arbeiterinnen 1974 einen Grundlohn von 4 Rand und einen Durchschnittslohn von 6

Rand pro Woche - und dies bei einer gesetzlich festgelegten Armutsgrenze von 18 Rand pro Woche.[3]

Generell erhalten die Frauen in der Textilindustrie Löhne, die 20% unter dem gesetzlich festgelegten Mindestlohn liegen.

Hinzu kommen die beträchtlichen Unterschiede in den Löhnen schwarzer Männer und Frauen. Während ein ausgebildeter Maschinennäher 27,5 Rand pro Woche erhält, bekommt eine ausgebildete Maschinennäherin lediglich 22 Rand.

In einem Artikel zur Lage schwarzer Erwerbstätiger wird angeführt, daß die afrikanische Frau in der Regel weniger als 50% des Lohnes afrikanischer Männer erhält und nur 8% des Lohnes eines weißen Mannes.

Zusätzlich zu dieser Ausbeutung sind die Frauen auch noch der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgesetzt. Wird eine Frau schwanger, so wird sie oft hochschwanger entlassen oder nach der Entbindung nicht weiter beschäftigt. Mutterschutzregelungen gibt es kaum, wenn, dann bleiben sie nur auf dem Papier. Eine Arbeiterin zitiert ihren Arbeitgeber, der ihr drohte: »Wenn du sechs Wochen nach der Geburt nicht zurück im Betrieb bist, dann wirst du eben gefeuert.« Die Frauen werden also im Falle einer Schwangerschaft vor die Entscheidung gestellt: Kind oder Job. So nimmt es denn nicht wunder, daß die Frauen aus dieser Notlage heraus, sich gezwungen sehen, abzutreiben. Abtreibung in Südafrika ist illegal, so daß ihnen nur der Weg zu Hinterhof-Abtreibungen bleibt. Diese Eingriffe rufen jedoch häufig Komplikationen wie starke Blutungen hervor, so daß allein in Soweto jeden Monat hunderte von Frauen in die gynäkologische Abteilung des Baragwanath Krankenhauses eingeliefert werden müssen. Dort werden sie peinlichen Befragungen und anderen Unannehmlichkeiten seitens des Personals ausgesetzt.

Es wird sogar von Fällen berichtet, in denen schwarze Frauen sich sterilisieren lassen mußten, um ihren Job zu behalten.

Zur rechtlichen Situation schwarzer Frauen

In der weißen südafrikanischen Gesetzgebung haben die schwarzen Frauen den Status von »perpetual minors« (lebenslänglichen Minderjährigen), d.h. sie stehen zeitlebens unter der Vormundschaft ihres Ehemannes, Vaters oder eines anderen männlichen Verwandten (sogar ihrer eigenen Söhne). Im einzelnen bedeutet dies, ohne Genehmigung oder Zustimmung des Mannes dürfen sie kein Land besitzen oder erwerben, keinen Vertrag abschließen, kein Erbe antreten, keine Klage erheben oder beklagt werden, nicht reisen. Desweiteren haben Vater oder Ehemann Anspruch auf ihr Einkommen. Im Falle einer Scheidung werden die Kinder dem Vater zugesprochen.

Nicht verheiratete, verwitwete oder geschiedene Frauen können einen Antrag auf »Emanzipation« stellen, der hinsichtlich Kriterien wie Charakter, Bildung und Sparsamkeit geprüft wird.

Von besonderer Wichtigkeit bezüglich des Rechtsstatus der schwarzen Frauen ist die Tatsache, daß sie als »überflüssiges Anhängsel«» betrachtet werden, d.h. kaum Anspruch auf eigenes Wohnrecht haben, sondern fast ausschließlich durch den »Vormund«.

Hatte eine Frau bspw. durch den Status des Vaters das Recht, in einem bestimmten Teil des sog. weißen Gebietes zu leben und heiratet dann einen Mann, der sich illegal dort aufhält, so verliert sie die Berechtigung, dort zu leben. Selbst wenn ihr Mann legal dort lebt, aber innerhalb seines Status nicht das Recht hat, mit seiner Familie in der Stadt zu leben, so wird sie in sein »Homeland« ausgewiesen, auch wenn sie selbst einem anderen zugeordnet wurde.

Frauen, die in den Townships geboren wurden, ihr ganzes Leben dort gelebt haben, können, im Falle einer Scheidung, Trennung oder des Todes ihres Mannes das Recht verlieren, in dem bisher bewohnten Haus/Gebiet wohnen zu bleiben.

Frauen in den städtischen Gebieten

Während in den »Homelands« die Frauen die Bevölkerungsmehrheit bilden - 1980 kamen auf 100 Frauen 85 Männer - kommen in den städtischen Gebieten auf 100 Frauen 129 Männer. Diese unausgewogene Geschlechterrelation macht die Auswirkungen der »Homeland«-Politik sehr deutlich.

Aufgrund der Zuzugsbestimmungen, die für Frauen in den »Homelands« quasi eine Zuzugssperre für die städtischen Gebiete bedeuten, lebt ein großer Teil der Frauen in den sog. weißen Gebieten in der »Illegalität«. Beispiele dafür sind die »Squatter«-Siedlungen Crossroads und Langa in der Nähe von Kapstadt, in denen Frauen immer wieder gegen Zwangsumsiedlungen und für das Recht, mit ihren Kindern und Männern zusammenzuleben, gekämpft haben.

Nichtverheiratete Frauen, die als Wanderarbeiterinnen in die Städte kommen, werden in »bachelor hostels« untergebracht. Dort wird ihnen eine Bettstelle in einem Schlafsaal und ein Fach in der Küche zugewiesen. Vor den Kochern in der Küche, den Gemeinschaftsduschen und -toiletten bilden sich oft lange Schlangen.

Diese Gebäude, die entsprechend den »hostels« für schwarze Männer konstruiert wurden, erinnern sehr an Gefängnisgebäude. In der Tat ist ihnen ein Gefängnis angeschlossen, in dem Frauen im Falle von Unruhen sofort eingesperrt werden können. In diesen »hostels« dürfen sie weder Besuch von Männern noch von Kindern empfangen.

»Hausangestellte«

Zur Kategorie dieser ausgebeuteten Frauen gehören mindestens 800 000 Frauen. Zum einen leben sie in den »Townships«, zum anderen als »sleeping-in« »Hausangestellte« in einer kleinen, notdürftigen Unterkunft auf dem Anwesen ihrer Arbeitgeber/innen. (Selbst Frauen, deren Familien in den »Townships« leben, müssen z.T. als »sleeping-in domestics« leben.) Dort ist es ihnen per Gesetz untersagt, ihre Männer übernachten zu lassen oder ihre Kinder bei sich zu haben.

Was dies im einzelnen bedeutet, zeigt der folgende Bericht:

»*Ich bin eine schwarze Hausangestellte in Pretoria. Mein Mann ist 3 km entfernt beschäftigt und er besucht mich regelmäßig. Manchmal verbringt er dann auch die Nacht bei mir. Dies ist illegal, aber wir wurden bisher nur zweimal erwischt. Eine neue Verordnung macht nicht nur uns, sondern auch meine Arbeitgeber strafbar, wenn er bei mir übernachtet. Unsere 3 Kinder sind auf der Schule bei Pietersburg und können uns nur mit besonderer Erlaubnis besuchen. Wir haben keine Möglichkeit, als Familie zusammenzuleben.*«

(Die Polizei führt in der Tat nachts Razzien durch, um »gesetzesbrechende« Paare zu verhaften.)

Eine umfangreiche Studie über die Situation der schwarzen »Hausangestellten« erstellte die weiße südafrikanische Soziologin Jacklyn Cock; Grundlage dafür waren Interviews, die ihre schwarze Kollegin Nobengazi Mary Kota durchführte. In dieser Studie, die 1980 erschien, definierte Jacklyn Cock das System des »Domestic Service« als eine totale Institution. Die weiteren Ausführungen werden zeigen, daß es sich hier um einen besonders eklatanten Exponenten des rassischen Kapitalismus handelt, der die weibliche schwarze Arbeitskraft extremen und totalen Verwertungs- und Ausbeutungsbedingungen unterwirft.

Zum einen wird durch diese »totale Institution« das Familienleben schwarzer Familien noch weiter zerstört - Paare können nicht zusammenleben, Kinder sehen ihre Mütter kaum. Zum anderen sind die Frauen, die noch nicht einmal die minimalsten Rechtsbestimmungen für sich beanspruchen können, total ihren Arbeitgeber/innen ausgeliefert. Es gibt weder Regelungen bezüglich Mindestlohn, Arbeitszeit oder anderen Arbeitsbestimmungen, noch stehen ihnen Krankengeld, Mutterschaftsgeld oder Arbeitslosengeld zu.

Die Frauen können keinen gesetzlichen Anspruch auf Urlaub oder Freizeit geltend machen. Sie sind vollkommen von der »Gnade« ihrer weißen »Madam« abhängig.

Da sie in verschieden Haushalten beschäftigt sind, sind sie in starkem Maße voneinander isoliert, was sowohl die Kommunikation untereinander, als auch Formen des Zusammenschlusses, bspw. in Gewerkschaften, erschwert.

Im folgenden ein Überblick über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen im allgemeinen:

Der monatliche Lohn der interviewten »domestic workers« (225 wurden interviewt) liegt zwischen 4-60 Rand; im Durchschnitt beträgt er 22.77 Rand. Dabei muß berücksichtigt werden, daß mehr als 50% der Frauen alleinige Ernährerin ihrer Familie sind, durchschnittlich 7 Personen von ihrem Einkommen abhängen.[4]

Die Arbeitszeit der »Hausangestellten«

bewegt sich in der Regel zwischen 48-78 Stunden, einige Frauen mußten mehr als 80 Stunden arbeiten. 1/3 hatte eine 7-Tage-Woche. Die Mehrheit muß an Feiertagen arbeiten. Nur einem Drittel wurde 1 mal im Jahr eine Woche Urlaub gewährt. Und dies, obwohl alle der interviewten Frauen Kinder hatten und knapp die Hälfte noch verheiratet waren.

Desweiteren kommt hinzu, daß die Frauen, die in den »Townships« leben, stundenlange Anfahrts- oder Fußwege zu ihrer Arbeitsstelle haben, zuhause noch einen zweiten Haushalt zu versorgen haben und Kinder, die auf sie warten.

Zu all dieser Ultra-Ausbeutung der »Hausangestellten« kommen noch zahlreiche Diskriminierungen hinzu. So erhalten sie nicht etwa das Essen, welches sie für die weiße Familie zubereiten, sondern ein Essen minderwertiger Qualität, wie z.B. Fleisch, das normalerweise an Hunde verfüttert wird. (Es wird von Metzgereien berichtet, die »dogs' and servants' meat« zu Sonderpreisen anbieten). Darüberhinaus sind sie vielen Schikanen und willkürlichen Arbeitsanweisungen ausgesetzt.

Einen ganz zentralen Punkt in der Arbeit der »Hausangestellten« nimmt die Versorgung und das Aufziehen der weißen Kinder ein. Die »Nannies«, wie sie in dieser Funktion genannt werden, müssen den weißen Kindern Zuwendung und Fürsorge zukommen lassen, während ihre eigenen Kinder sich selbst überlassen sind oder von Nachbarinnen oder älteren Geschwistern beaufsichtigt werden.

Die schwarze Frau soll quasi eine Doppelfunktion übernehmen. Auf der einen Seite soll sie Reproduzentin der schwarzen Familie sein, auf der anderen aber auch die Reproduktion der weißen Familie mittragen, und dies, obwohl sie weiß, daß die Kinder, die heute ihrer Obhut unterstellt sind, morgen schon ihre Unterdrücker sein werden.

Desweiteren ermöglicht sie der weißen Frau, die von lästigen Haushaltspflichten entbunden ist, sich mehr um die Förderung und Entwicklung ihrer Kinder zu kümmern. Die weiße Frau wird zudem die gewonnene Zeit mit aufwendigen »Entertainments«, ehrenamtlichen Aktivitäten und der Konzentration auf sich selbst verbringen.

Eine weitere Freizeitbeschäftigung der »Madam« ist - laut einer UNO-Studie - die aktive Teilnahme an einer Art Bürgerwehr (»civil defence«), in der Zivilistinnen/-en an der Waffe ausgebildet werden. Mit anderen Worten, während die schwarze Frau ihren Haushalt und Kinder zu versorgen hat, bereitet sich die weiße »Madam« darauf vor, ihr im Zuge des fortschreitenden Befreiungskampfes eines Tages mit der Waffe in der Hand gegenüberzustehen.

Marianne Schwarz

1 Die Löhne für Landarbeiterinnen sind seit 1973 nicht wesentlich gestiegen. Hilda Bernstein zitiert eine Landarbeiterin aus dem Transvaal, die 1982 einen Lohn von R 20 erhielt. Ebenso gibt sie die Ergebnisse einer Regierungsstudie von 1981 wieder, derzufolge der durchschnittliche Monatslohn für Farmarbeiter zwischen R 25 - R 35 liegt, wobei jedoch nicht nach Löhnen für Männer und Frauen unterschieden ist.

2 Hilda Bernstein führt Quellen an, die für 1981 von einem Anteil von 22,3% ausgehen.

3 Diese Angaben werden auch in neueren Untersuchungen angeführt und stehen symptomtisch für die extreme Ausbeutung der Frauen in den »Border Industries«; noch 1977 zahlten 4 Firmen in Babelegi Wochenlöhne von R5 oder R6. Die Lohnsituation in Industriebetrieben in städtischen Gebieten unterscheidet sich von der in den Grenzgebieten. Eine Untersuchung der Universität von Port Elizabeth aus dem Jahr 1982 stellt einen wöchentlichen Durchschnittslohn für schwarze Frauen von R 38 fest, doch selbst dieser vergleichsweise höhere Lohn deckt noch nicht einmal die Hälfte der Minimalausgaben, die einer Durchschnittsfamilie entstehen.

4 Die hier angegebenen Löhne beziehen sich auf das Jahr 1978.
Laut späteren Untersuchungen wie 1981 betrug das durchschnittliche Einkommen der Hausangestellten R 32 pro Monat.

Folgende Quellen wurden verwandt:
Isandlwana, Nr. 8/9, Kopenhagen, (Dänemark), 1981
Konferenzpapier der United Nations World Conference on Equality, Development and Peace, »The efforts of apartheid on the employment of women in South Africa«, Kopenhagen, 1981
epd-Dokumentation: Bericht der UNO: Auswirkungen der Apartheid auf den Status der Frau, 5/81, Frankfurt/Main 1981
(Hrsg.) ohne Verfasser, ohne Ort, einzusehen bei issa, Bonn
Schwarze erwerbstätige Frauen in Südafrika, August 1982
C. Löhrer: Die Stellung der schwarzen Frau in der Wirtschaft Südafrikas, (unveröffentl. Magisterarbeit), Aachen 1984
Südafrikanische Frauen - ihre Situation und ihr Widerstand
(Hrsg.) Frauen der Südafrika-Boykottgruppe Badel, Basel 1981
Unterdrückung in Südafrika - wie lange noch?
(Hrsg.) Evang. Frauenarbeit, Deutschland e.V., Frankfurt/Main
Hilde Bernstein, For Their Triumph And For Their Tears, Women in Apartheid-South Africa, Hrsg. International Defence and Aid Fund for Southern Africa, London, März 1985
Jacklyn Cock, Maids and Madams, A Study in the Politics of Exploitation, Ravan Press, Johannesburg 1980
Working Women, Hrsg. Sached/Ravan Publication, Johannesburg 1985
Blätter des iz3w, Nr. 81, Nov. 1979; Nr. 126, Juni 1985

Und wenn du dazu noch Frau bist...

Schwarze Frauen im Widerstand

Die Beteiligung der schwarzen Frau im Widerstandskampf gegen den Kolonialismus und das kapitalistische Apartheidsystem ist vielfältig und bedarf einer vielschichtigen Untersuchung.

In erster Linie setzt sich die schwarze Frau zur Wehr, weil sie sich als Glied jener großen enteigneten Masse von Schwarzen versteht, deren billige Arbeitskraft in den Fabriken, Minen, Plantagen und Farmen enorme Profite für die weißen Besitzer und die in der südafrikanischen Wirtschaft dominierenden transnationalen Konzerne erwirtschaftet. In dieser Hinsicht führt sie den gleichen Kampf wie der schwarze Mann. Jedoch innerhalb dieses allgemeinen und umfassenden Kampfes für wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Befreiung hat ihr Widerstand eine spezielle Ausprägung. Denn während sich das Schicksal des schwarzen Mannes unter der Apartheid durch Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt auszeichnet, wird die schwarze Frau faktisch aus dem Produktionsprozeß und in die Rolle der Reproduktion von billiger Arbeitskraft gedrängt und zur alleinigen Erzieherin degradiert, wobei sie - in den verarmten Reservaten - auf die Überreste aus den kleinen Einkommen ihrer männlichen Verwandten warten muß und angewiesen ist. Aber falls sie es auch schafft, in den Arbeitsmarkt einzudringen, wird sie nicht nur Opfer der Klassenausbeutung als Arbeiterin, sondern auch des Rassismus und der sexuellen Diskriminierung, welches sich zunächst in der Lohnabstufung zeigt. Hinzu kommt die Tatsache, daß der Kapitalismus im eigenen Interesse jene Formen der sexuellen Ungleichheit übernahm, die aus der vorkolonialen, traditionellen afrikanischen Gesellschaft stammen, wie Erbschaftsregelung, Besitzrechtsunterschiede, vorurteilbehaftete sexuelle Normen und Werte, die in der traditionellen afrikanischen Bauerngemeinschaft verankert waren. Diese hat der Kapitalismus dann umgestaltet, erweitert und in neuen Mythen verfeinert, die sich seinen allumfassenden, ausbeuterischen und entfremdenden Zielen nicht nur anpassen, sondern als Rechtfertigung für eben diese Ziele dienen. Daher steht der Widerstand der schwarzen Frau für eine Befreiung von der niedrigsten Stufe in einer rassistischen, patriarchalen Klassengesellschaft die dem weißen Mann die Spitze in der Hierarchie, der weißen Frau die zweite Stelle, dem schwarzen Mann die dritte und der schwarzen Frau die allerletzte Stelle zuordnet.

Auf einer anderen Ebene muß sich die schwarze Frau gegen die chauvinistische Geisteshaltung und das Verhalten des schwarzen Mannes wehren, der ja ihr Bruder und Genosse ist. Denn nachdem der schwarze Mann seine traditionelle gesellschaftliche Führungsposition durch die koloniale Enteignung verloren hat und sich jetzt unten in der betrieblichen Hierarchie wiederfindet, kann er sich nur noch als Familien- und Clanoberhaupt behaupten, wobei die Familie dann als Ersatzhandlungsebene für sein verletztes Ego herhalten muß. Bewußt oder unbewußt hat er daher Interesse an der Aufrechterhaltung der Bräuche und der Tradition, die die Männer eher als die Frauen begünstigen. Er trägt somit dazu bei, daß diese soziale Ungleichheit zwischen Männern und Frauen fortgesetzt wird, da dies seine priviligierte Stellung und den Mythos seiner eigenen Überlegenheit über die schwarze Frau stützt.

Um auf diesen beiden Ebenen ihren Willen geltend zu machen, ziehen es die schwarzen Frauen vor, sich in Frauenverbänden zu organisieren, die sich in die Befreiungsbewegungen eingliedern oder mehr oder minder selbständig bleiben wie die Gewerkschaften. Sie verstehen ihre Organisationen als ein Forum, wo sie gemeinsam über ihre lebenslangen Erfah-

rungen der zweifachen Unterdrückung reflektieren mit dem Ziel, ein höheres politisches Bewußtsein durch politische Erziehung und politisches Handeln zu erreichen. Gleichzeitig wollen sie darauf achten, daß die Befreiungsbewegungen nach ihren Grundsätzen handeln, nämlich: Beseitigung aller Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen und danach der Aufbau einer neuen und gerechten Gesellschaft.

Schwarze Frauen und der nationale Widerstand - Die Zeit nach 1910

Kurz nach der Gründung der südafrikanischen Union 1910 wurde eine Vereinigung aller antikolonialen Kräfte angestrebt. Das Ergebnis war die Gründung einer nationalen Widerstandsbewegung - des African National Congress (ANC) 1912. Ein Organisationsaufbau mit einer Führung wurde in die Wege geleitet, um die Aktivitäten der Organisation zu leiten und zu koordinieren. Diejenigen, die Führungsfunktionen übernahmen, eigneten sich im allgemeinen aufgrund bestimmter Maßstäbe: Schulausbildung, die Höhe ihres Besitzstandes, Verwaltungserfahrung in der kolonialen Behörde, Verwandtschaft mit Häuptlingen oder einflußreiche Funktionen in den Kirchen. Da Frauen zum großen Teil aus dem kolonialen Ausbildungssystem ausgeschlossen blieben, eigneten sie sich kaum, einflußreiche Führungsfunktionen in der Widerstandsbewegung zu übernehmen. Dazu kam die traditionelle Gewohnheit, Frauen aus dem Entscheidungsprozeß über wichtige politische und juristische Angelegenheiten auszuschließen. Daher überließen die Männer den Frauen unbedeutende Aufgaben in der Widerstandsbewegung. So war die Aufgabe der Frauen während den Tagungen hauptsächlich dafür zu sorgen, daß die männlichen Delegierten es bequem hatten und daß sie Vorkehrungen für die Unterbringung und Essensvorbereitung zu treffen hatten. Trotzdem hörten die Frauen mit ihren Anstrengungen nicht auf, sich zusammenzuschließen, um gegen die diskriminierenden Gesetze zu kämpfen, die sie als Frauen betrafen.

- 1913 widersetzten sich die schwarzen Frauen von Oranje Free State gegen das Gesetz, das die Vorzeigepflicht von Paßbüchern vorsah, wodurch der Staat ihre Bewegungsfreiheit in den städtischen Gebieten kontrollieren wollte. Ihre Anti-Paß-Kampagne erfaßte mehrere Distrikte. An einem Tag marschierten 600 Frauen zur Stadtverwaltung und hinterlegten einen Sack voller Paßdokumente, um ihrem Widerstandswillen Ausdruck zu verleihen. Viele von ihnen wurden verhaftet und zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt. Nichtsdestoweniger ist ihrer Kampgane der Umstand zuzuschreiben, daß 40 Jahre vorbeigingen bevor das Apartheidsystem die Frage nach Paßgesetzen für Frauen wieder auf die Tagesordnung zu bringen wagte (1955/56). Zum anderen fanden ihre Protesthandlungen große Beachtung und Anerkennung seitens ihrer Männer, wie dies in der Erklärung der »African Peoples Organisation« festgestellt wurde: »Damals mußten wir Männer, das angeblich starke Geschlecht, beschämt die Köpfe senken und wir wurden nachdenklich angesichts des heroischen Widerstands der Töchter Afrikas«.
- Im selben Jahr 1913 erkannten manche Frauen die Notwendigkeit einer Frauenorganisation. Sie gründeten die »Bantu Women's League«, um sich gegen rassistische und Anti-Frauen-Gesetze zu wehren.
- 1919 wurde die ANC-Frauenliga gegründet. Die Geschichte ihrer Gründung ist eng mit dem Namen von Charlotte-Maye Maxeke verbunden, die als erste schwarze Frau in Südafrika einen Studienabschluß hatte. Sie hatte ihr Studium an der Wilbeforce Universität in USA 1902 absolviert und war offensichtlich von dem damaligen Pan African Movement in den USA beeindruckt. Sie beteiligte sich auch an der Gründung der America Methodist Episcopal Church in Südafrika, einer schwarzen Kirche, was dazu führte, daß die Schwarzen mehr und mehr die damalige, als selbstverständlich angenommene Führungsposition der Weißen in den Kirchen infragestellten.

Die zwanziger Jahre zeichnen sich dadurch aus, daß eine überregionale schwarze Gewerkschaft ICU gegründet wurde und daß sie sich im Laufe der Jahre weitgehend im ganzen Lande konsolidieren konnte. Die ICU mobilisierte die Schwarzen, sich zu erheben für den Kampf gegen die Diskriminierung bei der Arbeit und in öffentlichen Einrichtungen, gegen Paßgesetze, Wohnungsmangel, hohe Mieten, unzureichende Dienstleistungen, schlechte Ausbildungschancen usw. Bis heute erinnern sich die 60- und 70jährigen Frauen an ihre Aktivitäten in der ICU. Sie erinnern sich an das, was sie als »Imithetho yo Kadali« (die Gesetze von Kadali) bezeichneten, an die Lieder, die sie über die ICU sangen und wie manche von ihnen sogar ihren Töchtern den Namen »Nomaaisiyu« (Mutter von ICU) gaben. Als 1920 die Regierung die Führung der ICU in Port Elizabeth verhaftete, marschierte eine Menschenmasse, die zum großen Teil aus Frauen bestand, zur Polizeistation, wo die Führer unter Gewahrsam gehalten wurden und wo sie deren Entlassung forderten. Die Polizei schoß in die Menge, wobei 21 Menschen getötet wurden.

Im Laufe der Jahrzehnte wuchs und verstärkte sich der Widerstand, die Frauen wurden mutiger, organisierten sich immer besser und wurden deutlicher in ihren Forderungen.
- Im Sommer 1937 wurde die »All-African Convention« in Bloemfontein einberufen, die alle schwarzen Verbände und Organisationen unter eine Dachorganisation brachte, um das Ziel einer einheitlichen Front anzustreben. Das Treffen lief unter dem Motto »Imbumba yamanyama« (Die Einheitsfront der Schwarzen). Wie üblich waren die meisten Teilnehmer an diesem Kongress Männer. Charlotte Maxeke nahm auch am Kongress teil. Sie und andere Teilnehmerinnen gründeten das National Council of African Women und eine Resolution wurde verfaßt, die die Frauen

zur Gründung von Frauenräten aufrief. Frau Ellen Khuzwayo, 71 Jahre alt, ihr Leben lang eine Kämpferin gegen die weiße Herrschaft erinnert sich an ihre Begegnung mit diesen »weisen« Frauen mit Bewunderung. In ihrem kürzlich erschienenen Buch »Mein Leben - Frauen unter Apartheid« ruft sie Charlotte Maxeke's Rede in Erinnerung: »Ich möchte euch allen danken und euch zu euren ausgezeichneten Ideen gratulieren. Die Arbeit, die ihr leistet, ist nicht für euch selbst - macht Schluß mit dem »Selbst« und isoliert euch nicht von euren Mitmenschen, sondern lebt mit ihnen. Wenn ihr euch zu Ungewöhnlichem aufschwingt, reißt andere mit. Bekämpft das böse Tier Eifersucht - tötet seinen Geist und liebt euch wie Brüder und Schwestern. Das andere Tier, das uns in Stücke zu zerreißen droht, ist der Tribalismus; ich habe bereits seinen Schatten gesehen, und wir sollten ihn schleunigst begraben.«

- Anfang der Fünfziger Jahre beteiligten sich Tausende von Schwarzen an der Protestkampagne (Defiance Campaign) gegen die ungerechten Gesetze. Während dieser Kampagne erwiesen sich die Frauen als kampferprobt - so z.B. in der Ostkap-Provinz, wo sie sich mit Stöcken in der Hand an Bushaltestellen aufhielten, um Männer einzuschüchtern, die sich dem Busboykott nicht anschließen wollten und die versuchten, mit dem Bus zur Arbeit zu fahren.

- Der Höhepunkt des Widerstandes der Frauen in dieser Phase zeigt sich in der zweiten Anti-Paß-Kampagne 1955/56. Die Regierung von Strijdom, die eine Trennung der Schwarzen durch »Homelands« forcieren wollte, traf die Entscheidung, die Vorzeigepflicht von Paßbüchern für Frauen ein für allemal einzuführen, um ihren Zuzug in die städtischen Gebiete einzuschränken. Ein gut in Erinnerung bleibendes Ereignis ist jene Frauendemonstration vom 9. August 1956. 20 000 Frauen aus dem ganzen Land versammelten sich in Pretoria und marschierten zu den Union Buildings, dem Kabinettssitz, jenem Platz also, den Schwarze niemals betreten durften, außer denjenigen, die die dreckigste Arbeit zu verrichten hatten. Während diese 20 000 Frauen draußen warteten, stürmte ihre Delegation, die von der verstorbenen Lilian Ngoyi - Vorsitzende der ANC Frauenliga - geführt wurde, in das Amphitheater, um den Stapel von Schriftstücken, die die Anti-Paß-Forderung enthielten, dem Premierminister persönlich zu übergeben. Der Premierminister lehnte es ab, die Frauen persönlich zu empfangen. Der kämpferische Geist der Frauen fand seinen Ausdruck in einer Rede von Lilian Ngoyi und einem Widerstandslied. Danach standen die Frauen schweigend mit geballten Fäusten dreißig Minuten lang, und anschließend sangen sie die afrikanische National-Hymne bevor sie triumphierend zurückmarschierten.

Das »Paßgesetz« wurde erlassen, aber die schwarzen Frauen wurden nicht mutlos. Die darauffolgenden Jahre waren durch zahlreiche Protestaktionen gekennzeichnet, wobei die Frauen wiederholt ihre Pässe öffentlich verbrannten und damit eine sichere Verhaftung in Kauf nahmen. So z.B. 1957, als 400 Frauen in Zeerust, einer kleinen Stadt in Transvaal, nach einer Protestkundgebung verhaftet wurden.

- In der Zwischenzeit wurde Lilian Ngoyi zusammen mit achtzehn anderen Frauen und 137 Männern 1956 ins Gefängnis gesteckt und des Hochverrats angeklagt. Die damalige Widerstandsbewegung bestand gerade aus diesen Leuten. Das Verfahren dauerte vier Jahre. Während dieser Zeit organisierte die Universität von Fort Hare, damals die einzige schwarze Universität, eine Kampagne gegen den Hochverratsprozeß. Die Universität sammelte außerdem Gelder, die den Angeklagten zur Finanzierung der Gerichtskosten zur Verfügung gestellt wurden. An dieser Kampagne waren alle Studentinnen beteiligt, die sowohl in der Durchführung der Benefizkonzerte wie auch der Verkaufsbazare die Hauptrolle spielten.



- Das Massaker von Sharpeville im Jahre 1960 bei einer friedlichen Demonstration gegen Apartheid markierte das Ende der Ära des passiven Widerstandes. Viele der 69 Menschen, die an diesem Tag von der Polizei ermordet wurden, waren Frauen. Dem Massenmord von Sharpeville folgte eine breite Protestwelle, die zu einer Verhaftungswelle von schwarzen Widerstandsführern und Aktivisten, dem Verbot von ANC und PAC und der Flucht von Tausenden schwarzer Männer und Frauen ins Exil führte. Dann folgte eine Periode der Orientierungslosigkeit bzw. Ratlosigkeit bis zur Entstehung des Black Consciousness Movement (BCM), einer Massenbewegung, die den Widerstand der schwarzen Bevölkerung vom Ende der 60er Jahre bis zu ihrem Verbot 1977 dominierte.

Frauen und Black Consciousness Movement

Der Ausgangspunkt der Philosophie des »Black Consciousness«, also des »schwarzen Bewußtseins« ist, daß der Kampf für Unabhängigkeit sich nicht nur auf die Befreiung von materieller Armut richten sollte, sondern auch gegen die Entfremdung, also gegen die geistig-kulturelle Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung.

Die Strategie des BCM zur Mobilisierung der Massen basiert auf politischer Bildung und Praxis. Durch Selbsthilfeprojekte sollten Schwarze ihre Selbstachtung und ihr Selbstvertrauen wiedergewinnen, die Notwendigkeit von »Self-Reliance« lernen und ihre eigene Stärke und Fähigkeiten erkennen bzw. entwickeln. Damit sollte gleichzeitig die Macht und Herrschaft der Weißen entmystifiziert und eine alternative Gesellschaftsform ausgelegt werden.

Die Philosophie des BCM wurde von Frauen sehr schnell verstanden und aufgenommen, offenkundig deshalb, weil die Befreiungsstrategie des BCM einige Ähnlichkeiten mit derjenigen, der für ihre Emanzipation kämpfenden Frauen hatte. So wurden die Frauen im Alphabetisierungsprogramm für Erwachsene aktiv. Außerdem mobilisierten sie die Massen, um eine Reihe von Aktivitäten wie beispielsweise Gesundheitsvorsorge, Ernährung, Kampf gegen steigende Nahrungsmittelpreise und Wohnungsmieten. In den Gebieten der Zwangsumsiedlung unterstützten sie den Widerstandskampf von Familien und Gemeinden. Alle Projekte wurden als Kollektive bzw. Kooperative organisiert, um damit nicht-hierarchische Organisationsformen zu beschleunigen und demokratische Entscheidungsprozesse sowie organisatorische Fähigkeiten der Beteiligten zu fordern.

- Ein Beispiel für diese Art von Projekten ist die Zanempilo Gemeinschaftsklinik in der Nähe von Kingwilliamstown. Die Klinik diente sowohl als Bildungszentrum für Gesundheitsarbeiter wie auch als Frauenklinik vor allem für Frauen auf dem Lande. Die Klinik wurde von einer schwarzen Ärztin Maphela Ramphele geleitet, während schwarze Krankenschwestern auf

freiwilliger Basis mitwirkten. Man muß vielleicht eine schwarze Unterdrückte sein, um die bewußtseinsmäßige Bedeutung dessen ausreichend bewerten zu können, also für die Schwarzen zu erleben, wie ein solches Projekt gerade in den Händen derjenigen Menschen funktioniert, die als faul, dumm und unfähig beschimpft bzw. degradiert werden. Solche Projekte mit sinnlich erfahrbarem Erfolg tragen zur positiven Erkenntnis der eigenen Fähigkeiten und Kräfte vielmehr bei, als Hunderte von Reden, Diskussionen, Versammlungen und Büchern.

Als das Regime von Vorster den Erfolg und vor allem die oben erwähnte Bewußtseinseinwirkung der Klinik sah, wurde die Ärztin in eine weit entlegene Stadt etwa 1 200 km von Kingwilliamstown verbannt. Aber die Verbannung vermag diese Frau kaum zu demütigen. Am Ort ihrer Verbannung gründete sie ein anderes Projekt, nämlich das »Ithuseng Community Health Centre«. Heute sind zu diesem Projekt noch ein Gartenbauprojekt, ein Frauenclub, eine Ziegelfabrik, Gemeinschaftsgärten und eine kleine Bibliothek zur Unterstützung des Erwachsenenbildungsprogramms hinzugekommen.

Im Jahre 1975 trafen sich 250 Frauen in Durban und gründeten die »Black Women's Federation«. Sie gelobten:

a) Die Stellung der schwarzen Frauen zu heben und die rassische und sexuelle Gleichberechtigung der Frauen zu erkämpfen;

b) sich mit der breiten Masse der Frauen zu identifizieren, ihr politisches Bewußtsein zu heben und damit zur Politisierung der Nation beizutragen.

Es ist der Verdienst der BWF, daß nicht nur Frauen verschiedener politischer und ideologischer Hintergründe zusammengekommen sind, sondern auch die sogenannten farbigen, also indischen und afrikanischen Frauen sich näher kamen. Obwohl das BCM im Jahre 1977 verboten wurde, lebt die Strategie der Mobilisierung der Massen durch einzelne konkrete Kampagnen, durch Selbsthilfeprogramme noch weiter, und ist heute eine charakteristische Kampfmethode aller ernstzunehmenden politischen Organisationen in Südafrika.

Die Situation heute

Frauen in der Gewerkschaftsbewegung

Seitdem die Botha-Regierung eine beschränkte gewerkschaftliche Organisationsmöglichkeit vor Jahren für die Schwarzen zuließ, ist die schwarze Gewerkschaftsbewegung stark angewachsen. Aufgrund der politischen Lage beschränken die Gewerkschaften ihre Aktivitäten nicht nur auf typische Gewerkschaftsfragen. Ihre Aktivitäten umfassen alle Angelegenheiten, die die schwarzen Gemeinden im allgemeinen betreffen: Lebensmittelpreise, Transport, Wohnungen und Mieten, Arbeitslosigkeit, Schulen, Erholung und Frauenrechte.

Tausende von Frauen haben die Gelegenheit genutzt und sind in die Gewerkschaften eingetreten und andere, wie die Hausangestellten, haben ihre eigene Gewerkschaft gegründet. Die Frauen in den Gewerkschaften konzentrieren sich auf die Sonderstellung der Frauen und die Forderungen der Arbeiterinnen. In diesem Zusammenhang soll ihre Forderung nach der Gründung von Frauengruppen innerhalb der Gewerkschaften verstanden werden. Ihre Forderungen in den Verhandlungen mit den Betriebsleitern konzentrieren sich hauptsächlich auf Mutterschaftsurlaub, gleichen Lohn, gleiche Berufsbildungsmöglichkeiten, Arbeitszeit, Schaffung neuer Arbeitsstellen für Frauen und Kinderfürsorge. Dazu kommen Erholungsmöglichkeiten, Jugendzentren, Darlehensmöglichkeiten und die Forderung nach Abschaffung von Zwangsüberstunden und sexueller Belästigung.

Obwohl die Arbeitgeber sich dieser neuen kämpferischen Gewerkschaftsbewegung widersetzen, können sich die Gewerkschaften einiger Erfolge rühmen. 1983 erreichte die Commercial Catering

and Allied Workers' Union (CCAWUSA) mit dem O.K. Bazaars, einer Firma von Kaufhäusern mit hauptsächlich weiblichen Beschäftigten, daß die Beschäftigten einen Jahresurlaub ohne Bezahlung bekommen können.

Eine sogar günstigere Vereinbarung wurde von der Chemical Workers Industrieal Union mit NCS Plastics erreicht, wonach Frauen einen 3-monatigen Mutterschaftsurlaub mit einer Bezahlung von einem Drittel des Lohns bekommen. Die Arbeitgeber stimmten außerdem zu, den Frauen bei der Antragstellung vom Arbeitslosengeld bei der zuständigen Behörde behilflich zu sein. Solche Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber sind selten und vieles muß noch getan werden.

Die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen ist noch niedrig, aber die Frauen ziehen mehr und mehr Aufmerksamkeit auf sich durch ihren mutigen Einsatz. Diese Frauen verdienen Hochachtung wenn man bedenkt, aus welchem sozialen Umfeld sie stammen und unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Dies gilt für Frauen wie Emma Mashinini, eine Frau die 20 Jahre lang als Arbeiterin in der Textilindustrie beschäftigt war, eine Mitbegründerin und heute Generalsekretärin der CCAWUSA, einer Gewerkschaft mit 40 000 Mitgliedern, wobei die Hälfte aus Frauen besteht. Rita Ndzanga, eine Frau mit jahrelanger Erfahrung in der Widerstandsbewegung seit den Anti-Paß-Kampagnen in den Fünfzigern, ist heute die ausführende Sekretärin der General und Allied Workers' Union. Jegliche gewerkschaftliche Aktivität wurde ihr 1969 untersagt. Sie wurde im Jahre 1969 zusammen mit ihrem Mann verhaftet, und nochmals 1976 wegen Hochverrats. In dieser Zeit starb ihr Mann. Sie wurde nochmals im November 1981 bis 1982 inhaftiert und im Juni 1984. Dies ist das Schicksal aller kämpferischen Gewerkschaftlerinnen in Südafrika. Andere Frauen, die an der Front der unabhängigen gewerkschaftlichen Organisationen kämpfen, sind Frauen wie Zora Mehlomakhulu, eine führende Organisatorin in der unabhängigen gewerkschaftlichen Bewegung im Westkap, oder wie Lydia Kompe, Sekretärin der örtlichen Gewerkschaft »Transport and General Workers Union«, oder Agnes Molefe, Generalsekretärin der »South African Laundry, Dry Cleaning and Dyeing Workers Union« und viele andere.

»No more Cinderellas«, Gewerkschaften für Hausangestellte!

Obwohl die Regierung die Empfehlung der Wiehahn-Kommission (siehe Artikel über Gewerkschaften), Gewerkschaften für Hausangestellte zuzulassen, abgelehnt hat, kam es auf Initiative von Betroffenen zur Gründung eigener Gewerkschaften. Sie haben alle etwa ähnlich klingende Namen wie Domestic Workers' Association of South Africa (DWSA), South African Domestic Workers' Association (SADWA) und Domestic Workers' Association (DWA) und betrachten sich als Schwesterorganisationen mit Zweigstellen im ganzen Land.

Der gegenwärtige Kampf dieser Gewerkschaften konzentriert sich auf die elementare Forderung nach einem Arbeitsgesetz für die ca. eine Million Hausangestellten, die es im Land gibt. Diese Forderung ist von großer Wichtigkeit, da Hausangestellte in Südafrika ihren jeweiligen Arbeitgebern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Es wurden Gesuche eingereicht und verschiedene Delegationen wurden beim Arbeitsministerium vorstellig. 1982 rief das Arbeitsministerium eine Kommission ins Leben, die mit der Untersuchung der Situation der Hausangestellten und Landarbeiter beauftragt wurde. Danach hörte man nichts mehr von der Kommission. Die Gewerkschaften mahnten den Untersuchungsbericht immer wieder an. Die letzte Nachricht aus dem Ministerium versprach die Veröffentlichung des Berichts für Oktober d.J. (1985).

Da die Hausangestellten keinem Arbeitsgesetz unterliegen, sind die Aktionsmöglichkeiten ihrer Gewerkschaften beschränkt. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaften dazu beigetragen haben, den Hausangestellten bewußt zu machen, was ihre Arbeit wert ist und daß sie ihnen helfen, ihre Interessen zu formulieren und wahrzunehmen. Die Gewerkschaften bieten Alphabetisierungskurse an, und sie haben Klubs gegründet, die Weiterbildungskurse für Frauen durchführen. Daher riefen Hunderte von Stimmen (der Hausangestellten) in ihrer allerersten nationalen Versammlung im März 1985 in Port Elizabeth nach einer Rede von Roxanne Jordan: »We are Cinderellas no more!«

Die Organisierung von Hausangestellten ist deshalb so schwierig, weil die Hausangestellten in ihrer Arbeitssituation isoliert sind oder allenfalls in sehr kleinen Gruppen zusammenarbeiten, wodurch sie sich gegenüber ihren »Madams« in einer äußerst schlechten Verhandlungsposition befinden. Trotzdem sind die Gewerkschaften schnell angewachsen. Wie auch in anderen Gewerkschaften haben einige Frauen durch ihre harte Arbeit und ihr aufrichtiges Engagement das Vertrauen vieler Betroffenen gewonnen. Eine dieser Frauen ist Maggie Oewies, ein Gründungsmitglied der DWA in Kapstadt. Eine andere ist Margaret Nhlapo, die die SADWA beim Frauen-Forum 85 in Nairobi vertrat, wo sie an einer Podiumsdiskussion über Wanderarbeiterinnen teilnahm. Diese beiden Frauen sind frühere Hausangestellte.

Bei einem Symposium in Botswana im März 1982 über »Frauenarbeit im südlichen Afrika« rief der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, vertreten von der Südafrikanerin Brigalia Bam, die internationale Gewerkschaftsbewegung in aller Welt - besonders Arbeiterinnen - dazu auf, den Kampf schwarzer Arbeiterinnen in Südafrika zu unterstützen und ihm ihre Solidarität zu bezeugen.

Gewerkschaften wurden besonders zur Unterstützung gewerkschaftlicher Selbsthilfeprojekte für schwarze Arbeiterinnen wie Kindertagesstätten, Alphabetisierungsprogramme, allgemeine Beratung und Rechtsberatung für Frauen, berufliche und gewerkschaftliche Weiterbildung, aufgerufen.

Frauenorganisationen innerhalb Südafrikas

Im folgenden werden einige Frauenorganisationen kurz beschrieben, die z. Zt. innerhalb Südafrikas arbeiten.

Black Women Unite (Schwarze Frauen vereinigt Euch) BWU:

1981 als Diskussionsgruppe gegründet, entwickelte diese Organisation später eigene Projekte zur Betreuung von Familien Inhaftierter, von Rentnern, Squatters (illegale Siedler), Zusammenarbeit mit umgesiedelten Familien. Schwerpunkt ist die Ausbildung der Frauen in Seminaren und Workshops. Auch Jugend- und Gesundheitsprogramme stehen auf dem Programm. Es gibt Zweigstellen in verschiedenen Regionen des Landes. Die Organisation ist im National Forum vertreten und stützt sich auf die Black-Consciousness-Philosophie. Präsidentin Mmagauta Molefe machte im November 1984 eine Informationsrundreise durch die BRD.

The Women's Federation of South Africa (Südafrikanischer Frauenbund, WFSA):

Hauptaktivitäten in der Provinz Transvaal. Arbeitsbereiche sind: Kampagnen gegen Preiserhöhungen für Mieten und Nahrungsmittel; Unterstützung von Squatters; Seminare für Frauen mit Schwerpunkt Gesundheit, Bildung, Wohnen und Paßgesetze. Vorsitzende ist Greta Ncapayi. Die Richtlinien der Organisation sind in einer sogenannten »Frauencharta« niedergeschrieben.

The United Women's Organisation (Vereinigte Frauenorganisation, UWO):

Ursprünglich United Women's Organisation, gegründet im Januar 1979 in Kapstadt. Ursprüngliches Ziel: Gemeinwesenarbeit. Begann 1981 mit eigenen Projekten, Erste-Hilfe-Kurse, Besuch von politischen Gefangenen. Arbeitsthemen für 1981 waren »Kinderbetreuung und hohe Preise« und für 1983 »arbeitende Frauen und Kinderbetreuung«. Vorsitzende Mrs. Zihlangn ist auch Mitglied in der United Democratic Front.

Hauptprobleme der Frauen in ihrem Kampf

Das bisher in diesem Artikel Gesagte könnte den Eindruck erwecken, als ob die Mehrheit der schwarzen Frauen entweder aktiv am Kampf beteiligt oder eingeschriebene Mitglieder von militanten Organisationen oder Gewerkschaften seien. Dies ist leider nicht der Fall, denn der Organisierung dieser Frauen stellen sich viele Hindernisse in den Weg.

Die meisten Frauen, die in städtischen Gebieten leben, sind zugleich Ehefrauen, Mütter und Arbeiterinnen; sie arbeiten sozusagen zwei Schichten pro Tag. Wo also sollen sie auch noch die Zeit und Kraft finden, um sich in einer Organisation zu engagieren?

Hinzu kommt noch, daß sich an der Einstellung der Männer gegenüber Kinderbetreuung und Hausarbeit noch nicht viel ge-

ändert hat. Auch die Vorstellung, daß ihre Ehefrauen beispielsweise in Gewerkschaften freien Umgang mit anderen Männern haben, verunsichert viele Ehemänner. Die meisten Versammlungen finden abends statt, was viele Männer mit Argwohn betrachten.

Schließlich ist es auch ihr eigenes Bewußtsein, das den Interessen der Frauen entgegensteht. Auf Grund ihrer Sozialisation sehen sie keine andere Möglichkeit, als sich dem Willen ihrer Ehemänner zu beugen.

Viele Männer in den Gewerkschaften stellen die Fähigkeiten von Frauen immer noch in Frage und lehen es ab, Frauen in Führungspositionen zu wählen. So beklagt sich Lydia Kompe: *»Frauen haben sich in Gewerkschaften engagiert, sie haben großen Mut bewiesen ... Aber wo sind die weiblichen Vorsitzenden in der einen oder anderen Gewerkschaft? Und wo sind die Präsidentinnen?«*

Diese Einstellungen finden sich auch in allen Befreiungsbewegungen, wenn sie dort auch weniger eklatant sind, da aufgrund der größeren Zahl von Intellektuellen der sozialen Gerechtigkeit mehr Lippendienste erwiesen werden. Wieviele Frauen aber gibt es denn in den Entscheidungsgremien des PAC und ANC?

Diesen und vielen anderen Problemen sehen sich schwarze Frauen in Südafrika gegenüber in ihrem Kampf für ihre Emanzipation, gegen die Klassenausbeutung im Kapitalismus, gegen Rassismus und männlichen Chauvinismus. Sowohl die Lage der schwarzen Frauen als auch ihre Entschlossenheit, ihre Ketten abzuwerfen, finden Ausdruck in dem eindringlichen Gedicht einer Frau, das hier dokumentiert ist.

Peggy Nomfundo Luswazi

Literaturangaben:
- Frauen in Südafrika. Hrsg. ANC (BRD). 1985
- issa, Okt. 81
- Ellen Kuzwayo, Mein Leben
- Workin Women. Sachid - Ravan Publication, Johannesburg 1985
- Isandlwana: The Women's Question in the Azanian Revolution, Loswazi, Kadalic, Mchono. July/Sept. 1981

Dies ist die gekürzte Fassung eines längeren Artikels. Die vollständige Fassung kann bei der Autorin oder über den Arbeitskreis Afrika -AKAFRIK- Münster bezogen werden.



So dämmerte es mir also langsam, daß ich ihn hege und pflege,
damit der Boss seinen schönen, dicken Profit aus mir und
ihm ziehen kann,
und als gestandener Gewerkschafter geriet er in Rage
bei dem Gedanken, daß wir beide hart arbeiten für einen
einzigen Lohn
Ich sagte »Und außerdem mache ich ja noch diese Teilzeit-
Packarbeit,
das heißt ich arbeite für drei Männer, mein Schatz,
meinen Boss, Deinen Boss und Dich!«

Er sah mich etwas einfältig an und sagte »Von nun an
werden meine Kumpels und ich uns um gleichen Lohn für alle
kümmern.
Willst Du, daß wir eine Hausfrauengewerkschaft gründen?
Meinst Du, du solltest bezahlt werden
als Köchin, als Putzfrau, als Krankenschwester und als
Dienstmädchen?
Ich sagte »Jetzt übertreib mal nicht, mein Schatz, Du
brauchst nur zu Hause mit anfassen,
dann hätte ich vielleicht die Zeit, meine Kämpfe selbst
auszufechten!«

(Entnommen aus: »Working Women«, Ravan Press Publication. 1985, Johannesburg.)

Tatsächlich ist die Sprache des Kolonialherrn, wenn er vom Kolonisierten spricht, eine zoologische Sprache. Man macht Anspielungen auf die kriegerischen Bewegungen des Gelben, auf die Ausdünstungen der Eingeborenenstadt, auf die Horden, auf den Gestank, auf das Gewucher und Gewimmel, auf das Gestikulieren. Wenn der Kolonialherr genau beschreiben und das richtige Wort finden will, bezieht er sich ständig auf das Tierreich. Der Europäer stößt sich selten an diesen »bildhaften« Ausdrücken. Aber der Kolonisierte spürt die Absicht des Kolonialherrn, den Prozeß, den man ihm macht, und weiß sofort, woran man denkt. Diese galoppierende Vermehrung, diese hysterischen Massen, diese Gesichter, aus denen jede Menschlichkeit gewichen ist, diese fettleibigen Körper, die an nichts mehr erinnern, diese Kohorte ohne Kopf noch Schwanz, diese Kinder, die niemand zu gehören scheinen, diese der Sonne preisgegebene Faulheit, dieser vegetative Rhythmus, all das gehört zum kolonialen Vokabular. General de Gaulle spricht von »gelben Massen«, Mauriac von schwarzen, braunen und gelben, die bald hereinbrechen werden.

Der Kolonisierte weiß das alles und lacht, wenn er in den Worten des andern als Tier auftritt. Denn er weiß, daß er kein Tier ist. Und genau zur selben Zeit, da er seine Menschlichkeit entdeckt, beginnt er seine Waffen zu reinigen, um diese Menschlichkeit triumphieren zu lassen.

Der Kolonisierte entdeckt, daß sein Leben, sein Atem, seine Herzschläge die gleichen sind wie die des Kolonialherrn. Er entdeckt, daß die Haut eines Kolonialherrn nicht mehr wert ist als die Haut eines Eingeborenen. Diese Entdeckung teilt der Welt einen entscheidenden Stoß mit. Jede neue und revolutionäre Sicherheit des Kolonisierten rührt daher. Wenn nämlich mein Leben das gleiche Gewicht hat wie das des Kolonialherrn, dann schmettert mich sein Blick nicht mehr nieder, läßt mich nicht mehr erstarren, seine Stimme versteinert mich nicht mehr. Ich bin nicht mehr verwirrt in seiner Gegenwart. Ich mache ihn fertig. Nicht nur, daß seine Gegenwart mich nicht mehr stört, sondern ich bin schon dabei, ihm eine Falle nach der andern zu stellen, so daß er bald keinen andern Ausweg mehr haben wird als die Flucht.

(Fanon)

Struktur und Krise der südafrikanischen Wirtschaft

Vor allem durch die Stimmen der weißen Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten konnte die Nationale Partei 1948 die Regierung übernehmen. Unter besonderer Berücksichtigung dieser Klientel wurde der weißen Minderheit die vollständige und permanente Kontrolle über das Land versprochen. Dieser Grundkonsens zwischen den Weißen wirkte sich bestimmend auf die Struktur der südafrikanischen Wirtschaft aus.

Mit verschiedenen Mitteln sollte eine grundsätzliche Unterlegenheit der Schwarzen erreicht werden, ein Ansatzpunkt war dabei der Bereich der Bildung und Ausbildung. Die Diskrepanz zwischen den Regierungsaufwendungen für die Ausbildung von schwarzen und weißen Kindern und Jugendlichen ist bis heute eklatant. Die Facharbeiterposten bleiben den Weißen vorbehalten, es gibt kaum schwarze Lehrlinge. Diese erzwungene Unterlegenheit der Schwarzen verhindert die Entwicklung einer ausgebildeten schwarzen Arbeitskraft. In diesem Zusammenhang ist auch der zielstrebige Ausbau der Bantustanpolitik und des Systems der Wanderarbeit zu berücksichtigen, einhergehend mit einer weiteren Verschärfung der Paßgesetze und einer rigideren Behandlung der Zuzugskontrollbestimmungen.

Die ungelernte billige schwarze Arbeitskraft kam zwar dem Minensektor zugute, führte aber langfristig zu einem Facharbeitermangel und wirkte sich negativ auf die Entwicklung der verarbeitenden Industrie aus.

Das rassistische Erziehungssystem:

	Weiße	Inder	Farbige	Schwarze
Vorschulen	865	32	68	59
Techn. Koll.	72	5	13	42
Kindergärten (staatl.)	240	3	38	111
schul. Erholungszentren	35	-	-	-
Schüler/Lehrerverh.	10,4:1	14,2:1	18,8:1	33,2:1

aus: Sowetan, 19.9.85

So werden in einem IWF-Report von 1982 die »Hauptmängel« der südafrikanischen Ökonomie kritisiert: Mangelnde Mobilität der schwarzen Arbeiter, zu geringe Bildungsausgaben für die Schwarzen und das System der Wanderarbeit. Der Report besagt, daß die große Diskrepanz zwischen den Bildungsausgaben für Schwarze und Weiße ein Hindernis für den »Fortschritt« sei. Hauptkritikpunkt war die mangelnde Mobilität der schwarzen Arbeiter, denn Hindernisse bei der geographischen Mobilität führten zu großen Unterschieden in der Bezahlung, wodurch in einigen Regionen der inflationäre Druck und in anderen die Arbeitslosigkeit erhöht werde. Besonders die kurzfristigen Verträge der Kontraktarbeiter wirkten sich fortschrittshemmend aus, da sie einen immer neuen Anlernungsprozeß notwendig machten.

Auf der anderen Seite entstand durch den zielgerichteten Ausbau der Apartheid eine riesige Bürokratie. Das Beamtenheer, zu 95% Weiße, gehört zu den treuesten Anhängern der Nationalen Partei. Allein 1984 wurden rund 20 000 Angestellte mehr in Regierungsämtern beschäftigt, das entspricht einem Zuwachs von 5%. U.a. aufgrund des ausufernden Beamtenapparates gab es bisher kaum Arbeitslosigkeit unter den Weißen. Gegen die Ausweitung des Beamtenapparates wendet sich auch die Unternehmerkritik. Diese fordert anstatt weiterer Steuererhöhungen eine Reduzierung des Beamtenapparates und eine weitere Privatisierung in Bereichen, die heute von staatlichen Unternehmen wahrgenommen werden, so bei der Energieversorgung, Schwerindustrie, Telekommunikation, im Transportsektor. Die Regierung wird sich allerdings darauf kaum einlassen, denn dies würde eine Modifizierung der Apartheid beinhalten, da der Zwangscharakter der Apartheid die Existenz einer ausgebauten Überwachungs- und Kontrollbürokratie notwendig macht. Der Rohstoffreichtum des Landes hat Südafrika zu einem führenden Exporteur von unverarbeiteten oder halbverarbeiteten Rohstoffen werden lassen.

Der Minensektor, der neben der Landwirtschaft am meisten von der billigen ungelernten schwarzen Arbeitskraft profitiert, ist zu fast 100% abhängig von Exporten. Eine Ausnahme bildet hier nur der Kohlesektor, da Kohle der Hauptträger der südafrikanischen Energieversorgung ist. Nahezu 10% aller Arbeitskräfte sind im Bergbau beschäftigt. Die Erträge aus dem Außenhandel steuern in der Regel mehr als die Hälfte zum südafrikanischen Bruttosozialprodukt bei.

Die niedrigen Löhne der schwarzen Ar-

Kohle
Produktion und Verkauf
in Millionen Tonnen

	1982	1983	1984
Produktion	140,1	145,8	162,0
lokaler Verkauf	106,3	112,6	121,0
Export	27,5	29,7	38,1

Financial Times Mai 1985

beiter, z.T. unter dem Existenzminimum, begünstigten zwar in den letzten Jahrzehnten die wirtschaftliche Entwicklung Weiß-Südafrikas, führten aber gleichzeitig dazu, daß sich der Binnenmarkt für die südafrikanische Wirtschaft im wesentlichen auf die Weißen beschränkte, eine breite Binnenmarktstruktur blieb aus. Die Produktion der verarbeitenden Industrie beschränkte sich auf Luxusgüter und auf Importsubstitution für den begrenzten Markt der Weißen. Dieser Markt scheint inzwischen gesättigt zu sein.

Die in der verarbeitenden Industrie Südafrikas eingesetzte Technologie ist kapitalintensiv, jedoch gemessen an internationalen Standarts zweitrangig. Spitzentechnologie findet ihren Einsatz meist in den Mutterfimen der in Südafrika ansässigen multinationalen Unternehmen. Die meisten Unternehmen, einheimische wie ausländische, begnügen sich damit, Technologie zu importieren, oftmals durch Erwerb von Lizenzen oder Patenten, um die Produkte ausländischer Firmen lokal zu produzieren. Diese Tendenz zeigt sich auch in der Beschaffenheit der südafrikanischen Importe: Maschinen und technische Ausrüstung neben Fertigwaren. Aus diesem Grund sind Phasen wirtschaftlicher Expansion immer begleitet von steigenden Importen, was nicht ohne Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz bleibt.

Automobil Markt
Prozentanteile an Südafrikas Automarkt

Hersteller	1983	1984
Toyota	20,5	21,9
Ford	14,2	14,3
Amcar	12,2	11,9
Volkswagen	12,3	10,6
Mercedes	8,7	9,8
Nissan	10,2	8,8
General Motors	7,5	7,7
BMW	4,8	5,9
Renault	3,9	5,2
Alfa Romeo	4,1	3,6
Leyland	1,5	0,3
Other	-	0,1

Financial Times Mai 1985

Diese Beschaffenheit der Investitionen hat im wesentlichen zwei Folgen für die südafrikanische Wirtschaft: ein nur langsames Wachstum einer lokalen Infrastruktur zur Unterstützung technischer Innovationen und eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, nicht nur in Phasen der Rezession.

Ein gutes Beispiel für das Verhältnis von Investitionen, Technologie und Beschäftigungsrate ist die Entwicklung bei General Motors. GM wandte sich zwar vehement gegen die Disinvestment-Kampagne, hauptsächlich mit dem Argument, daß dadurch Arbeitsplätze der Schwarzen verloren gingen, doch gleichzeitig wurde angekündigt, daß GM 40 Mio Rand für die Einrichtung einer weitgehend automatisierten Fertigungsstraße zur Produktion eines neuen Modells ausgeben würde. Wenig später wurde erklärt, daß aufgrund der schlechten Absatzlage, 465 Arbeiter, mehr als 10% der Belegschaft, für ca. 8 Wochen mit der Arbeit auszusetzen hätten. 3 Monate zuvor waren schon 320 Arbeiter entlassen worden.

Es hat sich also eine Wirtschaftsstruktur entwickelt, die der anderer sog. »Dritte-Welt-Ökonomien« gleicht; daran ändert auch die Feststellung nichts, daß Südafrika die führende Industriemacht des Kontinents ist. Inzwischen dämmert es Geschäftsleuten und einigen Politikern, daß Apartheid die industrielle Entwicklung des Landes behindert und weniger befähigt hat, ökonomische Schwierigkeiten zu überwinden, wie es unter anderen Umständen der Fall gewesen wäre.

Das zumindest offiziell verhängte Öl- und Waffenembargo gegen Südafrika - es wird zwar fortwährend umgangen - hat aber zu einem überdimensionalen Anwachsen dieser Sektoren in der südafrikanischen Wirtschaft geführt. Der Staat lenkt verstärkt Mittel in diese Bereiche, um möglichen Auswirkungen eines Embargos entgegenzuwirken, z. B. die Entwicklung von SASOL, der Kohle-Verflüssigungs-Anlage. Durch diese Maßnahmen sind die Finanzkrise und Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz mitbegründet.

Die Destabilisierungspolitik gegenüber den Frontstaaten hat diese zwar zu weitreichenden Zugeständnissen (siehe Nkomati Vertrag mit Mozambique) gezwungen, aber auch die Entstehung eines optimalen Absatzmarktes für südafrikanische Produkte wenn auch nicht gänzlich verhindert, so doch zumindest verzögert. Darüberhinaus haben natürlich die immensen Ausgaben für den militärischen Bereich gewichtigen Anteil an der Verschuldung des Landes.

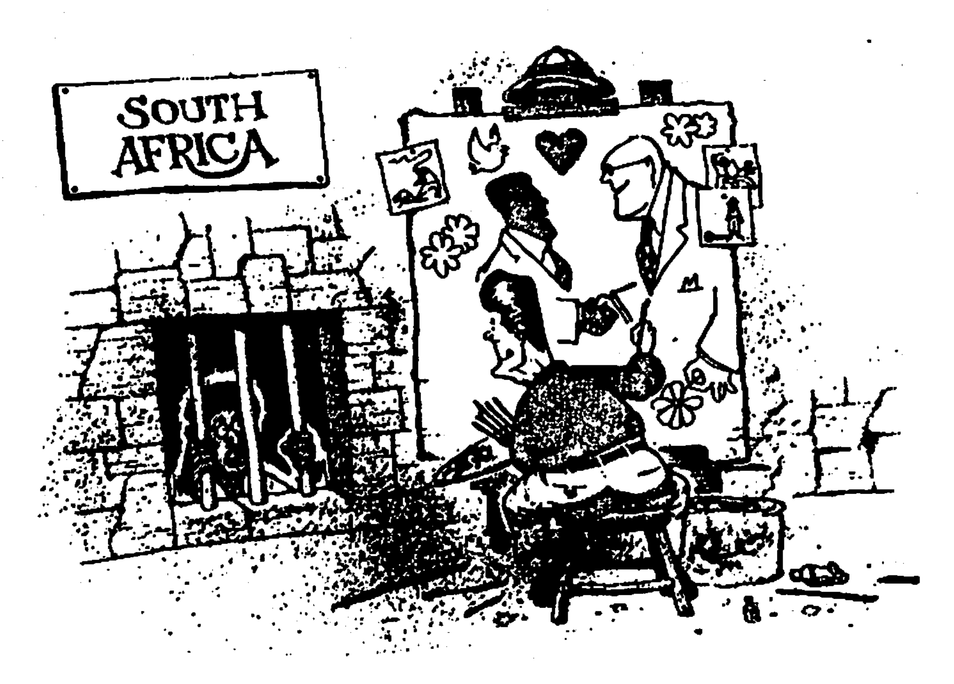
Nicht zuletzt trägt auch die dreijährige Dürre einen gewichtigen Anteil an der negativen wirtschaftlichen Entwicklung: Südafrika wurde vom Netto-Exporteur zum Netto-Importeur von Mais.

Auswirkungen der Krise

Es wird geschätzt, daß der Wert der Konkurse inzwischen 27 Mio Rand monatlich umfaßt.

Die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen hat inzwischen Rekordhöhen erreicht, z.Z. ca. 3 Millionen. Betroffen sind vor allem die Beschäftigten in der Automobilbranche und deren Zulieferfirmen. In dieser Branche machen sich besonders Nachfragerückgang und Rationalisierungen bemerkbar. Die Zulassung von neuen PKWs zeigt einen Rückgang von 20% allein im ersten Halbjahr 1985. Nach der Fusion mit Amcar schloß Ford seine Niederlassung in Neave. (Ford hat eine 25%ige Teilhabe an Mazda und Amcar hält die Mazda Anteile für Südafrika.) Alfa Romeo hat inzwischen seine Niederlassungen in Südafrika aufgegeben.

Schon im Februar wurde der Benzinpreis um 40% erhöht. Die Regierung be-



Südafrika

	1980	1981	1982	1983	1984	1985 (Jan-Jun)
Brutto-Inlandsprodukt						
Wachstum gegenüber dem Vorjahr in %	7.8	4.9	-1.2	-3.2	5.0	-1.0
Inflation (%)	13.8	15.2	14.7	12.3	11.7	16.0
Leistungsbilanz (Mio US $)	3,507	-4,382	-3,070	320	-800	2,000
Wechselkurs (Rand vs. US$)	0.78	0.87	1.08	1.11	1.44	2.2

Financial Times Mai 1985

Aussenhandel (in Mio Rand)

	Import 1982	Import 1983	Import 1984 Jan-Nov	Export 1982	Export 1983	Export 1984
US	2,697.0	2,467.0	3,154.3	1,322.8	1,753.8	1,942.4
BRD	2,708.7	2,236.0	3,150.2	865.4	753.4	883.9
GB	2,196.4	1,892.9	2,245.4	1,432.6	1,324.1	997.3
Japan	1,852.2	1,908.3	2,625.5	1,670.7	1,546.7	1,774.2
Afrika	332.4	325.7	381.3	904.8	797.1	746.2
Andere	8,631.6	7,422.8	8,510.9	13,147.2	14,496.9	16,984.7
Total	18,418.3	16,252.7	20,067.6	19,343.5	20,672.0	23,328.7

Financial Times Mai 1985

Wirtschaftszweig	Beschäftigte Gesamt	nach Rassengruppen Schwarze	Weiße	Farbige	Asiaten
Verarbeitende Industrie	1.427	780,9	316,2	247	90,2
Bergbau	710,8	635	73,8	10,5	0,8
Baugewerbe	427,4	302,5	57,5	63,2	8,3
Handel und Gaststätten	756,3	342,7	281,7	92,6	39,3
Banken und Versicherungen	120,6	16,0	91,9	8,9	3,8
Landwirtschaft (1976)	1.280	1.061,1	14,7	-204,2-	
and. Dienstleistungsbereiche (1984)	ca. 1.100	500	450(1)	120	25
Hausangestellte (hauptsächl. schwarze Frauen)		ca. 800			

gründete die Maßnahme mit den ständig steigenden Kosten für die Erdölimporte, aufgrund des sich verschlechternden Dollar-Rand-Verhältnisses. Diese Benzinpreiserhöhung verstärkte die Vermutung, daß sich die Inflationsrate bis Ende des Jahres bei 20% einpendeln konnte, was z.B. durch die 20%ige Erhöhung der Bahntarife noch unterstrichen wird.

Der Rand durchlief einen rasanten Kursverfall, er verlor allein im Laufe des Jahres '84 36% seines Wertes.

Im letzten Jahr wurden die Kreditzinsen von 10-15% auf 25% erhöht. Nicht nur der südafrikanische Staat, sondern auch Firmen und Privatpersonen nahmen nun Geld im Ausland auf, zu Zinssätzen von 5 - 12%. Die internationalen Banken hatten keine Bedenken, denn Südafrika galt als sicherer Kantonist. Südafrikanische Auslandsschulden stiegen um 3 Mrd US $ Schulden mit geringer Laufzeit. Nachdem US-amerikanische Banken sich weigerten, kurzfristige Kredite umzuschulden, gab die südafrikanische Regierung bekannt, die Rückzahlung der Auslandsschulden vorläufig (bis Januar '86) einzustellen.

Von den Maßnahmen vor allem der US-amerikanischen Banken sind die langfristigen Kredite nicht betroffen, deswegen wäre es auch voreilig, diese Maßnahmen als tiefgreifende »Vertrauenskrise« oder als Zeichen moralischer Entrüstung über das Apartheidsystem zu deuten.

Um das Haushaltsdefizit finanzieren zu können, wurden nicht nur Anleihen im Ausland aufgenommen. Die Regierung erhöhte die Warenumsatzsteuer von 10% auf 12%. Von dieser Maßnahme, wie auch von der steigenden Inflationsrate sind besonders die schwarzen Haushalte betroffen, da das gesamte Einkommen für die notdürftige Bestreitung des Lebensunterhaltes verwendet werden muß. So liegt bei diesen Haushalten die Inflationsrate zwischen 25% und 30%.

Die Gold- und Diamantengesellschaften wurden stärker zur Kasse gebeten, für einzelne importierte Luxusgüter wie Videorekorder und Personenwagen müssen höhere Zollzuschläge gezahlt werden. Darüberhinaus schaffte die Regierung einige Vergünstigungen für die Beamtenschaft ab.

Das Finanzministerium budgetierte für das Ende März auslaufende Rechnungsjahr 85/86 Ausgaben von ca. 31 Mrd. Rand. Mit zusätzlichen Einnahmen aus Steuereinkommen rechnet man mit einem Zufluß von ca. 28,3 Mrd. Rand, so daß ein Defizit von ca. 2,5 Mrd. Rand budgetiert wurde. (Zahlen für das vorausgegangene Rechnungsjahr: 27 Mrd. Rand Ausgaben - budgetiert 25,3 Mrd. - und 23,8 Mrd. Rand Einnahmen). Für 1984 wurden die Gesamtschulden der öffentlichen Hand auf über 27 Mrd. Rand geschätzt. Der jährliche Schuldendienst beläuft sich auf ca. 4 Mrd. Rand. Ein großer Teil der Ausgaben kommt durch das riesige Beamtenheer zustande. Die gesamten Beamtenlöhne schlagen mit mehr als 6 Mrd. Rand jährlich zu Buche.

Der Kursverfall des Rand hatte nicht nur negative Folgen für die südafrikanische Wirtschaft. Der Export wurde dadurch wesentlich belebt und der Goldpreis in Randnotierung ist in die Höhe geschossen (über 700 Rand pro Unze). Die großen Profite durch die Steigerung des Goldpreises in Randnotierung konnten der Depression in anderen Bereichen teilweise entgegenwirken. Einhergehend mit den Gewinnen in diesem Sektor war auch die höhere Besteuerung der Goldminen-Gesellschaften, von 20 auf 25%.

Nach Angaben des Mineral Bureau für 84 sind die Ausfuhren von Chrom gegenüber dem Vorjahr um 106% gestiegen, bei Kohle um 27%. Auch langfristig gute Exportchancen rechnet man sich bei Platin aus, das in vielen europäischen Ländern zur Produktion von Katalysatoren benötigt würde. So steigerte sich die Produktion von Platin in Rustenberg und Impala, den größten Platinminen der Welt von 1 Mio auf 1,5 Mio Unzen, bzw. von 0,8 Mio auf 1,1 Mio Unzen.

Südafrikas Goldproduktion

	1980	1981	1982	1983	1984
geförderte Tonnen (Mio)	89.9	91.9	95.0	99.9	101.1
produziertes Gold (t)	663.2	645.3	652.0	664.0	661.8
durchschnittlicher Grad (g/t)	7.28	6.92	6.76	6.55	6.44
Kosten pro geförd. Tonne (R)	35.53	41.89	47.25	51.88	58.94
Kosten pro kg Gold (Rand)	4,587	5,719	6,751	7,680	8,861
Einkommen d. Gold (Mrd. R)	10.19	8.30	8.52	10.01	10.93
Profit vor Steuern (Mrd. R)	7.34	4.89	4.50	5.34	5.67
Steuern u. sonst. Ausg. (Mrd. R)	3.84	2.10	1.83	2.30	2.31
Kapitalausgaben (Mrd. R)	0.92	1.22	1.26	1.41	1.64
Ausgez. Dividende (Mrd. R)	2.28	1.68	1.37	1.73	1.69

Financial Times Mai 1985

Feigenblatt EG-Kodex

Nach den Aufständen von Soweto im Jahre 1976 beeilte sich die in Südafrika investierende europäische Geschäftswelt, um international geforderten Sanktionen zuvorzukommen, mit der Ausarbeitung von Empfehlungen, die die Arbeitsbeziehungen in den südafrikanischen Tochtergesellschaften verbessern sollten. Dabei wurde nicht eine einzige bindende Verpflichtung festgelegt.

Angesichts der immensen Einkommensdifferenzen zwischen schwarzen und weißen Arbeitern (1976 verdiente z. B. ein schwarzer Bergarbeiter 91.72 Rand monatlich, ein weißer hingegen 737 R.) verabschiedete man 1977 den EG-Kodex, ein aus sieben Punkten bestehendes Programm: *Beziehungen innerhalb des Betriebs:* hiermit wird den Arbeitgebern

Ausländisches Kapital für Südafrika, 1972-1984

Nationalität ausländischer Manager-Banken	Wert der Anleihen und Großkredite in Mio US-Dollar	Anzahl der Anleihen und Großkredite
Großbritannien	5414.7	100
Bundesrepublik	4561.1	114
USA	4232.1	84
Schweiz	3795.7	100
Frankreich	3518.1	79

empfohlen, die Arbeitnehmer unterschiedslos ihre Organisationsform frei wählen zu lassen und mit deren Vertretungen zu verhandeln. *Wanderarbeit:* hier werden die Arbeitgeber auf ihre soziale Verpflichtung den schwarzen afrikanischen Arbeitern gegenüber hingewiesen, ihnen und ihren Familien das Recht auf Freizügigkeit zu ermöglichen. *Bezahlung:* die Gesellschaften werden angehalten, ihren Arbeitern 50% mehr zu bezahlen, als der derzeitige Mindestlohn beträgt, da dieser als kaum ausreichend erkannt wurde, die Grundbedürfnisse eines Beschäftigten und seiner Familie zu befriedigen. Der 4. Punkt, der sich mit *Gehaltsstruktur und Aufstieg schwarzer Arbeiter* befaßt, soll auf die Aufhebung der Job-Reservation hinarbeiten, denn es wird empfohlen, daß alle Positionen jedem Arbeiter, der über die erforderliche Qualifikation verfügt, offenstehen sollen. (Hierzu ist anzumerken, daß aufgrund der extrem unterschiedlichen Ausbildungssysteme für Schwarze und Weiße eine gleiche Qualifikation in den höher qualifizierten Berufen von den Schwarzen nur selten erreicht werden kann, daß also vom Offenstehen aller Positionen für jeden Arbeiter gar keine Rede sein kann.) Für gleiche Arbeit sollen gleiche Gehaltstabellen gelten.

Unter dem Punkt *Sonstige Zuwendungen* wird nochmals auf die soziale Verantwortlichkeit hingewiesen, sich seitens der Arbeitgeber mit den Lebensbedingungen der Beschäftigten und ihrer Familien zu befassen und Unternehmensfonds zu schaffen. Die *Beseitigung von Rassentrennung am Arbeitsplatz* wird empfohlen, in Kantinen, bei Sportveranstaltungen, Erziehung und Ausbildung, soweit es in der Zuständigkeit des jeweiligen Arbeitgebers liege. Schließlich sollen *Berichte über die Anwendung dieses Verhaltenskodex* in jährlich detailliert und vollständig vorliegender Form über die Fortschritte Auskunft geben und sollten von den Regierungen der damals neun Mitgliedsländer der EG überprüft werden.

Da dies nun alles nur Empfehlungen sind, keine Verpflichtungen, und da auch an eine Veröffentlichung der Berichte unter Nennung der Firmennamen keineswegs gedacht war, versteht es sich fast von selbst, daß bei keiner einzigen deutschen Tochterfirma in Südafrika bis 1981 auch nur die Kodexforderung von 50% über Mindestlohn eingehalten wurde. Ende Juni dieses Jahres (1985) veröffentlichte Bonn die »Fünfte Zusammenfassung der Berichte von in Südafrika engagierten Unternehmen«, in denen die Berichte von 47 deutschen Unternehmen mit insgesamt etwa 38 100 Arbeitern, die Hälfte davon

Schwarze, ausgewertet wurden. Um den EG-Kodex als Alternative zu Forderungen nach einem Rückzug aller europäischen Investitionen zu retten, hatten die Niederlande bei einem kürzlichen Außenminister-Treffen vorgeschlagen, die regelmäßige Berichterstattung für alle Unternehmen der EG verbindlich zu machen und gleichzeitig die Einzelberichte der Firmen zu veröffentlichen, was unter anderem an Bonn scheiterte. In den 12 größten Tochterfirmen deutscher Konzerne in Südafrika (AEG, Bayer, BMW, Bosch, D-Benz, Gedore, Henkel, Hoechst, Klöckner, MAN, Siemens und VW) gab es laut einer Erhebung, die zwischen 1979 und 1980 unter 237 Arbeitern gemacht wurde, sogar 50 Löhne unter dem Existenzminimum, während die Löhne von 181 Beschäftigten Schwarzen unter dem EG-Kodex lagen. (Dem Existenzminimum liegt eine Berechnung der Universität Port Elizabeth für unterschiedliche Regionen zugrunde). Auch das Verhalten der Europäer wird von schwarzen Arbeitskräften durchweg kritisiert, die Deutschen bilden da keine Ausnahme. Nach Ansicht von Beobachtern aus der IG Metall hat es nur bei einigen Großunternehmen positive Veränderungen gegeben, da sie im Blickpunkt der Öffentlichkeit stünden. Bei vielen der über 200 kleineren Niederlassungen gebe es jedoch oft noch schlimme Verhältnisse.

Bei Interviews äußerten sich schwarze Arbeiter von BMW, Daimler Benz und Siemens, daß die Deutschen sich genauso rassistisch verhielten wie die Buren. Die Firma Siemens, die sogar noch mit Vorliebe zwischen Schwarzen und Farbigen unterscheidet, hat nach Angaben der IG-Metall die schwarze Gewerkschaft, in der die Mehrzahl ihrer Arbeiter organisiert ist, noch immer nicht anerkannt. Und die Firma BMW kündigte im März dieses Jahres die Erweiterung eines Zweigwerks in dem schwarzen Homeland Bophuthatswana an: In den Homelands sind Gewerkschaften verboten und die Arbeitskräfte im Vergleich zu den Städten noch gänzlich unorganisiert.

Ihr wißt genau, daß wir Ausbeuter sind. Ihr wißt genau, daß wir erst das Gold und die Metalle und dann das Erdöl der »neuen Kontinente« genommen und in unsere alten Mutterländer gebracht haben. Nicht ohne ausgezeichnete Ergebnisse: Paläste, Kathedralen, Industriestädte. Und dann, als die Krise drohte, waren die Kolonialmärkte da, um sie zu drosseln oder abzulenken. Das mit Reichtümern gemästete Europa billigte allen seinen Einwohnern *de jure* die Menschlichkeit zu. Ein Mensch heißt bei uns ein Komplize, weil wir *alle* von der kolonialen Ausbeutung profitiert haben.

Dieser fette und farblose Kontinent verfiel dem, was Fanon zu Recht »Narzißmus« nennt. Cocteau regte sich über Paris auf, »diese Stadt, die ständig von sich selbst spricht«. Und was tut Europa? Und Nordamerika, dieses übereuropäische Monstrum? Dieses Geschwätz von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Liebe, Ehre, Vaterland, was weiß ich. Das hinderte uns nicht daran, gleichzeitig rassistische Reden zu halten: dreckiger Neger, dreckiger Jude, dreckiger Araber. Liberale und zarte gute Seelen – mit anderen Worten, Neo-Kolonialisten – gaben sich schockiert über die Inkonsequenz.

Ob aus Irrtum oder schlechtem Gewissen: nichts ist bei uns konsequenter als ein rassistischer Humanismus, weil der Europäer nur dadurch sich zum Menschen hat machen können, daß er Sklaven und Monstren hervorbrachte. Solange es Eingeborene gab, wurde dieser Schwindel nicht entlarvt. Man stieß bei der Menschengattung auf eine abstrakte Forderung nach Universalität, die dazu diente, realistischere Praktiken zu kaschieren: jenseits der Meere gab es eine Rasse von Untermenschen, die dank unserer Hilfe vielleicht in tausend Jahren unseren Status erreicht haben würden. Kurz, man verwechselte die ganze Gattung mit der Elite. Heute bringt der Eingeborene seine Wahrheit zutage. Sofort offenbart unser so geschlossener Klub seine Schwäche: er war nicht mehr und nicht weniger als eine Minorität. Schlimmer noch:

Weil die andern sich gegen uns zu Menschen machen, wird deutlich, daß wir die Feinde der menschlichen Gattung sind.

(Sartre)

Deutsche Banken...

Während seit Anfang September dieses Jahres die US-Banken angehalten sind, keine Kredite mehr an Südafrika zu vergeben und z.B. Schweden die Kreditvergabe an Südafrika verboten hat, gehören die Dresdner Bank, die Deutsche Bank, die Commerzbank, die Westdeutsche Landesbank/Girozentrale, die Berliner Handelsbank, die Frankfurter Bank, sowie die Bayrische Vereinsbank zu den international größten Kreditgebern an Südafrika.

Von Südafrikas derzeitigem Schuldenberg von 24 Mrd Dollar sind etwa 1o % deutschen Banken zuzurechnen. An der Spitze liegt die Dresdner Bank mit 1,2 Mrd. DM, die Deutsche Bank hat 780 Mio, die Commerzbank 450 Mio an Ausleihen an Südafrika verzeichnet. Jeweils rund 1/4 davon sind über die Hermes-Versicherung staatlich verbürgt. (Bei der bundeseigenen Hermes AG können Exporteure ihre Lieferungen an das Ausland z.B. gegen Zahlungsunfähigkeit des Geschäftspartners versichern, wobei die Bundesregierung (und damit der Steuerzahler) die Garantie übernimmt.) Die Bürgschaften der Hermes-Kredit-Versicherung für deutsche Südafrika-Exporte standen Ende 1984 mit rund 6 Mrd. Mark im Bundeshaushalt zu Buche.

Zwischen Juni 84 und März 85 wurden elf Anleihen von südafrikanischen Schuldnern durch bundesdeutsche Banken gemanagt, von denen sie auch bei zehn die Konsortialführung übernommen hatten. Die Anleihen verteilten sich auf:

- die südafrikanische Regierung 250 Mio DM
- ESCOM (Staatl. Energieversorgungsunternehmen) 305 Mio DM
- South African Transport Services (Staatl. Verkehrsgesellschaft) 100 Mio DM
- Departments of Post and Telecommunications (Ministerium für Post und Fernmeldewesen) 150 Mio
- Genbel Finance B.V. 100 Mio DM
- Local Authorities Loans Fund Board, 75 Mio DM.

Aufgrund der Finanzkrise Südafrikas nehmen inzwischen auch private südafrikanische Unternehmen öffentliche Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt auf.

Bei drei der genannten Anleihen war die Dresdner Bank Konsortialführer, an allen anderen war sie an führender Stelle beteiligt, andere deutsche Banken waren jeweils Co-Manager. Die Führungsrolle, die die Dresdner Bank zweifellos im Bankengeschäft mit Südafrika einnimmt, wird auch durch ihr Namibia-Engagement unterstrichen: Ende 1980 hat sie die 51%ige Kapitalmehrheit der SWABANK/Namibia aufgekauft, deren Vorstandsvorsitzender der Vorsitzende von VW-SA ist. Fol-

gerichtig fordet denn auch die CSU, zur »Sicherung der deutschen Interessen« das Konsulat in Windhoek wiederzueröffnen.

Die direkten Bankanleihen sind jedoch nur ein Teil der Geldgeschäfte mit Südafrika, denn bundesdeutsche Unternehmen benötigen für ihre Investitionen Kapital und Auslandinvestitionskredite, die Außenhandelsfinanzierungen gehören ebenso zum Geschäft der Banken. Sie sind allerdings nicht nachweispflichtig und daher in ihrer Höhe kaum einzuschätzen, nach Ansicht von Experten machen sie jedoch noch einmal denselben Umfang aus wie die »öffentlichen« Anleihen.

Die meisten bundesdeutschen Groß-Banken haben Partnerbanken, Vertretungen, Agenturen, Zweigstellen oder Filialen in Südafrika. Damit sind sie ganz direkt in die Strategie der südafrikanischen Regierungs-Politk eingeflochten, denn internationale Banken sind z.B. durch Mitbestimmungsrechte in der Verteidigungskommission in die Regierung eingebunden. Das südafrikanische Bankengesetz schreibt vor, daß Banken, Zweigstellen und Filialen mindestens 8 % der Gesamteinlagen in Wertpapieren halten müssen, die die Regierung bestimmt, z.B. durch Beteiligungen an halbstaatlichen und staatlichen Unternehmungen oder durch »Verteidigungs-Schuldverschreibungen«. Auf einer in Frankfurt veranstalteten Podiumsdiskussion am 9.5.85, am Vorabend des Bankentages, stellte denn auch der geladene Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Banken, Dr. W. Jahn, ehemaliges Vorstandsmitglied der Commerzbank fest, daß Banken und Institutionen kein Gewissen hätten, sondern daß Banken dazu da seien, die Industrie finanzieren zu helfen, wo immer sie sei. Damit wischte er in seinem Redebeitrag die ihm entgegen gehaltenen moralischen Bedenken vom Tisch. Auch konnten auf einer Hauptversammlung der Dresdner Bank vor dem Banken-Aktionstag am 10.5. von deren Vorstandsprecher keine Garantien gegeben werden, daß die Anleihen der Bank in Südafrika nicht den militärischen Bereichen zugute kämen. Er verwies dabei auf das Vertrauen, das man bei Kreditgeschäften zu seinem Kreditpartner haben müsse.

Nachdem sich im Verlauf des August dieses Jahres die amerikanischen Banken weigerten, kurzfristige Kredite Südafrikas routinemäßig zu verlängern und im November die US-Bankenaufsicht die Kreditwürdigkeit Südafrikas auf ihrer Skala um zwei Stellen zurückgestuft hat, waren auch andere Wirtschaftnationen nicht mehr bereit, ein Umschuldungsabkommen mit Südafrika abzuschließen. Das Land, das man bisher zu den wirtschaftlich soliden Industrieländern zählte, mußte seine Schuldenrückzahlungen Anfang September bis zum Ende des Jahres aussetzen. Damit sei nun auch auf dem deutschen Markt ein gewisses Mißtrauen eingetreten, nach Angaben eines deutschen Bankers. Wer noch groß in Südafrika-Anleihen engagiert sei, müsse jedoch dabei bleiben und auf »besseres Wetter« hoffen, während man inzwischen Haltern von kleineren Südafrika-Depots rate, ihre Anlagen zu überdenken.

Immerhin mußte Südafrika inzwischen die Prägung von Krügerrands zweitweilig einstellen, nachdem auch in den USA ein Importstopp der Goldmünzen verfügt worden war. Der Krügerrand, der im letzten Jahr 10 % der Einnahmen Südafrikas aus dem Goldverkauf ausmachte, war zu 80 % nach USA geliefert worden.

Die Bundesregierung konnte sich bisher zu keinerlei Sanktionen entschließen, kein Wunder bei dem massiven bundesdeutschen Engagement in dem Rassistenstaat! Der ehemalige Ministerpräsident Südafrikas B.J. Vorster äußerte bereits 1972: »Jedes Handelsabkommen, jede Bankanleihe, jede neue Investition ist ein weiterer Baustein unseres Fortbestehens.« Die BRD ist ein fleißiger Helfer!

...und deutsche Waffen

Ebenso wie auf dem Banken- und Wirtschaftssektor ist die Bundesrepublik mit dem Rassistenregime auch im Rüstungsbereich stark verbunden. Für die Unterdrückung nach innen wie für die Aggressionen nach außen (Einfälle in Mozambique, Angola, Lesotho und Botswana, Besetzung Namibias) braucht Südafrika eine hochgerüstete Polizei- und Armeetruppe.

Südafrikas Armee ist von Ausbildung und Bewaffnung her die stärkste des afrikanischen Kontinents. Neben den herkömmlichen Bereichen Heer, Luftwaffe und Marine gibt es vor allem noch die Bürgerwehr, in der alle weißen männlichen Einwohner bis zum 60. Lebensjahr durch jährliche Wehrübungen organisiert sind. Diese Bürgerwehr übernimmt Polizeiaufgaben in den Ghettos und Townships, veranstaltet Schieß- und Ausbildungskurse auch für weiße Frauen und sorgt so dafür, daß praktisch jeder Weiße ein Soldat des Regimes ist. Polizei und Armee sind sowohl von den Aufgaben wie auch personell miteinander verbunden; gegenwärtig werden z.B. Armeeinheiten (wie die berüchtigte Koevoet-Einheit) aus Namibia abgezogen und in die Zentren des Aufstands (Koevoet nach Mitchells Plain, einem Township bei Kapstadt). Einige wenige Einheiten in der Armee sind speziell für schwarze und farbige Freiwillige aufgestellt. In der Polizei gibt es für die Townships ca. 20.000 schwarze Polizisten.

Dank der Lieferungen von Rüstungsgütern wie auch ganzen Produktionsverfahren, Lizenzen und Fabriken aus dem westlichen Ausland hat Südafrika heute eine eigene starke Rüstungsindustrie aufgebaut, die viele Teile des benötigten Kriegsgerätes selbst herstellt, sie teilweise sogar schon exportiert und so die Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Ausland verringert hat.

Seit dem 4.11.1977 besteht ein von der UNO beschlossenes Rüstungsembargo gegenüber Südafrika, das aber in den letzten Jahren v.a. durch die USA, England, Frankreich und die BRD unterlaufen worden ist. Bundesdeutsche Firmen wie Gutehoffnungshütte (GHH), Maschinen- und Turbinen Union (MTU), Deutsche Airbus, Magirus Deutz, Daimler Benz, Siemens u.a. haben hauptsächlich schwere und mittelschwere Militärfahrzeuge, schwere Schiffsmotoren, Munition, Sprengstoffausgangsprodukte, leichte Waffen und ganze Anlagen für die Waffenproduktion geliefert.

In den Augen der verschiedenen Bundesregierungen, die jedesmal die Ausfuhrgenehmigung für diese Waffen und militärischen Güter erteilen mußten, sind das alles »zivile« Güter, für die das UNO-Waffenembargo nicht zutreffe.

Auf dem Gebiet der Atomanlagen und der militärischen Nutzung der Atomkraft hat die BRD ebenfalls dem Rassistenstaat hilfreich unter die Arme gegriffen. Für AKW's, eine Urananreicherungsanlage und andere nukleare Anlagen wurden Maschinen und Meßgeräte geliefert; im Gegenzug bezieht die BRD 30% ihres hier benötigten Urans aus Namibia, das von Südafrika besetzt ist.

In den strategischen Plänen der NATO nimmt Südafrika einen festen Platz ein. Seit Jahren gibt es den Versuch, auf beiden Seiten des Südatlantiks von den westlichen Mächten abhängige Staaten (Argentinien, Brasilien, Südafrika) zu einer South Atlantic Traety Organisation (SATO) zusammenzuschließen, der südlichen Ergänzung der NATO. Wenn Südafrika auch einiges an strategischem Wert für die NATO verloren hat - durch neue US-Stützpunkte im Indischen Ozean und verbesserte Aufklärung mittels Satelliten -, so bleibt doch seine Bedeutung als Rohstofflieferant bestehen, als Kontrolleur der lebenswichtigen Schiffahrtswege ums Kap, als möglicher Stützpunkt für NATO-Flotten (mindestens drei große ausgebaute Häfen) und als Regionalmacht, die einen großen Teil der Länder des südlichen Afrika durch ökonomische, politische und militärische Einflußnahme unter Druck setzt.

Aus all diesen Gründen bedeutet Widerstand gegen das Rassistenregime in Pretoria auch immer Kampf gegen die Allianz imperialistischer Staaten, die den weißen Herren die Steigbügel hält.

Arbeitskreis Afrika -AKAFRIK- Münster

„Der Schwarze weiß,
wo sein Platz ist, und wenn
nicht, werde ich ihm den Platz schon
zeigen" (Polizeiminister
Jimmy Krüger 1976)

Quellen:
Africa Business. No. 61. Sept. 83.
Blätter des iz3w. Nr. 126/1985; 129/1985.
Financial Times 10.5.85, 13.5.85.
Frankfurter Rundschau 19.8.85.
Geisler, W./Wellmer, G.: DM - Investitionen in Südafrika. issa - Wissenschaftliche Reihe 10. Bonn 1983.
Handelsblatt 5.2.85, 6.3.85, 12.3.85, 20.3.85, 4./5.10.85.
informationsdienst südliches afrika 2/84, 3/84, 7/84, 1/85, 4/85.
National Forum Commitee July 1984.
New African Labour Bulletin 6/85.
Der Spiegel 33/85, 34/85, 36/85, 38/85, 40/85, 44/85.
Star 7.5.85, 18.4.85.
Tageszeitung 2.8.85.

Schwarze Arbeiter im Kampf gegen Kapitalismus und Rassismus

Die Spaltung der Arbeiterbewegung und die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften

Eines der für die Entwicklung des schwarzen Widerstands gegen das rassistische Regime entscheidensten Merkmale in den letzten Jahren ist der rasante Aufstieg der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften. Viele sehen in ihnen die für die Zukunft bedeutsamsten Träger der Entwicklung des Widerstands als großes Sammelbecken, in denen sich die Schwarzen allen unterschiedlichen politischen Richtungen zum Trotz organisieren können. Einfach wegen ihrer ökonomischen Stellung als Arbeiter, Arbeitslose und Arbeitssuchende, als die am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Teile der Gesellschaft.

In Südafrika ist es unmöglich, von einer Gewerkschaftsbewegung in dem Sinne wie wir sie hier in Europa verstehen, zu sprechen. Es gibt keine einheitliche Bewegung all derer, die man ökonomisch als »Lohnabhängige« begreift, denn auch hier ist das Merkmal der rassischen Unterscheidung bestimmend. Es gibt die Gewerkschaftsbewegung der weißen Arbeiter und davon heute unabhängig die schwarze Gewerkschaftsbewegung. (»Schwarz« ist hier immer im Sinne der Zusammenfassung der Schwarzen, Inder und sog. Farbigen zu verstehen, als Begriff für den Zustand der Unterdrückung, der all diese Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sind.)

Es gibt kaum Berührungspunkte zwischen den weißen und schwarzen Arbeitern, außer, daß sie alle lohnabhängig sind. Aber schon hier fängt der Unterschied an: die Löhne der Weißen sind um ein mehrfaches höher als die der Schwarzen: kein Schwarzer darf eine Position über einem Weißen einnehmen, auch wenn er dafür besser qualifiziert sein sollte (sog. »job reservation«, die die weißen Arbeiter nach der Rand-Revolte 1922 durchsetzten). Bis auf den Großen Bergbaubereich ist die »job-reservation« zwar offiziell wieder abgeschafft, aber sie wirkt durch das ungleiche Bildungssystem für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen weiter. Die weißen Arbeiter üben im wesentlichen Facharbeiter- und Aufsehertätigkeiten aus, während die Masse der ungelernten und angelernten Arbeiter Schwarze sind. Alle Lebensverhältnisse und -umstände sind so voneinander verschieden, daß die Tatsache der Lohnabhängigkeit kein konstituierendes Merkmal einer gemeinsamen Arbeiterklasse von weißen und schwarzen Arbeitern sein kann.

1) Wir benutzen hier den Begriff »rassischer Kapitalismus«, obwohl es im Deutschen eigentlich »rassistischer Kapitalismus« heißen müßte. In der Literatur erscheint er als Übersetzung des englischen »racial capitalsm« und soll die enge Verbindung zwischen Rassismus und Kapitalismus in Südafrika ausdrücken.



1955: Versammlung von SACTU-Gewrkschaftern

Die einen profitieren von der rassischen Aufteilung der Gesellschaft, die anderen sind die Opfer dieser Aufteilung. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß man die weißen Arbeiter, die sich trotzdem in einer offenen nicht-rassischen Gewerkschaft organisieren, mit den Fingern zählen kann. Die weißen Arbeiter sind neben den weißen Farmern die Hauptstützen der Apartheid und der herrschenden Parteien, ja sogar ein wesentliches Potential für die aufkommenden halbfaschistischen rechten Parteien wie die Herstigte Nasionale Partei (HNP) und die Konservative Partei (CP).

»Die weiße Arbeiterklasse als ganzes ist eine Arbeiteraristokratie, trotz der gegebenen Unterschiede in Ausbildung, Status, Bezahlung und sozialer Position ihrer Mitglieder. Im Gegensatz dazu sind die schwarzen Arbeiter weit davon entfernt, eine Arbeiteraristokratie zu werden. Sie sind Lohnsklaven, aufgeteilt in drei unterschiedliche, aber miteinander in Beziehung stehende Teile: die ländlichen, die städtischen und die Wanderarbeiter.« (Ncube) Als ländliche Arbeiter gelten die große Masse der auf den weißen Farmen langfristig beschäftigten Arbeiter und Hausangestellten (über 1 Million); die städtischen Arbeiter leben in den Ghettos und Townships der weißen Industriegebiete und habe durch lange Beschäftigung oder Geburt das Wohnrecht in diesen Gebieten erworben. Sie machen auch die Masse der schwarzen Gewerkschaftsbewegung aus. Wanderarbeiter sind die Arbeiter aus dem schier unerschöpflichen Reservoir der sog. Bantustans oder Homelands, die nur für die Zeit ihrer Arbeitskontrakte die weißen Gebiete aufsuchen dürfen und »nach getaner Arbeit« wieder in den Homelands zu verschwinden haben.

Aus dem oben Gesagten darf nicht geschlossen werden, daß Klassengegensätze keine Rolle in Südafrika spielen. Sowohl zwischen weißen Arbeitern und Kapitalisten wie auch zwischen schwarzen Arbeitern und Geschäftsleuten oder Händlern gibt es Gegensätze (schwarze »Kapitalisten« in der Form wie Weiße gibt es nicht). Aber der Hauptgegensatz, der die Spaltung der südafrikanischen Gesellschaft ausmacht, ist ein rassischer, der sich in dem wesentlichen Klassengegensatz von schwarzen Arbeitern zu den weißen Kapitalisten ausdrückt. Über die Frage der Bedeutung von »Rasse« und »Klasse« gibt es innerhalb der schwarzen Gewerkschaftsbewegung große Diskussionen und theoretische Dispute, auf die hier leider nicht näher eingegangen werden kann. Dafür sei auf die in diesem Heft angeführte Literaturliste verwiesen. Apartheid in Südafrika muß also als »rassischer Kapitalismus« verstanden werden. (Luckhardt/Wall).

»In Südafrika, wie in allen kapitalistischen Ländern, ist das primäre Motiv aller Pro-

Gewerkschaften und Politik

Ian Bisell, FOSATU, Durban, zur Unterstützung des Stayaways

Was die Regierung beim Stayaway besonders geschockt hat, ist die weitverbreitete Unterstützung von Gewerkschaften für politische Forderungen. Minister in der Regierung haben kürzlich die Gewerkschaften wiederholt ermahnt, sich von der politischen Bühne fernzuhalten. Das jedoch ist unannehmbar, besonders im südafrikanischen Kontext...

Die übereinstimmende Position innerhalb der FOSATU zu politischen Fragen war immer gewesen, daß die Föderation jedes Problem aufgreift, das im Interesse der Mitgliedschaft und der Arbeiterklasse allgemein liegt und das sie meint in wirkungsvolle Aktion umsetzen zu können.

Die Föderation stellt sich hinter das Stayaway, weil ihre Mitgliedschaft mit der Krise unzufrieden war, die sich in ihren Wohnorten, den Townships, ausbreitete. In den 'Schauprozessen' steht die Frage auf dem Spiel, ob die FOSATU und andere unabhängige Gewerkschaften auch in Zukunft Aktionen zu politischen Problemen in Angriff nehmen können, die ihre Mitgliedschaft betreffen — eine Mitgliedschaft, die alles in allem über keine einzige politische Stimme verfügt.

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung hat eine Schwelle in ihrer Entwicklung erreicht. Die Gewerkschaften sind in den Fabriken gut organisiert und haben enge internationale Kontakte aufgebaut. Soweit die FOSATU sich überlegt, wie sie den Angriff der Regierung auf die Gewerkschaften zurückgeschlagen kann, ist klar, daß ihre Strategie auch darauf abzielen wird, die internationale Gewerkschaftsbewegung um konkrete Unterstützungsaktionen zu bitten.

aus: International Labour Reports, Jan/Febr.85

duktion die Akkumulation von Profit durch jene, die die Produktionsmittel besitzen (Land, Rohmaterial, Werkzeuge, Fabriken). In Südafrika sind die überwiegende Mehrheit der Produzenten schwarze Arbeiter... Diese Menschen besitzen nichts als ihre Arbeitskraft und müssen diese verkaufen, um zu überleben. Auf dem Rücken dieser schwarzen Arbeiter wurde der Reichtum geschaffen, von dem die meist nicht produzierende weiße Minderheit lebt. Aufeinanderfolgende weiße Regierungen haben dieses Jahrhundert hindurch die Staatsgewalt zur Durchsetzung eines fundamentalen Zwecks gebraucht - nämlich der Kontrolle von billiger Profitmaximierung und Kapitalakkumulation.«(Luckhardt/Wall)

Die Geschichte der schwarzen Gewerkschaftsbewegung bis 1970

Niemals in den 300 Jahren von Kolonialismus und Sklavenhaltung, der Entwicklung von Kapitalismus und Imperialismus in Südafrika haben die schwarzen Arbeiter und Bauern ihren Widerstand gegen dieses System aufgegeben. Streiks schwarzer Arbeiter hat es schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gegeben, vor allem in den Häfen, im Transportwesen (Eisenbahn) und mit der Entdeckung und Ausbeutung der Gold- und Diamantenminen auch dort. Diese frühen Kampferfahrungen konnten aber erst 1917 in den Rahmen einer schwarzen Gewerkschaftsorganisation eingebracht werden, der Industrial Workers of Africa Union (Ncube). Schon Jahrzehnte früher hatten sich weiße Arbeiter in exclusiven Gewerkschaften zusammengefunden; ohne Staatliches Gesetz wurde damals schon der Ausschluß schwarzer Arbeiter praktiziert.

Trotzdem waren es weiße radikale Arbeiter aus der »Socialist Internationalist League«, eine sehr kleine Minderheit, die den Aufbau schwarzer Gewerkschaften um diese Zeit voranbrachten. Ebenso hatte die Gründung des South African Native National Congress (SANNC) 1912, der dann später in African National Congress (ANC) umbenannt wurde, durch die Erhebung politischer Forderungen für die schwarze Mehrheit Einfluß auf die Bildung der Gewerkschaften. Die ersten Streiks und Boykottaktionen der Gewerkschaft und ihrer Verbündeten (SANNC und SIL) 1917 und 1918 wurden durch Verhaftungen und staatliche Verfolgung unterdrückt.

Die Industrial and Commercial Workers Union (ICU)

Mit der Gründung der ICU 1919 wurde der Schritt zum großen; landesweiten schwarzen Gewerkschaftsbund in Südafrika zum ersten Mal vollzogen. Die Geschichte der ICU beginnt in Kapstadt, wo 1919 auch schon der erste große Streik dieser neuen Gewerkschaft geführt werden mußte. Die schwarzen Hafenarbeiter weigerten sch, weiter Lebensmittel zu verladen, da nach dem Ersten Weltkrieg die Preise für Lebensmittel exorbitant in die Höhe gegangen waren und den ohnehin schon geringen Lebensstandard der schwarzen Bevölkerung noch weiter hinuntergedrückt hatten. Mit Hilfe der Streikbrechertätigkeit von weißen Arbeitern wurde der Streik zerschlagen, aber diese Aktion hatte Auswirkungen auf das ganze Land; überall strömten schwarze Arbeiter, Arbeitslose, enteignete Kleinbauern den neugegründeten Organisationen der ICU zu, sodaß sie auf dem Höhepunkt der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit fast 250.000 Mitglieder zählte (1928, nach Ncube).

In den 20er und zu Beginn der 30er Jahre hatte sie als eine Organisation, die nicht nur streng gewerkschaftliche Forderungen, sondern auch populistische politische Forderungen vertrat, den ANC zeitweise an Bedeutung überragt.

In die 20er Jahre fällt auch ein für die endgültige Trennung von schwarzer und weißer Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entscheidendes Ereignis: die Rand-Rebellion der weißen Arbeiter 1922. Zusammen mit der damaligen Regierung Smuts hatten die Minenkapitalisten versucht, die teuren weißen Minenarbeiter durch billige schwarze Arbeitskraft zu ersetzen. Gegen diesen Plan gingen die weißen Arbeiter bewaffnet vor. Es kam so zu seltsamen Konstellationen: auf der einen Seite weiße Arbeiter, die ihre rassistischen Vorurteile, aber auch ihre ganz handfesten Vorteile mit quasi-marxistischen Parolen verteidigten: »Arbeiter der ganzen Welt, kämpft und vereinigt Euch für ein weißes Südafrika!«; auf der anderen Seite die ICU, die Regierung und Minenbesitzer unterstützte, denn sie war natürlich gegen die weißen Privilegien. Die weißen Arbeiter konnten sich mit Hilfe der weißen Oppositionsparteien, die einen teilweise offenen Nationalsozialismus vertraten, schließlich durchsetzen, die Regierung Smuts wurde abgelöst und als erstes Gesetz der neuen Regierung wurde das Arbeitsrecht neu geordnet, welches u.a. die schon erwähnte »job rerservation« festschrieb.

»Mit der Rand-Rebellion hatten sich die weißen Arbeiter endgültig aus der Arbeiterbewegung als einer gegen das Kapital gerichteten Bewegung verabschiedet und waren, zwar immer noch lohnabhängig, zu Unterstützern der herrschenden Klasse geworden. Auch die Minenbosse konnten mit dieser Lösung leben: die ungeheure Ausdehnung der Minenproduktion, nicht nur im Gold-, Diamanten- und Kohlebereich, sondern in nahezu allen Förderungszweigen besonders zum Zweiten Weltkrieg hin verlangte auch die Erweiterung der Arbeiterbeschäftigung: für die harte Arbeit in den teilweise bis zu 4000m tiefen



1973: Arbeiter demonstrieren während der Streiks in Durban

Minen wurde immer mehr schwarze Arbeitskraft herangeschafft, während die weißen Arbeiter Aufseher- und Vorarbeitertätigkeiten übernahmen.

Die mangelnde gewerkschaftliche und politische Erfahrung der ICU machte sie schließlich anfällig für bürokratische Mißwirtschaft, Korruption und persönliche Richtungskämpfe unter den führenden Mitgliedern. 1927 wurden die Kommunisten aus dem Verband ausgeschlossen, um die Regierung durch diesen Schritt geneigt zu machen, die Gewerkschaft offiziell anzuerkennen. Die Hoffnung erfüllte sich nicht. 1928 schloß der Vorsitzende der ICU, Clements Kadalie, eine rivalisierende Fraktion in Natal aus.

All das führte dazu, daß die ICU Anfang der 30er Jahre zerbrach und im weiteren Verlauf einer Reihe von Industriegewerkschaften Platz machte. Diese Gewerkschaften hatten sich aus den Erfahrungen der ICU nicht mehr als allgemeine, sondern als auf einen spezifischen Industriebereich beschränkte Gewerkschaften gegründet und waren besser als die ICU in der Lage, ökonomische Forderungen gegenüber Staat und Kapitalisten zu vertreten.

Der Zweite Weltkrieg und die damit verbundene Produktion für die Kriegszwecke der Allierten in Südafrika führte nach der Depression der frühen 30er Jahre zu einer erneuten Vergrößerung der schwarzen Arbeiterschaft. Entsprechend stieg auch der Organisationsgrad in den Gewerkschaften an, die sich 1942 im Council for Non-European Trade Unions (CNETU) zusammenfanden. Nur einige Mitglieder der verschiedenen Fraktionen der kommunistischen Partei Südafrikas arbeiteten beim Aufbau der Organisation mit. 1945 hatte dieser Gewerkschaftsbund ca. 160.000 Mitglieder.

Bis dahin aber waren kaum Versuche unternommen worden, die schwarzen Arbeiter in den Minen (hauptsächlich Wanderarbeiter, z.T. aus den benachbarten englischen Kolonien in Afrika) und in der Landwirtschaft zu organisieren. Der erste Versuch dazu wurde 1941 von zwei schwarzen Kommunisten aus der Führung des ANC unternommen.

Sie organisierten die Minenarbeiter in der African Mine Workers Union (AMWU) und hatten 1946 die Kraft, einen landesweiten Streik auszurufen, der die Minenindustrie lahmlegte. Der Streik ging um Mindestlohn, Verbesserung der Wohnbedingungen und Urlaub. Die Arbeiter der Minen sind auch heute noch in engen Wohnheimen, sog. Compounds unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht, direkt auf dem Minengelände, bewacht und kontrolliert von den Sicherheitskräften der Mine und der Polizei. Gewerkschaftliche Arbeit und Organisierung unter diesen Bedingungen ist nahezu unmöglich; umso größer war die Leistung der AMWU. Der Streik wurde durch den brutalen Einsatz der Polizei zerschlagen, die nachfolgende Repression traf sowohl die AMWU wie auch den Dachverband hart.

Den größten Schlag versetzte der schwarzen Gewerkschaftsbewegung aber in dieser Zeit die Machtübernahme der Nationalistischen Partei 1948 und die darauf folgende rechtliche und faktische Festschreibung der Apartheid auf allen Ebenen der Gesellschaft.

South African Council of Trade Unions (SACTU)

Eines der wichtigsten Gesetze der neuen nationalistischen Regierung war die Neuordnung des Arbeitsrechts. Die in den Jahren zuvor erstarkten schwarzen Gewerkschaften, u.a. CNETU und AMWU waren zu einer Bedrohung der weißen herrschenden Klassse geworden, die beseitigt werden mußte. Der »Job Reservation Act« wurde von der Bergbauindustrie auf alle Industriezweige ausgedeht, Kommunisten wurde die Arbeit in den Gewerkschaften verboten, den Gewerkschaften wurden die sachlichen und materiellen Mittel ihrer Arbeit entzogen. Die Linie war: kein offenes Verbot, aber die totale Kontrolle und Behinderung der Arbeit der schwarzen Gewerkschaften durch den Staat.

Gegen diese Offensive des burischen Staates wehrten sich CNETU und ANC in der Defiance Campaign 1952. 1954 wurde ein neuer weißer Dachverband der Gewerkschaften-Trade Union Council of South Africa (TUCSA) - gegründet, der auch heute noch existiert. Seine Politik wurde es und ist es noch heute, zu den weißen Einzelgewerkschaften schwarze oder farbige Parallelgewerkschaften zu gründen, die völlig unter der Kuratel der weißen »Mutter«gewerkschaft stehen, um das Entstehen unabhängiger schwarzer Gewerkschaften zu verhindern. Diese Parallelgewerkschaften, die u.a. in den 60er und Anfang der 70er Jahre eine gewisse Bedeutung unter den schwarzen Arbeitern hatten, sind heute zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, angesichts der Stärke der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften.

Als Antwort darauf gründeten 1956 19 Einzelgewerkschaften aus dem CNETU-Verband und 14 weitere unabhängige Gewerkschaften den South African Congress of Trade Unions (SACTU) als unabhängigen schwarzen Dachverband. Von Anfang an war die politische Linie von SACTU nicht nur, »die Massen der Arbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu organisieren«, sondern damit »ist untrennbar verbunden ein entschiedener Kampf für politische Rechte und die Befreiung von allen unterdrückerischen Gesetzen und Praktiken.« (Erklärung der 1. SACTU-Jahreskonferenz 1956).

SACTU wurde Mitglied der Kongress-Allianz und übernahm als politisches Programm die »Freiheits-Charta« der Allianz. Albert Luthuli, der damalige ANC-Führer und Nobelpreisträger von 1960, rief alle ANC-Mitglieder, die Arbeiter waren auf, Mitglied bei SACTU zu werden. Demonstrationen, Boykotte, Streiks und andere Formen des zivilen Ungehorsams wurden von SACTU mitgetragen. Von 1957-1963 organisierte der Verband eine Kampagne für einen Mindestlohn von 1 engl. Pfund pro Tag für die Arbeiter. Diese relativ geringe Summe (damals ca. 8 DM) beleuchtet die krasse ökonomische Situation der schwarzen Arbeiter, die sich auch heute kaum verbessert hat in Relation zu den Lebensumständen der Weißen.

Das Verbot von ANC und PAC nach den Sharpeville-Aufständen 1961 hatte auch Auswirkungen auf SACTU: obwohl nicht selbst verboten, wurden im Verlauf der weiteren Jahre Hunderte von Funktionären der Gewerkschaft verfolgt und verhaftet, einige hingerichtet. Zu dieser Zeit hatte SACTU ca. 55.000 Mitglieder. 1964 stellte der Verband seine offene Arbeit ein und ging in den Untergrund, viele seiner ehemaligen Mitglieder arbeiten heute in den neuen unabhängigen schwarzen Gewerkschaften und bringen wichtige Erfahrungen in deren Arbeit ein.

Auf internationaler Ebene hat SACTU den Anspruch, vom Exil aus die südafrikanischen Arbeiter in den internationalen Organisationen zu vertreten. Dieser Anspruch wird aber von vielen inländischen Gewerkschaftsorganisationen bestritten.

Wie auf der politischen Ebene der Befreiungsorganisationen hat die Repression des Regimes anfangs der 60er Jahre (Verbote, Bannungen, Verhaftungen, Prozesse und Hinrichtungen) auch die Gewerkschaftsbewegung bis zu Beginn der 70er Jahre gelähmt, als neben der neuerwachten Widerstandsbewegung auch die Arbeiterbewegung durch Streiks und andere Aktionen wieder hervortrat und bis heute vom rassistischen Staat nicht unterdrückt werden konnte.

Der Aufschwung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in den siebziger Jahren

Die staatliche Unterdrückung kann nie und nirgends die Gründe für die Revolte der Unterdrückten beseitigen. Auch ohne feste Gewerkschaftsstrukturen und -organisationen gingen die schwarzen Arbeiter im Rassistenstaat wieder zum Angriff über, um ihre elenden Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern und politische Rechte zu erkämpfen. 1969 gab es einen großen Streik der Hafenarbeiter in Durban, gefolgt vom Streik der Busfahrer 1972 im Wirwatersrand-Dreieck (Johannesburg/Pretoria). Der Höhepunkt dieser ersten großen Streikwelle nach 1960 war 1973 in Natal. Nach Angaben des südafrikanischen Arbeitsministers streikten in den ersten drei Monaten dieses Jahres in 160 Streiks ca. 62.000 schwarze Arbeiter, in den anderthalb Jahren bis Mitte 1974 wird von 300 Streiks mit 79.000 Beteiligten berichtet.

In diesen Kämpfen wurden die heute bestehenden Vorläufer der unabhängigen Gewerkschaften geboren; durch praktische Erfahrung und die politische Arbeit der neuerwachten Widerstandsgruppen lernten die Arbeiter den Wert der Organisierung wieder kennen. Aus den Streiks in Natal bildete sich das Trade Union Advisory Co-ordinating Council (TUACC); andere Vorläuferorganisationen wie das Urban Training Projekt (UTP) und das Black Consultative Committee (BCC) wurden später vom Black Consciouness Movement beeinflußt. Doch 1976 war der Einfluß der BCM-Ideologie auf die Arbeiter noch relativ gering.

Aus dem TUACC bildete sich 1979 der Dachverband Federation of South African Trade Unions (FOSATU), unter Einschluß von drei Gewerkschaften aus UTP und BCC. Diese schlossen sich 1980 zum Council of Unions of South Africa (CUSA) zusammen, dem zweiten wichtigen heute existierenden Dachverband. Eine reine BC-Gewerkschaft ist die Black Allied Workers Union (BAWU), 1972 gegründet.

Die entstandenen Einzelgewerkschaften, ob sie nun einem Dachverband angehören oder nicht, haben sich hauptsächlich entlang der Industriezweige gebildet, mit der Überzeugung, wirklich unabhängige und durch Arbeiterdemokratie legitimierte Organisationen aufzubauen. Dabei sind über die gesamte Zeit seit 1970 zwei ideologische Strömungen maßgeblich, auch im Streit bei der Bildung der neuen Gewerkschaften: Non-Racialism (d.h. Offenheit der Gewerkschaften für alle Arbeiter) und Black Consciousness (d.h. Beschränkung der Organisierung auf die schwarzen Arbeiter im übergreifenden Sinne der BC-Ideologie).

Streiks schwarzer Arbeiter

	Streiks	Arbeiter	verl. Arbeitstage
1971	69	4451	3437
1974	384	57656	-
1976	245	26291	35753
1980	105	28464	120482
1982	394	141571	365337

Der Wiehahn-Report

Das Regime war tief verunsichert durch die Aufstände von Soweto 1976 und in anderen Ghettos und Townships im darauffolgenden Jahr, ebenso wie es das rapide Wachstum der schwarzen Gewerkschaften in dieser Zeit als große Gefahr empfand. Die Mittel der offenen und brutalen Unterdrückung hatten nicht gegriffen, ausländische Investoren zogen große Mengen Kapital wegen der unsicheren Verhältnisse aus dem Land ab.

In dieser Situation wurde eine Kommission der Regierung eingesetzt, die eine Neuregelung der Arbeitsgesetze und des Verhältnisses von Arbeitern und Unternehmern vornehmen sollte.

Diese sog. »Wiehahn-Kommission«, benannt nach ihrem Vorsitzenden, empfahl:

- die Abschaffung der »job reservation«,
- das Recht auf gewerkschaftliche Organisationsfreiheit,
- staatliche Registrierung der Gewerkschaften als Voraussetzung ihrer Anerkennung und der Teilnahme an Lohnverhandlungen und Beratungen über die Arbeitsbedingungen,
- die Einrichtung eines »Industrial Court« zur Schlichtung von Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, wobei die letzte Entscheidung immer beim Arbeitsministerium läge.

V.a. über die Frage der Registrierung und der Teilnahme an den »Industrial-Courts« gab es unter den schwarzen unabhängigen Gewerkschaften in den folgenden Jahren Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen. Die weißen Arbeiter sahen sich v.a. durch die empfohlene Abschaffung der »job reservation« bedroht: zum ersten Mal nach langen Jahren streikten 1979 fast 6 000 weiße Minenarbeiter, um die »job reservation« aufrechtzuerhalten. Regierung und Minenbosse mußten sie beruhigen und versprachen die Garantie aller Arbeitsplätze der weißen Minenarbeiter.

Ein kurzer Überblick über die Gewerkschaftsdachverbände und einige unabhängige Gewerkschaften zeigt die Streitpunkte der Auseinandersetzungen unter ihnen.

Federation of South African Trade Unions (FOSATU)

FOSATU sah die Frage der Registrierung lediglich als eine taktische. Wenn es Vorteile für die Interessen der Arbeiter bringe, könne man sich registrieren lassen, unter eigenen Bedingungen und ohne Aufgabe der Identität des Dachverbands. So optierten die meisten Einzelgewerkschaften für Registrierung. Wichtig für FOSATU ist die Organisierung der Arbeiter auf der Ebene des einzelnen Betriebs; sind mehr als 50% der Arbeiter organisiert, werden Vertrauensleute gewählt und von der Betriebsleitung die Anerkennung der Gewerkschaft verlangt. Die Arbeiter sollen auf allen Ebenen den Gewerkschaftsapparat kontrollieren können. FOSATU ist sehr vorsichtig mit Stellungnahmen zu politischen Fragen, da man die Arbeiter aufgrund ihrer Interessen als Lohnabhängige organisieren und sich nicht in den politischen Streit einmischen will. FOSATU verfolgt eine nicht-rassische Politik, aber nur sehr wenige Weiße sind Mitglied. 1983 waren in 9 Industriegewerkschaften insgesamt nach eigenen Angaben 81 000 Arbeiter organisiert.

Council of Unions of South Africa (CUSA)

In 12 Einzelgewerkschaften waren 1983 166 000 Mitglieder organisiert, davon 55 000 in der National Union of Mineworkers (NUM). Durch die BC-Ideologie beeinflußt vertritt CUSA den Standpunkt, nur schwarze Arbeiter zu organisieren, da die Interessen von schwarzen und weißen Arbeitern auseinandergehen. Wichtiger Bestandteil der Arbeit ist die Heranbildung der Gewerkschaftsmitglieder als Vertrauensleute und Organisatoren auf allen Ebenen. Ebenso wie FOSATU hat CUSA seinen Einzelgewerkschaften keine Vorschriften gemacht, ob sie sich registrieren lassen sollten oder nicht. Die Arbeit der Gewerkschaftsmitglieder ist nicht nur auf den Betrieb beschränkt, sondern sie wirken auch in der schwarzen Gemeinde auf allen Ebenen. CUSA ist sowohl dem National Forum Committee (NFC) wie auch der United Democratic Front (UDF) 1983 beigetreten. Es sieht in beiden Organisationen Kräfte des Kampfes gegen das weiße Regime.

National Union of Mineworkers (NUM)

Die NUM als größte Einzelgewerkschaft von CUSA ist im August 1985 aus dem Dachverband ausgetreten. Die Begründung ist, soweit bis heute dazu offizielle Dokumente vorliegen, daß NUM nicht zufrieden war mit der Politik der CUSA für einen großen, alle Gewerkschaften übergreifenden Dachverband, der jetzt Ende November 1985 gegründet werden soll. Die NUM unter ihrem Vorsitzenden Cyril Ramaphosa möchte diese Einigungsgespräche, die seit mehr als 4 Jahren stattfinden, vorantreiben. Die Idee eines einzigen Dachverbands aller unabhängigen Gewerkschaften ist also älter, genauso alt sind aber auch die Probleme, die sich diesem Vorhaben bisher gegenübergestellt haben. Waren es 1981/82 v.a. die unterschiedlichen Auffassungen zur staatlichen Regi-

strierung, so ist heute ein Streitpunkt die Beteiligung weißer Gewerkschaftsfunktionäre an einer neuen »Super-Federation« und die Angst v.a. der kleineren unabhängigen Einzelgewerkschaften, in einem neuen Großverband die eigenen Interessen nicht mehr genügend vertreten zu können.

Die NUM ist die am stärksten wachsende Gewerkschaft. Sie hat heute zwischen 200 000 und 250 000 Mitglieder, ist die erste Gewerkschaft, die von der Chamber of Mines anerkannt worden ist und hatte in den drei Jahren ihrer Existenz bisher schon einige große Streiks geführt, den letzten im September 1985. Allesamt sind diese Streiks durch den Einsatz der Polizei und des Minensicherheitsdienstes blutig zerschlagen worden. Trotzdem wächst die Gewerkschaft in diesem wichtigsten südafrikanischen Industriezweig weiter.

South African Allied Workers Union (SAAWU)

Die SAAWU ist ein Beispiel für eine starke, unabhängige Einzelgewerkschaft mit dem regionalen Schwerpunkt Natal (Durban) und östliche Kapprovinz (East London/ Port Elizabeth). Nach eigenen Angaben hatte sie 1984 über 100 000 Mitglieder organisiert. SAAWU ist nicht auf einen Industriezweig beschränkt, sondern versteht sich als allgemeine Gewerkschaft, erst langfristig sollen Industriegewerkschaften gebildet werden. SAAWU spaltete sich 1978 von der Black Allied Workers Union (BAWU) ab, weil sie die Arbeiterinteressen in der BAWU nicht mehr genügend repräsentiert sah. »Kollektive Führung« und »Massendemokratie« sind zwei wichtige Organisationsprinzipien, ebenso die strenge Organisierung auf der Fabrikebene (mindestens 60-70% der Arbeiter müssen organisiert sein, bevor SAAWU die Anerkennung von der Betriebsleitung fordert). Ebenso bezieht SAAWU eine klare Haltung im Kampf um politische Forderungen. Das brachte der Gewerkschaft die erbarmungslose Verfolgung durch die Sicherheitsbehörden Südafrikas und des Homeland Ciskeistein. Die meisten Führer sind heute verhaftet, einige werden im Hochverratsprozeß gegen 16 UDF-Führungsmitglieder mitangeklagt.



Lefifi Tladi: The Deep Fall

Lefifi Tladi, azanischer Künstler, ging 1976 nach Botswana ins Exil, lebt seit 1981 in Schweden.

(African) Food And Canning Workers Union (A)FCWU

Die (A)FCWU hat die längste Tradition unter den unabhängigen Gewerkschaften, gegründet wurde sie 1941 in Kapstadt als nichtrassische Gewerkschaft. 1947 beschloß sie, wegen eines drohenden Verbots farbige und schwarze Arbeiter formal getrennt zu organisieren (deshalb »African« in Klammern). Die Gewerkschaft begreift sich aber selbst als eine Einheit. Sie war Mitgliedsgewerkschaft im SACTU und ist wohl die einzige bis heute existierende SACTU-Gewerkschaft. Sie arbeitet hauptsächlich in der Nahrungs- und Konservenindustrie, organisiert aber auch Landarbeiter. Sie hatte nach eigenen Angaben 1982 20 000 Mitglieder. Politischer und gewerkschaftlicher Kampf sind für sie nicht zu trennen.

Azanian Confederation of Trade Unions (AZACTU)

Dieser Dachverband ist erst Anfang 1985 als Zusammenschluß von 5 Black Consciousness Gewerkschaften gegründet worden. Er orientiert sich stark an der Politik der AZAPO, vertritt die Auffassung, daß die schwarze Arbeiterklasse die Führung des Befreiungskampfes übernehmen muß und weist den Weißen, die bereit sind, gegen das Regime zu kämpfen, die weiße Gesellschaft als Platz des Kampfes zu. Die größte Einzelgewerkschaft ist die Black Allied Mining and Construction Workers Union (BAMCWU), die neben NUM in der Minenindustrie arbeitet und nach eigenen Angaben 1985 56 000 Mitglieder hat. Insgesamt sollen in AZACTU ca. 80 000 Arbeiter organisiert sein. AZACTU will in Zukunft ein Hauptaugenmerk auf die Organisierung der Landarbeiter richten.

Gewerkschaften und Befreiungskampf

Immer mehr wird den einzelnen Gewerkschaften bewußt, daß sie zur wirklichen Durchsetzung der Interessen der Arbeiter den Kampf auf die Befreiung der gesamten schwarzen Bevölkerungsmehrheit richten müssen. Die frühere Zurückhaltung bei

politischen Forderungen, die bei einigen Gewerkschaften vorlag, ist heute fast gänzlich verschwunden. Die Teilnahme an den Streiks, Boykotten und dem organisierten Fernbleiben von der Arbeit (»Stayaways«) im Verlaufe der Jahre 1984/85 beweist das. Wenn sie sich auch nicht direkt mit den gebannten Organisationen wie ANC, PAC oder BCM(A) identifizieren können, weil sie dann selbst verboten würden, so werden doch Programmatik und Forderungen dieser Organisationen immer mehr aufgenommen. Auf der anderen Seite leisten die Gewerkschaften selbst durch die massenhafte Organisierung der Arbeiter einen wichtigen Beitrag zum Befreiungskampf. Unter diesem Aspekt ist es natürlich auch nicht verwunderlich, daß innerhalb der Arbeiterbewegung ähnliche ideologisch-politische Auseinandersetzungen stattfinden wie innerhalb der Befreiungsbewegung. Deshalb ist es fraglich, ob unter einem neuen Super-Dachverband, der den Namen Congress of South African Trade Unions (COSATU) tragen soll, eine wirkliche Einheit der Arbeiterbewegung erreicht werden kann.

Große Bereiche der Arbeiterschaft sind auch, trotz des enormen Wachstums der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, noch nicht oder kaum organisiert: die Landarbeiter und -arbeiterinnen, die Arbeiter in den Homelands, die Hausangestellten (hauptsächlich Frauen) und Industriearbeiterinnen insgesamt.

Thomas Siepelmeyer

Quellen:
Arbeiter gegen Apartheid - Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, von Ken Luckhardt und Brenda Wall, edition südliches afrika 13, Bonn 1984

Bericht zur Situation und Politik der »schwarzen Gewerkschaften« in der Republik Südafrika seit 1979, von Adelheid Winter, Hamburg 1982

The Influence of Apartheid and Capitalism on the Development of Black Trade Unions in South Africa, von Don Ncube, Skotaville Publ., Johannesburg 1985

South African Labour Bulletin, Breamfontein, South Africa
Work in Progress, Yeoville, South Africa
Informationsdienst südliches afrika (issa), Bonn
Sowezan, versch. Ausgaben
Weekly Mail, Vol. 1, Nr. 21,22
Azania-Nachrichten
Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika), Hamburg

Die politische Rolle der schwarzen Gewerkschaften

Die Sicht der 'National Union of Mineworkers' (NUM)

Auf dem nationalen Kongreß der 'Azanian People's Organization' (AZAPO) Anfang Januar 1984 hielt der Generalsekretär der 'National Union of Mineworkers' (NUM), Cyril Ramaphosa, eine vielbeachtete Rede, die zu zentralen Fragen des Verhältnisses von Gewerkschaftsbewegung und politischem Kampf Stellung nimmt. Wir dokumentieren Auszüge.

»...einige Leute haben sich bedauerlicherweise angewöhnt, die schwarze Gewerkschaftsbewegung zu verurteilen oder als unbedeutend abzutun und mit Verachtung zu strafen, was sie den 'Kampf um Brot und Butter' nennen. Das jedoch ist ein gefährlich falsches Verständnis des historischen Prozesses...

Die schwarze Gewerkschaftsbewegung hat die schwarzen Arbeiter gebildet und bildet sie weiter und dabei macht sie aus ihnen Kämpfer, die nicht nur für 'Brot und Butter' eintreten, sondern auch für die Befreiung von Unterdrückung. Es kommt hier entscheidend auf Richtung und Charakter der Bewegung an. Schritt für Schritt, Arbeitsniederlegung für Arbeitsniederlegung, Demonstration für Demonstration, Forderung für Forderung bewegen sich die schwarzen Arbeiter bis hin zur Befreiung...

Die schwarze Gewerkschaftsbewegung ist für alle unterdrückten Menschen dieses Landes eine Sache von Leben und Tod. Sie eröffnet allen unterdrückten Menschen in Azania eine realistische Chance auf Freiheit.

Wenn wir die Bewegung jedoch im Ganzen betrachten, sehen wir einander widerstrebende Tendenzen und Trends. Auf einer Ebene sehen wir eine Gruppierung mit selbstzerstörerischen Ideologien und Strategien; auf einer anderen sehen wir eine Bewegung, die verwirrt ist und die keinen Plan hat für die Befreiung - sei er nun kurz- oder langfristig. Auf beiden Ebenen zeichnet sich die Bewegung durch eine Vielzahl von Organisationen und den Mangel an Koordination aus. Es gibt einen linken und einen rechten Flügel und eine Mitte; es gibt zudem Meinungsverschiedenheiten und Streit unter den Gruppen, die unterschiedliche Wege zu unterschiedlich definierten 'gelobten Ländern' gehen wollen...

Der schwarze Arbeiter hat den ersten Schritt in Richtung auf Einheit getan, indem er Teil der Arbeiterbewegung geworden ist. Er unternimmt derzeit den dritten Schritt, indem er fordert, daß es für jede Industrie nur eine Gewerkschaft geben solle; und bald wird er mit dem vierten Schritt Erfolg haben, indem eine konsolidierte Gewerkschaftsföderation in Azania gebildet wird. Sein fünfter und letzter Schritt ist dann die Einheit aller unterdrückten Menschen...

Wenn Uneinigkeit die Grundlage für die Verletzlichkeit der Schwarzen ist, dann ist Einheit unsere einzige Hoffnung auf Rettung. Wenn wir alle unsere Energien und Mittel bündeln, wenn wir alle unsere Kräfte zusammentun und eine mächtige Supermacht aller unterdrückten Menschen schaffen, dann könnten wir diese Unterdrückung in wenigen Wochen oder Monaten beenden. Eine geeinte Macht der unterdrückten Menschen, mit einer Stimme und mit einem Willen, in Politik, Arbeitswelt, Bildung und Wirtschaft zu handeln, könnte dies Land wirklich umwälzen...«

(aus: Luckhardt/Wall)

Fremde im eigenen Land

Zwangsumsiedlungen - ein Grundelement der Apartheid

Die zwangsweise Umsiedlung von Menschen ist bis heute ein zentraler Bestandteil der Apartheidpolitik geblieben.

Auf der Grundlage eines Gesetzsystems, das immer weiter ausgebaut wird, siedelte die weiße Minderheitsregierung Südafrikas zwischen 1960 und 1980 mehr als 3,5 Millionen Menschen um. Am stärksten betroffen von den Umsiedlungsmaßnahmen sind die Schwarzen[1], allein von dieser Bevölkerungsgruppe wurden mehr als 3 Millionen Menschen umgesiedelt. Der Rest verteilt sich auf die Inder und die Farbigen, sowie auf einige wenige Weiße. Weitere 1,7 Millionen Schwarze sind noch von Umsiedlungen bedroht.

Zweck dieser Umsiedlungen, die im Zusammenhang mit der Bantustanpolitik gesehen werden müssen, ist es, drängende ökonomische, soziale und politische Probleme zu lösen, ohne daß die weiße Minderheit Südafrikas auch nur auf einen Teil ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht verzichten müßte.

Wen siedelt die weiße Minderheitsregierung um?

Die Umsiedlungen richten sich gegen unterschiedliche Personengruppen, denen jedoch eines gemeinsam ist (sieht man einmal von den Weißen ab, die ebenfalls umgesiedelt worden sind): sie leben in Gebieten, die die weiße Minderheit für sich beansprucht.

Umsiedlung von Farmarbeitern

Die Farmarbeiter stellen mit 1,5 Millionen Betroffenen die größte Gruppe der bisher Umgesiedelten. Durch die Abschaffung traditioneller Pachtsysteme sowie durch den verstärkten Einsatz von Maschinen in der Landwirtschaft hat sich der Bedarf an billigen schwarzen Landarbeitern erheblich reduziert. Die durch diese Veränderungen in der weißen Landwirtschaft überflüssig gewordenen Landarbeiter wurden daher von der Regierung umgesiedelt.

Umsiedlung aus „Schwarzen Flecken"

„Schwarze Flecken" werden in der Sprache der Weißen jene, meist bäuerlichen Ansiedlungen von Schwarzen genannt, die auf dem Territorium liegen, das die Weißen für sich beanspruchen. Die betreffenden Gebiete wurden vor 1913 von wohlhabenden Schwarzen — meist von mehrern gemeinsam — oder von den Kirchen gekauft. 1913 teilte die damalige Regierung das gesamte Territorium Südafrikas in ein weißes und in ein schwarzes Gebiet ein (Native Land Act). Die Relation zwischen weißem und schwarzem Territorium wurde damals prozentual genau festgelegt. Seit 1936, als die Relation geringfügig zugunsten der Schwarzen verschoben wurde, beträgt sie unverändert 86,3 % zu 13,7 %. Konsequenterweise verbot das Gesetz den Schwarzen auch den Landkauf in den als weiß deklarierten Gebieten.

Gegenwärtig ist die Umsiedlung der Bewohner von 30 solcher „schwarzer Flecken" geplant; allein in Natal stehen jedoch noch mindestens 202 dieser Flekken zur Aussiedlung an. Insgesamt werden von diesen Umsiedlungen noch etwa 1,1 Millionen Menschen betroffen sein.

Umsiedlung aus Städten und „illegalen" Ansiedlungen

Diese Umsiedlungsmaßnahmen richten sich gegen diejenigen Schwarzen, die in den urbanen Zentren der Weißen leben. Je nach rechtlichem Status[2] werden sie entweder in eines der „Homelands" abgeschoben, denen sie aufgrund ethnischer Kriterien zugeordnet werden, oder an einen anderen Ort innerhalb des weißen Gebietes, wo sie allerdings besser kontrolliert und überwacht werden können.

Ein aktuelles Beispiel ist die Squatter-Siedlung Crossroads in Kapstadt. Seit Jahren plant die weiße Regierung die Umsiedlung der ca. 100.000 Bewohner — die Mehrheit von ihnen ohne Aufenthaltsberechtigung — in das 40 km von Kapstadt entfernte, eigens für diese Umsiedlung aufgebaute Khayelithsa. Die Umsiedlung der Bewohner Crossroads hat für die Regierung den Vorteil, daß die Schwarzen in Kayelithsa besser kontrolliert werden können, da es praktisch nur eine einzige Straße zu diesem Ort gibt. Zugleich können bei dieser Gelegenheit diejenigen ohne Aufenthaltsberechtigung in ihre jeweiligen „homelands" abgeschoben werden.

Der anhaltende Widerstand der Bewohner Crossroads hat die Regierung nun zu dem „Zugeständnis" gezwungen, den „Illegalen" für anderthalb Jahre Aufenthaltsrecht in Kayelithsa zu versprechen. Einige Bewohner haben dieses Angebot akzeptiert, obwohl völlig ungeklärt ist, was nach dieser Zeit mit ihnen geschieht. Die große Mehrheit Crossroads ist jedoch nach wie vor zum Widerstand entschlossen. Im Februar hat es bei Auseinandersetzungen mit der Polizei noch 16 Tote und mehr als 200 Verletzte gegeben. In Transvaal wurden seit 1966 22 schwarze Wohngebiete aufgelöst. Zur Zeit ist die Verlegung von 20 dieser Wohngebiete geplant. Zu dieser Kategorie der Umsiedlungen zählen auch jene, die lediglich durch eine neue Grenzziehung zwischen „Homeland" und weißem Gebiet erfolgen. Obwohl die Bewohner solcher Townships physisch gar nicht umgesiedelt werden, verändert sich ihr rechtlicher Status völlig. Diejenigen, die zuvor Aufenthaltsrecht hatten in weißem Gebiet, verlieren diese nun und werden zu Kontraktarbeitern.

Umsiedlungen aufgrund des „group areas act"

Die Regierung schuf sich mit diesem 1950 beschlossenen Gesetz die Basis, um für die verschiedenen Rassen getrennte Wohngebiete einzurichten. Dieses Gesetz wirkte sich hauptsächlich auf die Inder und auf die Farbigen aus.

Schließlich haben die Behörden auch dann Umsiedlungen angeordnet, wenn diese erforderlich wurden aus militärischen und strategischen Gründen oder wegen größerer Infrastrukturmaßnahmen.

Freiwillige Umsiedlungen?

Die Regierung Südafrikas behauptet, daß niemand gegen seinen Willen umgesiedelt wird, zusätzlich verspricht sie Entschädigungen zu zahlen und den Lebensstandard der Umgesiedelten zu verbessern.

Die von Umsiedlungen Betroffenen erfahren jedoch sehr schnell, daß dies nur leere Versprechungen sind. Die Umsiedlungen sind meist mit dem Verlust des bisherigen Lebensstandards verbunden, der ohnehon schon niedrig gewesen ist. Die Wasserversorgung der Umsiedlungsgebiete ist häufig unzureichend, das Wasser selbst verschmutzt. Der Boden, der an die Umgesiedelten verteilt wird, knapp und unfruchtbar; oft herrscht in den Umsiedlungsgebieten ein ganz anderes Klima als im ehemaligen Wohngebiet. Eines dieser Umsiedlunglager ist Omver-

wacht, es wurde 1979 an der Grenze zu Lesotho aufgebaut. Mehr als 160.000 Menschen wurden dort auf engstem Raum angesiedelt. Aufgrund der mangelhaften sanitären Einrichtungen brach 1980 Typhus in dem Lager aus, dieser Krankheit fielen vor allem die Kinder zum Opfer.

Die von der Regierung versprochene Entschädigung reicht in der Regel nicht aus — sofern die Betroffenen sie überhaupt erhalten — um den Verlust der Habe zu ersetzen. So bietet die südafrikanische Regierung für ein Haus, das bei einem Neubau etwa Rend 11.000,— kosten würde, ganze Rend 2.000,— als Entschädigung an.

Außerdem verlieren viele der Umgesiedelten ihren Arbeitsplatz, da sie ihn von ihrem neuen Wohnort nicht mehr erreichen können. Armut und tiefes Elend sind die Folgen der Umsiedlungsmaßnahmen, von psychologischen Folgen der Entwurzelung einmal ganz abgesehen.

Widerstand hat sich meist dort entwikkelt, wo geplante Umsiedlungen funktionierende und intakte Gemeinden trifft, dort also, wo die Umsiedlung nicht individualisiert werden kann. Das sind vor allem Squatter-Siedlungen in den städtischen Zentren oder sogenannte „black spots".

Diesen Siedlungen gelingt es auch eher, ihren Widerstand öffentlich zu machen und werden damit auch von außen unterstützt. Doch die Möglichkeiten des Widerstandes sind letztlich gering gegen eine Regierung, die gewillt ist, ihre Pläne rigoros durchzusetzen. Die Formen des Widerstandes erschöpfen sich daher im Schreiben von Bittbriefen und Memoranden oder dem Versuch, durch gerichtliche Entscheidungen Umsiedlungen zu verhindern — Formen des gewaltlosen Widerstandes also. Doch auch zu dieser Form des Widerstandes gehört sehr viel Kraft und Mut, denn selbst auf solche Formen des Widerstandes reagieren die südafrikanischen Behörden häufig mit Gewalt. So wurde bsw. der Vertreter einer Gemeinde, die umgesiedelt werden sollte und sich dagegen zur Wehr setzte, bei einer Gemeindeversammlung von der Polizei erschossen. Die südafrikanischen Behörden zögern nicht, jedes Mittel einzusetzen, um den Widerstand einer Gemeinde zu brechen und die Bewohner zum „freiwilligen einlenken" zu zwingen. Mit massiven Verunsicherungen und Einschüchterungen, die sich kanpp unterhalb der Schwelle zur offenen Gewalt bewegen, versuchen sie den Widerstand zu zermürben und zu zerbrechen.

So wurde der Gemeinde Mogopa, die Anfang 84 nach langem Widerstand umgesiedelt wurde, schon 1964 mündlich mitgeteilt, daß diese Gemeinde umgesiedelt werden soll. Die südafrikanische Regierung erreicht durch eine solche Strategie meist ihr Ziel, die Bewohner solcher Gemeinden hören auf ihre Häuser zu erhalten, unter Druck von außen beginnt sich die Sozialstruktur aufzulösen. Die Regierung kann dann leicht darauf verweisen, daß den Bewohnern durch die Umsiedlung geholfen werde. Denjenigen, die sich widersetzen, wird angedroht, daß sie ihre Entschädigung verlieren würden. Die Regierung bedient sich auch gerne kooperationswilliger Führer oder sie ernennt einfach kooperationsbereite Personen gegen den Willen der Gemeinde, die sie vertreten sollen. Mit ihnen werden dann die Modalitäten der „freiwilligen" Umsiedlung verhandelt. In Mogopa haben



Skyline von Johannesburg ...

... Slums im Johannesburg-Vorort Soweto



Reserve (Reservat)
Bantustan
Homeland
Nation-State

So lauten die Begriffe, die in den verschiedenen Stadien der südafrikanischen Geschichte von der Regierung für die Gebiete benutzt wurden, die für schwarze Afrikaner reserviert waren. „Reserve" war der zuerst benutzte Begriff. Seit 1948 wurde er durch „Bantustan" abgelöst (bis etwa 1959), dann durch „Homeland" und derzeit durch „Nation-State".

zit. nach: „Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen. Deutsche Ausgabe: Ev. Missionswerk Hamburg u. a., Hamburg 1984, S. 5

die Behörden sämtliche Infrastruktureinrichtungen zerstört — Schule, Kirche, Klinik sowie die Wasserversorgung — um auf diesem Weg die Bewohner zum Einlenken zu zwingen. Beliebt ist es auch, die Zahlung von Renten einzustellen oder die Busverbindungen abzukappen.

Obwohl die Regierung eine breite Palette unterschiedlichster Instrumente zur Verfügung steht, um eine Gemeinde zur Umsiedlung zu zwingen, hat es immer wieder Gemeinden gegeben, die hartnäkkig Widerstand geleistet haben. In diesen Fällen scheute sich die südafrikanische Regierung dann nicht, auch nackte Gewalt auszuüben.

Werden die Zwangsumsiedlungen eingestellt?

Anfang des Jahres kündigte die Regierung in Pretoria an, sie wolle die Praxis der Zwangsumsiedlungen überprüfen. Der zuständige Minister G. Viljoen sagte vor Journalisten, die Umsiedlungen werden auf das absolute Mindestmaß reduziert, dies bedeutet aber nicht deren Einstellung. Umsiedlungen sollen aber nur noch ausgeführt werden, wenn sie für die Homeland-Politik der Regierung nötig seien und wenn die Lebensqualität der Menschen durch die Umsiedlungen verbessert werde. Er kündigte zugleich an, daß nur diejenigen Schwarzensiedlungen aufgelöst werden, deren Führer dem zustimmen.

Deutet diese Ankündigung vielleicht eine veränderte Haltung der weißen Minderheit an? Vorerst wohl kaum, die Hinweise, unter welchen Bedingungen weiterhin umgesiedelt werden soll, sind deutlich genug. Dennoch gibt es einige Anzeichen dafür, daß der weißen Regierung die Durchsetzung der Zwangsumsiedlungen immer schwerer fällt. Der wachsende Widerstand der Schwarzen in den städtischen Zentren, die anhaltende Wirtschaftskrise haben den politischen und ökonomischen Handlungsspielraum der Regierung erheblich eingeengt. Die Umsiedlungen sind — trotz der geringen Entschädigungszahlungen — sehr kostspielig, ihren politischen und ökonomischen Zweck erfüllen sie heute auch nicht mehr. Die Bantustans sind so übervölkert und bieten so wenige Überlebenschancen, daß die Migration der Schwarzen auch mit einem noch so engen Netz an Zuzugskontrollen nicht mehr zu verhindern ist.

Walter Hättig

Anmerkungen:

1. Der Begriff „Schwarze" wird hier der Einfachheit halber so verwandt wie dies in der offiziellen Terminologie in Südafrika üblich ist. Im Gegensatz dazu wird der Begriff „Schwarzer" häufig umfassender verwendet, sodaß er auch die Inder und die Farbigen miteinschließt (vor allem die Gruppen, die der schwarzen Bewußtseinsbewegung angehören).
2. Der rechtliche Status ist festgelegt im Bantu (Urban Areas) Consolidation Act, danach darf sich kein Schwarzer länger als 72 Stunden in einer weißen Stadt aufhalten, es sei denn er fällt unter die Ausnahmeregelungen von „section 10" des Gesetzes. Diese erlauben einen Aufenthalt dann, wenn a) er oder sie von Geburt an ununterbrochen in dieser Stadt gewohnt hat oder b) zehn volle Jahre ununterbrochen auf einem registrierten Arbeitsplatz an ein und derselben Arbeitsstelle gearbeitet hat oder c) fünfzehn volle Jahre mit einer Aufenthaltsgenehmigung in ein und derselben Stadt gewohnt hat. Schwarze, die diese Kriterien erfüllen werden gewöhnlich als „qualified urban blacks" bezeichnet. Frauen und Kinder solcher Personen fallen auch unter diese Ausnahmeregelung, allerdings wurden deren Rechte kürzlich eingeschränkt. Alle anderen Schwarzen dürfen sich nur dann in den Städten aufhalten, wenn sie eine Arbeitsgenehmigung haben. (Zwangsumsiedlung in Südafrika, S. 22)

aus: iz3w, Nr. 126, Juni 1985, gekürzt

Quellen:

SZ: 2.2.85; FR: 2.2.85, 16.4.85; FT: 31.1.84, 10.1.85; Newsweek 12/83; Liberation 21.2.85; Issa 8/84;
Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen. Hrsg. vom Südafrikanischen Kirchenrat und von der Kath. Bischofskonferenz des Südlichen Afrika. Deutsche Ausgabe: Ev. Missionswerk u. a., Hamburg 1984.
Saul, J./Gelb, S., The Crisis in South Africa. London/ New York 1981.
Freund, B., Forced Resettlement and the Political Economy of South Africa. In: Revelw of African Political Economy Nr. 29, S. 49—63.

Südafrikas Bevölkerungsanteile in %

(einschließlich Homelands)

Schwarze 72
Farbige 9
Weiße 16
3 Inder

Anteile der Weißen an der Wohnbevölkerung in %
unter 5 (Homelands)
5 bis 20
20 bis 30

TRANSVAAL
Pretoria
ORANJE-FREISTAAT
NATAL
L
Durban
KAPPROVINZ
Kapstadt
L=Königreich LESOTHO
500km
© Globus 5588

Krieg der Worte

Südafrikanische Künstler zwischen Exil und Zensur

»Was sind das für Zeiten, wo / ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist / weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!« schrieb Bert Brecht 1939 im Exil in seinem Gedicht »An die Nachgeborenen« aus dem dänischen Svendborg, die Schwierigkeiten des Dichters mit der brutalen politischen Wirklichkeit beschreibend. Brecht war nicht der erste und wird nicht der letzte Intellektuelle sein, der die Probleme des Exilierten beschreibt und am eigenen Leib erfährt: die gewaltsame Trennung von Land und Leuten, das Abgeschnittensein von den eigenen Wurzeln vermitteln ihm oft den Eindruck künstlerischer und politischer Wirkungslosigkeit. Alle Kunst braucht einen kulturellen Rahmen, aus dem sie entsteht und in dem sie existiert, auch heute haben die meisten Äußerungen von Kunst noch keinen universellen Charakter, nur wenige Kunstwerke finden Anerkennung über den nationalen oder regionalen Rahmen hinaus, in dem sie entstanden sind. Sehr wahrscheinlich erleben wir heutzutage im Zeitalter der Nationalstaaten eine Hochkonjunktur des Exils, nie zuvor hat es ein derartiges Ausmaß von Vertreibung und Ausweisung von Künstlern und Intellektuellen wie auch ihrer Rezipienten aus den jeweiligen Völkern gegeben wie heute. Die Machthaber überall wissen sehr genau um die Wichtigkeit des regionalen und nationalen Umfelds der Kunstproduzenten, und sie lassen es sich zur Herzensangelegenheit werden, ihre Herrschaftsbereiche kulturell zu »entsorgen«. Südafrika, besser gesagt seine Regierung, gehört in dieser Angelegenheit zu den Spitzenreitern in der Welt. Besonders in den vergangenen 25 Jahren hat es, neben dem »allgemeinen« großen Flüchtlingsstrom der sog. »einfachen« Leute, die das Rassistenregime durch seine Politik aus dem Land treibt, eine große Anzahl von Musikern, Schriftstellern, bildenden Künstlern und anderen Kulturschaffenden verjagt und ins Exil getrieben. Einige haben es vermocht, trotz der gewaltsamen Trennung sich und ihre Kunst weiterzuentwickeln und universell zu machen, man denke nur an die Musiker/innen Miriam Makeba, Abdullah Ibrahim (Dollar Brand) und Hugh Masekela, an die Schriftsteller James Matthews, Breyten Breytenbach, Keorapetse Kgotsitsile u.a. Diese Aufzählung beinhaltet keine Wertung, sie reiht nur ein paar Namen hintereinander, die auch uns in Europa geläufig sind. Weniger wissen wir schon über die große Schar der mehr oder weniger Unbekannten, die mit ihrer Exilsituation nicht zurechtkommen, die oft auch völlig unspektakulär das Land verlassen mußten und die im Exil keine Möglichkeit finden oder fanden, sich weiterzuentwickeln, wie andere es geschafft haben. Besonders schwierig ist es, wenn das Exilland ein außerafrikanisches, Europa oder Amerika, ist. Es macht für viele einen großen Unterschied, ob sie Aufnahme in einem afrikanischen Land finden oder nicht. Außerhalb Afrikas ist für sie ein künstlerisches und kulturell selbstbestimmtes Überleben noch weniger möglich. Viele der nach Übersee Vertriebenen treibt es in den letzten Jahren wieder zurück an die Grenzen des südafrikanischen Staates, besonders nach Zimbabwe und Botswana. Auch wenn man Südafrika noch nicht betreten kann, der Grenzverkehr erlaubt Austausch zumindest in eine Richtung und läßt die Situation der Verlorenheit einfacher ertragen. Das gilt übrigens nicht nur für die exilierten Intellektuellen, sondern für alle. Botswanas Hauptstadt Gaborone entwickelt sich mehr und mehr zu einem Zentrum für sie, hier können auch Aufführungen und Veranstaltungen durchgeführt werden, zu denen die Menschen aus den nahen Zentren Südafrikas anreisen können, z.B. das große Festival »Kultur und Widerstand« im Juli 1982. Hugh Masekela z.B. hat ein Studio in Gaborone eröffnet, das hauptsächlich der Förderung junger Musiker dienen soll. Auch wenn er durch die Blume schon wieder Angebote erhalten hat, in Südafrika aufzutreten, er geht erst wieder, »wenn Pretoria umbenannt wird«, wenn das Rassistenregime verschwunden ist.

»The Hungry Earth« von Maishe Maponya, ein Stück über Wanderarbeiter im Goldbergbau, war nicht nur in Südafrika sehr erfolgreich, sondern auch in Westeuropa auf zwei Tourneen durch England, die BRD, Schweiz und Österreich 1981 und 1983. Er nennt sein Theater »Theatre of Resistance«: »Letztendlich möchten wir erreichen, daß die Menschen die schwarze Kultur als einen Teil ihres Lebens, ihres Körpers empfinden. Wir möchten ihnen mit unserem Theater helfen, ein schwarzes Bewußtsein zu entwickeln, ein Bewußtsein über die Situation, in der sie leben. Wir müssen lernen, unser Volk selbst erziehen zu können, ohne auf die Regierung oder auf sonstwen angewiesen zu sein, wir müssen lernen, unabhängig zu werden und unsere Ziele mit unseren eigenen Mitteln zu erreichen.« Im vergangenen Jahr inszenierte er zwei neue Stücke am Market-Theatre in Johannesburg, »Dirty Work« und »Gangsters«. Zum ersten Mal in der Geschichte Südafrikas spielte in »Dirty Work« ein weißer Schauspieler, Jon Maytham, unter schwarzer, eben Maponyas Regie.

Immer mehr Arbeit für den Zensor innerhalb Südafrikas

Aber widersprüchlich wie das ganze Land und die Gesellschaft Südafrikas ist auch die Entwicklung auf dem kulturellen Sektor. Die Exilierung und Vertreibung so vieler Exponenten südafrikanischer Kultur hat keinesfalls bewirkt, daß das künstlerische und kulturelle Leben ausgetrocknet wäre, im Gegenteil, es sieht so aus, als wüchsen für einen Vertriebenen zehn nach, die innerhalb des Landes seinen Platz einnehmen und die Arbeit in den verschiedensten Weisen fortführen. Besonders seit Soweto 1976 hat sich eine eigenständige Kultur der Unterdrückten neben und in ihren Kämpfen etabliert. Zeitschriften wie »Staffrider«, die u.a. Kurzgeschichten, Gedichte und sehr gute Fotoarbeiten veröffentlichen, sind entstanden und haben bei praktisch jeder Ausgabe mit dem Zensor der Regierung zu kämpfen; Verlage wie Ravan-Press, die auch vorher schon schwarze Literatur veröffentlichten, machten das jetzt verstärkt; seit 2 Jahren hat sich die »African Writers' Association (AWA)« mit dem Verlag »Skotaville Publ.« ein eigenes Mittel geschaffen,

Sebokeng You Are Great

In that unmeted anger you broke out into
Violence to overcome the forces of oppression
Imposed on you by your fellow brothermen.
The wrath you showed was more than
That of a tempted black mamba
When you demolished everything to ashes.

You puffed horrible smoke from all
The corners of your zones
While from your lips came words of condemnation.
You stood for the first time united
By one zeal as if you are
The children of the same mother.

You remained dauntless although the barrels of
The guns pointed at your faces
You never retreated
When friends beside you
Suffered the fatal shootings;
You showed what really makes a record.

I learnt that no cop can curb
You in your provocation
Nor try to harass you with a gun.
Your anger resembled that of a monster
You snarled at those who turned down your request
And made some to be known no more.

You made a history that none of your residents will ever forget.
Yor reaction so shocked the government
That it could not believe the damages done
Were only a protest against the rent hikes.
Wrath of the mamba, zeal of the united
– courage of the history makers —
I bow down to admire your everlasting greatness.

Johannes Rantete

Sebokeng, du bist großartig

In unmäßiger Wut brach Gewalt aus dir aus
Um die Kräfte der Unterdrückung zu beseitigen
Mit der deine Mitmenschen dich fesseln.
Der Zorn, den du zeigtest, war größer
Als der einer gereizten schwarzen Mamba,
Als du alles zu Asche machtest.

Schrecklichen Rauch stießest du
Aus allen Ecken deiner Zonen[1] aus
Von deinen Lippen kamen Worte der Verdammung.
Zum ersten Mal standet ihr vereint
Durch ein großes Ziel, als wenn ihr
Kinder der selben Mutter waret.

Ihr bliebt ungebrochen, obwohl die Läufe
Der Gewehre auf eure Gesichter gerichtet waren
Ihr seid nicht zurückgewichen
Auch wenn Freunde neben euch
Durch die furchtbaren Schüsse litten;
Ihr habt gezeigt, was wirklich zählt.

Ich lernte, daß kein Bulle
Eure Herausforderung niederhalten
Noch euch mit dem Gewehr einschüchtern kann.
Eure Wut glich der eines Monsters.
Ihr tobtet gegen die, die eure Forderungen niederschlugen
Und manche waren danach nichts mehr.

Du machtest Geschichte, die keiner deiner Einwohner je vergessen wird
Deine Reaktion hat die Regierung so geschockt
Daß sie nicht mehr glauben konnte, die Verwüstungen
Seien nur ein Protest gegen die Mieterhöhungen.
Zorn der Mamba, Enthusiasmus der Vereinigten
— Mut derer, die die Geschichte vorantreiben —
Ich verbeuge mich in Bewunderung deiner immerwährenden Größe.

Johannes Rantete

[1] Die schwarzen Ghettos in Südafrika sind in sogenannte »zones« eingeteilt.

Dieses Gedicht hat J. Rantete Ende 1984 in seinem Buch »Der Dritte Tag im September — Ein Augenzeugenbericht der Sebokeng-Rebellion 1984« im Verlag Ravan-Press veröffentlicht. Es wurde sofort nach dem Erscheinen von der Zensurbehörde gebannt. J. Rantete, gerade 20 Jahre alt, ist einer der vielen unzähligen Schwarzen, die trotz Zensur und schärfster Unterdrückung weiter schreiben, musizieren und Theater spielen und so in Südafrika selbst für eine breite, ausdrucksstarke Kultur der Unterdrückten stehen. Hinweise auf Literatur, Musik, Theater und Verlage in Südafrika gibt die »Azania-Koordination für Projekte, Kultur und Bildung« (AZAKO) in 44 Münster, An den Mühlen 25, Tel. 0251/521302.

um abseits der von den Weißen, auch den liberalen, kontrollierten Vertriebswege Möglichkeiten für die Durchsetzung und Verbreitung schwarzer Literatur zu finden. Die AWA hat sich nach der Auflösung des südafrikanischen PEN-Clubs gebildet, sie ist ein Zusammenschluß rein schwarzer Autoren und will sich gerade so vom ehemaligen PEN-Club absetzen, weil sich die schwarzen Autoren dort von den Weißen majorisiert und paternalistisch behandelt sahen. (Schwarz wird hier immer in dem Sinne der Zusammenfassung aller unterdrückten Bevölkerungsteile gesehen, der Farbigen, Inder und Schwarzen.) »Skotaville Publ.« hat gerade gegen die Zensurbehörde einen Prozeß gewonnen und kann nun ein Buch über die Anfänge der schwarzen Gewerkschaftsbewegung herausbringen, das vorher gebannt war. Auseinandersetzungen mit der Zensurbehörde sind alltägliche Kämpfe der schwarzen (und auch einiger weißer) Autoren, denn das Recht zu veröffentlichen, was einem beliebt, ist durch den »Publications Act« beschränkt. Mehrere auf Grund dieses Gesetzes eingerichtete Kommissionen überprüfen alle Publikationen, Bücher, Zeitschriften, Filme, Plakate etc. Neben Publikationen aus dem »Sex and Crime«-Bereich, die wegen der puritanischen Moral der meisten weißen Südafrikaner verboten sind, werden u.a. politische Schriften und Literatur von der Zensurbehörde geprüft und gegebenenfalls verboten. Bei Ingoapele Madingoane, einem der bekanntesten jungen schwarzen Poeten, nahm die Sicherheitspolizei im Januar 1984 bei einer Razzia 35 Bücher und Schriften als »unerwünschte Publikationen« mit, u.a. auch seinen eigenen Gedichtband »Africa My Beginning«, der 1980 gebannt worden war. Im Juni 1984 wurde ein Plakat gebannt, auf dem ein Theaterstück publiziert war, »One Time Brother« von Don Mattera. Es erschien an Bushaltestellen, Straßenecken, Cafes und Büchereien der schwarzen Gettos um Johannesburg. Diese massenhafte Verbreitung von Kunst schreckte den Publication Board anscheinend so sehr, daß es zur Tat schreiten mußte. War das Stück doch vorher vor fast 20 000 Zuschauern in mehreren Veranstaltungen ohne Beanstandungen in den Townships gelaufen.

Viele Stücke erscheinen deswegen auch nur noch so, daß die Zensurbehörde Schwierigkeiten hat, sie zu verbieten. Die beiden großen Gewerkschaftsbünde FOSATU und CUSA haben z.B. kleine Theatergruppen, deren Stücke nur als Aktionsscenarios bestehen und von den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern improvisiert werden — dafür hat sich schon der Begriff »Worker Theatre« eingebürgert. Autoren wie Maishe Maponya, Matsemela Manaka oder Jeremy Cronin, aber nicht nur sie, publizieren, ohne sich um die Zensurbehörde zu scheren. Ihre Stücke werden in weißen Theatern wie dem Market Theatre in Johannesburg gespielt zur Erbauung des meist weißen, liberalen Publikums, werden aber verboten oder behindert, sobald sie in die Townships zu gehen versuchen. Trotz seiner Größe hat Soweto z.B. kein einziges Theater, und so ist es also ein leichtes, den Autoren organisatorische, finanzielle und bürokratische Hindernisse in den Weg zu legen. Fotografen, Bildhauern und anderen Künstlern geht es ähnlich. Aber gerade in der jetzigen Situation, in der die Ghettos brennen und die Weißen sich hinter Bergen von Waffen und schwarzen Leichen verbarrikadieren, um das Übergreifen des Feuers auf ihre Villen zu verhindern, sehen die schwarzen Künstler den Ausweg nicht im Exil, sondern an der Seite und inmitten des kämpfenden Volkes. Auch Pitika Ntuli, der Dichter, Bildhauer, Maler und Musiker, denkt daran, wenn er in einem Gedicht gezwungenermaßen aus dem Londoner Exil schreibt: *»Ich habe die diplomatischen Beziehungen zu Gott abgebrochen, ich betete zu unseren Vorfahren, uns zu lehren, genug zu lieben, um zu hassen, jene zu hassen, für die unsere Lebenshoffnung Furcht bedeutet und deren Todesfurcht unsere Hoffnung ist.«*

Thomas Siepelmeyer

aus: issa, 4/1985

Literatur:

Wer jetzt noch weiterlesen möchte, der/dem seien folgende Bücher und Broschüren empfohlen:

Joseph Ki-Zerbo: Geschichte Schwarzafrikas, Peter Hammer Verlag, 1979, Fischer Taschenbuch-Verlag, 1981

Ethel Khopung: Apartheid - The Story of a Dispossessed People, Dar Es Salaam, Tansania, 1972

David Dube: The Rise of Azania - The Fall of South Africa, Lusaka, Sambia, 1983

Steve Biko: Ich schreibe, was mir paßt, Oberbaumverlag Berlin, 1979

Südafrika heute - Zahlen, Daten, Argumente, Evangelisches Missionswerk Hamburg, 1982

Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung, informationsstelle südliches afrika, Bonn, 1977

Robert Mangaliso Sobukwe: Hört die Stimme Afrikas! Reden 1949 - 1959, Oberbaumverlag Berlin, 1978

No Sizwe: One Azania, One Nation - The National Question in South Africa, Zed Press, London, 1979

Neville Alexander: Sow the Wind - Contemporary Speeches, Skotaville Publ., Braamfontein, Südafrika, 1985

Geoffrey Davis & Michael Senior: South Africa - The Privileged and the Dispossessed, Texts for English and American Studies 12, Schöningh, Paderborn, 1983

Englisch-Amerikanische Studien -Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft und Politik, Südafrika - Nummer, 4/Dezember 1982, Münster

Hans-Martin Große-Oetringhaus: Bildung zwischen Apartheid und Widerstand, dialogus mundi, Berlin, 1978

AKAFRIK-Bielefeld & DEAE-Karlsruhe: Südafrika - Handbuch, Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1982

Ronald Meinardus: Die Afrikapolitik der Republik Südafrika, issa, Bonn 1981

Edda Stelck: Politik mit dem Einkaufskorb - Die Boykott-Aktionen der evangelischen Frauen gegen Apartheid, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1980

Luli Callinicos: Die Geschichte des südafrikanischen Volkes, Band 12: Gold in Südafrika, issa, Bonn 1982

Walter Rodney: How Europe Underdeveloped Africa, Bogle-L'Ouverture Publ., London 1972 (Deutsche Ausgabe bei Wagenbach, Berlin)

Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, mit einem Vorwort von Jean-Paul Satre, Suhrkamp Frankfurt, 1981

Jean-Paul Satre: Kolonialismus und Neokolonialismus, Rowohlt Hambnurg, 1968

Peter Magubane: Magubanes Südafrika, Fotoband, Fischer Verlag Frankfurt, 1979

Frantz Fanon: Schwarze Haut, weiße Masken; Syndikat, Frankfurt/M. 1980

Heinrich Loth: Sklaverei - Die Geschichte des Sklavenhandels zwischen Afrika und Amerika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1981

Ester Boserup: Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien und Lateinamerika, edition cordelliers, Stuttgart 1982

Heinz G. Schmidt: Der neue Sklavenmarkt - Geschäfte mit Frauen aus Übersee, Lenos Verlag, Basel 1985

Frauengruppe gegen Bevölkerungspolitik: Materialien gegen Bevölkerungspolitik,c/o Ökoladen, Turnerstr. 9, Hamburg 1985

Dritte-Welt-Haus Bielefeld e.V.: Die Hungernden sind die Nahrung der Macht, August-Bebel-Str. 62, Bielefeld 1985

Pax Christi (Hrsg.): Opfer des Polizeiterrors in Südafrika, Bezug AK südl. Afrika, Dorotheenstr. 9-11, 6380 Homburg v.d.H., 1985

Südafrikanischer Kirchenrat und Katholische Bischofskonferenz des Südlichen Afrika (Hrsg.): Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen, EMW, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13, 1984

Baldwin Sjollema: Isolation der Apartheid. Die Zusammenarbeit des Westens mit Südafrika, Dienste in Übersee, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Romane, Gedichte, Erzählungen etc. aus Azania sind zu erhalten auf Anfrage bei: Azania - Koordination (AZAKO), An den Mühlen 25, 44 Münster

Helmut Orbon: Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania und ihr politischer Widerstand im 20. Jahrhundert, Oberbaumverlag Berlin, 1980

Wanderarbeit im südlichen Afrika - Ein Reader, informationsstelle südliches afrika (issa), Bonn, 1976

John S. Saul & Steven Gelb: The Crisis in South Africa - Class Defence, Class Revolution, Monthly Review Press, London, 1981

Don Ncube: The Influence of Apartheid and Capitalism on the Development of Black Trade Unions in South Africa, Skotaville Publ., Braamfontein, Südafrika, 1985

Adelheid Winter: Bericht zur Situation und Politik der »schwarzen Gewerkschaften« in der Republik Südafrika seit 1979, Hamburg, 1982

Ken Luckhardt & Brenda Wall: Arbeiter gegen Apartheid - Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, edition südliches afrika 13, (issa), Bonn 1984

Banken und Apartheid, Hrg. Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Bonn 1985

Southern Africa Labour & Development Research Unit - Working Papers, University of Cape Town, School of Economics, Rondebosch, Südafrika

Zeitschriften:

Sechaba - Zeitschrift des Africa National Congress (ANC), Berlin-Ost, DDR

Azania-News - Offizial Organ of the Pan Africanist Congress (PAC), Dar Es Salaam, Tansania

Solidarity - Organ of the Black Consciousness Movement of Azania (BCMA), Gaborone, Botswana

informationsdienst südliches afrika (issa), Zeitschrift 10-12x jährlich, issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

blätter des informationszentrum dritte welt (iz3w), 8-10x jährlich, iz3w, Postfach 5328, 78 Freiburg

progrom - Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, 8x jährlich, progrom, Postfach 2024, 3400 Göttingen

Azania - Nachrichten zur Unterstützung der schwarzen Gewerkschaften, hrg. vom AK Schwarze Gewerkschaften Azanias, c/o E. Held, Lippmannstr. 23, 2000 Hamburg 50

AZAKO - Pressedienst, 25x jährlich, AZAKO, An den Mühlen 25, 44 Münster

Azania Worker, Box 4863, London WC1N 3XX, 4x jährlich

Azania - Frontline, Newsletter of Azania Liberation Support Committee, Box 4863, London WC1N 3XX, 6x jährlich

index on censorship - Zeitschrift gegen die Zensur überall auf der Welt, 39c Highbury Place, London, N5 1QP, 6x jährlich

Africa Now, London, 12x jährlich

New African, London, 12x jährlich

AfricAsia, London, 12x jährlich

Work in Progress, PO Box 93174, Yeoville 2143, South Africa

South African Labour Bulletin, PO Box 31073, Bramfontein 2017, South Africa

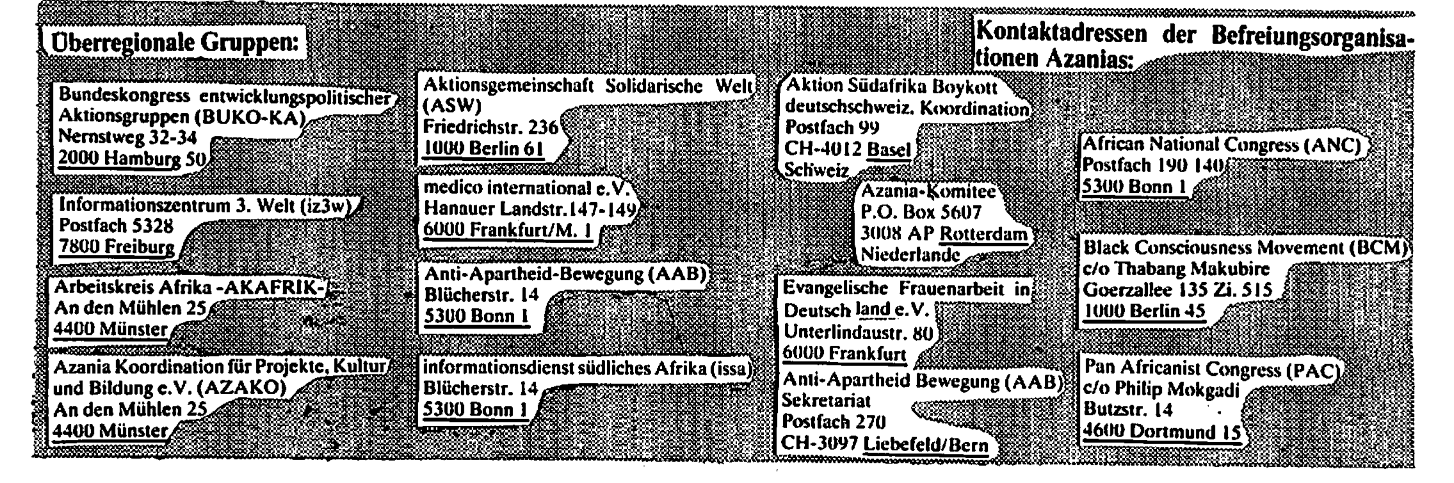
Frank Talk - published by AZAPO, PO Box 19360, Dormerton 4015, South Africa

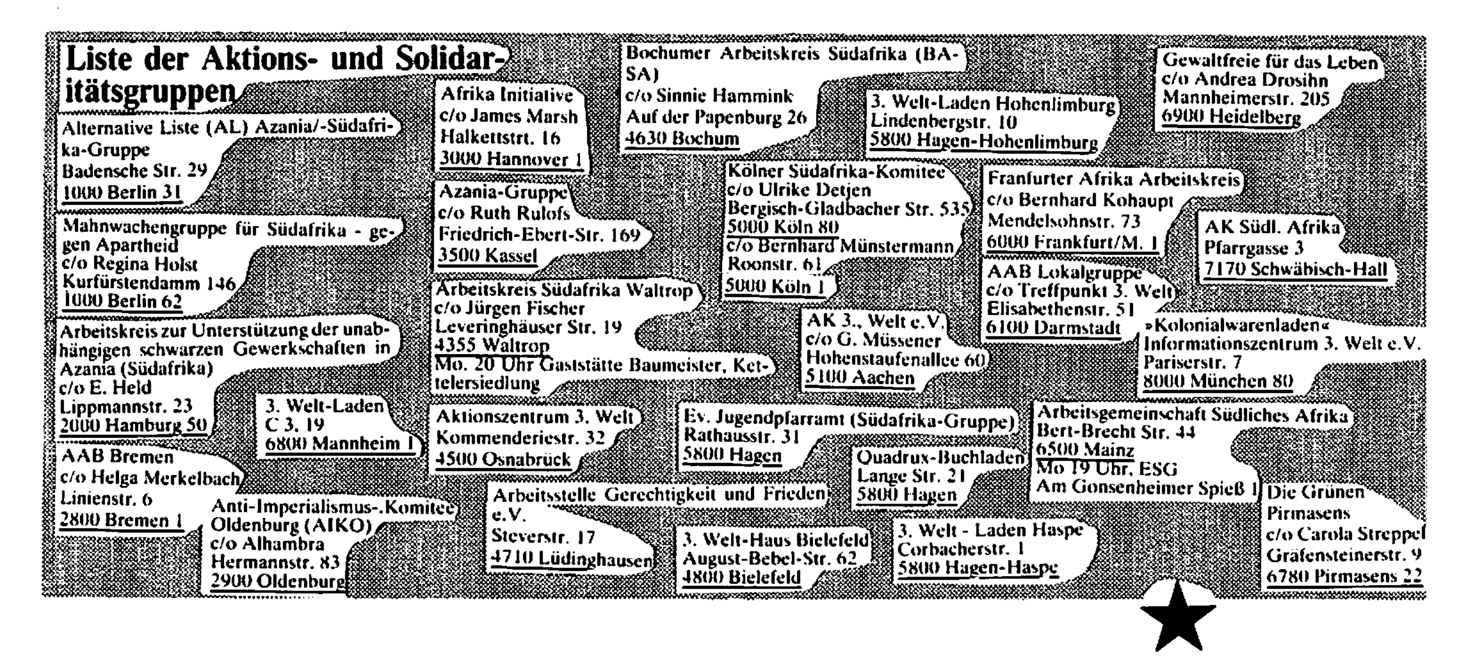
Peripherie, c/o FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Journal of African Marxists, 57 Caledonian Road, London N1 9DN, 2x jährlich

IKWEZI - Deutsche Sondernummer zum Befreiungskampf in Azania, GNN Köln, 1982

Wohin kann man sich wenden, um »was zu tun«???





Liste der Aktions- und Solidaritätsgruppen

Alternative Liste (AL) Azania/-Südafrika-Gruppe
Badensche Str. 29
1000 Berlin 31

Mahnwachengruppe für Südafrika - gegen Apartheid
c/o Regina Holst
Kurfürstendamm 146
1000 Berlin 62

Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika)
c/o E. Held
Lippmannstr. 23
2000 Hamburg 50

AAB Bremen
c/o Helga Merkelbach
Linienstr. 6
2800 Bremen 1

3. Welt-Laden
C 3, 19
6800 Mannheim 1

Anti-Imperialismus-Komitee Oldenburg (AIKO)
c/o Alhambra
Hermannstr. 83
2900 Oldenburg

Afrika Initiative
c/o James Marsh
Halkettstrt. 16
3000 Hannover 1

Azania-Gruppe
c/o Ruth Rulofs
Friedrich-Ebert-Str. 169
3500 Kassel

Arbeitskreis Südafrika Waltrop
c/o Jürgen Fischer
Leveringhäuser Str. 19
4355 Waltrop
Mo. 20 Uhr Gaststätte Baumeister, Kettelersiedlung

Aktionszentrum 3. Welt
Kommenderiestr. 32
4500 Osnabrück

Arbeitsstelle Gerechtigkeit und Frieden e.V.
Steverstr. 17
4710 Lüdinghausen

Bochumer Arbeitskreis Südafrika (BASA)
c/o Sinnie Hammink
Auf der Papenburg 26
4630 Bochum

3. Welt-Laden Hohenlimburg
Lindenbergstr. 10
5800 Hagen-Hohenlimburg

Kölner Südafrika-Komitee
c/o Ulrike Detjen
Bergisch-Gladbacher Str. 535
5000 Köln 80
c/o Bernhard Münstermann
Roonstr. 61
5000 Köln 1

AK 3. Welt e.V.
c/o G. Müssener
Hohenstaufenallee 60
5100 Aachen

Ev. Jugendpfarramt (Südafrika-Gruppe)
Rathausstr. 31
5800 Hagen

Quadrux-Buchladen
Lange Str. 21
5800 Hagen

3. Welt-Haus Bielefeld
August-Bebel-Str. 62
4800 Bielefeld

3. Welt - Laden Haspe
Corbacherstr. 1
5800 Hagen-Haspe

Gewaltfreie für das Leben
c/o Andrea Drosihn
Mannheimerstr. 205
6900 Heidelberg

Franfurter Afrika Arbeitskreis
c/o Bernhard Kohaupt
Mendelsohnstr. 73
6000 Frankfurt/M. 1

AK Südl. Afrika
Pfarrgasse 3
7170 Schwäbisch-Hall

AAB Lokalgruppe
c/o Treffpunkt 3. Welt
Elisabethenstr. 51
6100 Darmstadt

»Kolonialwarenladen«
Informationszentrum 3. Welt e.V.
Pariserstr. 7
8000 München 80

Arbeitsgemeinschaft Südliches Afrika
Bert-Brecht Str. 44
6500 Mainz
Mo 19 Uhr, ESG
Am Gonsenheimer Spieß 1

Die Grünen Pirmasens
c/o Carola Streppel
Gräfensteinerstr. 9
6780 Pirmasens 22



»Und vor allem mein Körper und auch du, meine Seele, hütet euch, in der furchtlosen Haltung des Zuschauers die Arme zu verschränken, denn das Leben ist kein Schauspiel, denn ein Meer von Schmerzen ist kein Proszenium, denn ein Mensch, der schreit, ist kein tanzender Bär...«

Aimé Césaire

Empfehlenswerte Filme gegen Apartheid

Auf der Suche nach Sandra Laing
Anthony Thomas, GB 1977, 56 Min.
Verleih: Matthias-Film, Gänsheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/24 05 12, bundesweit, gebührenpflichtig
Exemplarische Darstellung einiger Merkmale der Apartheid anhand der Geschichte eines weißen Mädchens, das später zu einer »Farbigen« erklärt wird.

Aus der Trauer erwachen
Chris Austin, GB 1981, 50 Min., O-Ton mit deutschen Untertiteln
Verleih: Matthias-Film...
Dokumentiert die Arbeit der Frauenselbsthilfeorganisationen (Maggie Magaba Fond), die eine Förderung der Frauen im allgemeionen sowie ihrer Würde und ihres Selbstbewußtseins bewirken wollen.

Ende des Dialogs
Im Auftrag des PAC, 1970, 25 Min.
Verleih: Landesbildstellen, regional, gebührenfrei
Schilderung der verschiedenen Auswirkungen des Apartheidsystems auf das Leben der schwarzen Bevölkerung. Leidenschaftliche mit soliden Informationen belegte Anklage gegen die Apartheid.

Das letzte Grab von Dimbaza
Im Auftrag des PAC, 1973, 53 Min.
Verleih: Matthias-Film...
Ausführliche lebendige Analyse des Apartheidsystems und der Wirtschaftsinteressen als Grundlage der Apartheid.

Schrei nach Gerechtigkeit
Kevin Harris, Südafrika 1982, 29 Min.
Verleih: Matthias-Film...
Dokumentiert die Situation der schwarzen Bevölkerung und den Kampf engagierter Kirchenführer, wie Bischof Tutu, gegen die Apartheid.

Sechs Tage in Soweto
Anthony Thomas, GB 1977, 53 Min.
Verleih: Matthias-Film...
Ein Jahr nach dem Aufstand in Soweto gedreht, recherchiert der Film den Anlaß der Kämpfe und stellt fest, daß das weiße Südafrika zur Tagesordnung übergegangen ist, während den Schwarzen die Ereignisse völlig gegenwärtig sind. Die Aussagen der Betroffenen in ihrer Entschlossenheit nicht mehr Opfer zu sein, sondern mit dem Leben für die Befreiung einzustehen, beweisen heute ihre Aktualität.

South Africa: The White Laager
O-Ton englisch, 58 Min.
Verleih: Freunde der Deutschen Kinemathek, Welster.Str. 25, 1000 Berlin 30, Tel. 030/24 68 48, bundesweit, gebührenpflichtig
Geschichte und Gegenwart der Weißen in Südafrika - mit ihrer »Laager«-Mentalität, die sich in Agression und Angst gegen eine feindliche Umwelt behauptet, nach allen Seiten abschließt und letztlich Gefangene des eigenen Systems wird.

Soweto im Exil
Volker Krempin, BRD 1980, 35 Min.
Verleih: Verleihgenossenschaft der Filmemacher, Alfonsstr. 1, 8000 München 19, Tel. 089/1 90 12 08, bundesweit, gebührenpflichtig
Vergleicht die Situation der Flüchtlinge in der BRD und ihre Probleme, entfernt der Heimat den Befreiungskampf zu unterstützen, mit der Selbsthilfearbeit in einem Flüchtlings- und Schulungszentrum in Tanzania.,

Weint nicht, wenn sie unsere Hütten abreißen
Chris Austin u.A., BRD 1980, 60 Min.
Verleih: Matthias-Film...
Konkrete Lebensbedingungen der Frauen unter Apartheid, Homeland-Situation, Leben in Soweto, Zwangsumsiedlung... Fundierte Darstellung der wesentlichen Zusammenhänge anhand authentischer Interviews.

Isitwalandwe - Die Geschichte der Freiheitscharta
IDAF, GB 1980, in englisch
Verleih: International Defence and Aid Fund (IDAF), 104 Newgate Street, GB-London ECIA 7AP, (ca. 100,- DM Gebühr)
Grundlegende Information zur Unterdrückung, Position und Programm des ANC (Freiheitscharta). Deutsches Textheft bei AAB, Bonn, erhältlich.

Gruppen, die mit AV-Medien arbeiten wollen, empfehlen wir unbedingt das Südafrika-Handbuch. Es enthält neben einem politischen Lexikon und Aktionsbeispielen eine umfassende Materialauflistung mit ausführlichen Kommentaren und Tips zum Einsatz auch der genannten Filme (letzte Ausgabe leider von 1982).

SCHLUSSFOLGERUNG

Los, meine Kampfgefährten, es ist besser, wenn wir uns sofort entschließen, den Kurs zu ändern. Die große Nacht, in der wir versunken waren, müssen wir abschütteln und hinter uns lassen. Der neue Tag, der sich schon am Horizont zeigt, muß uns standhaft, aufgeweckt und entschlossen antreffen. Unsere Träume, unseren alten Glauben und unsere Freundschaften aus der Zeit vor dem Leben müssen wir aufgeben. Verlieren wir keine Zeit mit sterilen Litaneien oder ekelhafter Nachäfferei. Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt. Ganze Jahrhunderte lang hat Europa nun schon den Fortschritt bei anderen Menschen aufgehalten und sie für seine Zwecke und zu seinem Ruhm unterjocht; ganze Jahrhunderte hat es im Namen seines angeblichen »geistigen Abenteuers« fast die gesamte Menschheit erstickt. Seht, wie es heute zwischen der atomaren und der geistigen Auflösung hin und her schwankt. Und trotzdem kann man von ihm sagen, daß es alles erreicht hat.
Mit Energie, Zynismus und Gewalt hat Europa die Führung der Welt übernommen. Seht, wie der Schatten seiner Monumente sich ausbreitet und vergrößert. Jede Bewegung Europas hat die Grenzen des Raumes und des Denkens gesprengt. Europa hat jede Demut, jede Bescheidenheit zurückgewiesen, aber auch jede Fürsorge, jede Zärtlichkeit.
Nur beim Menschen hat es sich knauserig gezeigt, nur beim Menschen schäbig, raubgierig, mörderisch.
Brüder, wie sollten wir nicht begreifen, daß wir etwas Besseres zu tun haben, als diesem Europa zu folgen.
Los, Genossen, Europa hat endgültig ausgespielt, es muß etwas anderes gefunden werden. Wir können heute alles tun, vorausgesetzt, daß wir nicht Europa nachäffen, vorausgesetzt, daß wir nicht von der Begierde besessen sind, Europa einzuholen.
Wenn ich in der europäischen Technik und im europäischen Stil den Menschen suche, stoße ich auf eine Folge von Negationen des Menschen, auf eine Lawine von Morden.
Vor zwei Jahrhunderten hatte sich eine ehemalige europäische Kolonie in den Kopf gesetzt, Europa einzuholen. Es ist ihr so gut gelungen, daß die Vereinigten Staaten ein Monstrum geworden sind, bei dem die Geburtsfehler, die Krankheiten und die Unmenschlichkeit Europas grauenhafte Dimensionen angenommen haben.
Für die Dritte Welt geht es darum, eine Geschichte des Menschen zu beginnen, die den von Europa einst vertretenen großartigen Lehren, aber zugleich auch den Verbrechen Europas Rechnung trägt, von denen das verabscheuungswürdigste gewesen sein wird: beim Menschen die pathologische Zerstückelung seiner Funktionen und die Zerstörung seiner Einheit; beim Kollektiv der Bruch, die Spaltungen; und schließlich auf der unermeßlichen Ebene der Menschheit der Rassenhaß, die Versklavung, die Ausbeutung und vor allem der unblutige Völkermord, nämlich das Beiseiteschieben von anderthalb Milliarden Menschen.

Frantz Fanon